G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
High Noon?
Afghanistan, Europa und der Wilde Westen

Harold Rasch
Entspannung – jetzt erst recht!

Norman Paech
Zur Entwicklung in Afghanistan

Detlef Hensche
Franz Josef Strauß und die Gewerkschaften

Thea Hollek
Familienpolitik als Gegenreform

Sven Güldenpfennig
Sportpolitik als Schauplatz
der internationalen Auseinandersetzung

August/Kosub/Putz/Reuss/Sattler
Krieg ist kein Spiel

2'80

Februar 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Februar 1980

CHRONIK DES MONATS JANUAR 1980 129

KOMMENTARE UND BERICHTE

US-Militärstützpunkte ..... *Lew Semejko* 132

„Rohstoff Geist". F. J. Strauß und die Bildung ..... *Wolfgang Schmitz* 134

GLOSSE

Die Boykotteure ..... *Peter Maiwald* 139

HAUPTAUFSÄTZE

High Noon?
Afghanistan, Europa und der Wilde Westen ..... *Karl D. Bredthauer* 140

Entspannung – jetzt erst recht! ..... *Harold Rasch* 153

Zur Entwicklung in Afghanistan. Der schwierige Weg aus dem Feudalismus ..... *Norman Paech* 163

Franz Josef Strauß und die Gewerkschaften ..... *Detlef Hensche* 177

Familienpolitik als Gegenreform.
Strauß, die CDU/CSU und die Frauen ..... *Thea Holleck* 197

Olympische Spiele in Moskau. Sportpolitik als Schauplatz der internationalen Auseinandersetzung ..... *Sven Güldenpfennig* 212

Krieg ist kein Spiel ..... *Jochen August, Ulrich Kosub, Jörg Putz, Stephan Reuss, Uta Reuss und Ulrike Sattler* 231

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Ölpreise und Dollarkurs
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 244

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

„Warum ich die Nachrüstung ablehne" – Schreiben von Generalmajor Gert Bastian an Bundesverteidigungminister Hans Apel vom 16. Januar 1980 (Wortlaut) 246

Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Lage in Afghanistan und ihre Auswirkung auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit vom 14. Januar 1980 (Wortlaut) 250

Interview des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, für die „Prawda" vom 14. Januar 1980 (Wortlaut) 251

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 2/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Januar 1980

1. 1. – Iran. UN-Generalsekretär Waldheim trifft in Teheran ein, um im Auftrag des Sicherheitsrats (vgl. „Blätter", 1/1980, S. 2) mit Außenminister Ghotbzadeh und den anderen Mitgliedern des Revolutionsrats über die Freilassung der amerikanischen Geiseln zu verhandeln. Ayatollah Khomeini lehnt eine Begegnung mit dem Generalsekretär ab, auch ein Besuch in der besetzten US-Botschaft wird nicht zugelassen. Waldheim kehrt am 4. 1. vorzeitig nach New York zurück. – Am 25. 1. wird Abolhassan Bani Sadr, amtierender Wirtschaftsminister und ehemaliger Außenminister (vgl. „Blätter", 12/1979, S. 1418), mit 75,7 % der Stimmen zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran gewählt.

3. 1. – USA. In einem Brief an Senator Robert Byrd (Fraktionsführer der Demokraten) beantragt Präsident Carter, die parlamentarische Schlußberatung über den SALT II-Vertrag zu verschieben. Der Präsident, der sein Ersuchen mit den Ereignissen in Afghanistan begründet, schreibt u.a., er teile auch weiterhin die Ansicht, „daß der SALT II-Vertrag im nationalen Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten und der ganzen Welt liegt und daß er vom Senat behandelt werden sollte", sobald „dringendere Themen" geprüft worden seien. – Am 5. 1. kündigt Präsident Carter in einer Rundfunk- und Fernsehansprache u.a. folgende amerikanische Maßnahmen gegenüber der UdSSR an: Einstellung der Erteilung von Li-

zenzen „für den Verkauf von technisch hochentwickelten oder anderen strategischen Gütern"; Einschränkung der Fangrechte „für die sowjetische Fischereiflotte in amerikanischen Gewässern; Herabsetzung der Getreidelieferungen. – Am 14. 1. trifft US-Unterstaatssekretär Christopher in London zu Konsultationen mit europäischen Regierungen ein, um diese für die Unterstützung der amerikanischen Maßnahmen zu gewinnen. – Am 19. 1. spricht sich Präsident Carter in der Fernsehsendung „Meet the Press" gegen eine amerikanische Beteiligung an den Olympischen Sommerspielen in Moskau aus und richtet am 20. 1. ein entsprechendes Schreiben an das Nationale Olympische Komitee der USA. – Am 21. 1. beantragt Carter in seiner traditionellen „Botschaft über die Lage der Nation" (State of the Union Message) beim Kongreß eine erneute beträchtliche Erhöhung der Militärausgaben sowie die Bewilligung von Militärhilfe für Pakistan und andere Staaten. Außerdem wird der Kongreß ersucht, China im Handel mit den USA die „Meistbegünstigung" einzuräumen. Bei der Vorlage der Botschaft erklärt der Präsident vor dem Parlament: „Ein Versuch irgendeiner außenstehenden Macht, die Kontrolle des Persischen Golfs zu erringen, wird als ein Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet. Er wird mit allen notwendigen Mitteln zurückgewiesen werden, einschließlich Waffengewalt."

3.–6. 1. – *Indien.* Bei den Parlamentswahlen kann die von Indira Gandhi geführte Kongreßpartei die vor knapp drei Jahren vorlorene Mehrheit (vgl. „Blätter", 4/1977, S. 390) zurückgewinnen. Die Partei erhält nach dem vorläufigen Endergebnis 351 der 544 Sitze im Unterhaus (Lok Sabha). – Am 10. 1. wird Frau Gandhi von Präsident Reddy zur Premierministerin ernannt. Das Außenministerium übernimmt P. V. Narasimha Rao. Die Ressorts für Planung und Atomenergie werden von Frau Gandhi verwaltet.

4. 1. – *Afghanistan.* Der Vorsitzende des neugebildeten Revolutionsrats, Babrak Karmal, befürwortet auf seiner ersten Pressekonferenz in Kabul noch einmal den Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan (vgl. „Blätter", 1/1980, S. 3). Die Behauptung „imperialistischer Kreise", die Sowjetunion habe sich in die inneren Angelegenheiten seines Landes eingemischt, seien eine „offenkundige Provokation und bewußte Lüge". Karmal kündigte eine neue Verfassung an, die „die Wünsche und Forderungen aller Bevölkerungskreise zum Ausdruck" bringen solle.

– *UdSSR.* Die Nachrichtenagentur TASS kritisiert die Entscheidung Präsident Carters, sich für einen Aufschub der Ratifizierungsdebatte über den SALT II-Vertrag einzusetzen, als einen unfreundlichen Akt. Carter habe dem Drängen „militärischer Kreise" in den USA nachgegeben. – Am 13. 1. erläutert Generalsekretär Breschnew in einem Interview mit der „Prawda" die sowjetische Politik gegenüber Afghanistan (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen").

5.–7. 1. – *UNO.* Der Sicherheitsrat hält eine Debatte über die Lage in Afghanistan ab. Gegen eine von Bangladesch vorgelegte Resolution, die den „sofortigen und bedingungslosen Abzug aller ausländischen Truppen" fordert, legt die Sowjetunion am 7. 1. ein Veto ein. Der sowjetische Delegierte Trojanowski erklärt, die Entsendung von Truppen auf Ersuchen Afghanistans „stehe in voller Übereinstimmung mit dem Recht der Staaten auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung". – Am 6. 1. berichtet Generalsekretär Waldheim Präsident Carter in Washington über seine Verhandlungen zur Freilassung der amerikanischen Geiseln in Teheran. Waldheim wendet sich bei dieser Gelegenheit gegen die von den USA geforderten Sanktionen gegenüber dem Iran. – Am 7. 1. wählt die Generalversammlung Mexiko mit 133 Stimmen zum nichtständigen Mitglied des Sicherheitsrats für die Jahre 1980/81. Nach 154 ergebnislosen Wahlgängen hatten Kuba und Kolumbien ihre Kandidatur zurückgezogen (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1286). Mit der Wahl wird die 34. Generalversammlung (Eröffnung vgl. „Blätter", 10/1979, S. 1155) abgeschlossen. – Am 9. 1. beschließt der Sicherheitsrat auf Antrag Mexikos und der Philippinen mit 12 gegen 2 Stimmen (UdSSR, DDR) bei Stimmenthaltung Sambias die Einberufung einer Sondergeneralversammlung über Afghanistan. – Vom 10.–14. 1. findet die Sondergeneralversammlung in New York statt. Eine abschließende Resolution wird am 14. 1. mit 104 gegen 18 Stimmen bei 18 Enthaltungen und in Abwesenheit von 12 Staaten angenommen (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen"). – Am 13. 1. steht im Sicherheitsrat die amerikanische Forderung nach Wirtschaftssanktionen gegen den Iran zur Abstimmung. Die Sowjetunion macht erneut von ihrem Vetorecht Gebrauch. Botschafter Trojanowski erklärt zur Begründung, seine Regierung wolle die Interessen des iranischen Volkes vor ausländischer Einmischung schützen.

5.–13. 1. – *China/USA.* Der amerikanische Verteidigungsminister Brown verhandelt in

Peking mit der Führung der VR China über militärische Fragen und wird am 9. 1. vom Parteivorsitzenden Hua Guofeng empfangen. Zu den Ergebnissen des Besuches gehört eine Vereinbarung über die Lieferung einer amerikanischen Bodenstation zur Satellitenbeobachtung („Landsat-D"), deren Elekronik auch militärisch genutzt werden kann. Auf der Rückreise erklärt Brown während eines Zwischenaufenthalts in Tokio, die USA und China hätten parallele Interessen und würden zunächst gemeinsame Aktionen zur Unterstützung Pakistans unternehmen.

10. 1. – Türkei/USA. Vertreter beider Staaten paraphieren in Ankara mehrere Abkommen über bilaterale militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das neue Vertragswerk hat eine Laufzeit von fünf Jahren und regelt den Status der amerikanischen Militärbasen in der Türkei, Art und Umfang der amerikanischen Militärhilfe sowie die Kooperation bei der Entwicklung einer türkischen Rüstungsindustrie.

12. 1. – USA/Pakistan. Der außenpolitische Berater des pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq, Agha Shahi, verhandelt in Washington mit Außenminister Vance über amerikanische Militärhilfe für Pakistan. Das State Department verbreitet den Text eines Vertrages aus dem Jahre 1959, der den möglichen Einsatz von Truppen der USA in Pakistan vorsieht.

15. 1. – El Salvador. Nach dem geschlossenen Rücktritt des Kabinetts nimmt die regierende Junta (vgl. „Blätter" 11/1979, S. 1287) eine umfassende Kabinettsumbildung vor. Vorsitzender des Ministerrates wird Pablo Alvergue.

18. 1. – Kampuchea. Nach einer Konferenz ihrer Außenminister in Phnom Penh erklären die Regierungen von Vietnam, Laos und Kampuchea ihre Bereitschaft, mit den Mitgliedstaaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) zweiseitige Nichtangriffsverträge abzuschließen. Das Angebot richtet sich an Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen sowie an Burma, das der ASEAN nicht angehört.

18. 1. – Korea. Der Präsident der Republik Korea (Südkorea), Choi Kyu Hah, kündigt in seiner Neujahrspressekonferenz in Seoul eine positive Reaktion auf die Vorschläge der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (Nordkorea) an, den Dialog über die Wiedervereinigung zwischen beiden Staaten neu zu beginnen. Die nordkoreanische Regierung hatte Anfang Januar d.J. 12 Briefe an Politiker und Organisationen Südkoreas gerichtet und darin entsprechenden Anregungen unterbreitet.

– China/Pakistan. Der chinesische Außenminister Huang Hua kommt nach Islamabad, um mit der pakistanischen Führung eine engere Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen zu vereinbaren. Ein Sprecher der pakistanischen Regierung erklärte, Hua habe seinem Land „vollen militärischen und wirtschaftlichen Beistand" zugesagt.

19. 1. – USA/BRD. Bundesaußenminister Genscher hält sich am Sitz der Vereinten Nationen in New York auf und reist später zu Besprechungen mit Außenminister Vance und Sicherheitsberater Brzezinski nach Washington weiter. Genscher wird am 22. 1. von Präsident Carter empfangen.

– China. Das Außenministerium in Peking gibt bekannt, China werde die Verhandlungen mit der UdSSR über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen (vgl. „Blätter", 1/1980, S. 2) vorläufig nicht fortsetzen. – Am 29. 1. werden die seit April v.J. mit Vietnam geführten Grenzverhandlungen (vgl. „Blätter", 5/1979, S. 515) ebenfalls auf unbestimmte Zeit vertagt.

28. 1. – Ägypten. Präsident Sadat bezeichnet in einer längeren Rede vor dem Parlament die USA als „Garanten der Sicherheit im Nahen Osten". Ägypten werde den Vereinigten Staaten militärische Einrichtungen zur Verfügung stellen, falls es das für notwendig halte.

30. 1. – BRD/DDR. Bundeskanzler Schmidt und der Staatsratsvorsitzende Honecker kommen überein, den Termin für ein geplanten Zusammentreffen (vgl. „Blätter", 1/1980, S. 2) vorläufig noch nicht festzulegen. Der Regierungssprecher erklärt dazu in Bonn, beide Seiten hielten eine Begegnung weiterhin für wünschenswert, das Treffen solle aber „unter möglichst günstigen Bedingungen stattfinden.

31. 1. – Abrüstung. Nach mehrwöchiger Pause (vgl. „Blätter", 1/1980, S. 3) werden in Wien die Verhandlungen über den Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zwischen Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages mit der 20. Runde fortgesetzt. Sprecher beider Seiten betonen vor der Presse ihr Interesse an den weiteren Verhandlungen.

US-Militärstützpunkte

1933 waren US-Truppen in drei ausländischen Staaten stationiert. Als im Jahre 1949 die NATO gegründet wurde, gab es in 39 Ländern US-Streitkräfte. Heute befinden sich rund 500 000 amerikanische Armeeangehörige außerhalb der USA, das heißt ein Viertel der Gesamtstärke der Armee. Sie sind in 114 Staaten der Welt, in den überseeischen Territorien der USA oder auf den Meeren stationiert. In über 30 Ländern bestehen rund 2200 Stützpunkte (davon 225 große). Im Ausland befindet sich die Hälfte des Kernwaffenpotentials der USA, das mindestens 22 000 taktische Kernwaffen umfaßt.

Westeuropa ist die Region, auf die sich der größte Teil der im Ausland stationierten US-Streitkräfte konzentriert. Es handelt sich um 10 % der Land- und 25 % der Luftstreitkräfte der NATO. Insgesamt stehen in Westeuropa ungefähr 330 000 US-Soldaten, darunter in der BRD 238 500, in Großbritannien 22 300, in Italien 12 100, in Spanien 8800, in der Türkei 4800, in Griechenland 3700, in Island 2800, in den Niederlanden 2200, in Belgien 2000, in Portugal 1400 und in anderen Ländern 800. 34 800 US-Soldaten befinden sich an Bord von Schiffen der 6. Flotte im Mittelmeer. In Europa befindet sich auch der größte Teil der US-Stützpunkte. In über 100 Munitionslagern werden mehr als 7000 Kernwaffen aufbewahrt. Rund 600 US-Flugzeuge in Europa sind in der Lage, Kernwaffen zu tragen. Die Amerikaner nutzen dutzende von Luftstützpunkten. Im Rahmen des Programms der sogenannten „gemeinsamen operativen Basen" sind Verhandlungen über die Nutzung weiterer 53 Basen als Landemöglichkeiten zusätzlicher Flugzeuge aus Übersee mit dem Ziel aufgenommen worden, die Stärke der taktischen Luftwaffe zu verdreifachen.

Im Süden der *BRD* ist die Masse der amerikanischen Truppen und Stäbe in Europa konzentriert. Die Zahl der Truppen (US-Army 204 000, US-Air Force 34 500) ist in den letzten Jahren noch angewachsen und ihre Stärke wird entsprechend den Beschlüssen der letzten NATO-Ratstagung weiter zunehmen. Die 108 „Pershing II"-Raketen, die in der BRD stationiert werden sollen, sind in der Lage, Atomschläge gegen die Sowjetunion zu führen. Eine nicht minder große Gefahr stellen die 96 zu stationierenden Marschflugkörper (Cruise Missiles) vom Typ „Tomahawk" dar. In der BRD befinden sich 3000 amerikanische Panzer. Die Basen und Lager werden derart mit Waffen vollgepumpt, daß bis 1982 die Möglichkeit besteht, innerhalb von 10 Tagen, die Zahl der amerikanischen Landstreitkräfte zu verdoppeln. Die BRD ist das wichtigste militärische Aufmarschgebiet der USA in Europa.

In *Großbritannien* bestehen über 20 verschiedene US-Stützpunkte, darunter Luftwaffenstützpunkte, auf denen 156 Jagdbomber vom Typ F-111, die über die enorme Flugweite von 4500 km verfügen, stationiert sind. London gab ebenso wie Bonn sein Einverständnis zur Stationierung von Startrampen für „Cruise Missiles", wodurch die strategische Bedeutung der amerikanischen Militärstützpunkte noch erhöht wird. In Holy Loch befindet sich ein Stützpunkt der Seestreitkräfte für raketenbestückte Atom-U-Boote, die praktisch wenige Minuten nach ihrem Auslaufen Kernwaffenschläge gegen die UdSSR führen können. (In diesem Stützpunkt halten sich ständig drei Atom-U-Boote auf).

In *Italien* existiert eine Vielzahl amerikanischer Stützpunkte und Anlagen (insgesamt 52), darunter in Neapel der Hauptstützpunkt der 6. US-Flotte (rund 50 Schiffe). Italien gab sein Einverständnis zur

Stationierung von Abschußrampen der neuen amerikanischen „Pershing II"-Raketen.

In *Spanien,* das kein NATO-Mitglied ist, befinden sich der Stab der 16. amerikanischen Luftarmee und der in Europa größte Stützpunkt für Nachtank-Flugzeuge vom Typ KS-135 (insgesamt drei Luftstützpunkte).

Portugal stellte den USA 22 Stützpunkte zur Verfügung, darunter den in strategischer Hinsicht sehr wichtigen Luftstützpunkt Lajes auf den Azoren. Hier ist der Zwischenlandeplatz für Flugzeuge, die aus den USA nach Europa fliegen. Während des arabisch-israelischen Krieges landeten auf dem Stützpunkt täglich 42 Flugzeuge, der größte Teil davon waren Transporter. Auf den Azoren sind auch Aufklärungsflugzeuge stationiert.

In *Griechenland* gibt es über 20 Militärstützpunkte des Pentagon, unter denen sich auch Kernwaffenlager befinden.

In der *Türkei* existieren 60 Stützpunkte und militärische Objekte der USA, die in erster Linie der Aufklärung dienen wie beispielsweise die Stationen der elektronischen Beobachtung in Pirinclik und Sinop sowie Stützpunkte für Aufklärungsflugzeuge. In Incirli, im Süden des Landes, befindet sich ein strategischer Luftwaffenstützpunkt. Gegenwärtig messen die USA den Militärstützpunkten in der Türkei eine besondere Bedeutung bei (der neue türkisch-amerikanische Vertrag über „die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung" wurde am 10. Januar paraphiert).

Vom Luftwaffenstützpunkt Akroteri auf *Cypern* aus unternehmen amerikanische Spionageflugzeuge vom Typ U-2 und SR-71 Flüge in den Nahen und Mittleren Osten, In *Island* besteht ein amerikanischer Stützpunkt in Keflavik, von dem aus seit 1978 Flugzeuge des fliegenden Spionagesystems „Awacs" Erkundungen entlang der Grenzen der sozialistischen Staaten unternehmen. Damit sichern die Militärstützpunkte in Europa den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, gegen die UdSSR und ihre Verbündeten militärische Handlungen jeder Art und jeden Ausmaßes zu führen.

Ost- und Südostasien

Rund 140 000 amerikanische Militärangehörige stehen im Fernen Osten und in Südostasien: In Japan 45 900, in Südkorea 41 600, auf den Philippinen 14 400, Guam 8400, in Australien 700, in anderen Ländern 600 und auf der 7. Flotte 25 900.

In *Japan* bestehen über 200 Militärstützpunkte und -objekte, einschließlich solcher für strategische Kernwaffen (Okinawa). Zwei große Stützpunkte existieren auf den *Philippinen:* Der Luftstützpunkt Clark Field und der Marinestützpunkt Subic Bay. Letzterer ist der Hauptstützpunkt der 7. Flotte westlich von Pearl Harbour, auf dem 6000 Militärangehörige stationiert sind. Aufgabe des Luftstützpunktes Clark Field ist, die Operationen der amerikanischen Luftstreitkräfte in Südostasien sicherzustellen. Im Fernen Osten und auf den Schiffen der 7. US-Flotte befinden sich 3200 Kernwaffen. Große Stützpunkte der Luftwaffe und der Seestreitkräfte bestehen auf Guam und den anderen Marianen-Inseln. Auf dem Kwajalein-Atoll, das zu den Marshall-Inseln gehört, befindet sich ein Raketenversuchszentrum der USA, auf dem unter anderem die „MX"-Raketen erprobt werden sollen.

Mittlerer Osten und Indischer Ozean

Werfen wir einen Blick in den Mittleren Osten und den Indischen Ozean, wo sich gegenwärtig dramatische Ereignisse vollziehen. Hier gibt es verhältnismäßig wenig amerikanische Soldaten und Matrosen, aber ihre Zahl wächst schnell. Der wichtigste Aspekt ist das ununterbroche Anwachsen der Seestreitkräfte im Persischen Golf und im Arabischen Meer. Hier sind im Augenblick 25 amerikanische Kampfschiffe konzentriert, darunter der atomgetriebene Flugzeugträger „Nimitz", die Flugzeugträger „Midway" und

„Kitty Hawk" sowie wahrscheinlich noch zwei weitere Flugzeugträger. Im Prinzip wurde eine neue Flotte, die 5. Flotte, geschaffen. Auf diese Region sind auch die Hauptkräfte der in Entstehung begriffenen „Eingreiftruppe" in Stärke von 110 000 Mann gerichtet. Man rechnet damit, daß für den Transport zweier Luftlandedivisionen aus den USA in den Raum des Nahen und Mittleren Ostens drei Tage benötigt werden.

Der wichtigste Militärstützpunkt der USA im Indischen Ozean befindet sich ganz in seinem Mittelpunkt, auf der Insel Diego Garcia. In ihren Hafen können raketentragende Atom-U-Boote einlaufen, deren Raketen eine Flugweite von 4500 km haben, das heißt sie erreichen den Nahen Osten, den Süden des asiatischen Kontinents und den östlichen Teil Afrikas. Auf dem Flugplatz der Insel können die strategischen Bomber B-52, Jagdbomber F-111 und andere Flugzeuge großer Reichweite landen. Zur Zeit sind auf dem Flugplatz Aufklärungs- und Schiffsabwehrflugzeuge stationiert.

Die USA nutzen einen Seestützpunkt im Fürstentum *Bahrein.*

Verstärkt wird die Suche nach neuen Stützpunkten in *Oman, Somalia* und *Kenia.* Patrouillenflugzeuge der USA unternehmen Flüge von der omanischen Insel Masirah aus sowie Aufklärungsflüge von einem großen Stützpunkt in *Oberägypten,* um die US-Streitkräfte, die in der Nähe der iranischen Küste konzentriert sind, zu koordinieren. Im Rahmen des Camp-David-Abkommens beabsichtigen die USA, Militärstützpunkte auf der Sinai-Halbinsel zu nutzen. In *Israel* beginnen Militärtransportmaschinen aus den USA mit Kriegsausrüstungen für die amerikanische „Eingreiftruppe" zu landen.

Lateinamerika

In den Ländern Lateinamerikas sind rund 15 000 amerikanische Militärangehörige stationiert. Ihr Hauptkontingent steht im karibischen Raum. In der Panama-Kanalzone gibt es 14 Stützpunkte, weitere Stützpunkte in Puerto Rico, auf den Inseln St. David und Trinidad. Auf Kuba erhalten die USA gegen den Willen der kubanischen Regierung immer noch den Stützpunkt Guantanamo aufrecht.

Weitere Stützpunkte gibt es in Nordost-Brasilien, Stützpunkte und militärische Objekte in Argentinien, Paraguay, Uruguay und Kolumbien.

Militärstützpunkte der USA befinden sich auch in Australien, Kanada und in anderen Staaten.

Somit trägt die „Stützpunkt-Strategie" der USA globalen Charakter. Für den Unterhalt der amerikanischen Truppen und Stützpunkte im Ausland standen 1979 8438 Millionen Dollar, darunter für die in der BRD befindlichen 4154 Millionen Dollar zur Verfügung.

Lew Semejko

„Rohstoff Geist"

F. J. Strauß und die Bildung

„Die aktuellen Auseinandersetzungen um den Bildungsgesamtplan zeigen, daß die Unionsparteien den Kampf gegen die Gesamtschule zum Wahlkampfthema machen wollen", heißt es in einem Beschluß der 3. Bildungspolitischen Konferenz des Deutschen Gewerksschaftsbundes vom 31. Oktober 1979. Strauß, der gemeinsame Kanzlerkandidat der konservativen Parteien, hat indessen dieses Thema schon in seine Wahlkampfdemagogie einbezogen und es zu einem zentralen Punkt gemacht. Die bisherigen Stationen Straußscher Äußerungen zur Bildungspolitik sind sein Auftritt im Bremer Bürgerschaftswahlkampf am 25. September 1979, die Rede vor dem „Zukunftskongreß" der CSU am 17. November 1979 und der Redebeitrag zur Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages im De-

„Kitty Hawk" sowie wahrscheinlich noch zwei weitere Flugzeugträger. Im Prinzip wurde eine neue Flotte, die 5. Flotte, geschaffen. Auf diese Region sind auch die Hauptkräfte der in Entstehung begriffenen „Eingreiftruppe" in Stärke von 110 000 Mann gerichtet. Man rechnet damit, daß für den Transport zweier Luftlandedivisionen aus den USA in den Raum des Nahen und Mittleren Ostens drei Tage benötigt werden.

Der wichtigste Militärstützpunkt der USA im Indischen Ozean befindet sich ganz in seinem Mittelpunkt, auf der Insel Diego Garcia. In ihren Hafen können raketentragende Atom-U-Boote einlaufen, deren Raketen eine Flugweite von 4500 km haben, das heißt sie erreichen den Nahen Osten, den Süden des asiatischen Kontinents und den östlichen Teil Afrikas. Auf dem Flugplatz der Insel können die strategischen Bomber B-52, Jagdbomber F-111 und andere Flugzeuge großer Reichweite landen. Zur Zeit sind auf dem Flugplatz Aufklärungs- und Schiffsabwehrflugzeuge stationiert.

Die USA nutzen einen Seestützpunkt im Fürstentum *Bahrein.*

Verstärkt wird die Suche nach neuen Stützpunkten in *Oman, Somalia* und *Kenia.* Patrouillenflugzeuge der USA unternehmen Flüge von der omanischen Insel Masirah aus sowie Aufklärungsflüge von einem großen Stützpunkt in *Oberägypten,* um die US-Streitkräfte, die in der Nähe der iranischen Küste konzentriert sind, zu koordinieren. Im Rahmen des Camp-David-Abkommens beabsichtigen die USA, Militärstützpunkte auf der Sinai-Halbinsel zu nutzen. In *Israel* beginnen Militärtransportmaschinen aus den USA mit Kriegsausrüstungen für die amerikanische „Eingreiftruppe" zu landen.

Lateinamerika

In den Ländern Lateinamerikas sind rund 15 000 amerikanische Militärangehörige stationiert. Ihr Hauptkontingent steht im karibischen Raum. In der Panama-Kanalzone gibt es 14 Stützpunkte, weitere Stützpunkte in Puerto Rico, auf den Inseln St. David und Trinidad. Auf Kuba erhalten die USA gegen den Willen der kubanischen Regierung immer noch den Stützpunkt Guantanamo aufrecht.

Weitere Stützpunkte gibt es in Nordost-Brasilien, Stützpunkte und militärische Objekte in Argentinien, Paraguay, Uruguay und Kolumbien.

Militärstützpunkte der USA befinden sich auch in Australien, Kanada und in anderen Staaten.

Somit trägt die „Stützpunkt-Strategie" der USA globalen Charakter. Für den Unterhalt der amerikanischen Truppen und Stützpunkte im Ausland standen 1979 8438 Millionen Dollar, darunter für die in der BRD befindlichen 4154 Millionen Dollar zur Verfügung.

Lew Semejko

„Rohstoff Geist"

F. J. Strauß und die Bildung

„Die aktuellen Auseinandersetzungen um den Bildungsgesamtplan zeigen, daß die Unionsparteien den Kampf gegen die Gesamtschule zum Wahlkampfthema machen wollen", heißt es in einem Beschluß der 3. Bildungspolitischen Konferenz des Deutschen Gewerksschaftsbundes vom 31. Oktober 1979. Strauß, der gemeinsame Kanzlerkandidat der konservativen Parteien, hat indessen dieses Thema schon in seine Wahlkampfdemagogie einbezogen und es zu einem zentralen Punkt gemacht. Die bisherigen Stationen Straußscher Äußerungen zur Bildungspolitik sind sein Auftritt im Bremer Bürgerschaftswahlkampf am 25. September 1979, die Rede vor dem „Zukunftskongreß" der CSU am 17. November 1979 und der Redebeitrag zur Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages im De-

zember 1979. Sie signalisierten eine deutliche Ablehnung einer Poltik, die an demokratischen Zielen orientiert ist, und eine Orientierung auf konservative Ausbildungsmodelle. Der DGB har deswegen auf seinem 3. Bildungspolitischen Kongreß zu Recht unmißverständlich klargemacht, daß er sich, so die stellvertretende Vorsitzende Maria Weber, „diesem Klassenkampf von oben" entgegenstellen werde.

Frank v. Auer, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), beschreibt im Dezember-Heft des Magazins der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), den Gegenstand der Diskussion folgendermaßen: „Vordergründig geht es um die Gliederung der Bildungsgänge: Sollen unsere Kinder weiterhin schon im vierten Schuljahr säuberlich sortiert und getrennt werden in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten? Sollen damit weiterhin schon im zehnten Lebensjahr der Kinder die späteren Lebenschancen verteilt werden? Oder schaffen wir endlich ein Schulsystem, das allen ein reichhaltiges Bildungsangebot macht, die Entscheidung über die endgültige Schullaufbahn offenhält und allen die Möglichkeit einräumt, weiterführende Bildungsabschlüsse zu erhalten – können wir also die Gesamtschule durchsetzen? Damit verbunden ist die grundsätzliche Frage: Schaffen wir Chancengleichheit wenigstens im Bildungswesen?".

Diese Frage ist keineswegs neu, sie hat vielmehr die Diskussion schon ab Mitte der 60er Jahre bestimmt („Aktion Bildungsnotstand", „Schick Dein Kind länger auf bessere Schulen"), ist aber immer noch berechtigt und nicht gelöst. Dabei ist sie dringend: von 100 Arbeiterkindern erreichen beim herkömmlichen gegliederten Schulsystem 55 den Hauptschulabschluß, 34 einen mittleren Bildungsabschluß und nur 11 das Abitur. Der Abitur-Anteil steigt bei der Gesamtschule auf 26,5, der Anteil mittlerer Abschlüsse auf 57,6, während der Hauptschulabschluß auf 15,9 zurückgeht. Überdies verlassen im herkömmlichen Schulsystem rund 12 % der Schüler aller Schularten die Schulen ohne Hauptschulabschluß. Von den Schulabgängern der Hauptschule erhalten rund 20 % nicht einmal den Hauptschulabschluß. Bei integrierten Gesamtschulen verringern sich diese genannten Anteile auf jeweils die Hälfte.

Strauß hingegen möchte das mehr „naturwüchsige" System konservieren, in dem „Elite auch weiterhin Elite bleibt" (Walter Jens) und die Kinder, die nicht aus der Elite stammen, gerade ein Minimum an Sozial- und Kulturtechniken erlernen können, ganz nach der Devise, daß die Unterprivilegierten sich zufrieden geben sollen mit dem, was sie haben, die führende Clique der Wissenschaftler wird den gesellschaftlichen Fortschritt schon besorgen. Im Strauß-Originalton heißt das so: „Ich bin rein sachbezogen. Die gegliederte Schule ist schülerfreundlicher, elterngerechter und leitungsgünstiger als jedes andere Schulsystem, insbesondere als die integrierte Gesamtschule in Flächenstaaten", behauptet Strauß. Weiter meint er: „In der gegliederten Schule ist es leichter möglich, echte Begabungen zu entdecken, nachhaltig zu fördern, zu pflegen und zur vollen Entwicklung und Entfaltung zu bringen . . . Es geht darum, mit Abitur und Universitätsdiplomen die wirklichen Begabungen in unserem Lande, die nicht allzu zahlreiche Schicht der Begabten und Geeigneten, nachhaltig zu fördern". Strauß begründet diese Strategie: „Wir sind ein Land mit wenig Energiequellen, ein Land so gut wie ohne Rohstoffe. Wir leben vom Rohstoff Geist. Wir wären doch nie an diese Stelle in der Industriegesellschaft der Welt vorgerückt, wenn bei uns nicht in den großen Pionierjahrzehnten der deutschen Vergangenheit und Gegenwart große Wissenschaftler, Techniker und Pioniere der Unternehmerschaft, gestützt auf eine fleißige, leistungsfähige Arbeitnehmerschaft, das zustande gebracht hätten, was man im Ausland leider

‚das deutsche Wunder' nannte" (Aus der Haushaltsdebatte im Bundestag, zitiert nach „Bayernkurier" v. 22. 12. 1979).

Auf dem „Zukunftskongreß" der CSU beschwört Strauß am 17. November 1979 ebenfalls den „Rohstoff Geist", und er meint damit die „Begabungen". Die könne man doch nicht durch die Zahl der höhreren Schulen und nicht durch die Ausdehnung der Ausbildungsplätze an den Universitäten vermehren, auch nicht durch mehr Abiturienten, bei Strauß' Begriff von Begabung sicherlich eine Binsenwahrheit, jedoch ist sein Begabungsbegriff zu hinterfragen und zu kritisieren. „Was hat es für einen Sinn", fragt er, „50 % aller jungen Menschen zu einem Abitur zu verhelfen, sie dann langwierig und kostspielig auf Berufe vorbereiten, in denen sie dann doch nicht unterkommen können, und damit erst eine gesellschaftskritische, ja bis zur Revolutionsbereitschaft aufheizbare Stimmung und Haltung herbeizuführen?".

Klarer als vor dem Bundestag drückt Strauß hier aus, was er will: „Es geht hier darum, daß die vorhandenen Begabungen durch unser Schulsystem am sichersten entdeckt, nicht in einem gleichmacherischen pädagogischen Einheitsbrei nivelliert werden, daß sie entdeckt werden. daß sie entfaltet werden. Selbst wenn wir an dem Grundsatz, daß der Mensch gleich ist vor Gott, gleich ist vor dem Rechte, gleich ist vor der Verwaltung, gleich ist mit seiner Stimme bei der politischen Entscheidung, eisern festhalten – an einem ändert keine Gleichheitstheorie oder keine Gleichheitsutopie etwas: nämlich daran, daß die überwiegende Mehrheit unserer fleißigen, intelligenten, arbeitsbereiten Menschen eine Chance für weiteren Aufstieg nur hat, wenn die relativ kleine Schicht führender, produktiver, schöpferischer, genialer geistiger Kräfte entdeckt, gepflegt, gefördert und zur vollen Entfaltung gebracht wird." Strauß folgert auf der Basis dieser höchst fragwürdigen Behauptungen: „Wer der Menschheit eine Schule mit dem verhängnisvollen Wort ‚Chancengleichheit' statt ‚Chancengerechtigkeit' aufzwingen will, wer in der Schul' eine Nivellierung der Leistungen und wer eine Gleichheit, der materiellen Ergebnisse herbeiführen will, der dient weder der Gerechtigkeit noch der Gleichheit, sondern der dient dem Rückschritt, der dient dem Rückfall und der dient der Verarmung und Verelendung des deutschen Volkes", (Alle Zitate: „Bayernkurier" v. 24. 11. 1979).

Springer-Leitartikler Günter Zehm bringt die konstruierte Unlogik und Falschheit der Strauß-Behauptungen vollends auf den Begriff. Bezugspunkt seines Kommentars in der „Welt" vom 2. November 1979 ist die Äußerung des DGB-Bundesvorstandsmitglieds Maria Weber zu den Attacken der Unionsparteien auf die Gesamtschule: „Dies ist Klassenkampf von oben, der sich des dreigliedrigen Schulsystems bedient, um auszulesen, um Eliten zu schaffen und abzuschotten." Zehm kommentiert: „Sie würde sich wundern, wie schnell in einer Gesellschaft das Sozialprodukt absinken, wie schnell der Arbeitnehmer verelenden würde, wenn die Eliten überhaupt keine Möglichkeiten zur Entfaltung überdurchschnittlicher Begabungen mehr fänden".

Es geht also um die Sorge für das Gemeinwohl und die Entfaltungsmöglichkeiten einer für die Gesellschaft lebensnotwendigen Elite der Wissenschaft – zumindest vordergründig, denn beides sind vorgeschobene Gründe für eine gesellschaftspolitische Strategie der Unionsparteien und des Kanzlerkandidaten F. J. Strauß. Zunächst einmal fällt die Argumentationskette auf, daß eine Verbesserung der allgemeinen Ausbildungssituation, wie sie durch die Gesamtschule angestrebt wir, dazu führen müsse, daß die Entfaltungsmöglichkeiten der „Elite" eingeschränkt würden. Tatsächlich schließt eine Hebung des Ausbildungsniveaus und die Vermehrung der Anzahl von beruflichen Kadern mit höherer Ausbildung eine gezielte Förderung beson-

ders begabter Schüler, Studenten und junger Wissenschaftler überhaut nicht aus, wie suggeriert wird. Die Begabtenförderung ist auch in der Vergangenheit eine Angelegenheit gewesen, die vom allgemeinen Ausbildungsgang nicht verdrängt wurde. Eine Hebung der Bildung und eine Begabtenförderung schließen sich nicht aus, sie sind einander nützlich.

Allerdings hat die Verbesserung des Schulwesens eine Konsequenz für die Erschließung sogenannter Eliten: Je besser die allgemeine Ausbildung ist, desto größer wird auch die Chance junger Menschen aus unterprivilegierten Schichten, „aufzusteigen".

Zum zweiten gibt es das Recht auf Bildung. Es ist zwar bisher proklamiert, aber noch nicht umfassend verwirklicht worden. Die Statistiken zeigen eindeutig, daß die Frage der Bildung auch eine Klassenfrage ist. Das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem fördert die soziale Selektion, der Anteil der Arbeiterkinder an den Absolventen der Gymnasien verhält sich umgekehrt zum Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung. Dabei wird kein Mensch als Abiturient oder Wissenschaftler geboren, wie weit ein Mensch seine Fähigkeiten entwickeln kann, wird wesentlich durch soziale Gegebenheiten bestimmt. Es ist in der Bildungsforschung eine anerkannte Tatsache, daß Kinder aus Arbeiterhaushalten, die in die Schule eintreten, schon durch vielerlei Faktoren benachteiligt sind. Das gilt für Sprache und Umgang mit Büchern ebenso wie für die Hilfe bei den Hausaufgaben oder das Sprechenlernen. Dadurch bedingt nimmt der Anteil der Arbeiterkinder im dreigliedrigen Schulsystem von den unteren Klassen nach oben hin ständig ab. Es handelt sich hier ohne Zweifel um eine soziale Frage.

Durch die Verknüpfung des Ausbildungsproblems mit der Frage des Rechts auf Arbeit versuchen die Gegner traditioneller Bildungsgänge von vornherein alle Reformbemühungen als vergeblich darzustellen. Ganz gewiß ist das Problem der

AIB, Heft 2/Februar 1980 bringt als Schwerpunkt:

„Großer Plan" gegen Afghanistan

Ausführliche Analysen und Dokumente antworten auf Fragen wie:

- **Putschte die Rote Armee?**
- **Wer war Hafizullah Amin?**
- **Wen repräsentiert Babrak Karmal?**

Weitere Themen in diesem Heft:

● UNO-Rede FidelCastros ● Kampuchea-Hilfe für wen? ● Frieden oder neuer Krieg in Zimbabwe ● Probleme des Neuanfangs in Nikaragua ● Gespräch mit ägyptischem Oppositionsführer ● F. J. Strauß an der Seite türkischer Faschisten

Einzelpreis (36 Seiten) 2,— DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Jahresabo 20,- DM inkl. Porto.

☐ Ich bestelle AIB-Heft 2/80
☐ Ich abonniere das AIB für mindestens ein Jahr ab Nr. _____

Name: _____

Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1,
Tel. 06421/2 46 72

Blätter

Arbeitsplatzbeschaffung und Arbeitsplatzsicherung eines der dringlichsten Probleme unserer Gesellschaft, doch ist es nicht dadurch zu lösen, daß man der Mehrheit der Bevölkerung das Recht auf Bildung verweigert. Strauß tut überdies so, als ginge es darum, daß jeder, der ins Berufsleben tritt, ein Hochschuldiplom besitzen solle. Dies ist allerdings keineswegs das Anliegen, das sich bei der Realisierung des Rechts auf Bildung stellt, sondern Aufgabe ist es, den allgemeinen Ausbildungsstand zu heben. Dies betrifft alle Abschlüsse.

Nach der Straußschen Darstellung der Geschichte der Wissenschaft und der industriellen Produktion haben die „großen Männer", die Einzelerscheinungen, die Entwicklung bestimmt. Er steht damit im Kontext einer Geschichtsschreibung, die Geschichte als das Aktionsfeld der „Führer", Könige und sonstigen großen „Persönlichkeiten" betrachtet, nicht aber als Ablauf sozialer Spannungen und Entwicklungen. Zwar ist es richtig, daß bestimmte Ereignisse in der Wissenschaftsgeschichte mit den Namen von Personen verknüpft sind, beispielsweise Einstein. Aber auch Genies entfalten sich nur in einer Umwelt, die wissenschaftlich ebenfalls hochentwickelt ist. Strauß führt in seiner Bremer Rede vom 25. September 1979 etwa Fischer und Tropsch an, die in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts die Kohleverflüssigung erfunden haben. Erfanden sie die, so muß man, wie Brechts „lesender Arbeiter" nach den tatsächlichen Erbauern des siebentorigen Theben fragt, auch fragen, tatsächlich alleine, oder bauten sie nicht vielmehr auf der Mitarbeit vieler diplomierter und promovierter Naturwissenschaftler auf, waren sie nicht auf die Mithilfe eines zwar qualifizierten, aber keineswegs wohl nur aus Genies bestehenden Mitarbeiterstabs angewiesen? Auch Genies, auch „Elite" im Straußschen Sinne braucht die qualifizierten Mitarbeiter, und je höher der allemeine Bildungsstand ist, desto größer ist auch das Potential, aus dem sich diese Kader rekrutieren können.

Nun ist das Problem eines besseren Ausbildungsniveaus keineswegs auf Wissenschaft und Forschung beschränkt. Die Anforderungen der technisierten Welt, in der das, was man gestern gelernt hat, heute schon veraltet ist, stellen sich jedem Bürger. Der Begriff des „lebenslangen Lernens" beschreibt die Notwendigkeit, sich immer wieder neu auf Veränderungen in der Umwelt einstellen zu müssen. Dies setzt aber eine starke methodische Schulung des Menschen voraus, ein Umgehen können mit immer wieder neu anzueignendem Wissensstoff, nicht das Beharren auf dem einmal Gelernten. Das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem mit seinen hohen Quoten nicht abgeschlossener Ausbildungsgänge vermag diesen Anforderungen nicht gerecht zu werden, da die Qualifikationserfordernisse in allen beruflichen Bereichen gestiegen sind. Aber nicht nur dies: Bildung vermag dem Menschen auch zu helfen, sein Leben lebenswerter zu machen, sich zu entwickeln, zu entfalten, sich die Umwelt anzueignen und sich mit ihr auseinanderzusetzen, statt von ihr lediglich beherrscht zu werden.

Wie zynisch Strauß ist und wie einseitig, ja politisch gefährlich sein Menschbild im Verhältnis zur Bildung ist, machen seine Bremer Ausführungen an anderer Stelle deutlich: „Wenn der breite Durchschnitt der Menschen sich nach oben entwickeln können soll, wenn auch die weniger Begabten, so auch die Dummen und Faulen ein anständiges Leben haben sollen, dann können sie es nur haben, wenn die echten Begabungen nachhaltig gefordert werden, damit der Rest der Menschheit an den Werten und Folgen ihrer Leistungen und ihrer schöpferischen Erfindungen auch entsprechend teilhaben kann". Strauß kann sich dabei des Beifalls seiner Zuhörer sicher sein – obwohl die wenigsten davon zur „Elite" zählen oder „Genies" sein dürften, und bei deren Kindern dürfte es ähnlich sein.

Wolfgang Schmitz

GLOSSE

Die Boykotteure

Von Peter Maiwald

Der Einfall des amerikanischen Präsidenten, die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren, hat die hiesigen Medien und ihre Politiker in eine gewisse Verlegenheit gebracht. Keinem von ihnen war vor dem Einfall des Präsidenten die Notwendigkeit eines Boykotts eingefallen, so daß die hiesigen Boykotteure vor der nicht geringen Schwierigkeit standen, dem Volk eine Idee, die sie nicht gehabt hatten, als notwendig einzureden.

Die einfachste Art, einen Einfall zu begründen, den er nicht gehabt hat, hat der CDU-Politiker Heinrich Köppler gewählt. Er gab, nachdem der amerikanische Präsident gedacht hatte, bekannt, daß für ihn anderes „völlig undenkbar" sei.

Daß nicht alle Christdemokraten so einfach nachdenken, was ein anderer vorgedacht hat, beweist der parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Jenninger. Er hat die Moral bemüht, um den Einfall des amerikanischen Präsidenten zu begründen. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 22. Januar 1980 gab Jenninger bekannt, daß er sich „derzeit nur schwer vorstellen" könne, daß „über Moskau Friedenstauben aufsteigen", während „in Afghanistan Jagd auf Aufständische gemacht wird." Nun ist die CDU bekanntlich eine Partei, deren Herz für Aufständische in Geschichte wie Gegenwart, Inland wie Ausland etwa so schlägt wie ein Polizeiknüppel. Die Bevölkerung kann sich daher derzeit durchaus einen Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU vorstellen, den es überhaupt nicht stört, wenn in Chile oder Vietnam „mit Kampfhubschraubern und Napalmbomben" „Jagd" auf Aufständische gemacht wird und über Lake Placid die Friedenstauben aufsteigen. Die doppelte Moral erweist sich als einfache: ein antikommunistischer Aufständischer ist eben ein guter Aufständischer.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat sich dem Firlefanz an Ausreden und Erklärungen seiner Parteifreunde nicht angeschlossen, sondern klipp und klar zur Begründung amerikanischer Einfälle in der Bundesrepublik erklärt: „Ich warne vor einer Abkopplung der europäischen Interessen von den amerikanischen Interessen." Anders ausgedrückt: Was gut ist für General Motors, ist gut für Europa.

Die deutsche Sozialdemokratie ist durch den Einfall des amerikanischen Präsidenten in arge Mitleidenschaft gezogen worden. Sie war von selbst auch nicht auf die Notwendigkeit eines Boykotts gekommen und begann, sich den Einfall anzueignen, indem sie dem Volk bekannt gab, daß sie ihn versteht. Hans Jürgen Wischnewski vom Vorstand der SPD äußerte nicht nur Verständnis für den Einfall des amerikanischen Präsidenten, sondern „großes Verständnis", während die Parteizeitung „Vorwärts" sich beeilte, ein demütiges „Verständnis für die gedemütigte Großmacht USA" zu äußern; eine interessante Formulierung, aus der man lernen kann, daß es offensichtlich eine Großmacht demütigt, wenn sie in anderen Ländern nicht zu Hause ist.

Die Sonderaufgabe, den Einfall des amerikanischen Präsidenten der für ihre Einfälle bekannten „westeuropäischen Linken", der das nicht eingefallen war, nahezubringen, übernahm der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel. Er gab bekannt, daß es „nicht um den Beweis von Solidarität mit den USA" gehe', sondern um eine „Solidarität mit dem afghanischen Volk". Leider ist das afghanische Volk so eine einheitliche Menge nicht, so daß der Abgeordnete nicht angeben konnte, welcher der sich widerstrebenden Volksgruppen, Großgrundbesitzer oder Bauern, Moslems oder Ungläubige, seine Solidarität gelten sollte.

Dem Rätselraten und der Verwirrnis nach dem Einfall des amerikanischen Präsidenten machte ein ausländischer General namens Pinochet, der für seine Grobschlächtigkeit bekannt war, ist Ende, indem er der Welt erklärte, bei diesem Boykott handle es sich um eine „Aktion gegen den Marxismus". Er werde sich daran beteiligen.

High Noon?

Afghanistan, Europa und der Wilde Westen

Von Karl D. Bredthauer

„Meine persönliche Neigung ist . . . , die Sowjetunion und andere aggressiv herauszufordern, auf friedliche Weise natürlich, um Einfluß in solchen Zonen der Welt zu erlangen, die nach unserer Meinung heute entscheidend für uns sind oder dies möglicherweise in 15 oder 20 Jahren werden können. Dies schließt Gegenden ein wie Vietnam und Gegenden wie Irak und Somalia und Algerien und Gegenden wie die Volksrepublik China und sogar Cuba. Es gibt für mich in dieser Hinsicht keinerlei Zaudern."

Präsident Carter, 1977)*

Carter kommt, was seine vor drei Jahren so freimütig geäußerte „Neigung" betrifft, in letzter Zeit voll auf seine Kosten. (Auf wessen Kosten?) Und die Welt kommt – scheint es – wieder in Ordnung: Der Sowjetimperialismus ist (diesmal endgültig) durchschaut, der schlafende Riese USA erwacht und reckt sich, die Freie Welt besinnt sich auf die altbewährte, unverständlicherweise zeitweilig in Mißkredit geratene Politik der Stärke (denn eine andere Sprache versteht der Russe bekanntlich nicht), und Franz Josef Strauß hat es immer gewußt (um so bewundernswerter, wie zurückhaltend er in der Stunde seines Triumphes auftritt.) Selbst die ungebärdige Dritte Welt (jedenfalls alles, was noch nicht ganz verdorben in ihr ist), drängt sich reumütig in die Arme der Zivilisation zurück und pocht auf die baldestmögliche Entsendung amerikanischer, britischer und französischer Expeditionscorps. „The Germans to the front!" soll auch schon gefordert worden sein, aber da bleibt es offenbar erst einmal bei der gewohnten Konzentration auf die „Ostfront" (oder „NATO-Zentralfront", wie es zeitgemäßer heißt) – den Persischen Golf und andere „warme Meere" bitten Briten, Amerikaner etc., die zwar auch nicht näher daran liegen als wir und ganz bestimmt nicht näher als die Sowjetunion – aus „historischen Gründen" *ihren* Kanonenbooten zu reservieren.

Man reibt sich die Augen und fragt sich: Wie kommt es zu solch wundersamer Wende der Weltgeschichte? Sicher: Ein neues Jahrzehnt ist angebrochen – die 80er (nicht etwa die 50er) Jahre. Aber vieles, was in diesen ersten Wochen an „neuen Tönen" zu hören ist, klingt eher nach alter, ziemlich rostig gewordener Blechmusik – eher nach 1880 als 1980. Den Europäern

*) Am 10. Juni 1977 in einem Gespräch mit Direktoren amerikanischer Nachrichtenmagazine. Vgl. „Wireless Bulletin from Washington", Bonn, 14. 6. 1977, S. 9. (Übersetzung v. Verf.) Vgl. dazu: Karl D. Bredthauer, Zurück in die fünfziger Jahre?, in: „Blätter", 2/1978, S. 142–165. – Wenn man Carters Wunschkatalog Land für Land durchgeht und sich die politischen Ereignisse der letzten drei Jahre in Erinnerung ruft, wird man im Hinblick auch auf die Hintergründe der gegenwärtigen Krisenherde sehr nachdenklich.

freilich, die ihre kanonenboot- und kolonialpolitische Erfahrung (hinter sich?) haben, kommt manches gegenwärtig nicht ganz echt vor – eher wie „Wilder Westen", wie die „Show down"-Psychose eines mittelwestlichen „High Noon" . . .

Die neue „Wem-gehört-die-Welt"-Debatte, ihr Anlaß und ihr Hintergrund

Der Leser möge den unernsten Einstieg in ein nur allzu ernstes Thema verzeihen, aber die einfach groteske Diskrepanz zwischen „Ursache" und „Wirkung", zwischen der gegenwärtig die USA und die Phantasie ihrer Nachahmer in aller Welt beflügelnden „geopolitischen" Wem-gehört-die-Welt-Debatte einerseits und ihrem offensichtlich hochwillkommenen Anlaß, den Vorgängen in Afghanistan, auf der anderen Seite, macht es schwer, ganz unpolemisch zur Sache zu kommen. Die ist allerdings ernst genug.

Wer sich einen klaren Kopf bewahrt hat, kann schwerlich verkennen, daß Afghanistan, der Sturz der Regierung Amin und das Eingreifen sowjetischer Truppen in der von Carter ausgelösten Debatte durchaus nicht im Mittelpunkt stehen, sondern eher die Rolle eines – eher austauschbaren[1]) – Anlasses spielen. Wir dürfen uns nichts vormachen: Was sich im Westen, vor allen in den USA gegenwärtig unter Berufung auf Afghanistan abspielt, das läuft in Summa auf einen *grundsätzlichen Kurswechsel der USA* hinaus, auf den mehr oder weniger offenen – schon in der Art und Weise, wie man Breschnews außergewöhnlichen Verhandlungsvorschlag vom letzten Oktober in der „Nachrüstungs"-Kampagne auflaufen ließ, sich abzeichnenden – *Bruch mit den Grundregeln der Entspannungspolitik*. Dieser Bruch, auf den in den USA und innerhalb der NATO, wie zu zeigen sein wird, spätestens seit 1978 planmäßig hingearbeitet worden ist und für den man jetzt in Afghanistan endlich – nach steckengebliebenen Anläufen unter den Stichworten „Menschenrechte", „Sowjets auf Cuba" usw. – die durchschlagend öffentlichkeitswirksame Legitimationsbasis gefunden zu haben hofft, dieser von Carter heute offen betriebene Bruch in es, der weit über eine regionale Krise hinausreichende Gefahren heraufbeschwört, auch und gerade für ein der Entspannung so bedürftiges Land wie die Bundesrepublik. Mit den offenen und weniger offenen Fragen, die die Entwicklung in und um Afghanistan aufwirft, setzt sich der Beitrag von Norman Paech in diesem Heft auseinander. Im Folgenden geht es um *uns*, um die unmittelbare Betroffenheit der Bundesrepublik und der europäischen Sicherheit angesichts einer Krise, die den Zauberlehrlingen der Weltpolitik in beängstigender Weise über den Kopf zu wachsen droht, die aber in den USA und auch in unseren Zeitungen – oder z. B. auf dem „Sicherheitspolitischen Kongreß" der CDU – fast durchweg genau nach dem einfältigen „Who-lost-Patagonia?"-Muster[2]) erörtert

1) „Who lost Patagonia?"/„Wer verlor Patagonien?"überschrieb William P. Bundy, Herausgeber der tonangebenden außenpolitischen Zeitschrift der USA, der „Foreign Affairs", kürzlich einen Artikel über die Rolle der Außenpolitik im US-Wahlkampf. („Foreign Affairs", Herbst 1979, 58. Jg., Nr. 1, S. 1–27.) Bundy wollte offenbar nicht ganz konkret „Wer verlor Iran?" schreiben, weil es in der amerikanischen Strategiedebatte gleichermaßen um die Frage geht, durch „wessen Schuld" Amerika Angola oder Nicaragua „verlor" – und weil er die amerikanischen Leser schonend darauf aufmerksam machen wollte, daß die Fragestellung einfach falsch ist: „Verlieren" konnten die USA den Iran, Nicaragua usw. doch wohl nur, wenn sie völkerrechtswidrigerweise beanspruchten, souveräne Staaten in allen Teilen der Welt zu „haben", zu „besitzen"!

2) Vgl. Anm. 1).

wird: Jetzt ist auch Afghanistan „an die Russen gefallen" – was werden sie „uns" als nächstes „wegnehmen"?! Oder: Wie können „wir" Afghanistan „zurückbekommen"!

Es läßt sich, wie immer man zu den Vorgängen in Afghanistan selbst stehen mag, schwerlich übersehen, daß Präsident Carter keinen, jedenfalls keinen erkennbaren Versuch unternommen hat, etwa durch sachliche Konsultationen mit der Sowjetunion und der Regierung des betroffenen Landes, Klarheit in die tatsächlich oder vorgeblich offenen Fragen zu bringen und zur Lösung oder zumindest Begrenzung einer Krise – die er selbst zur größten Gefahr für den Weltfrieden seit 1945 deklariert hat – beizutragen. Ein entscheidender Beitrag der USA wäre zweifellos die Einstellung der Unterstützung für die „islamischen Freiheitskämpfer" bzw. ein entsprechendes Einwirken auf die engagierten US-Klienten Pakistan, Saudiarabien, Ägypten und auf China gewesen. (Das Gegenteil davon geschieht: Brezinski läßt sich am Khaiberpaß in der Pose des Befreiers filmen, der Exil-Afghanen zuruft: Das Land da drüben gehört Euch! Und ihr werdet siegen, denn Gott ist mit Euch! Zu sehen in der ARD-Tagesschau am 4. 2. 1980, 20 Uhr) – Statt die Krise zu begrenzen, hat Carter nach Kräften ins Feuer geblasen und alles getan, um „das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist" und unter Berufung auf Afghanistan möglichst viele Länder in eine neue, weltweite Offensive zur „Eindämmung" des „sowjetischen Einflusses" zu locken oder zu nötigen, ohne Zimperlichkeit in der Wahl der Mittel!

Ein besonders unehrliches Spiel ist dabei mit der – ansonsten im US- und NATO-Milieu nicht so geschätzten – UNO getrieben worden. Versuchen wir, es aufzuklären: 104 Staaten haben ihre Beunruhigung über die Vorgänge in Afghanistan zum Ausdruck gebracht und für den Abzug der „ausländischen Truppen" votiert – darunter also nicht nur NATO- und andere Staaten, die mit den USA durch dick und dünn gehen und z. B. nie eine Verurteilung Washington wegen des Völkermords in Vietnam ausgesprochen oder zugelassen hätten –, sondern vor allem eine große Zahl blockfreier Länder, für die die Anwesenheit ausländischer Truppen auf dem Gebiet von Mitgliedstaaten ihrer Bewegung in der Tat eine essentielle und besonders heikle Frage ist und von denen viele ein Überlebensinteresse daran haben, möglichst hohe völkerrechtliche und psychologische Barrieren gegen Interventionsdrohungen jeder Art zu erhalten. Es ist sicher kein Zufall, daß in der UNO-Resolution (Vgl. den Wortlaut im Dokumententeil dieses Heftes) nicht ausdrücklich von sowjetischer, sondern allgemeiner von „ausländischer" Intervention die Rede ist. In der Tat denkt die übergroße Mehrheit der Blockfreien, die Furcht vor potentiellen Interventen haben, dabei weit eher an die USA, England oder Frankreich. Man tagte schließlich vor dem Hintergrund amerikanischer Drohungen, den Persischen Golf zu verminen, im Iran zu intervenieren, vor dem Hintergrund der demonstrativen Aufstellung einer 110 000 Mann starken „Schnellen Einsatztruppe" der USA und militärischer Drohgebärden in der Karibik, u. a. gegenüber El Salvador, Mexiko, Nicaragua und „natürlich" Cuba. Und den drohenden Unterton in der zweideutigen Formel, mit der der

US-Chefdelegierte McHenry der UNO die Verurteilung der Sowjetunion abforderte, kann auch keiner der potentiell Betroffenen überhört haben: „Die Auswirkungen der sowjetischen Invasion in Afghanistan sind gewaltig, *wird doch kein Staat mehr vor größeren und mächtigeren Nachbarn sicher sein,* sollte die internationale Gemeinschaft den Eindruck erwecken, daß sie bereit ist, den Sowjets nachzugeben . . .".[3]) Die USA jedenfalls haben keine „größeren und mächtigeren Nachbarn"! Dagegen beispielsweise Mexiko . . .[4])

Carters Abkehr von der Entspannung

Diejenigen Staaten, die ihr UNO-Votum als Eintreten für die Unantastbarkeit völkerrechtlicher Bestimmungen, für Blockfreiheit und gegen jegliche Interventionspolitik verstanden wissen möchten, wurden von Carter umgehend und folgenschwer düpiert: Unter Berufung darauf, daß eine Mehrheit der UNO-Staaten wie die USA gestimmt hätte, nahm der amerikanische Präsident sich auf eigene Faust das Recht, über die Sowjetunion eine Reihe von „Strafmaßnahmen" zu verhängen und einen ganzen Katalog machtpolitischer, teils ausgesprochen interventionistischer Schritte, die auf internationales Recht und international übliche Umgangsformen wenig Rücksicht nehmen, als „Antwort auf Afghanistan" auszugeben. Ehrlicher wäre es, von einer „Absage an die Entspannung", einem prinzipiellen Kurswechsel zurück in Richtung „Konfrontation statt Kooperation" zu sprechen. Denn so sieht Carters „Programm" Punkt für Punkt aus:

1) Eine Politik der „Eindämmung"[5]) gegenüber der Sowjetunion statt der völkerrechtlich gebotenen und 1972 zwischen USA und UdSSR auch ausdrücklich vertraglich vereinbarten Beziehungen auf der Grundlage der

---

3) Vgl. Rede des US-Chefdelegierten Donald F. McHenry am 6. Januar 1980 vor dem Weltsicherheitsrat. In: „Amerika-Dienst" v. 9. 1. 1980, hier S. 7.

4) Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) v. 22. 9. 1979 aus Anlaß eines Moskau-Besuchs des mexikanischen Verteidigungsministers. Der Bericht über die Verteidigungsplanung des südlichen Nachbarlandes der USA kommt zu folgendem Fazit: „Die beschleunigte Aufrüstung Mexikos ist nicht zuletzt durch die Verteidigungsplanung (!) der Vereinigten Staaten ausgelöst worden, die die mexikanischen Ölfelder und deren Anlagen *als nationales Sicherheitsprojekt (der USA!* Hervorhebung v. Verf.) mit einbezieht, was den heftigen Widerstand der mexikanischen Regierung ausgelöst hat. Die geplante amerikanische Eingreif-Truppe von 100 000 Mann, die im Süden der Vereinigten Staaten stationiert werden soll, wird von mexikanischen Militärs und Politikern als direkte Bedrohung Mexikos verstanden . . .".

5) Dieser Begriff – „Eindämmung" oder „Containment" der Sowjetunion und ihres Einflußbereichs durch die „Freie Welt" – stand am Beginn des Kalten Krieges, der in den 50er Jahren dann in der Forderung nach einem „Roll back" des Kommunismus gipfelte. Es lohnt sich, die Erkenntnisse, die der heute 75jährige „Erfinder der Eindämmungspolitik", George F. Kennan, am 4. Januar 1980 unter der Überschrift „Die russische Gefahr ist viel Einbildung. Wider die Welle der Angstmacherei" in der Hamburger „Zeit" veröffentlicht hat, gründlich zu überdenken: Mit der Gründung der NATO, sagt Kennan, hat der Westen das Fundament für jene Militarisierung des Denkens gelegt, das nicht nur bis heute fortlebt, sondern das Handeln westlicher Politiker mehr und mehr prägt." Als „eine wahrhafte Orgie scharfmacherischer Reden", eine „Welle der Emotionalität" welche offensichtlich auf die Macht der Waffen baut, um den Traum einer universalen *pax americana* zu neuem Leben zu erwecken und zu verwirklichen" bezeichnet der ehemalige Präsidentenberater – schon „vor Afghanistan" – den derzeitigen Zustand der US-Außenpolitik. Angesichts der „Woge des unkritischen Anti-Sowjetismus" in den USA – von dem er feststellt: „. . . die eigentlichen Ursprünge dieses Phänomens liegen nicht im sowjetischen Verhalten" – fürchtet Kennan, „daß die Russen eines Tages in ihren Entspannungsbemühungen resignieren."

Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und der friedlichen Koexistenz und Kooperation.[5a])

Allerdings ist diese aggressive Wendung nicht ganz neu: schon 1977 hatte Carter die „aggressive Herausforderung" der Sowjetunion durch die US-Politik offen zu seinem Programm erklärt. Daß er sich jetzt auf Afghanistan beruft, erweist sich als Vorwand.

2) Die Blockierung vereinbarter Weizenlieferungen und abgeschlossener Abmachungen über den Verkauf von Erdölbohreinrichtungen und Computertechnologie an die Sowjetunion (sowie weitere wirtschafts- und handelspolitische Diskriminierungen und der Versuch, diese möglichst weltweit auszudehnen) – ohne Rücksicht auf Rechtssicherheit und Vertrauenswürdigkeit in der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Allerdings ist die Unterbrechung der Getreideverkäufe an die UdSSR seit langem ein innenpolitischer Dauerbrenner der amerikanischen Rechten – und sowohl die Blockade der Erdölbohranlagen-, als auch der Computertechnologie-Lieferungen hatte Carter bereits im vergangenen Jahr verfügt, aber wieder aufheben müssen. Wiederum: Afghanistan erweist sich auch hier als willkommener Vorwand.

3) Der Boykott der Moskauer Olympiade durch die USA und der Versuch, dafür weltweite Unterstützung zu erzwingen – gegen den erkennbaren und erklärten Willen praktisch aller zuständigen Gremien und der überwältigenden Mehrheit der UNO-Staaten, auf die Carter sich gleichwohl beruft.

Allerdings ist der Boykott der Moskauer Olympiade ein Thema, das interessierte US- und NATO-Kreise schon seit längerem reizt und im vergangenen Jahr schon wiederholt erprobt worden ist, sowohl unter Verweis auf die Menschenrechte als auch im Zusammenhang der Carter-Kampagne gegen die sowjetische „Brigada" auf Cuba (die sang- und klanglos eingeschlafen ist, offenbar weil sie der „Nachrüstungs"-Kampagne zur Gewinnung der Westeuropäer für den Brüsseler Mittelstreckenraketen-Beschluß in die Quere zu geraten drohte, und sicher auch wegen ihrer Aussichtslosigkeit angesichts der Tatsache, daß die sowjetische „Brigada" sich – sehr im Unterschied zu dem weitaus stärkeren amerikanischen Truppenkontingent im US-Stützpunkt Guantanamo – nun einmal auf Wunsch der Regierung des Landes dort aufhält.)

4) Schließlich erklärt Carter in seiner „State of the Union Message"[6]) „die Region des Persischen Golfs" in aller Form zum „Interessengebiet" der USA: „Ein Versuch durch eine Macht von außen, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als ein Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet werden" und „durch den Einsatz aller notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht, zurück-

5a) Vgl. den Wortlaut der am 29. Mai 1972 zwischen dem Generalsekretär der KPdSU und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unterzeichneten „Grundsätze für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA", einer Art „Magna Charta der friedlichen Koexistenz", in: „Blätter", 6/1972, S. 653–655.

6) Präsident Carters Botschaft über die Lage der Nation (State of the Union Message) vom 23. Januar 1980, „Amerika-Dienst" v. 24. 1. 1980.

gewiesen werden."[7]) In welchem Verhältnis dieser „Claim" – abgesteckt ganz im Stil der Goldgräber des Wilden Westens – zu den Interessen und Rechten der Völker in der betroffenen Region steht, demonstriert Carters Erläuterung, „die Bedrohung der Sicherheit im Persischen Golf und Südwestasien" erfordere „die *Beteiligung all jener, die vom Öl* aus dem Mittleren Osten *abhängig* und um den Frieden und die *Stabilität* in der Welt besorgt sind" – also im Klartext vor allem der NATO-Staaten und aller Nutznießer der wackelnden, also zu *„stabilisierenden"*[8]) Herrschaftsverhältnisse in Saudiarabien, Pakistan etc. – „Und (!) sie erfordert Konsultationen und enge Zusammenarbeit mit Ländern des Gebietes, die bedroht sein könnten."[9]) Carter macht, wie man sieht, gar kein Hehl daraus, daß die Erklärung des Persischen Golfes zum US-„Schutzgebiet" ein einseitiger Akt und ohne vorherige Konsultation der betroffenen Länder, in denen denn auch Protest und Unruhe laut wurden, erfolgt ist. Die Blockfreien werden sich die Augen gerieben haben. Man versetze sich aber auch einmal in die Lage der Sowjetunion und lese die „Carter-Doktrin" gegen den Strich: Die USA – eine Macht, die von der Region so weit entfernt ist, daß die Sowjetunion im Vergleich damit geradezu als Golfanlieger erscheint, ernennt sich aus eigener Machtvollkommenheit zum Polizisten des Persischen Golfes und warnt die „Macht von Außen", die „Kontrolle über die Region" erlangen zu wollen – die die USA dafür ganz ungeniert für sich selbst beanspruchen („lebenswichtige Interessen"), während sie sich über das seit Jahrzehnten unbestrittene Sicherheitsinteresse der UdSSR an Afghanistan, unmittelbar an der sowjetischen Südgrenze, ebenso unbekümmert hinwegsetzten. Was wäre, wenn die Sowjetunion ähnliche Proklamationen für die Karibik (Cuba!) erließe? Wenn sie Guerilla-Kämpfer in Mexiko finanzierte und ausrüstete?

Allerdings ist die jetzt zur offiziellen „Carter-Doktrin" geronnene Vorstellung, die USA könnten im Mittleren (und Nahen!) Osten „Gendarmen-Funktionen" beanspruchen, auch nicht ganz neu. U. a. James Schlesinger, Verteidigungsminister unter dem Republikaner Ford und dann Energieminister seines demokratischen Nachfolgers Carters, hat diesen Anspruch immer wieder formuliert, so auch in seiner Abschiedsrede am 16. August 1979[10]). Afghanistan als Ursache?!

5) Eine „rapid deployment force" soll zur Verwirklichung der „Schutz"-Versprechen Carters dienen –

allerdings diese Interventions-Truppe ist schwerlich als Ausdruck des Protestes gegen Interventionismus zu akzeptieren, ganz abgesehen davon, daß

7) A.a.O., S. 8.

8) Staaten, „deren Sozialstrukturen noch nicht genug entwickelt sind, um den Stößen des raschen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels zu widerstehen", nennt der ehemalige US-Energieminister Schlesinger in seiner Abschiedsrede vom 16. August 1979 in wohlgesetzten, aber hinreichend deutlichen Worten die feudale amerikanische Klientel in Saudi-Arabien und den Golfstaaten; es geht ihm um deren Stabilisierung und Kontrolle angesichts der „Energiekrise" – durch die „dem politischen und ideologischen Wettstreit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine neue Dimension verliehen" werde. Vgl. „Amerika-Dienst" v. 22. August 1979.

9) Präsident Carters Botschaft . . .,a.a.O., S. 7.

10) Vgl. Anm. 8.

auch sie lange „vor Afghanistan" angekündigt wurde (bezeichnenderweise zuerst 1973/74 als Mittel gegen die „Ölwaffe" der Araberstaaten!).

6) Schließlich und endlich *des Pudels Kern:* lange vor der neuesten Auffrischung der „Gefahr aus dem Osten" wurde die allseitige forcierte Aufrüstung der USA und ihrer NATO-Verbündeten beschlossen, für deren Notwendigkeit jetzt ebenfalls das Allzweckargument „Afghanistan" herhalten soll:

– im Mai 1978 verabschiedete die NATO ein *„Langzeitprogramm"* (LZP), in dem sich ihre Mitglieder unter dem Druck der USA bis zum Ende des Jahrhunderts zu einer automatischen jährlichen Steigerung der Militärausgaben um real 3 % verpflichtet haben. Heute redet Carter schon von über 5 %! 20 Mrd. Dollar Steigerung allein im nächsten Haushaltsjahr der USA![11])

– Seither wurde die Einführung einer Reihe gefährlicher *neuer Waffensysteme* vorangetrieben, darunter strategische wie die MX-Raketen und die Trident-U-Boot-Raketen sowie speziell für den Einsatz in Europa gedachte wie die „Marschflugkörper" und – wie sich offenbar herausstellt – unter der Hand auch die Neutronenbombe!

– Gleichzeitig wurden die *SALT II-Verhandlungen* in die Länge gezogen, nach ihrem späten Abschluß (im Juni 1979) dann die Ratifizierung verschleppt (und jetzt erst einmal ganz ausgesetzt),

– während im Eiltempo und ohne die geringste Reaktion auf die wiederholten sowjetischen Verhandlungsangebote[12]) den NATO-Staaten ein *„Nachrüstungs"-Beschluß* aufgezwungen wurde, dessen Realisierung die strategische Lage in Europa einschneidend verändern würde. (Die unrühmliche Rolle der Bundesregierung bei der Durchsetzung des fatalen Beschlusses ist bekannt.)

„Vergeltung für Afghanistan"? Bei Lichte betrachtet erweist sich, daß Afghanistan hätte erfunden werden müssen (und – siehe den Versuch mit der „Brigada" auf Cuba – zweifellos auch erfunden worden wäre), daß es – ohne jede Rücksicht auf die wirklichen Zusammenhänge – die an den Haaren herbeigezogene nachträgliche Rechtfertigung abgeben soll für einen ganzen Fächer seit langem vorbereiteter machtpolitischer Rammstöße gegen tragende Säulen der Entspannung (und zugleich eine Art Blankovollmacht für die verschärfte Fortsetzung dieser Politik, deren Lasten wir durch die jetzt von allen „staatstragenden" Kräften in schöner „demokratischer Gemeinsamkeit" viel beschworenen „Opfer"[13]) mittragen sollen).

---

11) Vgl. „Wireless Bulletin from Washington", Bonn, 29. 1. 1980, S. 11.

12) Man vgl. insbesondere das umfassende, Offenheit für Gespräche über sämtliche im Westen als Bedrohung aufgefaßte Waffensysteme, darunter auch die „Grauzonenwaffen", bekundende Verhandlungsangebot der Warschauer Pakt-Staaten vom Dezember 1978. Vgl. den Wortlaut der „Moskauer Deklaration" vom 23. November 1978, in: „Blätter", 12/1978, S. 1520–1532.

13) „Strauß und Schmidt einig: Sicherheit erfordert Opfer" lautete sinnigerweise die Schlagzeile der „Welt" v. 25. 1. 1980; der zugehörige Artikel handelt von dem entspannungspolitischen Novum eines „Allparteiengesprächs" der Herren Schmidt, Genscher, Apel, Strauß, Kohl und Zimmermann über Afghanistan etc. am 24. Januar 1980 im Bundeskanzleramt zu Bonn.

Und die Sowjetunion?

Wer sagt, die Sowjetunion habe mit „Afghanistan" die Entspannung aufgekündigt, stellt die Dinge auf den Kopf! Ein Vergleich des sowjetischen und des amerikanischen Krisenverhaltens läßt keinen Zweifel zu, *wer* mit Afghanistan die Entspannungspolitik aushebeln möchte. Hätte die Sowjetunion einen Anlaß gesucht, die Entspannung zu beenden, dann hätte wohl die Mehrzahl der hier – unvollständig – aufgeführten „Vor-Afghanistan"-Maßnahmen der USA und der NATO weitaus stichhaltigere Gründe geliefert als Carter sie jetzt mit Afghanistan gefunden zu haben glaubt. Das gilt für einen so offenen Schlag gegen alle Abrüstungsbemühungen (und alle diesbezüglichen Absichtserklärungen von Helsinki) wie das NATO-LZP (automatische Aufrüstung bis zum Ende des Jahrhunderts!) ebenso wie für die verantwortungslosen Versuche, das Gleichgewicht in Europa zu zerstören (durch die „eurostrategische" Bedrohung der Sowjetunion, die das gerade erst in SALT II vereinbahrte strategische Gleichgewicht unterläuft) und die „atomare Schwelle" zu senken, um Kriege in Europa wieder „führbar" zu machen (Neutronenbombe). Das gilt vor allem für die nun offen zutageliegende Entscheidung der USA, die abenteuerliche Politik Chinas zur Veränderung des strategischen Gleichgewichts auszunutzen, China zu diesem Zweck wirtschaftlich, technisch und nicht zuletzt auch militärisch so schnell wie möglich zu „modernisieren" und schon heute – soweit möglich – militärisch mit Peking zusammenzuarbeiten. Einen Vorgeschmack dessen, was das bedeuten kann, hat China im vergangenen Jahr gegeben, als es unmittelbar nach einem USA-Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-ping in Vietnam einfiel – zu einer „Strafaktion" übrigens. (Wie sich die Argumente gleichen!)

Die rasch vorangetriebene Einbeziehung Chinas in das Allianz- (und womöglich – offen oder verdeckt – in das Stützpunkt-)System[14]) der USA, verbunden mit der neuen Qualität, die die unmittelbare Bedrohung der westlichen Sowjetunion von Westeuropa aus durch „Pershing II" und „Cruise Missiles" bedeutet, stellt die Sowjetunion vor eine völlig veränderte strategische Lage. Nicht einmal in den gefährlichsten Jahren des Kalten Krieges mußte Moskau sich derart umfassend eingekreist sehen, denn damals gab es kein chinesisch-amerikanisches Zusammenspiel. Angesichts solcher Perspektiven die Hauptgefahr für die Zukunft der Entspannung in der sowjetischen Rüstung zu orten, wie es in der „Nachrüstungsdebatte" geschehen ist, erscheint absurd. Tatsächlich hat Carter jetzt – während uns die „Nachrüstungs"-Kampagne über die nur noch unter Aufbietung aller Kräfte der NATO halbwegs auszugleichende Übermacht Moskaus noch in den Ohren dröhnt – in seiner Botschaft zur Lage der Nation der

14) „Die Chinesen decken nicht nur die strategischen Flanken in einer westlichen Ordnung der Sicherheit", schreibt der Militärexperte der FAZ, Adelbert Weinstein, in der Ausgabe v. 14. 1. 1980, „Sie bieten mit ihrer zusammenhängenden Landmasse eine Ausgangsposition für eventuelle (amerikanische) Luftangriffe auf Sibirien von Wladiwostok bis zum Ural." Der in Klammern gesetzte Hinweis darauf, daß es sich um *amerikanische* Luftangriffe gegen die Sowjetunion von chinesischen Flugplätzen aus geht, stammt von Weinstein selbst, um Mißverständnissen vorzubeugen.

Sowjetunion erneut bescheinigt, daß sie nur die zweitstärkste Militärmacht, die USA aber Nummer 1 seien und „um jeden Preis" zu bleiben gedächten. Und zum Potential der ohnehin überlegenen USA hätte die Sowjetunion im Kriegsfall die Militärmacht sämtlicher anderer Großmächte einschließlich der potentiellen Weltmacht China hinzuzuaddieren – und sich auf zwei Fronten in West und Ost einzurichten (neuerdings womöglich eine dritte im Süden!).

Hätten Genscher und Schmidt – angenommen, sie bemühen sich ohne Hintergedanken darum, die Entspannung in Europa fortzusetzen – diese Situation der Sowjetunion im vergangenen Herbst sich und anderen einmal wirklich klargemacht, sie hätten die alles andere als routinemäßigen Angebote Breschnews und Gromykos ebenso wie deren Warnungen nicht so leichtfertig in den Wind geschlagen. Ganz offenkundig war die Entscheidung in der „Nachrüstungs"-Debatte (auf dem SPD-Parteitag wie dann auf der NATO-Dezembertagung) für Moskau ein ausschlaggebender Test auf die wahren Absichten der tonangebenden Kräfte des Westens. Im Licht der Intransigenz, mit der die neue, „kontinentalstrategische" Herausforderung der Sowjetunion von Westeuropa aus, unbekümmert um die von Moskau in Aussicht gestellten „ernsten Konsequenzen", durchgeboxt wurde, mußte auch die fortschreitende Destabilisierung der südlichen Nachbarregion, die erkennbare Spekulation der USA auf afghanischen Ersatz für die im Iran verlorengegangenen Militärbasen (und darüberhinaus auf ein erneuertes Bündnis- und Stützpunktsystem zwischen der Türkei, Ägypten/Israel, den Golfstaaten, Pakistan und schließlich China!), die Moskauer Führung alarmieren und zu Gegenmaßnahmen provozieren. Für wie naiv haben Politiker wie Genscher, der Gromykos Besuch in letzter Stunde als Propagandacoup abtat und jetzt Afghanistan als Bestätigung für die Richtigkeit seiner „Nachrüstungs"-Kampagne auszugeben wagt, die sowjetische Führung eigentlich gehalten?

Festzuhalten ist dabei, daß sich die Sowjetunion bisher bemüht zeigt, den Konflikt begrenzt zu halten – in deutlichem Kontrast zu der gegenteiligen, einen Damm nach dem anderen einreißenden Politik der USA. Das Einfrieren der Ost-West-Reisediplomatie auch in Europa zeigt allerdings, wie groß die Gefahr auch für uns geworden ist, wenn die Politik der Westeuropäer nicht klar genug auf europäische Interessen abstellt.

Die Interessen der USA

Carter verlangt von der Bundesrepublik, von Westeuropa „Solidarität" – das richtige Wort wäre wohl: „Gefolgschaft" – auf dem Weg ins Abenteuer, den er eingeschlagen hat[15]). In den Regierungen Westeuropas, auch in Bonn, wird erkennbar die Frage hin- und hergewälzt, ob Carters Interessen noch vereinbar sind mit den eigenen (und ob die, offenbar doch ziemlich „begrenzte

15) Dabei kommen die Amerikaner ohne Umschweife zur Sache: „Die USA erwarten von der Bundesrepublik Mithilfe beim Transport von Truppen, falls im Nahen und Mittleren Osten ein militärischer Einsatz zur Sicherung der Ölfelder erforderlich sein sollte." zitiert die „Welt" v. 2./3. 2. 1980 unter der Überschrift: „Washington: Bonn muß mehr Lasten tragen" den US-Verteidigungsminister Brown.

Souveränität", die man sich seitens der westlichen Führungsmacht zugebilligt vermutet, angesichts des massiven Drucks der USA eine offene Vertretung abweichender Interessen der Europäer noch zuläßt . . .).

Carters Interessen – oder was er dafür hält – zeichnen sich mit einiger Deutlichkeit ab: angesichts einer innenpolitisch verheerenden, außenpolitisch zumindest mit groben Schönheitsfehlern behafteten Bilanz nach dreijähriger Präsidentenschaft hat er – das Wahljahr ist angebrochen – die Flucht angetreten, „nach vorn", wie er meint, und der Entspannung faktisch den Krieg erklärt. Diese „Flucht nach vorn" spielt sich ab vor dem Hintergrund eines seit der folgenreichen Niederlage in Vietnam (1975) nicht mehr zur Ruhe gekommenen, immer hektischer gewordenen Disputs innerhalb der herrschenden Kräfte über die künftige Rolle der USA in der Welt, insbesondere über ihr Verhältnis gegenüber der anderen Weltmacht, der Sowjetunion, und damit über die Zukunft der Entspannung, aber auch über das Verhalten gegenüber Westeuropa und Japan und nicht zuletzt gegenüber der Dritten Welt. Was den Hintergrund zunehmend verdüstert hat, ist die offensichtliche – den durch Carter und Brzezinski renovierten weltmissionarischen Anspruch untergrabende – Unfähigkeit des „reichsten Landes der Welt", Inflation, Arbeitslosigkeit und ihre krassen sozialen Folgen im eigenen Land auch nur halbwegs in den Griff zu bekommen.

Es sind vor allem – aber nicht ausschließlich – die Repräsentanten des in den USA alles überwuchernden, schon von Eisenhower beklagten „militärisch-industriellen Komplexes", die in der Entspannung die Wurzel der amerikanischen Krise gefunden haben wollen und Mißvergnügen an der Détente-Politik schüren, um eine Rückkehr zur – in den 60er Jahren schon einmal als gescheitert erkannten – „Politik der Stärke" als Ausweg zu propagieren[16]). Der Kunstgriff ist uralt: angesichts unlösbar erscheinender innerer Schwierigkeiten sucht man einen Sündenbock, am besten einen „äußeren Feind". Die Unzufriedenen sollen durch Mobilisierung für einen Feldzug gegen die „Gefahr aus dem Osten", die OPEC etc. abgelenkt und reintegriert werden. Tatsächlich sehen die herrschenden Kräfte der USA beim Blick auf das zuendegegangene Jahrzehnt wenig Grund zur Zufriedenheit. Man konstatiert:

– daß die USA weiter als vor zehn Jahren von ihrem imperialen Ziel, die Welt nach ihren Interessen „ordnen" und „führen" zu können, entfernt sind,
– daß die Sowjetunion in den 70er Jahren prinzipiell als gleichberechtigte Großmacht anerkannt werden mußte und daß dies die klassischen Vorherrschaftsansprüche der USA weltweit in Frage stellt,
– daß die Westeuropäer und Japan relativ zu den USA stärker und selbstbewußter geworden sind und

16) George F. Kennan schreibt dazu in seinem oben bereits zitierten „Zeit"-Artikel v. 4. 1. 1980: „Die Nixon-Kissinger-Détente hat offenbar viele Leute frustriert. Sie frustrierte Politiker, die sich um die Chance eines chauvinistischen Exhibitionismus betrogen fühlten. Sie frustrierte Militärs und Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes, die das Bild der Sowjetunion als einer militärischen und politischen Bedrohung für die Vereinigte Staaten in immer grelleren Farben malten, weil ihnen kein anderes Mittel einfiel, um die hohen Rüstungsausgaben zu sichern und womöglich noch weiter zu erhöhen."

– daß unter den veränderten Kräfteverhältnissen der Spielraum der bisher in kolonialer und neokolonialer Abhängigkeit gehaltenen Länder der Dritten Welt erheblich gewachsen ist; daß insbesondere im letzten Jahrzehnt eine beachtliche Zahl dieser Länder einen revolutionären, prosozialistischen Kurs eingeschlagen hat. „Die Kette der sowjetischen Eroberungen reißt nicht ab", heißt das in der Sprache Manfred Wörners, der Angola, Moçambique, Äthiopien, Südjemen, Laos, Kambodscha und Afghanistan aufzählt[17]).

Ähnlich schlicht wie Wörner rechnen die amerikanischen „Falken" – und schuld ist für beide, daß der Westen sich auf die Entspannungspolitik eingelassen hat. Deren objektive, in der Veränderung der Ost-West-Kräfterelation und der Gefahr atomarer Selbstvernichtung im Falle direkter Konfrontation liegende Grundlage wollen sie nicht anerkennen, ja können sie vielleicht nicht einmal erkennen. Es waren ja nicht *diese* Kräfte, die sich seit den 60er Jahren in einem mühseligen und an Halbheiten und Rückschlägen reichen Prozeß zu der Erkenntnis durchgerungen hatten, daß es zur friedlichen Koexistenz keine realistische Alternative mehr gab. Ist diese Erkenntnis jetzt plötzlich überholt?

Die Interessen der Bundesrepublik

In Europa, dessen Völker im Unterschied zu den Amerikanern die Schrecken des Krieges im eigenen Lande kennengelernt haben und die zugleich über sehr viel hautnähere Erfahrungen darüber verfügen, was Kalter Krieg und was Entspannung konkret bedeuten, betrachten viele, offenbar die Mehrheit, das derzeitige Treiben Carters mit Sorge und Unverständnis, zumindest mit Skepsis. Krieg erscheint über Nacht wieder als reale Gefahr, demoskopische Umfragen signalisieren Angst und – in frappantem Kontrast zu der von Carter beschworenen Kreuzzugsstimmung gegen den Osten – eine breite Mehrheit der Bevölkerung für die Fortsetzung der Entspannungspolitik[18]). Zugleich haben – vor dem Hintergrund anhaltender Krisentendenzen und verschärfter Rivalität zwischen den EG-Staaten, Japan und den USA einerseits, langfristiger Entwicklungsaussichten der Kooperation mit der Sowjetunion usw. auf der anderen Seite – maßgebliche Vertreter der Industrie und der Banken in der Bundesrepublik sich mit bisher nicht dagewesenem Nachdruck öffentlich (und hinter verschlossenen Türen noch deutlicher) für die Fortsetzung der Entspannungspolitik als Voraussetzung einer weiteren Ost-West-Zusammenarbeit in Europa eingesetzt, und mit ihnen Vertreter nicht nur der Regierungsparteien sondern auch aus dem konservativen Lager.

17) Dr. Manfred Wörner, MdB, Die Zukunft unserer Sicherheit, Rede auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU am 11./12. 1. 1980 in Bonn, S. 2. (Kongreßmaterial).

18) Vgl. z. B. die Allensbach-Umfrage des „stern" (5/1980): „Drei von vier Westdeutschen (74 Prozent) wollen, daß die ‚Entspannungspolitik gegenüber dem Osten wie bisher' weitergeht." Und: „Nur 17 Prozent glauben, eine Fortsetzung dieser Entspannungspolitik hätte keinen Sinn." Schließlich: „Immerhin 41 Prozent der Westdeutschen wollen, daß wir in Zukunft gleich eng mit Amerika und Rußland zusammenarbeiten; nur wenige mehr (49 Prozent) wünschen sich: lieber enger mit Amerika."

„Entspannung – jetzt erst recht!" sagt (im nachfolgenden Beitrag) Harold Rasch, – ein Mann, der in den 60er Jahren, als es um die Anerkennung der Realitäten in Europa, um die Durchsetzung einer neuen Ostpolitik der Bundesrepublik ging, schon einmal den Mut bewies, das was anderen erst dämmerte, offen auszusprechen. Willy Brandt hat erklärt, die Afghanistan-Krise sei Ergebnis von zu wenig, nicht etwa von zuviel Entspannung. In den westeuropäischen Regierungen, die Bonner ein- und nur die Londoner ausgeschlossen, zeigt man sich bislang hin- und hergerissen zwischen „Solidarität", die Carter mit drohenden Untertönen „einfordern" läßt, und mehr oder weniger offen ausgesprochener Skepsis und Kritik. Carters wildes Rodeo im Porzellanladen der Ost-West-Beziehungen kann gerade in Europa den größten Scherbenhaufen hinterlassen, wirtschaftlich ebenso wie außen- und sicherheitspolitisch. Aber in der einzig schlüssigen Konsequenz – einem unmißverständlichem Einsatz für die Fortsetzung und Vertiefung der Entspannung, zumindest in Europa, und gegen jede Verstrickung in das lebensgefährliche Abenteuer eines neuen „Kalten Krieges" – läßt man, gerade auch die Bundesregierung, für die das im Wahljahr zu einer Überlebensfrage werden könnte, es bislang an der jetzt unerläßlichen Klarheit fehlen. Die jetzt viel beschworene „Gemeinsamkeit in der Stunde der Gefahr", in der Kohl und Strauß hintersinnig als „Angebot" präsentieren, was BDI, BDA und die Rüstungslobby seit langem fordern – nämlich „notwendige Opfer" auf Kosten der Bevölkerung „mitzutragen", bietet 1980 offensichtlich ebensowenig eine Plattform für Entspannungspolitik wie 1970, auch wenn Strauß und seine Leute heute unter dem Eindruck der Zweidrittelmehrheitsmeinung im Lande ebenfalls „für Entspannung" sind – nur eben nicht für die existierende, sondern eher für „Entspannung" im Stile Adenauers. (Der hat nämlich auch Entspannungspolitik getrieben, allerdings „realistische", erfährt der staunende Zeitgenosse[19]).

Strauß und die CDU-Führer setzen, ohne Scheu vor den absehbaren „Opfern" – darunter die bewußte Inkaufnahme weiter steigender Arbeitslosigkeit („Es muß wesentlich tiefer sinken . . .", sagte Strauß in Sonthofen) –, auf „Solidarität" mit Carters Abenteuer, weil sie sich davon einen Klimasturz zu ihren Gunsten erhoffen. In Sachen Kalter Krieg erscheint die Kompetenz des Kanzlerkandidaten Strauß unübertreffbar. SPD und FDP werden der Wahl nicht ausweichen können: Zwischen jener Allparteienkoalition, die in der „Nachrüstungs"-Debatte bereits mit fatalen Folgen erprobt worden ist[20]), und einer klaren Entscheidung für die Fortsetzung der seit 1970 in den

19) „Auch die 20 Jahre von Konrad Adenauer über Ludwig Erhard zu Kurt Georg Kiesinger waren ein Stück *Entspannungs- und Friedenspolitik*, und zwar ein sehr realistisches Stück Entspannungs- und Friedenspolitik." Franz Josef Strauß am 17. Januar 1980 im Deutschen Bundestag, BT-Protokoll 8/196, S. 15602 (Hervorhebung im BT-Protokoll). – Was Wunder, daß der CDU-Militärexperte Wörner in seiner bereits zitierten Rede auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU (vgl. Anm. 17) seinen für die breitere Öffentlichkeit zunächst überraschend kommenden Entspannungseifer so formulierte: „Jetzt gilt es, sie (die Entspannungspolitik, d. Verf.) vom Kopf wieder auf die Beine zu stellen." A. a. O., S. 5.

20) F. J. Strauß erwähnt „die Durchführung des NATO-Beschlusses" – neben der Kernenergie – ausdrücklich als Beispiel für die „Übernahme einer nicht immer populären Verantwortung", zu der die CDU/CSU unter dem Stichwort „Anforderungen, Belastungen und Opfer", die „auf uns zukommen", sich „ausdrücklich" bereit erkläre. „Wir wollen der Regierung bei der Erfüllung dieser Aufgaben . . . nicht nur keine Schwierigkeiten machen", sondern „Bereitschaft zur Zusammenarbeit" zeigen. Ein wahrhaft selbstloses Angebot! – F. J. Strauß in der bereits zitierten Bundestagsrede vom 17. 1. 1980 (vgl. Anm. 19), S. 15601.

Ostverträgen abgesteckten Politik. Die Friedens- und Abrüstungsbewegung, die in der Auseinandersetzung um den Brüsseler Raketenbeschluß auch in der Bundesrepublik kräftig an Boden gewonnen hat, wird ihr Wort mitzureden haben. Sie sieht sich begünstigt durch die Entspannungsmehrheit und das Lautwerden realistischer Stimmen in allen Teilen der Bevölkerung, gerade auch unter dem Eindruck des abenteuerlichen Kurswechsels und der immer penetranter werdenden Pressionsversuche Carters. Über die Ereignisse im Mittleren Osten gibt es unterschiedliche Auffassungen und Kontroversen. Unkontrovers und klar erscheinen – im Ergebnis der Analyse – folgende Feststellungen:

1. Die Entspannung steht auf dem Spiel. Diesmal ist es ernst wie seit langem nicht.

2. Der eigentlich Krisenherd liegt in den USA, wo die seit Jahren immer stärker gewordenen entspannungsfeindlichen Tendenzen jetzt auf der ganzen Linie zum Durchbruch kommen.

3. Die gegenwärtige US-Strategie ist ebenso unrealistisch wie gefährlich. Die Hoffnung, der Westen könne bei einem Zweiten Kalten Krieg erfolgreicher abschneiden als beim Ersten, hat keine reale Basis und keine Perspektive, droht aber angesichts der rapide fortschreitenden allseitigen Aufrüstung die Welt in Brand zu setzen.

4. Die Entspannung kann – und muß – fortgesetzt werden, vor allem in Europa, wo ihre Voraussetzungen am weitesten entwickelt sind. Wäre Spannung nicht „teilbar" – hätte beispielsweise die Sowjetunion sich gegenüber dem amerikanischen Krieg in Vietnam vor einem Jahrzehnt so verhalten, wie es die USA heute „wegen Afghanistan" für sich in Anspruch nehmen –, dann hätte es niemals Entspannung gegeben, keine Ostverträge, keine KSZE, keine SALT-Vereinbarung.

5. Die Fortsetzung der Entspannung in Europa setzt allerdings voraus, daß die Bundesrepublik, Frankreich usw. die US-Hysterie nicht mitmachen, daß sie, statt „Nibelungentreue" zu üben, Politik auf der Grundlage der deutschen, französischen und europäischen Interessen machen.

6. Der NATO-Beschluß vom vergangenen Dezember und das Auftreten der Bundesregierung in dieser Sache war ein folgenschwerer Schritt in die falsche Richtung, womöglich eine wesentliche Mitursache der gegenwärtigen Krise. Der Beschluß macht Westeuropa faktisch zur Geisel der amerikanischen Atomstrategie. Dieser Beschluß darf – entsprechend der unveränderten Forderung der Friedensbewegung, der Antiatombewegung und wesentlicher Kräfte auch in den Regierungsparteien nicht ausgeführt werden.

7. Der Beitrag der Bundesrepublik zur Überwindung der gefährlichen Verschlechterung der internationalen Beziehungen, deren Folgen gerade wir besonders zu fürchten haben, heißt: Rückkehr zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Entspannung. Und Einwirkung auf die Politik der USA in diesem Sinne statt falscher – in der Tendenz selbstmörderischer – „Solidarität" mit einem US-Präsidenten, dem offensichtlich die Pferde durchgehen.

Wirtschaftsinformation

Ölpreise und Dollarkurs

Seit Mitte 1979 stehen die von der Organisation Erdölexportierender Staaten (OPEC) festgesetzten Rohölpreise wieder im Mittelpunkt der öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskussion. Die OPEC – so heißt es – sei verantwortlich für die 1980 erneut drohende Rezession, der Bundeskanzlerkandidat der CDU/CSU Strauß spricht sogar von der dritten großen Krise unseres Jahrhunderts und sieht Bedrohungen in „apokalyptischem Maßstab" auf die Bundesrepublik und die Welt zukommen, so daß die BRD „vor einer gigantischen Herausforderung" stehe. (Zitiert nach: „Bayernkurier" v. 5. 1. 1980) Und Helmut Schmidt äußert sich persönlich zur laufenden Tarifrunde mit der Bemerkung, „Preiserwartungen und Lohnforderungen . . . müßten angesichts der weltweiten Verteuerung des Öls überprüft werden". („Frankfurter Allgemeine" v. 18. 1. 1980)

Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, in welchem Ausmaß die Ölkonzerne selbst dazu beigetragen haben, diesen Prozeß der Preissteigerungen anzuheizen: dabei wäre zu untersuchen, welche Auswirkungen die von den Ölkonzernen manipulierten „Spotpreise" am „freien" Rotterdamer Ölmarkt gehabt haben. Sie lagen in der letzten Zeit immer weit über den OPEC-Preisen – da ist es den ölexportierenden Staaten wohl kaum zu verübeln, wenn sie unter Ausnutzung der von den kapitalistischen Ländern immer beschworenen „Marktwirtschaft" ihre Preise ebenfalls erhöhen. Zu untersuchen wäre auch, in welchem Maße die Ölkonzerne über das in wachsenden Mengen fließende „Nordseeöl" selbst Preispolitik gemacht haben.

Tatsache ist, daß die Rohölpreise sich in den 70er Jahren vervielfacht haben – ein Vorgang, der im Interesse der jahrhundertelang ausgebeuteten Entwicklungsländer sicher zu begrüßen ist. Geprüft werden soll hier, ob die Steigerung der Rohölpreise in der Bundesrepublik tatsächlich als Erklärung für das sprunghaft gestiegene inländische Preisniveau für Mineralölprodukte herangezogen werden kann.

Dazu ist zunächst die Entwicklung der OPEC-Preise – die ja in Dollar gemessen wird – mit der Entwicklung des Dollarkurses in DM zu vergleichen. Da die Entwertung des Dollar im großen und ganzen auch Maßstab für die Inflation in den kapitalistischen Industriestaaten ist, kann daraus auch abgelesen werden, inwieweit die Rohölpreiserhöhungen der OPEC bloß eine Reaktion auf die Inflation sind.

Tabelle 1

Ölpreise und Dollarkurs[1])

	Preis in Dollar je barrel	*Dollarkurs in DM*	*Preis in DM je barrel*
1970	*1,80*	*3,65*	*6,57*
1971	*2,48*	*3,48*	*8,63*
1972	*2,59*	*3,19*	*8,26*
1973	*5,12*	*2,66*	*13,62*
1974	*11,65*	*2,59*	*30,17*
1975	*11,25*	*2,46*	*27,68*
1976	*12,38*	*2,52*	*31,20*
1977	*12,70*	*2,32*	*29,46*
1978	*12,70*	*2,01*	*25,53*
1979	*18,00*[2])	*1,83*	*32,94*
1980[3])	*24,00*	*1,72*	*41,28*

1) Die Ölpreise werden je barrel = 159 Liter angegeben, die Erhöhungen erfolgten manchmal stufenweise innerhalb eines Jahres, sie beziehen sich auf Saudi-Arabien („arabian light"), wo fast ein Drittel des OPEC-Erdöls gefördert wird.

2) Ab Juli 1979, vorher lag der Preis bei 14,55 Dollar.

3) Erhöhung erfolgte Dezember/Januar 1979/1980, Angaben für Januar 1980.

Quellen: „Le Monde" v. 25. 12. 1979; „Monatsberichte der deutschen Bundesbank," lfd.; eigene Berechnungen.

Die Tabelle macht einerseits deutlich, daß es den OPEC-Staaten in den 70er Jahren gelungen ist, ihre Preisposition erheblich zu verbessern. Sie zeigt aber auch, daß die Preispolitik zwischen 1974 und 1979 lediglich ein Wettlauf mit dem Kursverlust des Dollars, d.h. mit der Inflation gewesen ist. Für die Bundesrepublik – dies gilt in abgemildeter Form für fast alle kapitalistischen Länder – sind die Rohölpreise in diesem Zeitraum fast unverändert geblieben. Erst die allerletzte Erhöhung vom Dezember 1979 hat wieder eine tatsächliche Anhebung (gerechnet in DM) gebracht. Im Januar 1980 war der Rohölpreis in DM um knapp 37 % höher als im Durchschnitt von 1974. Auch dies ist allerdings keine dramatische Entwicklung, wenn man sich vor Augen hält, daß der Index der Lebenshaltung im gleichen Zeitraum um immerhin 26 % angestiegen ist. Der tatsächliche Sprung, das einschneidende Ereignis auf den Ölmarkten aber ist schon 1973/1974 erfolgt und von den kapitalischtischen Ländern, besonders aber von der Bundesrepublik, längst verkraftet worden.

Nun soll im folgenden die in DM gerechnete Preisentwicklung von Rohöl mit den Preisen für Benzin und Heizöl verglichen werden – die mit einem Anteil von etwa drei Vierteln die Hauptprodukte des Rohöls sind. Hinzu kommen noch schweres Heizöl, das vor allem von Weiterverarbeitern – z.B. den Stahlkonzernen – genutzt wird und eine Vielzahl von anderen Produkten wie Bitumen usw. Der Löwenanteil der Einnahmen wird aber mit den Rohölprodukten Benzin und Heizöl erzielt, so daß ein Vergleich der Rohölpreisentwicklung mit der Preisentwicklung für diese beiden Hauptprodukte aufschlußreich ist.

Tabelle 2

Preise für Heizöl und Benzin

	Leichtes Heizöl in Pf je Liter[1]	*Normalbenzin in Pf je Liter*	*Rohölpreis in Pf je Liter*
1970	*16*	*56*	*4*
1971	*18*	*59*	*5,5*
1972	*17*	*61*	*5*
1973	*23*	*69*	*8,5*
1974	*30*	*83*	*19*
1975	*29*	*83*	*17,5*
1976	*32*	*89*	*19,5*
1977	*31,5*	*87*	*18,5*
1978	*31*	*89*	*16*
1979[2]*)*	*59*	*103*	*20,5*
1979[3]*)*	*62*	*110* [4]*)*	*26*

1) Bei Abnahme von 5000 Litern.
2) Oktober 1979.
3) Dezember 1979 (Heizöl) bzw. Januar 1980 (Benzin, Rohöl).
4) Selbstbedienungspreise; bei Service-Stationen, wie sie 1970 noch typisch waren, ist heute ein Zuschlag von 4 Pf hinzuzurechnen.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung, Fachserie 17, Reihe 7, 1978; „Frankfurter Allgemeine Zeitung", v. 5. 1. 1980 und v. 25. 1. 1980; eigene Berechnungen.

Zwischen 1970 und Dezember/Januar 1979/1980 ist das Heizöl um 46 Pf und das Benzin um 54 Pf je Liter teurer geworden, das Rohöl kostete jedoch im gleichen Zeitraum nur knapp 22 Pf je Liter mehr. Überhaupt ist auffallend, daß trotz der Preiserhöhungen in den 70er Jahren der Kostenanteil des Rohöls am Endpreis immer noch niedrig ist, so daß die in der Massenpresse gemachten Vergleiche – Preiserhöhung für Rohöl in % und Preiserhöhung für Benzin/Heizöl in % – ein völlig falsches Bild ergeben. Insbesondere der Hauptkostenanteil – die Mineralölsteuer – bleibt kon-

stant bei 44 Pf je Liter Benzin. Selbst bei einer sehr großzügigen Rechnung bleibt also die Tatsache, daß weniger als die Hälfte der Preisanhebungen überhaupt in einen Zusammenhang mit den OPEC-Preisen gebracht werden können – wobei die Dauergewinne, die die Ölkonzerne durch den Verkauf von billig eingekauftem Rohöl zu Tagespreisen machen, noch überhaupt nicht berücksichtigt ist. Denn das im Januar an den Zapfsäulen verkaufte Benzin wurde natürlich nicht zu 24 Dollar sondern noch zu den alten Preisen, teilweise sicher noch zu 14,5 Dollar, dem Preis zur Jahresmitte 1979, eingekauft. Aber nicht nur deshalb sind die letzten Preiserhöhungen für Benzin und Heizöl von keinem Standpunkt aus zu rechtfertigen: zwischen 1974 und Oktober 1979 waren die Rohölpreise – gerechnet in DM – nahezu konstant geblieben. Im gleichen Zeitraum aber stiegen die Heizölpreise um 29 und die Benzinpreise um 20 Pf – eine vom Standpunkt der Rohölpreise aus also völlig ungerechtfertigte Anhebung. Vor allem der Preissprung im Jahre 1979 kann keineswegs mit den erhöhten Rohölpreisen des Jahres 1979 begründet werden, er hat vielmehr die Anhebungen von Dezember/Januar mehr als vorweggenommen. Dies hindert die Ölkonzerne aber nicht daran, diese Anhebungen nun ein zweites Mal als Begründung heranzuziehen.

Aus diesem Grund aber besteht auch keinerlei Anlaß, die gestiegenen Rohölpreise bei den Lohnverhandlungen auszuklammern: ebensowenig wie die Mineralölkonzerne auf Preisanhebungen verzichten, wenn diese ihnen durchsetzbar erscheinen, kann von den Gewerkschaften erwartet werden, auf durchsetzbare Lohnerhöhungen zu verzichten. Entsprechende Appelle der Bundesregierung erhielten erst dann einen realen Hintergrund, wenn die Preispolitik der Ölkonzerne in die Kontrolle genommen würde. Da aber die Bundesregierung eine solche Lösung ausdrücklich ausschließt, besteht auch nicht der geringste Grund, auf mögliche Lohnerhöhungen zu verzichten.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

„Warum ich die Nachrüstung ablehne" Schreiben von Generalmajor Gert Bastian an Bundesverteidigungsminister Hans Apel vom 16. Januar 1980

Am 16. Januar 1980 begründete Gert Bastian in einem 8seitigen Schreiben an den Verteidigungsminister, warum er den NATO-„Nachrüstungsbeschluß" nicht mittragen könne. Den inzwischen bekanntgewordenen Text dokumentieren wir nachstehend im Wortlaut. D. Red.

Die Modernisierung des sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotentials in der westlichen UdSSR beunruhigt die NATO. Doch reagieren die Mitgliedstaaten verschieden auf ein und denselben Sachverhalt.

Während die USA und Großbritannien, die Nuklearmächte der militärischen Allianz, verständlicherweise von Anfang an für eine Erweiterung der nuklearen Fähigkeiten des Bündnisses in Europa eintreten, plädiert die Mehrzahl der kontinentaleuropäischen Verbündeten zunächst für Zurückhaltung. Lediglich in der Bundesrepublik setzten sich die Befürworter einer „Nachrüstung" rasch durch. Ihre Haltung trägt entscheidend dazu bei, dem Vorhaben schließlich den Weg zu ebnen.

Trotzdem spiegelt der nach monatelangen Debatten am 12. 12. 1979 in Brüssel verabschiedete NATO-Beschluß zur Stationierung eines amerikanischen nuklearen Mittelstreckenpotentials in Europa im Zögern der Skandinavier und in den Vorbehalten der Belgier und Niederländer fortbestehende Unterschiede in den Bedrohungsanalysen wider.

Entspannung – jetzt erst recht!

Von Harold Rasch

Drei Ereignisse von weltpolitischer Bedeutung haben uns in den letzten Monaten mehr als alles andere beschäftigt:

Der schon seit längerem angekündigte Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979, in den nächsten Jahren 572 neue Waffensysteme mit einer Reichweite bis zu 2500 km in Westeuropa placieren zu lassen, darunter 108 „Pershing II"-Mittelstreckenraketen ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland;

die Besetzung der Botschaft der USA in Teheran und die Festhaltung von fünfzig Bürgern der Vereinigten Staaten, anscheinend größtenteils solchen mit diplomatischem Status, durch iranische Revolutionäre, die auf diese Weise eine Auslieferung des früheren Schah erzwingen wollen;

und seit Weihnachten der Einmarsch – oder richtiger wohl: Einflug – von Truppen der UdSSR nach Afghanistan und die Besetzung wichtiger Teile afghanischen Gebiets durch diese.

Jedes der drei Ereignisse kann für sich allein betrachtet werden, und dennoch stehen alle drei für uns in einem gewissen Zusammenhang. Daher mag es angebracht sein, im folgenden eine zusammenfassende Analyse zu versuchen und Folgerungen für die deutsche Politik aus ihr zu ziehen.

I

Um mit der militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan zu beginnen, so wollen wir von völkerrechtlichen Erörterungen, wie sie bisher weltweit im Vordergrund gestanden haben, hier absehen. Nicht etwa, weil sie bedeutungslos oder uninteressant wären, gewiß nicht. Aber die Fakten sind hier einfach noch nicht so weit geklärt, daß ein begründetes Urteil möglich wäre. Handelte es sich um eine „defensive Aggression" mit dem Ziel, den „Herd einer ernsthaften Gefahr für die Sicherheit des Sowjetstaates" zu beseitigen, wie die Kreml-Führung behauptet? Manches spricht in der Tat hierfür[1]). Was hat es mit dem „Hilferuf" aus Kabul nach Moskau auf sich? Auch darüber werden wir noch mehr erfahren müssen als bisher. Vor allem aber gilt auch völkerrechtlich die Erkenntnis, daß die „Herrschaft des Rechts" das Recht der Herrschenden zum Ausdruck bringt und daß es daher nicht genügt, die Maßnahmen einer Weltmacht – der Sowjetunion, aber natürlich auch der USA – nur an den Normen der allgemeinen Völkerrechtsordnung zu messen, wie sie für die Vollversammlung der Vereinten Nationen bei ihrer Verurteilung des Vorgehens der Sowjetunion zum mindesten mit entscheidend gewesen sein

1) Näheres hierzu bringt der Bericht von Andreas Kohlschütter aus Kabul, „Die Zeit" v. 25. 1. 1980, S. 5.

dürften. Für das politische Urteil weitaus wichtiger ist es, die Interessen und die Kräfteverhältnisse der Beteiligten so klar wie möglich zu erkennen.

Schon der Blick des Zarenreichs war immer auch nach Süden gerichtet. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts hat Rußland mit England, damals noch Weltmacht, lange diplomatische Auseinandersetzungen über Persien geführt und sich mit dem Inselreich schließlich auf eine nördliche, russische, und eine südliche, englische Einflußsphäre geeinigt. Heute könnte die Sowjetunion geneigt sein, die machtpolitischen Bestrebungen der Zaren fortzusetzen. In den sechziger Jahren hat die sowjetische Luftwaffe in den jemenitischen Bürgerkrieg eingegriffen, hat die UdSSR Englands Machtposition in Aden abgelöst, als dieses sein Weltreich Stück um Stück aufgab. Die Besetzung Afghanistans mag (auch) demselben Zweck dienen: Das landschaftlich großartige, aber sonst ziemlich arme Land könnte die Ausgangsbasis für weitere Aktionen bilden, die die Ölquellen am Persischen Golf im Auge haben, aber auch eine verstärkte Präsenz der UdSSR auf dem Indischen Ozean erstreben. Ob, für welchen Zeitpunkt und in welcher Weise solche Aktionen tatsächlich geplant sind, weiß freilich außerhalb des Kreml niemand.

Es ist begreiflich, daß der Westen das Vorgehen der Sowjetunion mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Vereinigten Staaten beziehen einen hohen Anteil ihrer gesamten Ölimporte aus dem Nahen Osten, ein Ausfall dieser Importe über den von ihnen selbst als Protest gegen die Geiselnahme in Teheran beschlossenen Verzicht auf Öl aus dem Iran hinaus müßte ihr Wirtschaftsleben weitgehend zum Erliegen bringen und unabsehbare Folgen haben. Aber auch Europa (und Japan) würden empfindlich getroffen, wenn die Einfuhren von Öl aus dem Nahen Osten plötzlich drastisch gedrosselt würden.

Indessen besteht nicht der geringste vernünftige Anlaß, mit Katastrophen solcher Art zu rechnen. Die Sowjetunion kann kein Interesse daran haben, den Vereinigten Staaten die Ölabfuhr abzuschneiden oder erheblich zu kürzen. Ihre führenden Politiker wissen, daß das einen militärischen Zusammenstoß mit den USA bedeuten würde, Präsident Carter hätte es nicht erst durch eine große – sicher auch von wahltaktischen Überlegungen beeinflußte – Rede vor dem Kongreß am 23./24. Januar anzukündigen brauchen. Eine militärische Konfrontation mit den USA aber wünscht man in Moskau bestimmt nicht. Alle Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß die Sowjetunion – wenn es sich in Afghanistan um mehr als eine „defensive Aggression" handelt – die gegenwärtige Schwäche der USA im Nahen Osten nutzen und einen Machtzuwachs gewinnen will, ohne dabei ein lebensgefährliches Risiko zu laufen. Um es konkreter zu sagen: die Sowjetunion wünscht – um bei unserer Unterstellung zu bleiben – Zugangsmöglichkeiten zu den Ölfeldern am Persischen Golf, Stützpunkte im Indischen Ozean, aber nicht Krieg. Sie treibt Weltmachtpolitik, wie andere Weltmächte es seit eh und je mit den verschiedensten Mitteln getan haben und heute noch tun, soweit sie dazu in der Lage sind.

Die Zeiten der früheren alleinigen Verfügungsgewalt westlicher, vor allem amerikanischer Konzerne über die Bodenschätze des Nahen Ostens sind ohnehin längst vorbei. Den Preis für das Rohöl insbesondere bestimmen nicht

mehr diese nach eigenem Gutdünken, sondern weitgehend das internationale Ölkartell OPEC. Der Westen mag in Zukunft genötigt sein, zugunsten der Sowjetunion noch etwas weiter zurückzustecken. Das wäre gewiß ärgerlich, aber nicht existenzbedrohend. Die westliche Welt hat kein unbefristetes Monopolrecht auf den Bezug persischen, Golfstaaten-, saudi-arabischen Öls. Man wird gegebenenfalls mit einem neuen Interessenten verhandeln müssen.

Die Vereinigten Staaten haben ihre Flotte im Indischen Ozean verstärkt, sie wollen Getreidelieferungen an die Sowjetunion sperren und Afghanistans Nachbarn Pakistan finanzielle Hilfe gewähren, Carter ruft zu einem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau auf. Alles das sind, da natürlich auch die USA keinen Krieg wollen, nur Nadelstiche. Die Bundesregierung hat bisher eine vorsichtige Zurückhaltung im Hinblick auf die Unterstützung solcher Maßnahmen gezeigt und wir können nur hoffen, daß sie bei dieser Linie verbleibt. Zwar heißt es auch hier bei einigen Politikern, „Entspannung" sei „unteilbar". Aber das war schon immer eine bloße Phrase, fern aller Wirklichkeit. Amerikaner und Russen haben jahrelang SALT II-Gespräche geführt, während die Sowjetunion gleichzeitig in Angola, Moçambique und Äthiopien unverhüllt gegen westliche Interessen arbeitete. Auch für uns darf die Bindung an die Vereinigten Staaten nicht Veranlassung sein, gegen unsere ureigensten Belange zu handeln. Die Ölfelder im Nahen Osten könnten nötigenfalls mit See- und Luftstreitkräften der USA verteidigt werden, die Freiheit West-Berlins aber verlangt gebieterisch ein zum mindesten befriedigendes, befriedetes Verhältnis zwischen Bundesrepublik und UdSSR.

II

Die militärische Aktion der UdSSR in Afghanistan, wir sagten es schon, mag durch die gegenwärtig extreme Schwäche der Vereinigten Staaten im Iran gefördert worden sein. Diesen geht es hier in erster Linie darum, Leben und Freiheit der in der Botschaft in Teheran seit November 1979 festgehaltenen Geiseln zu retten, wobei sich die Lage inzwischen insofern geändert hat, als sich der frühere Schah heute nicht mehr auf amerikanischem Boden, sondern in Panama befindet. Die USA können dabei auf weitestgehende moralische Unterstützung und auch auf diplomatische Hilfe rechnen, wie das Urteil des Haager Internationalen Gerichtshofs mit seiner Forderung nach Freigabe der inhaftierten Geiseln und Räumung der Botschaft und die Bemühungen des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim in Teheran zeigen. Mehr kann die übrige Welt nicht für Amerika tun, auch die Bundesrepublik nicht. Mehr zu tun, hätte nicht nur keinerlei Aussicht auf Erfolg, sondern könnte weit eher das Leben der Geiseln zusätzlich gefährden.

III

Die Ereignisse in Teheran und Afghanistan berühren die Bundesrepublik – von der menschlichen Seite der Geiselnahme abgesehen – zunächst nur indirekt, nur als Verbündete der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Beschluß der NATO dagegen, 108 „Pershing II'-Raketen und weitere bodengestützte

Lenkflugkörper („Cruise Missiles") auf dem Gebiet ihrer Mitglieder in Europa placieren zu lassen, geht uns ganz unmittelbar an und wird in jedem Fall erhebliche Auswirkungen haben. Gerhard Kade hat sich hierzu bereits in Heft 1/1980 der „Blätter" eingehend geäußert. Die folgenden Ausführungen sollen die durch den Beschluß von Brüssel neu entstandene Lage speziell unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Bundesrepublik betrachten.

Dem unbefangenen Betrachter wird es schwer verständlich sein, warum zunächst ein gewaltiges Rüstungsprogramm beschlossen werden mußte und mit seiner Ausführung begonnen werden soll, wenn die NATO gleichzeitig Verhandlungen vorschlägt, deren Ziel es ist, das Programm und seine Durchführung möglichst weitgehend überflüssig zu machen; er hätte es vorgezogen, zunächst zu verhandeln und äußerstenfalls nach entgültigem Scheitern von vertraglichen Regelungen die Rüstungsmaschinerie in Gang zu setzen. Der übliche Hinweis, nur auf einer Grundlage der Stärke seien erfolgreiche Verhandlungen möglich, bekundet nicht mehr als eine Binsenweisheit und besagt zur Sache nichts, denn er gibt keine Antwort auf die naheliegende Frage, ob denn „Aufrüstung zwecks Abrüstung" der westlichen Verhandlungsposition wirklich nützt oder etwa nur einen neuen Rüstungswettlauf in Gang setzt; manch einer wird sich daran erinnern, daß Konrad Adenauer uns viele Jahre hindurch eine „Wiedervereinigung durch eine Politik der Stärke" in Aussicht gestellt hat, und was daraus geworden ist. Man muß schon etwas tiefer ansetzen, um zu einem begründeten Urteil zu gelangen.

Überlassen wir hier die Diskussion über die militärische Stärke der NATO und des Warschauer Pakts den Fachleuten. Die Tatsachen sind nicht ganz so unumstritten, wie es in der Öffentlichkeit manchmal erscheint[2]). Über Zahl, Standort, Ausrüstung, Versorgung, Nachschubmöglichkeiten, Kampfauftrag und Kampfwillen der Truppen gibt es im einzelnen Meinungsverschiedenheiten. Was unter einem „Gleichgewicht" der Rüstung zu verstehen ist, entzieht sich weitgehend objektiver Beurteilung – ganz abgesehen davon, daß Generäle ihre Truppen tendenziell nicht gleich stark wie die des Gegners, sondern ihm überlegen wissen wollen. Der Bürger kann den Grad unserer militärischen „Bedrohung" aus dem Osten auch nur einigermaßen genau nicht ermessen[3]). Aber er braucht es auch nicht, um sich eine selbständige Meinung zu bilden. Im folgenden unterstellen wir einmal mit der hierzulande überwiegenden Ansicht, daß der Osten uns an konventioneller Kampfkraft eindeutig überlegen ist und daß auch in letzter Zeit vermehrte und modernisierte Mittelstreckenraketen der UdSSR mit atomarer Sprengkraft (SS 20-Raketen) und Backfire-Bomber eine militärisch erhebliche Bedrohung unserer Sicherheit darstellen.

Daß die Sowjetunion aus eigener Initiative einen unprovozierten Angriff mit atomaren Waffen gegen die Bundesrepublik Deutschland unternehmen oder androhen könnte, darf als ausgeschlossen betrachtet werden. Wenn sie über-

2) Hierzu Kade, in: „Blätter", 1/1980.
3) Nach George F. Kennan, „Die Zeit" v. 4. 1. 1980 liegt in der These von der russischen Gefahr viel Einbildung.

haupt daran interessiert sein sollte, die Bundesrepublik mit Gewalt in ihren Besitz oder unter ihren Einfluß zu bringen, dann hätte sie nur an möglichst unversehrten Produktionskapazitäten Interesse, nicht aber an einem Territorium, auf dem Leben mehr oder weniger erloschen ist. Wenn sie überhaupt angreifen oder drohen wollte, dann mit Hilfe ihrer – wie wir unterstellen – überlegenen konventionellen Kampfkraft, vor allem mit Panzerwaffen, die möglichst rasch vorstoßen. Derzeit spricht nichts dafür.

IV

Gegen einen mit voller Energie ohne Rücksicht auf Verluste unternommenen Angriff der Staaten des Warschauer Pakts könnte die Bundesrepublik heute „konventionell" nach Ansicht der Fachleute mit Erfolg nicht verteidigt werden. Der Einsatz im Bundesgebiet stationierter atomarer Waffen aber wäre selbstmörderisch, da der mit Sicherheit zu erwartende Gegenschlag hier nichts mehr übrig ließe, was zu verteidigen sich lohnte. Natürlich wären auch wir in der Lage, der Gegenseite schwersten Schaden zuzufügen, doch die UdSSR könnte auf ihrem riesigen Gebiet gleichwohl überleben, wir nicht. Waffen aber, die im sogenannten „Ernstfall" von der politisch verantwortlichen Führung nicht eingesetzt werden dürften, stellen auch keine wirkliche Abschreckung dar. Ich habe deshalb schon vor zehn Jahren den Standpunkt vertreten, daß Trägerwaffen und atomare Sprengköpfe in der Bundesrepublik wertlos seien. „Sie bedeuten sogar eine ungeheure Gefahr, weil sie den Gegner, wenn er überhaupt angreifen will, geradezu zwingen, zugleich mit ihnen das gesamte Bundesgebiet unter Beschuß zu nehmen."[4])

Muß dasselbe grundsätzlich nicht auch für die jetzt von der NATO beschlossene Stationierung neuer Waffensysteme in Europa („Pershing II"-Mittelstreckenraketen und Lenkflugkörper „Cruise Missiles") gelten? Mir scheint, diese geben uns besssere Sicherheit schon deshalb nicht, weil die UdSSR wenn nicht alsbald, dann spätestens bei einem Scheitern von Verhandlungen mit größter Wahrscheinlichkeit ihrerseits mit weiterer Rüstung antworten, das unheilvolle Wettrüsten erneut vorwärts treiben würde. Sie könnten gegenüber einem konventionellen Angriff der Truppen des Warschauer Pakts nicht eingesetzt werden, weil der Gegenschlag uns noch viel schrecklicher träfe als ihr Einsatz die Sowjetunion. Sie sind kein geeignetes Mittel der „Abschreckung" gegenüber Angriff oder Bedrohung. „Gleiche Waffen bedeuten hier aus geographischen Gründen nicht gleiche Wirkung."[5])

Dabei ist es belanglos, ob derartige Waffensysteme nur in der Bundesrepublik oder auch in anderen Ländern der NATO stationiert würden. Manchen führenden Politikern unseres Staates ist begreiflicherweise nicht wohl bei dem Gedanken an die Ausführung der Beschlüsse der NATO. Aber sie weichen der Problematik aus, wenn sie Wert darauf legen, daß die Bundesrepublik nicht allein zum Startplatz neuer Raketen und Lenkflugkörper werden darf.

4) Harold Rasch, Politik mit dem Osten, o. O., 1970, S. 128.
5) C. F. von Weizsäcker, „Die Zeit" v. 16. 11. 1979, S. 10.

Es ist erstaunlich, daß dieses Thema, das für unsere Zukunft von so ungeheurer Bedeutung ist, in der politischen Auseinandersetzung der Parteien über die abgegriffenen Phrasen hinaus im einzelnen so wenig kontrovers behandelt worden ist. Sieht man hier gar kein Problem mehr? Resigniert man vor der Übermacht unseres großen Verbündeten und den Kräften des militärisch-wirtschaftlichen Establishments? Oder macht uns der Wohlstand unserer Tage einfach zu faul, über die Gegenwart hinaus zu denken? Das eine wäre so schlimm wie das andere.

Ob die USA einen konventionellen Angriff auf die Bundesrepublik mit einem atomaren Gegenschlag vom eigenen Land oder von hoher See her beantworten würden, muß heute fraglicher als je erscheinen. Zwar sollte niemand an der Aufrichtigkeit der Vertreter der Vereinigten Staaten zweifeln. Aber die Entscheidung über die Art der Handhabung einer Bündnisverpflichtung trifft im konkreten Fall die Staatsraison, keine Weltmacht handelt um der Vertragstreue willen gegen die Lebensinteressen der eigenen Nation. Und ob uns mit einem atomaren Schlag gegen die Sowjetunion von Übersee aus wirklich gedient wäre, das ist doch wohl auch problematisch.

Das Ergebnis vernünftiger Überlegungen erscheint eindeutig: Weder eigene atomare „Nachrüstung" noch Vertrauen auf die alleinige Atomkraft der USA gewähren der Bundesrepublik Deutschland wirklichen Schutz. Gegenüber einem überraschenden Angriff des Warschauer Pakts mit „konventionellen", d. h. Panzerwaffen – praktisch der einzigen Angriffsart, die überhaupt in Betracht kommen könnte – ist die angemessene Verteidigung in erster Linie immer noch eine leistungsfähige Panzerabwehr, bei der der Defensivcharakter außer Zweifel steht. Diese zu erhalten, zu verbessern und nötigenfalls auszubauen, ist die Aufgabe der politisch-militärischen Führung. Hier allein verdient sie die volle Unterstützung der Öffentlichkeit.

In jedem Fall ist es unsere Aufgabe, alle Möglichkeiten der Verhandlung mit der UdSSR voll auszuschöpfen. Bis zur Installierung der nunmehr durch den Beschluß der NATO geforderten, in den USA zu bauenden neuen Mittelstreckenraketen und Lenkflugkörpern vergehen noch mehrere Jahre. Das Angebot Breschnews vom Oktober 1979, zunächst einseitig 20 000 Mann und 1000 Panzer aus der DDR zurückzuziehen und über weitere Reduzierungen der Streitkräfte zu verhandeln, ist zwar als solches durch den Beschluß der NATO überholt, aber dieser macht eine neue Verhandlungsbereitschaft ja nicht unmöglich. Dabei kommen sowohl Verhandlungen zwischen Vertretern der NATO und des Warschauer Pakts wie solche im Rahmen der SALT-Runden wie die in letzter Zeit arg ins Stocken geratenen Wiener Abrüstungsverhandlungen (MBFR) in Betracht, schließlich könnte auch die nächste KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid einen Ansatzpunkt bilden.

V

Ich meine, daß die Bundesrepublik Deutschland hier nicht nur eine eigene Initiative entfalten, sondern auch selbst mit neuen, vorwärts weisenden Gedanken hervortreten sollte, natürlich zunächst in vertraulichen Vorgesprä-

chen mit unseren Verbündeten in der NATO. Unser Staat wäre nicht nur das am meisten durch einen Krieg gefährdete Land, er ist zugleich auch die stärkste europäische Macht im NATO-Bündnis und er hat seit Jahren an Einflußmöglichkeiten auch gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika gewonnen. Diese Umstände gilt es zu nutzen. Ausgangspunkt sollte, ich wiederhole es, die Einsicht sein, daß bloßes „Nachrüsten" mit Atomwaffen mit dem Risiko behaftet ist, daß der Osten früher oder später seinerseits mit erhöhter Rüstung antwortet und daß der Einsatz atomarer Waffen auf unserem Gebiet auf uns selbst noch viel schrecklicher zurückschlagen würde, solche daher auch kaum eine wirkliche Abschreckung des Gegners darstellen. Das bedeutet, daß das bisherige Verteidigungskonzept der NATO – das ohnehin längst brüchig geworden ist – neu durchdacht werden muß.

Dabei wollen wir das Thema „Abrüstung" im herkömmlichen Sinn außer Betracht lassen. Hier haben wiederum vor allem die Militärs das Wort. Hier mögen und müssen sie weiterhin über das bereits vorhandene Truppen- und Waffenpotential, über die verteidigungspolitische Tragweite eines Abbaus desselben, über die Gleichgewichtigkeit gegenseitiger Maßnahmen streiten. Das mag nützlich sein, um die Verhandlungen vorwärts zu treiben, wäre sicher besser als nichts zu tun, aber es genügte nicht.

NATO und Warschauer Pakt sollen nicht nur den Frieden sichern, sie sind praktisch zugleich Organisationen der Weltmächte im Kampf um die Macht in Europa. Ihre führenden Kräfte sind in Washington und Moskau zu Haus, die Staaten Europas stellen ihnen nur Hilfstruppen, wenn auch mehr oder weniger wichtige, ja unentbehrliche Hilfstruppen zur Verfügung. Für Frankreich hat, aus welchen Motiven immer, de Gaulle schon vor Jahren Anstoß hieran genommen und die Eingliederung der französischen Streitkräfte in die NATO rückgängig gemacht, seine Nachfolger Pompidou und Giscard d'Estaing haben daran festgehalten. Die europäischen Nationen, auch die größeren, sind gewiß nicht in der Lage, auf die weltpolitischen Rivalitäten der Großmächte entscheidend einzuwirken. Aber sie können sehr wohl dem Kampf um Europa seine Schärfe nehmen, die Gefahr für den Frieden in unserem Erdteil, die aus immer weiteren Rüstungen auf engem Raum erwächst, mildern. Hier liegt die politische Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland.

Ich plädiere nicht für eine Aufkündigung des NATO-Bündnisses durch die Bundesrepublik. Auch wer dessen Wert für die bisherige Erhaltung des Friedens geringer einschätzt, als es die öffentliche Meinung tut, muß die Realitäten anerkennen. Die Bundesrepublik ist seit fünfundzwanzig Jahren Mitglied des westlichen Verteidigungspakts. In der Gemeinschaft der NATO, hinter dem breiten Rücken der USA, hat sich die überwältigende Mehrheit unseres Volks sicher vor einem Angriff aus dem Osten gefühlt. Dieses Empfinden muß respektiert werden. Und nicht nur das: die engen politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und menschlichen Beziehungen zwischen unserem Staat und den USA sind unersetzlich, auch im Hinblick auf die für jedermann offenkundigen Krisenerscheinungen, von denen die ganze westliche Welt bedroht ist.

Die britische Wochenzeitung „Sunday Observer" meldete im letzten Herbst unter der Überschrift „Brezhnew wants united Germany", nach Äußerungen hoher jugoslawischer Beamter und von Personen um den österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky verfolge die UdSSR eine langfristige Entspannungskonzeption, deren Ziel die Neutralisierung der beiden deutschen Staaten mit der Möglichkeit einer Wiedervereinigung sei[6]). Dabei mag es sich um ein taktisches Manöver des Ostens gehandelt haben. Aber wie dem auch sei: Wir selbst haben uns vorerst mit bescheideneren Zielen als dem der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem neuen Deutschland zu begnügen. Die Gelegenheit hierzu ist, wenn sie je bestand, in den fünfziger Jahren versäumt worden. Sie mag, wir hoffen es, wiederkommen. Heute ist die Zeit nicht mehr und noch nicht wieder reif hierfür.

Einen wirklichen Fortschritt, einen weit größeren als die bloße Verminderung von Truppenstärken und Waffen hüben und drüben, brächte ein räumliches Auseinanderrücken der beiden großen militärischen Machtblöcke. Hier könnte die Bundesregierung mit beträchtlichen Erfolgschancen Initiative ergreifen, ohne das westliche Verteidigungsbündnis zu verlassen und ohne der politischen Führung der DDR unzumutbare Verzichte abzuverlangen. Zu denken ist an einen:

Rückzug aller staatsfremden Truppen und ihrer Stützpunkte und an eine Entfernung aller nuklearen Waffen aus Mitteleuropa, also der BRD und der DDR, Polens, der CSSR und Ungarns, und zwar innerhalb vertraglich zu vereinbarender Fristen; West-Berlin, das keine eigene Militärmacht besitzt, sollte hiervon nicht betroffen sein, die Lage dort rechtlich unverändert bleiben.

Dann hätten wir einen breiten Gürtel teils völkerrechtlich neutraler (Schweiz, Österreich), teils praktisch Neutralität handhabender (Schweden, mit Einschränkung auch Finnland), teils solcher Staaten, die zwar der UNO bzw. dem Warschauer Pakt verbunden bleiben, für die Verteidigung ihres Gebiets aber in erster Linie selbst verantwortlich sind. Der Gedanke ist nicht ganz neu, ähnliche Vorschläge sind schon in den 50er und 60er Jahren gemacht worden (Rapacki- und Gomulka-Plan), aber damals im Westen nicht auf Gegenliebe gestoßen[7]). Es ist an der Zeit, sie erneut zur Diskussion zu stellen.

Das derzeitige unmittelbare Gegenüber der Weltmächte auf europäischem Boden erhöht die Gefahr eines neuen Krieges, seine Beseitigung durch „Teil-Neutralisierung" Mitteleuropas würde, auch im Zeitalter einer klein gewordenen Welt, dem Frieden dienen. Nicht ohne Grund suchen alle Vermittler in Grenzstreitigkeiten zunächst einmal eine neutrale Zone zwischen den kämpfenden Verbänden zu schaffen. Das verlangt ein höheres Maß von Vertrauen aller Beteiligten zueinander, als es heute besteht, würde zugleich

6) Lajos Lederer, „Sunday Observer" v. 21. 10. 1979.

7) Der Tod des langjährigen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags, Professor Carlo Schmid, im Dezember 1979 mag Anlaß sein, daran zu erinnern, daß dieser seinerzeit im Rapacki-Plan durchaus eine Grundlage für Verhandlungen mit dem Osten sah (Carlo Schmid, Erinnerungen, o. O., 1979, S. 658).

aber auch vertrauensbildend für die Zukunft wirken. Die durch den Rückzug aller fremden Truppen frei werdenden gewaltigen Mittel könnten für nützlichere Zwecke eingesetzt werden.

Von unseren nächsten Nachbarn, der DDR und der CSSR, allein hat die Bundesrepublik nichts zu fürchten, von Polen und Ungarn erst recht nichts. Natürlich ist wie schon seinerzeit der Einwand zu erwarten, ein Abzug der Roten Armee aus Mitteleuropa bedeute eine Verschiebung ihrer Truppen um einige hundert Kilometer zu Lande, eine Entfernung der Streitkräfte der USA dagegen einen Rückzug um ebenso viele tausend Kilometer über den Ozean, und damit würde das Gleichgewicht der Kräfte entscheidend zu Lasten des Westens geschwächt. Der Einwand überzeugt heute so wenig wie eh und je. Ein militärisches „Gleichgewicht", wie es zur Zeit nach der hier herrschenden Meinung nicht mehr besteht, werden wir ohnehin schwerlich erreichen, weil die UdSSR sich einen Vorsprung kaum völlig wird abhandeln lassen und eine Nachrüstung des Westens nur eine weitere Aufrüstung des Ostens nach sich ziehen dürfte. Vor allem aber: ein nur um seine Verteidigung besorgter Staat braucht gar nicht die gleiche militärische Stärke wie sein Gegner. Eine Verteidigungskraft, die einem Angreifer nicht unbeträchtliche Verluste zufügte, genügt völlig für die heute nötige „Abschreckung". Allein hierfür braucht und sollte die Bundeswehr personell und waffenmäßig ausgerüstet sein. „Eine defensive Entwicklung im konventionellen Bereich voranzutreiben ist von vitaler Wichtigkeit für die NATO . . . Sie erfüllt die beiden Kriterien: Sie droht nicht mit Selbstmord und sie wäre zum mindesten in einer Form möglich, die nicht offensiv verwendet werden kann und deshalb den Anreiz zum Wettrüsten nicht enthält. Sie würde uns ferner auf die Dauer von der Nötigung befreien, auf einen konventionellen Angriff nuklear zu reagieren."[8]) Jedes qualitative Mehr steht nicht nur in keinem vernünftigen Verhältnis zu dem erreichbaren Erfolg, sondern vergrößert nur die Gefahr für den Frieden.

Damit verliert auch das immer wieder an die Wand gemalte Gespenst einer „Selbst-Finnlandisierung" der Bundesrepublik seine Schrecken. Die politische Führung jenes kleinen Volks zwischen Ostsee und UdSSR hat es nach dem Krieg in bewundernswerter Weise verstanden, Freiheit und Zugehörigkeit zur skandinavischen Völkergemeinschaft zu bewahren und dabei zugleich auf die Interessen des großen Nachbarn gebührend Rücksicht zu nehmen. Diesen Staat herabsetzend als Opfer einer „Finnlandisierung" zu bezeichnen, ist eine durch nichts gerechtfertigte Anmaßung und Kränkung. Eine Politik gegen die eindeutigen Interessen der Sowjetunion zu betreiben, wird uns auf keinen Fall mehr möglich sein, das hat der Überfall auf die UdSSR im Jahre 1941 zustande gebracht. Wir haben auch keinen Anlaß hierzu, sondern im Gegenteil das größte Interesse an guten Beziehungen zur Sowjetunion. Von einer Möglichkeit der „Epressung" der Bundesrepublik könnte nur dann gesprochen werden, wenn hinter einer etwaigen Drohung die Bereitschaft zu einem militärischen Angriff stünde. Von einem solchen – sollte er entgegen

8) Weizsäcker, a.a.O., S. 10, Ziff. 8.

jeder Wahrscheinlichkeit wirklich einmal beabsichtigt sein – abzuschrecken, genügt eine „konventionell" erstklassig ausgerüstete Bundeswehr.

Hinter dem Gespenst einer drohenden „Epressung" verbirgt sich in Wahrheit die Angst vor der eigenen moralischen Schwäche. Und diese Angst ist allerdings leider nicht unbegründet. Über drei Jahrzehnte hinweg wachsender materieller Wohlstand haben die inneren Kräfte unseres Volks geschwächt. Es gibt kaum noch als allgemein verbindlich anerkannte Werte. Hohe Arbeitslosigkeit, vor allem unter der Jugend, die Furcht vor einer länger andauernden wirtschaftlichen Stagnation, eine wirklich schwere Wirtschaftskrise gar, mit der durchaus gerechnet werden muß, drohen das ganze Kartenhaus, in dem wir leben, einstürzen zu lassen. Der Turm des über alle Maßen aufgeblähten internationalen Kreditgebäudes steht auf sumpfigem Boden. Die Politiker wissen dem Geschehen nichts anderes als noch mehr Raubbau an den Schätzen der Natur und fortwährende Pump- und Inflationswirtschaft entgegenzusetzen. Da mögen dann eines Tages immer weitere Kreise das Heil in utopischen Parolen und revolutionärem Gebaren erblicken, diese Gefahr besteht in der Tat. Aber sie wäre keine Folge sowjetischer Erpressung, und ihr ist nicht mit neuen Mittelstreckenraketen zu begegnen.

Werfen wir zum Schluß einen kurzen Blick auf die andere Seite. Für die Sowjetunion stellt ja nicht nur der Westen die drohende „Gefahr" dar, ihre Truppen und Waffen in der DDR, Polen und der CSSR sichern zugleich die Erhaltung kommunistischer Herrschaft in diesen Ländern. Kann sie sie zurückziehen, ohne ihren eigenen Einfluß dort zu gefährden, müßte nicht die Erinnerung an 1968 schrecken, die UdSSR nicht einen neuen „Prager Frühling" fürchten? Nun, solche Besorgnisse, gewiß verständlich und ernst zu nehmen, wären nicht unsere Sache. Uns brauchen sie nicht zu hindern, die Initiative zu ergreifen, um den Frieden in Europa sicherer zu machen.

Ich habe das Wort „Entspannung" als dauerndes Ziel der von der sozial-liberalen Koalition seit 1969 verfolgten Ostpolitik sprachlich nie für glücklich gehalten, weil sein Inhalt nicht sehr treffend der Vorstellung entspricht, die wir sonst mit diesem Wort in seinen verschiedenen Bedeutungen verbinden. Aber der Begriff ist nun einmal eingebürgert und es möge dabei bleiben. Im Grunde und Kern verdient die „Neue Ostpolitik" der Bundesregierung auch weiterhin volle Billigung. Sie sollte nicht aufgegeben, nicht durch verfehlte „Nachrüstungs"-Pläne gefährdet, sondern vorsichtig, aber beharrlich weiter entwikkelt werden. Auch nach der Besetzung Afghanistans durch Truppen der UdSSR bleibt Entspannung in Mitteleuropa so wichtig wie bisher, ja wir benötigen sie jetzt erst recht.

Zur Entwicklung in Afghanistan

Der schwierige Weg aus dem Feudalismus

Von Norman Paech

Der in den offiziellen westlichen Agenturen und Medienkonzernen entfachte „Sturm über Asien" hat schon lange sein Zentrum, die revolutionäre Entwicklung in Afghanistan, verlassen und sich wieder seinem strategischen Ausgangspunkt, der amerikanischen und in gewissem Sinne auch „atlantischen" Innenpolitik zugewandt. Man braucht nicht so weit zu gehen, wie der Herausgeber der renommierten französischen Zeitschrift „Afrique-Asie", Simon Malley, der meint, „daß die durch Washington im wesentlichen aus internen Gründen angekurbelte Inszenierung, seine Drohungen, Warnungen und Vorhaltungen nichts anderes als ein immenser Bluff sind, der Stück für Stück in sich zusammenfallen wird"[1]). Man wird jedoch vollkommen in der Analyse des imposanten Droh- und Propagandaspektakels fehlgehen, wenn man die Gründe vornehmlich in den Vorgängen Afghanistans selbst suchen wollte. Zu schwierig ist derzeit die innenpolitische Lage der Carter-Administration in der Vorwahlzeit, als daß sie eine solche Affäre hätte ungenutzt verstreichen lassen.

Denn nirgends in der Welt konnten die USA den politischen Status quo in ihrem Sinn erhalten: weder in Lateinamerika (Nicaragua, El Salvador), noch im Nahen Osten, wo der heikle Separatvertrag zwischen Israel und Ägypten mit der weitgehenden Isolierung Ägyptens vom arabischen Lager erkauft wurde, weder in Afrika, wo die USA verstärkt auf die marokkanische Monarchie gegen Algerien, Lybien und die Frente Polisario setzen, noch in Asien (Iran, Indochina). Diesen politischen Verlusten an Einflußphären konnten sie nur mit verstärkten militärstrategischen Bemühungen begegnen. Es gelang ihnen, mehrere Geheimabkommen mit Hauptstädten Nordafrikas, des Indischen Ozeans, Asiens über die Benutzung von See- und Luftstützpunkten für ihre Interventionstruppen abzuschließen. Im Indischen Ozean wurde eine Fünfte Flotte gebildet und der Stützpunkt Diego Garcia erheblich ausgebaut. In der Golf-Region wurden die stärksten See- und Luftstreitkräfte der Nachkriegszeit konzentriert und mehrere tausend amerikanischer Kommandos in den Städten verschiedener Länder des Golfs heimlich stationiert. Der einzige politische Offensivposten ist die Volksrepublik China, mit der Übereinkommen über militärischen Beistand vor allem in Ägypten und Pakistan erzielt wurden[2]).

1) „Afrique-Asie" v. 21. 1. 1980, S. 9.
2) S. Traore, Pekin – une visite édifiante, „Afrique-Asie" v. 21. 1. 1980, S. 11f.
R. Ward, L'axe Washington–Pekin, „Afrique-Asie" v. 21. 1. 1980, S. 19f.

Die „Invasion" Moskaus vermochte nun vorzüglich der Legitimation und dem Ausbau dieser südasiatischen Strategie zu dienen, zugleich von der Sackgasse abzulenken, die sich für die US-amerikanische Politik im Iran auftat, und mit dem „Hegemonismus und Expansionismus" der Sowjetunion den NATO-Rüstungsbeschluß sowie auch die Aufgabe von SALT II zu rechtfertigen. Schließlich bot sich hier die Möglichkeit, endlich aus der politischen Defensive gegenüber den Entwicklungsländern herauszukommen und vielleicht doch den einen oder anderen Staat stärker gegenüber sozialistischen Optionen zu immunisieren. Dies war dann auch der Punkt, wo die westliche bürgerliche Presse die „humanitäre" Identität in ihrer faktischen Gleichschaltung fand und sich auch die Bundesregierung engagieren konnte[3]).

Der Vorgang selbst, die Revolution in Afghanistan und ihre Unterstützung durch die Sowjetunion, ist im Grunde wenig geeignet, ausreichend Stoff für dieses Spektakel zu bieten. Denn einerseits sind militärische Analysen ernsthaft nie zu dem Ergebnis gekommen, daß durch die sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan die europäische Sicherheit gefährdet sei, und andererseits war auch westlichen Beobachtern klar, daß diese Entwicklung in der Logik der afghanischen Verhältnisse seit 1973 lag.

Feudale Vergangenheit

Bis vor kurzem hatten sich die Völker und Stämme Afghanistans außerhalb der größeren Städte Kabul, Kandahar oder Herat noch nicht aus den alten Feudalstrukturen des 18. und 19. Jahrhunderts gelöst. Sie siedeln in diesem Land, von dem lediglich 12 % der ganzen Oberfläche nutzbar sind, vornehmlich dort, wo Wasser vorhanden ist, und die großen Verkehrswege zusammenführen: im Norden, südlich des Grenzflusses Amu Darja, im alten Baktrien, der Kornkammer des Reiches der Achämeniden, durch das die Seidenstraße führte, im Westen um Herat, im Süden im Tal des Hilmend-Flusses, einst entvölkert durch die mongolischen Eindringlinge, die das Bewässerungssystem zerstörten, im Osten um Kabul und die Oase Djalalabad, nahe des Khaiber-Passes.

Der kultivierbare Grund und Boden gehörte fast ausschließlich den reichen Feudalherren, den Khans und Zamindaren. So unmöglich auch genaue statistische Angaben sind – es hat nie eine Volkszählung gegeben, die Bevölkerung wurde nach dem Zuckerverbrauch geschätzt und schwankt so zwischen zehn und achtzehn Millionen –, Regionaluntersuchungen ergaben jedoch, daß zum Beispiel 1974 in den acht Nordprovinzen Afghanistans ca. 2 % der Bevölkerung 73 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in ihrer Verfügungsgewalt hatten. Damit verfügten sie zugleich über 1,5 Millionen Familien, d. h. etwa 60 % der dörflichen Bevölkerung, die als landlose Arbeiter, Bauern und kleine Pächter in absoluter Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern lebten[4]). Nach einer Statistik aus dem Jahre 1962 besaßen 0,2 % Groß-

3) Vgl. Wischnewski in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 4. 1. 1980.
4) Vgl. H. Meier, Das Land verändert sein Antlitz, in: „horizont", 7/1979.

grundbesitzer einhundert bis über dreitausend Hektar und somit die Hälfte des bebauten Bodens in Afghanistan. Zwar bewirtschafteten ca. 45 % der Landbevölkerung eigenes Land, dieses war in der Regel jedoch nur klein (zwischen 0,2 und einem Hektar), so daß über die Hälfte der Familien unter der Armutsgrenze lebte.

In dieser ländlichen Welt, in der 85–90 % der Bevölkerung leben, ist der größte Landbesitzer auch der erste Mann im Dorf, der Khan, Malek oder Arbab. Er hat umfängliche Verpflichtungen aber auch Rechte gegenüber den Dorfbewohnern und der Zentralregierung. So er, wie sehr oft, der einzige Großgrundbesitzer im Tal ist, garantiert ihm sein Eigentum eine unangefochtene Führungsposition auf Lebenszeit. Von den Ernten mußten die Bauern, Pächter und landlosen Arbeiter durchschnittlich vier Fünftel der Erträge an den Grundherrn abliefern, waren ihm zu weitestegehenden Hand- und Spanndiensten verpflichtet und mußten mit ihm in die kriegerischen Auseinandersetzungen der Clans untereinander ziehen. So verfügte der Khan über Waffen und Soldaten, die er auch gegenüber den regionalen Funktionären der zentralen Verwaltung in Kabul einsetzte, wenn er nicht zum Mittel der Bestechung griff[5]).

Die Ausweglosigkeit der Feudalabhängigkeit wurde vor allem durch das wucherische Kreditsystem (Zinsen bis 300 %) begründet. Die hohen Baupreise, die enormen Kosten für Begräbnisse und Medizin, Bestechungsgelder für eine korrupte Verwaltung – das alles zwang den Bauern entweder zur Verpfändung oder gar zur Veräußerung seines kleinen Besitzes, den er dann für den Wucherer und Großgrundbesitzer bearbeiten mußte. Rechtlich gab es keine Grundlage für eine Leibeigenschaft in Afghanistan, praktisch herrschte sie überall dort, wo der Bauer zum Pächter oder gar landlosen Arbeiter wurde.

1972 hatte eine bereits zwei Jahre währende Dürre in vielen Regionen das Weideland erschöpft. Das Vieh war umgekommen und die Ernten ausgefallen. Die Reserven einschließlich des Saatgutes der kleinen Bauern waren rasch aufgebraucht, nur die Khans hatten genügend Vorräte. In manchen Landstrichen erhöhten sie den Getreidepreis um das Zehnfache. Die ärmsten Bauern, die kein Land mehr zu verkaufen hatten, mußten ihr letztes Vieh zu niedrigen Preisen dem Khan überlassen und in den Städten ihre Habseligkeiten (Kleider, Webereien, Teppiche etc.) verkaufen, manchmal auch ihre Frauen und Töchter, um ein paar Sack Getreide zu erstehen. Etwa fünfhunderttausend Menschen starben in den zentralafghanischen Provinzen. Die Zentralverwaltung war machtlos, das von ihr in die Dörfer und Täler gesandte Getreide wurde von den Notablen aufgekauft oder unterschlagen, wobei auch die Beamten ihren Profit machten. „Zwei Jahre hatten genügt, um die Feudalherrschaft der Notablen zu stärken, die angenehm hinter den Mauern ihrer befestigten Höfe lebten. Die Unglücklichsten waren Opfer ihrer Unkenntnis, der Last der Tradition und einer Regierung, die Komplize der Feudalherren war".[6])

5) Vgl. weitere Einzelheiten bei J. Ch. Blanc, Afghanistan entre la tradition et le modernisme, in: „Le Monde Diplomatique" September 1973, S. 18f.
6) J. Ch. Blanc, a.a.O.

Folge dieser Eigentumsverhältnisse war die geringe Produktivität der Landwirtschaft mit primitivsten technischen Mitteln, eine nur gering entwickelte Geld- und Warenwirtschaft, die sich auf den Austausch mit den 10–15 % der nichtdörflichen Bevölkerung beschränkte, und eine zunehmende Arbeitslosigkeit. Diese zwang viele Landarbeiter und Bauern zur Auswanderung in den Iran, in die Golfstaaten und Saudi-Arabien. Aber nicht nur sie, sondern auch Lehrer und Beamte gingen über die Grenzen, da sie dort als einfache Arbeiter immer noch mehr verdienten als in ihrem Beruf in der Heimat. Die Schätzungen liegen bei siebenhunderttausend bis eine Million Arbeitsemigranten[7]).

Antikoloniale Tradition

Der feudale Agrarstaat ist jedoch nur die eine Seite des Hintergrundes, vor dem die jüngste Entwicklung Afghanistans zu sehen ist. Eine andere ist die, daß die Völker dieses Landes in drei Kriegen (1838–42, 1878–81, 1919) ihre Unabhängigkeit vom britischen Imperialismus bewahrt haben. Sie konnten zwar nicht verhindern, daß ihnen 1893 eine Grenze zu Pakistan diktiert wurde, nach dem britischen Unterhändler als „Durand-Linie" benannt, die die zum Teil nomadisierenden Völker der Belutschen und Paschtunen auf zwei Staaten aufteilte und damit einen immer wieder aufbrechenden Konfliktherd in dieser Region schuf[8]). In diesen Unabhängigkeitskriegen liegen die Wurzeln einer antiimperialistischen fortschrittlichen Tradition, die als sogenannte Jungafghanen-Bewegung mit König Amanullah schon seit 1919 gegen Großgrundbesitz, Khans und reaktionäre Geistlichkeit im Innern des Landes den Kampf aufnahm. Doch er scheiterte zehn Jahre später in einer Auseinandersetzung mit den Khans, die die afghanische Zentralregierung bereits seit mehr als einhundert Jahren erfolglos geführt hatte. Um die faktisch nicht existenten Staatseinkünfte für seine Reformen zu erhöhen, wollte Amanullah die Grundsteuer anheben, die mangels Kataster 0,5 % der Ernte ausmachte. Eine Bauernrevolte der Tadschiken zwang ihn 1929 zum Rücktritt. Noch 1959 nahmen die Feudalherren der Kandahari ein königliches Dekret, welches den Frauen erlaubte, ohne Schleier in der Öffentlichkeit aufzutreten, zum Vorwand, die Grund- und Bodensteuer abzulehnen. Bis in die 70er Jahre unter den Königen Nadir Shah und Zahir Shah (1933–1973) blieben die Rechte der Feudalherren unangetastet, die Entwicklung fern von weltpolitischen Einflüssen stagnierte.

Erst Mitte der 40er Jahre konnte sich aus verschiedenen patriotischen und demokratischen Strömungen die fortschrittliche Bewegung Wisch-Zalmian bilden, aus der Persönlichkeiten wie der ermordete Präsident Taraki, der Stu-

7) D. Wiebe, Die afghanische Arbeitskräftewanderung in die islamischen Staaten, in: „Orient", 2/1976, S. 96 f.; S. M. Zeray, Afghanistan: Anbruch einer neuen Ära, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus", 1/1979, S. 81 f., 83.

8) A. Dastarac, R. Dersen, Baloutschistan la guerre oublieé, in: „Le Monde Diplomatique", August 1976, S. 38 f.

dentenführer Karmal und mit ihnen die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA) hervorging. In dieser 1965 gegründeten Partei sammelten sich nicht nur Studenten und fortschrittliche Intelligenz, sondern auch Arbeiter und Bauern, die um ökonomische und politische Rechte kämpfen wollten. Sowohl in der Streikbewegung der Arbeiter 1968/69 (in der geringen Industrie sind höchstens 8 % der Bevölkerung beschäftigt), bei den Demonstrationen der Landarbeiter in der Provinz Paktia (vor allem auch gegen das dort von der BRD geführte ländliche Entwicklungsprojekt), bei den Hochschulstreiks an der Universität Kabul – überall spielte die VDPA eine zentrale Rolle[9]).

Die Partei bekannte sich von Anfang an zum Marxismus-Leninismus und propagierte in ihrem Programm eine demokratische und soziale Revolution als Vorstufe zu einer sozialistischen. Schon frühzeitig entwickelten sich in ihr zwei Tendenzen, die sich unter der Führung von Babrak Karmal um die Zeitung „Pardscham" (Die Fahne) und unter Führung von Nur Mohammed Taraki um die Zeitung „Khalq" (Das Volk) gruppierten[10]).

Nach allem, was derzeit über die beiden Tendenzen bekannt ist, kämpfte die Khalq für eine radikale Umwandlung der Gesellschaft unter der Führung der Arbeiterklasse, während die Pardscham eher für eine evolutionäre Transformation unter Einschluß aller demokratischen Kräfte eintrat[11]). Beide hielten jedoch in ihren öffentlichen Aktivitäten dieselbe Linie und kämpften sowohl vor wie nach der Spaltung gemeinsam. Dem Pardscham-Flügel gelang ein stärkeres Eindringen in die militärische Hierarchie, welches seiner Strategie eher entsprach. Er unternahm es auch, gemeinsam mit Daud, einem Vetter des Königs, in einem unblutigen Staatsstreich den König im August 1973 zu stürzen.

Die erste Republik

An die neue Regierung wurden starke Erwartungen vor allen auf eine Land- und Bodenreform geknüpft. Doch Mohammed Daud konnte sich sehr bald des Pardscham-Einflusses entledigen und die Macht in der Regierung an sich zie-

9) G. Attar, Das Volk an der Macht, in: „Antiimperialistisches Informationsbulletin", Juli/August 1978, S. 42ff., 43.

10) J. A. Rouinsard, C. Soulard, Les premiers pas du socialisme en Afghanistan, in: „Le Monde Diplomatique", Januar 1979, S. 12f.;
S. Malley, Afghanistan: Les indigenes indignes, in: „Afrique-Asie" v. 7. 1. 1980, S. 40f.
Die in vielen, auch „wissenschaftlichen" Veröffentlichungen verbreitete Version, daß es sich bei den beiden Fraktionen um selbständige Parteien handele, ist nur ein Beweis für die in vielen Punkten ungenauen und eher der Tendenz als den Tatsachen verpflichteten Darstellungen, wie z. B. die von R. S. Newells gleichzeitig in den USA, Holland und der BRD erschiene neuen Arbeit, Revolution und Rebellion in Afghanistan, in: „Europa-Archiv", 21/1979, S. 662f.; „Problems of Communism" 2/1979, S. 8f.
Auch macht der an sich faktenreiche Artikel von L. Dupree, Afghanistan under the Khalq, in: „Problems of Communism", Juli/August 1979, S. 34f., in diesem Punkt keine Ausnahme. Die Darstellungen sind sich zumeist darin einig, die Divergenzen zwischen den beiden Fraktionen zu betonen und sie zumeist persönlichen Rivalitäten zuzuordnen. Dupree hatte längere Zeit in Afghanistan gelebt und arbeitet derzeit in Lahore, Pakistan, als Repräsentant des American Universities Field Staff. Nach Aussagen von Valentin Falin leitet er seit 1979 eine CIA-Station im Norden Pakistans, „Stern" v. 31. 1. 1980, S. 64.

11) Vgl. Rouinsard, Soulard, a.a.O.; Ph. Flandrin, Une revolution chasse l'autre, in: „L'Economiste du tiers monde", Januar 1980, S. 20f.

hen. Er sorgte dafür, daß sich an den alten Privilegien nichts änderte. Seine Bodenreform (Begrenzung der Eigentumsgröße und Landneuverteilung) wurde durch Erbaufteilung auf Verwandte und Entschädigungspflicht bei Enteignung sowie durch die alten vorzüglichen Beziehungen zwischen Großgrundbesitzern und der korrupten Bürokratie vollkommen paralysiert. Im Ausgleich dafür ging Daud dazu über, alle reformerischen Bewegungen und vor allem den Khalq-Flügel der VDPA mit zunehmender Härte und Brutalität zu verfolgen, so daß man, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13. Dezember 1974, von „einer Feind-hört-mit-Atmosphäre sprechen konnte, die den früher recht mitteilsamen Afghanen den Mund verschlossen" hat. Zahlreiche Hinrichtungen und Folterungen waren aber nicht nur für den äußerst repressiven und reaktionären Kurs Dauds ein Zeichen, sondern auch für den zunehmenden Widerstand im Volke. Unter diesen Bedingungen näherten sich die beiden Flügel der VDPA wieder einander an. Die Pardscham-Gruppe kam 1977 zu dem Ergebnis, daß ihre Beteiligung an der Regierung Daud ein vollkommener Fehlschlag gewesen war, und daß sie sich ihrer eigenen Basis entfremdet hatte, die Khalq-Gruppe übernahm die Taktik der Pardscham-Fraktion, das Militär zu infiltrieren. Das Ergebnis war die Wiedervereinigung der beiden Gruppen im August 1977, allerdings mit deutlicher Dominanz der Khalq-Fraktion unter Taraki und Hafizullah Amin, der nach seiner Rückkehr aus den USA seit 1969 einziger Repräsentant seiner Fraktion im Parlament war und zwischen 1973 und 1978 die Durchdringung der Streitkräfte organisierte[12]).

Am Vorabend der Revolution vom 27. April 1978 gab es in Afghanistan Unruhen und Demonstrationen. Zehn Tage zuvor wurde einer der bekanntesten Führer der VDPA, Mir Akbar Khaibar vom Pardscham-Flügel, auf offener Straße ermordet. Zu der Beerdigung kamen sechzigtausend Menschen in Kabul zusammen (ca. achthunderttausend Einwohner) mit der Folge, daß die gesamte Führung der VDPA und mit ihr viele hunderte Menschen inhaftiert wurden. Den anschließenden Massendemonstrationen konnte das Regime Daud nicht standhalten, es wurde von Teilen der Armee nach kurzen Kämpfen überwältigt. Die Macht wurde schon zwei Tage später einem aus dreißig Zivilisten und fünf Militärs bestehenden Revolutionsrat übergeben, dessen Vorsitzender Taraki und Stellvertreter Vorsitzender Babrak Karmal wurden.

Revolutionärer Wandel

Mit dem Datum des 27. April 1978 begann für die Völker Afghanistans in der Tat eine neue Epoche – und in den westlichen Medien eine Umorientierung in der Berichterstattung, soweit sie bisher überhaupt Notiz von diesem fernen Gebirgsland genommen hatten. Wie viele Bilder aus jenen Tagen bezeugen, verfügte die Regierung von Anfang an durchaus über eine breite Unterstüt-

12) Vgl. weitere Daten zu Taraki in: „Orient" 4/1978, S. 5ff. Zu Amin in: „Orient" 2/1979, S. 8ff.

zung, vor allem bei den städtischen Mittelschichten aber auch bei der ländlichen Bevölkerung, soweit diese Verbindung zu den Zentren hatte, denn die programmatischen Zielsetzungen VDPA, die nun die Regierung stellte, waren bekannt[13]). Ihre Umsetzung, die sofort mit insgesamt acht Gesetzen im ersten Jahr begonnen wurde, war Grund genug, die Reaktion der Khans, Großgrundbesitzer und der konservativen Geistlichkeit hervorzurufen, ebenso wie „Besorgnis" bei den westlichen Regierungen.

Mit dem Dekret Nr. 6[14]) ging die Regierung den Wucherern zu Leibe und verordnete, daß den Bauern und Pächtern ihre Schulden bei den privaten Geldgebern ganz oder teilweise erlassen wurden. Nach offiziellen Angaben wurde so die Landbevölkerung von einer Schuldenlast von umgerechnet 150 Mio. DM befreit. Gleichzeitig wurden staatliche Hilfsfond für Kleinbauern und Landarbeiter eingerichtet und mit der „Charta für Genossenschaften zur Erbringung landwirtschaftlicher Dienste" erste Ansätze für Kooperativen geschaffen.

Kern der Gesetzgebung war das Dekret Nr. 8 vom 28. November 1978, mit dem die Bodenreform begonnen wurde. Sie setzte eine absolute Obergrenze für Landbesitz von zehn Hektar, darüber hinausgehender Bodenbesitz wird entschädigungslos enteignet und in Teilen zu je einem Hektar an Pächter und landlose Bauern verteilt.

Die Radikalität dieser Veränderung wird zum einen darin deutlich, daß schon im ersten Monat nach Erlaß des Gesetzes mehr als vierzehntausend Familien in den Besitz von Land kamen, und man insgesamt über eine Million Hektar (etwa 15 % der landwirtschaftlichen Anbaufläche) an 680 000 Kleinbauern umverteilen will. Zum anderen wird sie aber auch im Vergleich zu Ägypten deutlich, wo Nasser im Jahre 1953 noch eine Obergrenze von 126 Hektar akzeptierte.

Fast ebenso revolutionär für die ländlichen Lebensverhältnisse wie diese Bodenreform ist das Dekret Nr. 7 über die Gleichberechtigung der Frau. Es verordnet die Abschaffung des außergewöhnlich hohen Brautgeldes, setzt das Mindesalter für die Heirat hinauf, und untersagt die Eheschließung ohne Einverständnis der Frau. Gleichzeitig begann die VDPA mit einer großen Alphabetisierungskampagne (fast 85 % der Bevölkerung sind Analphabeten), in die sie die Frauen einbezog. Meldungen über weit verbreiteten Widerstand gegen die Alphabetisierungs- und Mobilisierungskampagnen stehen Berichte gegenüber, nach denen trotz aller Schwierigkeiten doch Erfolge zu verzeichnen sind. So sollen nach offiziellen Angaben im ersten Halbjahr 1979 mehr als 30 000 Klassen in den achtundzwanzig Provinzen mit 925 000 Schülern insgesamt eingerichtet worden sein. Ein enormer Fortschritt, wenn man die Zahl mit den ca. 20 000 Personen vergleicht, die vor der Revolution jährlich umge-

13) Vgl. J. Ch. Blanc, Les Classes moyennes pourront-elles imposer des reformes, in: „Le Monde Diplomatique", Juni 1978, S. 17.

14) Zu den Reformdekreten vgl. P. Wald, Afghanistan: Entwicklung als Folge gesellschaftlicher Veränderung, in: „Entwicklung und Zusammenarbeit", 6/1979, S. 21ff.;
J. Ch. Victor, Lex paysans, l'islam et le poids des traditions, in: „Le Monde Diplomatique", Januar 1979, S. 13.

schult wurden[15]). Radio Kabul strahlt seit Mitte 1978 Programme in Turkmenisch, Usbekisch, Nuristanisch und Belutschisch aus, seit September erscheinen Wochenzeitungen in Usbekisch und Turkmenisch. Die Partei förderte das bis dahin verbotene Recht auf Organisation der arbeitenden Bevölkerung in Gewerkschaften, Bauern-, Frauen- und Jugendorganisationen. Ende 1979 waren 120 000 Industriearbeiter und 60 000 öffentliche Angestellte gewerkschaftlich organisiert, allerdings ohne Streikrecht. Der 1. Mai wurde 1978 zum ersten Male in der Geschichte Afghanistans gefeiert.

„Unter solchen Umständen hat sich viel offener und geheimer Widerstand auf dem Lande formiert. Die Interessen von geschädigten Grundbesitzern und Geschäftsleuten und diejenigen von Verteidigern islamischer Sitte und Gewohnheit dürften oft gleichgelagert, wenn nicht gar dieselben sein. Beide Gruppen erhalten Unterstützung aus dem Ausland." – Diese Sätze aus einer offiziellen Publikation der Bundesregierung vom Juni 1979[16]) sagen sehr viel Selbstverständliches über den Charakter dessen aus, was seit langer Zeit in unseren Medien als „Bürgerkrieg" und „Heiliger Krieg der Moslems gegen eine kommunistische Clique" verbreitet wird.

Moslems gegen Marxisten?

Es ist nicht überraschend, daß sich die westliche bürgerliche Presse vornehmlich dem Widerstand gegen die Revolutionsregierung und seiner Organisation in oft phantasievollen Schilderungen widmet. Man wird jenem Berichterstatter aus Kabul zustimmen können, der über die internationale Presse, die trotz afghanischer Zensur tatsächlich Kabul erreicht, schreibt: „Die Nachrichten und Kommentare sind gefärbt durch ihre Abneigung gegen die afghanische Regierung, durch willkürliches Isolieren aller Meldungen, die irgendeinen Sensationswert haben. Fehlinformationen überwiegen, insbesondere die pakistanische Presse beliefert den Leser mit einer bunten Sammlung von Gerüchten"[17]). Bei diesem Zustand ist es sehr schwer, sich ein genaues Bild von dem Charakter, den Interessen und der Stärke der in Afghanistan operierenden Opposition zu machen. Dennoch gibt es einige Faktoren, die deutliche Hinweise geben:

1. Der natürliche Widerstand der Khans und Großgrundbesitzer rührt daher, daß zum ersten Male in der Geschichte ihre Privilegien real angetastet werden. Ihr Widerstand ist besonders hart und kriegerisch in jenen Stammgebieten der Paschtunen, welches 1893 durch die sogenannte Durand-Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan geteilt wurde. Sie bilden ca. 35 % der afghanischen Bevölkerung neben den Tadschiken (ca. 30–35 %), den Hazara, iranisierten Mongolen im Zentrum Afghanistans (ca. 10 %), den Turkvölkern im Norden des Landes (Usbeken, Turkmenen, Kasachen, Kirgisen (ca. 15 %) und

15) Ph. Flandrin, in: „L'Economiste du tiers monde", Januar 1980, S. 21.
16) „Entwicklung und Zusammenarbeit", 6/1979, S. 21.
17) W. Wessler, Afghanistan ist kein Rätsel, in: „Neue Politik" v. 15. 11. 1979, S. 34 f.; bezeichnend für den Zustand der öffentlichen Meinung ist auch die Tatsache, daß Berichte aus Afghanistan, die nicht in den allgemeinen antikommunistischen Tenor einfallen, unter Pseudonym erscheinen müssen, wie z. B. Kurt Gerlach, Eine Chance für Babrak Karmal?, in: „epd Entwicklungspolitik" v. 10. 1. 1980. Der sich hinter dem Namen verbergende Autor ist mir bekannt.

verschiedenen Minoritäten (Belutschen, Araber, Nuristani, Sikhs etc. ca. 2–3 %)[18]). Seit Jahrhunderten sind sie im wesentlichen Nomaden, sie leben von ihren Herden und bewaffneten Überfällen (Razzien). Man schätzt sie heute auf insgesamt ca. sieben Millionen in Afghanistan und Pakistan. Eine Grenze, die sie nicht anerkennen, besteht für diese Nomaden praktisch nicht. Seit Ahmed Shah Durrani (1747–1793) bilden sie die dominante Ethnie in Afghanistan, der es in weniger als einem Jahrhundert gelang, den größten Teil der Reichtümer Afghanistans unter ihre Kontrolle zu bekommen: den Getreideanbau im Norden, die Weidenutzung im Hindukusch und Badachschan, die Kontrolle der Basare und des Grenzschmuggels etc. Nach einem paschtunischen Sprichwort herrscht unter ihnen nur Frieden, wenn Krieg herrscht. Ziel der nationalistischen pan-paschtunischen Bewegung ist die Schaffung eines paschtunischen Staates, der nicht nur die politische und ökonomische Existenz der anderen Ethnien gefährden würde, sondern auch die gespannte Nachbarschaft zwischen Afghanistan und Pakistan. Die aktuelle Opposition paschtunischer Clans gegenüber der VDPA, die ihre in der Verfassung von 1973 verankerten Vorrechte nicht übernommen hat, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Vergangenheit seit 1973 viele Paschtunen und Belutschen vor den Verfolgungen Bhuttos und Zia Ul Haqs in Pakistan Schutz in Afghanistan gesucht und gefunden haben[19]). Auf lange Sicht bergen diese Autonomiebestrebungen weniger für die gegenwärtige Regierung Afghanistans, die den verschiedenen Ethnien innerhalb der Grenzen weitgehend soziale und kulturelle Autonomie einräumen will, als für die autonomiefeindliche Regierung Zia Ul Haqs in Pakistan schwere Kontlikte.

2. Gesetze und Dekrete vermögen die Veränderungen anzuzeigen, nicht aber Traditionen, Bräuche und Privilegien in kurzer Zeit abzuschaffen. Dies gilt insbesondere für den Islam und seine Repräsentanten in den Dörfern und abgelegenen Tälern, wo die Zentralgewalt kaum hinreicht. Die Mullahs üben durch die Schulausbildung, die in ihren Händen liegt, wie auch durch die religiöse Erziehung und ihre Rolle als Interpreten des Koran einen bedeutenden Einfluß aus. Dabei ist es falsch, den sunnitischen Islam, der in Afghanistan vorherrscht, als konservative, fortschrittsfeindliche, mit der traditionellen Gesellschaft verbundene Ideologie zu bezeichnen. In dieser Richtung wird er zwar von den politischen und religiösen Autoritäten, vor allem aber von den ökonomisch und sozial Herrschenden interpretiert, was eine lange Geschichte hat. Von progressiven Kräften wird er jedoch in Richtung sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit interpretiert, um den Massen die ihnen vorenthaltenen politischen, sozialen und kulturellen Rechte zu erobern[20]). Aber gegenüber einem Klerus, der nicht nur vielfältig mit dem Grundbesitz verbunden ist, sondern auch zur Moslem-Bruderschaft in Pakistan Verbindung hat und aus dem Iran eine gewisse Unterstützung erfährt[21]), tut sich eine Regie-

18) J. Ch. Blanc, in: „Le Monde Diplomatique", September 1973, S. 19.
19) Vgl. Rouinsard, Soulard, in: „Le Monde Diplomatique", Januar 1979, S. 13.
20) Vgl. H. Hannafi, Une nouvelle approche de l'islam sunnite, in: „Le Monde Diplomatique", August 1977, S. 13; M. Rodinson, Islam und Kapitalismus, Frankfurt/M. 1971, S. 276ff.
21) J. Ch. Victor, in: „Le Monde Diplomatique", Januar 1979, S. 13.

rung, die sich offen zum Marxismus-Leninismus bekennt und eine Gesellschaftsreform durchführen will, schwer, mag sie noch so überzeugend beteuern, daß sie das religiöse Bekenntnis nicht antasten will – denn dieses Bekenntnis ist mit einer feudalistischen Gesellschaftsformation identifiziert. Ihm folgen weithin noch die armen Bauern, Pächter und Landarbeiter auch entgegen ihren eigenen Interessen, wie sie immer den Mullahs und Khans gefolgt sind.

3. Mittlerweile wird nicht mehr die massive ausländische Unterstützung geleugnet, die der Opposition aus dem Ausland seit der Revolution im Frühjahr 1978 zuteil wird. Wie die „Neue Zürcher Zeitung" am 15. Januar 1980 schrieb: „Die Existenz von Trainingslagern ist wohl nicht mehr ernsthaft zu bezweifeln, denn nicht nur kommunistische Quellen sprechen von ihnen. Die Aufständischen selbst verweisen stolz auf amerikanische, chinesische und islamische Finanz-, Ausbildungs- und Waffenhilfe. Der große Plan scheint aber zumindest vorerst wegen der sowjetischen Einmischung undurchführbar geworden zu sein: Über Kabul und anderen Städten, die noch als Stützpunkte der Regierung dienten, hätten im Laufe des Januars oder Februars mit Fallschirmen eine große Anzahl von Rebellen abspringen sollen und dem verhaßten kommunistischen Regime endgültig den Garaus machen sollen. Woher die dazu benötigten Flugzeuge hatten kommen sollen, darüber schweigt man sich geflissentlich aus." Schon im Februar des vergangenen Jahres wunderte sich die Zeitung: „Es ist sehr überraschend . . . praktisch sind alle Leute, die nach Pakistan fliehen, erwachsene Männer."

Amerikanische und kanadische Zeitschriften berichten von Reisen zweier afghanischer Rebellenführer in die USA, von ihren Kontakten zum US-Außenministerium und den Senatoren Javitt und Church und weisen ganz offen nach, daß Pakistan die Basis für die Ausbildung, Ausrüstung und Beratung der sogenannten Flüchtlinge ist, einer konservativen, unter religiösem Deckmantel gegen die Revolutionsregierung arbeitenden Bewegung[22]). Japanische und indische Berichte werden sogar mit Nachrichten zitiert, daß von Chinesen ausgebildete pakistanische Guerillas zur Unterstützung der Rebellen in Afghanistan zeitweise operieren. Daß ebenfalls der CIA direkt in diesen Ausbildungslagern engagiert ist, wird auch nicht mehr verschwiegen. Immerhin ist Pakistan unter der konservativen Militärregierung Zia Ul Haq für die USA nach dem „Fall" des Iran der einzig verbliebene sichere Verbündete im Süden der Sowjetunion, der nunmehr hochgerüstet werden soll – auch um den Preis, daß Pakistan demnächst über eine eigene Atombombenproduktion verfügen wird.

22) K. Ege, U.S. Intervention in Afghanistan, in: „Counter Spy", vervielfältigtes Manuskript, auszugsweise in: „Deutsche Volkszeitung" v. 10. 1. 1980, S. 9. Nach Ege ist jener Operationschef des „islamischen und nationalen Revolutionsrats Afghanistan", Sia Nasseri, der im „Spiegel" v. 14. 1. 1980, S. 104, anläßlich seines Treffens mit Präsident Sadat in Assuan zu Worte kommt, amerikanischer Staatsbürger: „Wir Afghanen kämpfen schließlich schon seit über einem Jahr mit tatkräftiger Unterstützung Pakistans . . . Immerhin – wenn jetzt die Flug- und Panzerabwehrkanonen eintreffen, die wir haben wollen, ist uns schon wesentlich geholfen . . . Wir schwimmen nicht im Geld, aber wir konnten unsere finanziellen Bedürfnisse bisher befriedigen." Auch der andere Rebellenführer Zia Nezri ist nicht nur Ege bekannt, über ihn berichtet Vadim Sagladin in seinem „stern"-Interview v. 30. 1. 1980, S. 64.

Die Rolle der Sowjetunion

Für den größten Teil der westlichen Presse ist dies die Kernfrage der ganzen „Affäre", die Waffenkammer für die wahrhaft imposante Medienschlacht. Allerdings scheinen viele ernsthafte Beobachter die Meinung Iring Fetschers zu teilen: „Die Intervention sowjetischer Truppen in Afghanistan stellt einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht dar, zumal das Hilfeersuchen der verbündeten Regierung nicht recht glaubhaft gemacht werden konnte".[23]) Aber auch dies Frage läßt sich besser nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Beziehungen zwischen Afghanistan und der Sowjetunion beantworten.

Erinnern sollte man sich der Tatsache, daß König Amanullah als erster die neue Sowjetregierung unter Lenin anerkannt hat, und daß diese schon bald den 1907 zwischen dem zaristischen Rußland und der britischen Regierung geschlossenen Vertrag, der Afghanistan und den Iran in Einflußzonen aufgeteilt hatte, für nichtig erklärte. Seitdem sind die Beziehungen zwischen beiden Ländern, so unterschiedlich ihre Regierungen und Gesellschaftsstrukturen auch sind, immer unproblematisch gewesen. Die Zusammenarbeit begann auch nicht erst im Jahre 1953, als Daud in einem unblutigen Handstreich sich selbst an Stelle seines Onkels zum Premierminister unter Zahir Shah machte, sondern reicht bis in die Zeit Amanullahs zurück[24]). Die Sowjetunion liefert seit Jahrzehnten Öl, Zucker, Getreide etc. unter dem Weltmarktpreis an Afghanistan und leistet insbesondere im Norden des Landes bei der Infrastrukturentwicklung, der Errichtung von Wasserkraftwerken und Leichtindustrie umfangreiche Hilfe. Die Sowjetunion ist nicht nur Handelspartner Nr. 1, sondern war auch schon zur Zeit des Königreiches unter Zahir Shah und der ersten Republik von Daud bei der Entwicklungsplanung beteiligt, ein Großteil der Offiziere wurde seit eh und je in der Sowjetunion ausgebildet – während die Polizei ihre Ausbildung durch die BRD bekam.

Diese enge Kooperation mit der Sowjetunion hat nie die ebenso enge Zusammenarbeit Afghanistans mit den USA, der BRD oder Frankreich behindert, die ihre Entwicklungshilfeprojekte im wesentlichen südlich des Hindukusch einrichteten[25]). Erst unter der Präsidentschaft Dauds wurde diese auch außenpolitisch eingehaltene Balance schließlich zu einer eher westlich orientierten Linie verändert. Daß die Sowjetunion die Regierung Taraki und die Konstituierung der Demokratischen Republik Afghanistan als erste Regierung der Welt anerkannte, entsprach nur der Tradition, sie hatte dies auch schon bei der Ausrufung der ersten Republik im Jahre 1973 getan[26]).

23) „Vorwärts" v. 31. 1. 1980, S. 17.
24) L. Dupree, a.a.O., S. 36.
25) O. Warin, L'Afghanistan, Suisse de l'Asie, in: „Le Monde" v. 10. 10. 1972.
26) Auch L. Dupree, a.a.O., S. 39, 46, sieht keine Zeichen für eine sowjetische Beteiligung bei der Machtübernahme durch die VDPA. Und im Juli 1979 hielt er es auch noch für unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion den Bitten der Taraki-Regierung nach militärischer Unterstützung entsprechen würde.

Die revolutionäre Zielsetzung der neuen Regierung läßt jedoch die Vertiefung der Beziehungen zur Sowjetunion als logisch erscheinen. Das diffizile außenpolitische Gleichgewicht war schon nachhaltig gestört durch die ausländische Unterstützung, die seit der Revolution der alten herrschenden Klasse zu Hilfe kam. Der afghanisch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom 5. Dezember 1978 war dann auch die völkerrechtliche Grundlage für die wachsende militärische Hilfe und Präsenz der sowjetischen Truppen in Afghanistan, die die Sowjetunion allerdings nur zögernd zur Verfügung stellte[27]). Sie wurden sowohl von Taraki als auch von Amin und später Karmal angefordert, und sie haben nach allem, was heute erkennbar ist, nichts mit der Ermordung Tarakis durch Amin und der drei Monate später folgenden Hinrichtung Amins durch Karmal zu tun gehabt. Schenkt man den Interviews und Reden der drei Präsidenten Glauben, so haben sie sich ohnehin nicht in ihren Zielsetzungen unterschieden – alle drei beriefen sich auf das Programm der VDPA und die Grundsätze der Revolution vom Mai 1978, alle hielten auch an dem Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion fest –, allenfalls in ihrer Methode und tatsächlichen Politik. Nicht nur TASS und „Prawda", sondern inzwischen auch westliche Medien berichten, daß Amin wegen seiner despotischen, fehlerhaften Regierungsweise, der massenhaften Repressalien, die er anwandte und die die erreichten antifeudalen Veränderungen in Gefahr brachten, beseitigt wurde.

Alle Beobachter stimmen darin überein, daß die Eliminierung der Pardscham-Fraktion aus der Regierung im Sommer 1978, ihre Abschiebung auf Botschafterposten im Ausland und bald darauf ihr Ausschluß aus der VDPA auf den starken Mann hinter Taraki, Hafizullah Amin, zurückzuführen sind, der im März 1979 Premierminister wurde[28]). Die drei Monate seiner Alleinregierung, die er dann im September 1979 ohne Unterstützung, wohl eher gegen den Willen der Sowjetunion mit der Liquidierung Tarakis angetreten hatte, reichten aus, ihn und seine Regierung von den Massen zu trennen. Keines der revolutionären Versprechen hielt er ein, vielmehr füllte er die Gefängnisse und bewirkte dadurch die massive Verstärkung der islamischen Opposition und der Guerillatätigkeit. Ihm werden sogar Verbindungen zu den USA, nach Pakistan und China nachgesagt. Seinem Appell an die Sowjetunion nach militärischer Unterstützung kam diese angesichts der kritischen Zuspitzung der Lage im Dezember nach. UPI berichtete zwar, daß Amin am 27. Dezember 1979 mit direkter Hilfe der sowjetischen Truppen gestürzt und exekutiert worden sei[29]), dennoch spricht viel dafür, daß dies die gemeinsame Aktion der Anhänger Tarakis und Karmals war, der sich seit einigen Wochen wieder in Kabul aufhielt[30]). Auf Bitten der Regierung Karmal sandte die Sowjetunion erstmals größere Truppenkontingente nach Afghanistan.

27) Vgl. V. Sagladin und V. Falin in ihrem Interview, „Stern" v. 30. 1. 1980, S. 62 f., und K. Rifaat, L'onde de choc afghane, in: „Afrique-Asie" v. 21. 1. 1980, S. 9.

28) L. Dupree, a.a.O., S. 42; K. Rifaat, in: „Afrique-Asie", a.a.O., S. 9; S. Malley, „Afrique-Asie" v. 7. 1. 1980, S. 41; M. Yared, Les enjeux du coup d'efat, in: „Jeune Afrique" v. 16. 1. 1980, S. 23 ff., 25.

29) „Le Monde" v. 30./31. 12. 1979, S. 2. Präsident Carters Sicherheitsberater Brzezinski erklärte dagegen am 30. Dezember in einem Fernsehgespräch auf die Frage nach dem Ende Amins: „Ob die Sowjets direkt oder indirekt beteiligt waren, weiß ich nicht . . .". „Wireless Bulletin from Washington", Bonn, 2. 1. 1980, S. 6.

30) Vgl. S. Malley, „Afrique-Asie" v. 7. 1. 1980 und K. Rifaat, „Afrique-Asie" v. 21. 1. 1980.

Diese Entwicklung sowie die Tatsache, daß sich in der neuen Regierung sowohl Mitglieder der Pardscham- wie auch der Khalq-Fraktion befinden, läßt die Annahme zu, daß bei allen ideologischen und persönlichen Differenzen innerhalb der VDPA die Gemeinsamkeiten des revolutionären Programmes und der politischen Strategie größer sind, als die bürgerliche Presse es wahrhaben will. Die Schwierigkeiten des bisher zurückgelegten Weges, der kriegerische Widerstand und die Infiltration aus dem Ausland werden zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Gegenwärtig läßt sich allerdings schwer beurteilen, inwieweit die beiden Strategien, die innerhalb der VDPA sich gegenüberstehen: Transformation der afghanischen Gesellschaft ohne Verzug und ohne Pardon gegenüber den Feinden der Revolution bzw. allmähliche Veränderung auf der Basis des Kompromisses und des breiten Bündnisses, sich auf einer gemeinsamen Linie geeinigt haben. Die Person Karmals spricht eher für eine Strategie des Bündnisses mit breiten Schichten der Bevölkerung.

Wer interveniert wo?

Sowenig es sich derzeit in Afghanistan um einen religiösen Krieg handelt, sowenig ist dieses Land für die Sowjetunion Aufmarschgebiet gegen Pakistan oder den Iran, um „zum Indischen Ozean durchzustoßen".[31]) Wahrscheinlich waren die offenen Interventionsdrohungen der USA gegenüber dem Iran, die drängenden Offerten der Volksrepublik China an die USA zu einer Militärallianz und das noch nicht zu übersehende Ausmaß der konterrevolutionären Einmischung von Pakistan aus die Gründe, Truppen in dieser Größenordnung in Afghanistan einzusetzen. In der von der UNO einstimmig angenommenen „Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten" vom 24. Oktober 1970 heißt es u. a.: „Jeder Staat hat die Pflicht, sich der Bildung oder Unterstützung der Bildung von irregulären Streitkräften oder bewaffneten Banden, einschließlich Söldnerbanden, zu enthalten, deren Ziel es ist, in das Territorium eines anderen Staates einzufallen. Jeder Staat hat die Pflicht, sich der Organisierung, Anstiftung, Unterstützung von oder der Teilnahme an Bürgerkriegs- oder Terrorakten in einem Staat oder der Duldung auf seinem Territorium organisierter Aktivitäten zu enthalten, die darauf gerichtet sind, solche Handlungen zu begehen . . ." Die Resolution räumt in diesen Fällen dem Opfer der Aggression das Recht ein, befreundete Staaten um Hilfe zu bitten: „Bei ihren Aktionen und ihrem Widerstand gegen solche Gewaltmaßnahmen in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung sind diese Völker berechtigt, in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen um Unterstützung nachzusuchen und diese zu erhalten."

31) Dies wird von so unterschiedlichen Personen wie L. Dupree a.a.O., dem Vertreter der UdSSR im Sicherheitsrat Oleg Trojanowski und A. Kohlschütter in der „Zeit" v. 25. 1. 1980, „Wir sind krank vor Haß auf die Russen", ähnlich gesehen.

Man sollte nicht vergessen, daß zu Zeiten des Schahs über vierzigtausend amerikanische „Berater" im Iran stationiert waren, und daß in den über zweitausendfünfhundert weltweiten Stützpunkten außerhalb der USA an die fünfhunderttausend amerikanische Soldaten ihren Dienst tun. Hier können die USA noch auf Verträge mit den jeweiligen Regierungen verweisen. Die schweren Luftangriffe auf Nord-Vietnam versuchten sie mit dem inszenierten Zwischenfall in der Tonking-Bucht zu rechtfertigen. Und wo blieben die völkerrechtlichen Grundlagen für die militärische Einmischung in Kuba, Kambodscha, Guatemala, Panama, die Dominikanische Repbulik, die Philippinen, im Libanon oder Kongo-Leopoldville? Und wo der Protest der „Freien Welt"? Auch Frankreich kann sich auf Verträge berufen, wenn es darum geht, die zentralafrikanischen Staaten Senegal, Elfenbeinküste, Tschad, Gabun, die Zentralafrikanische Republik, Mayotte und Reúnion, Djibouti und Kamerun mit französischen Waffen, Fallschirmjägern und Militärberatern auszurüsten. Kaum einer der Präsidenten dieser Länder, der nicht sein Regime den französischen Truppen verdankt. Und wo war der Protest bei der Auswechselung „Kaiser" Bokassas durch David Dacko, dem Militäreinsatz gegen die Frolinat im Tschad, der Militärintervention in Zaire zur Stützung der Regierung Mobutu, der von Marokko ausgehenden Söldnerintervention in Bénin, dem Luftwaffeneinsatz von Senegal aus gegen die Frente Polisario in der West-Sahara und der Unterstützung des marokkanischen Krieges in diesem Gebiet?

All diesen Interventionen – nur einigen von vielen – fehlte nicht nur die formale völkerrechtliche Rechtfertigung, sie geschahen nicht einmal zur Unterstützung fortschrittlicher Regierungen oder Bewegungen, sondern im Namen der Restauration neokolonialer Verhältnisse und der Sicherung imperialistischer Interessensphären. Die Sowjetunion hätte bei jenen Interventionen gewiß nicht die 104 Staaten in der UNO, die die Sowjetunion jetzt verurteilt haben, auf ihre Seite bringen können, um die Aggressoren zu verurteilen. Ist das das ausschlaggebende Kriterium? Jene Staaten haben erst kürzlich das mörderische Pol Pot-Regime als die legitime Regierung Kampucheas anerkannt.

Die Carter-Administration wird ihren Feldzug wahrscheinlich noch bis zu den Wahlen durchhalten müssen, um ihr Wahlziel zu erreichen. Es bleibt zu hoffen, daß die revolutionäre Entwicklung in Afghanistan, die den dort lebenden Völkern zweifellos eine bessere Zukunft eröffnet, auch ihre Ziele erreicht.

Franz Josef Strauß und die Gewerkschaften

Von Detlef Hensche

„Die objektiven Verhältnisse haben sich so weit verändert, daß der Kapitalismus neue politische Lösungsmöglichkeiten ins Auge faßt." *Willi Bleicher, November 1979*

I

Wie ist es möglich, daß CDU und CSU im Sommer 1979 einen Politiker wie F. J. Strauß, einen Repräsentanten des äußersten rechten Flügels der Union, zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten wählten? Noch Anfang der 70er Jahre hätte kaum jemand eine Kandidatur von Strauß für möglich gehalten. Selbst im bürgerlichen Lager war er zu umstritten, galt als skandalträchtig, schien politisch nicht tragbar. Heute regt sich kaum noch Widerstand, nicht einmal mehr im Kreise der CDU-Sozialausschüsse. Die Delegierten der christdemokratischen Betriebsräte- und Personalrätekonferenz z. B. bereiteten Strauß im Januar 1980 einen überaus freundlichen Empfang und spendeten ihrem Kanzlerkandidaten demonstrativ Beifall.

Außerhalb der CDU/CSU werden zwar Widerspruch und Kritik laut. Stoibersche Geschichtsfälschungen etwa provozierten eine Kontroverse mit DGB und SPD. Dasselbe wiederholte sich in der Gesamtschul-Debatte. Einige Unterschriftenaktionen wurden gestartet. Doch daß etwa auf breiter Front eine Protestbewegung anläuft, läßt sich jedenfalls bis zur Stunde nicht feststellen. Zieht man Stellungnahmen führender Sozialdemokraten heran, so überwiegen bisher Warnungen vor dem „unberechenbaren", „zügellosen" und unseriösen Charakter dieses im übrigen „sehr befähigten" Politikers. Was ein Wahlsieg der CDU/CSU unter F. J. Strauß dagegen politisch bedeuten würde – nämlich gemessen an den Aufbruchszielen der sozial-liberalen Koalition eine Kehrtwendung um 180 Grad – diese politische Gefahr wird nur spärlich ausgeleuchtet.

Was hat eine solche Entwicklung möglich gemacht? Sollte F. J. Strauß politisch hoffähig geworden sein? Hat er sich selbst gewandelt? Verkörpert er inzwischen eine politische Alternative, die man als denkbare parlamentarische Wachablösung einkalkulieren und auf die man sich einzurichten hat?

Nicht Franz Josef Strauß hat sich gewandelt. Die ökonomischen und politischen Verhältnisse haben sich geändert. F. J. Strauß verkörpert einen politischen Kurs, der nach dem Mehrheitswillen der Unionsparteien und ihrer politischen Freunde im Unternehmerlager eine in ihrem Interesse erfolgreichere Krisenbewältigung verspricht als das gegenwärtige Krisenmanagement der

sozial-liberalen Koalition. Es ist ein Kurs der sozialen Demontage, der offenen Disziplinierung, ja Spaltung der Gewekrschaften, der verschärften Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten, des Stopps, ja der partiellen Beseitigung sozialer Reformen.

II

Damit ist eine Politik hoffähig geworden, die sich in den sozialen Auseinandersetzungen schon lange abzeichnet. Um dazu nur einige Stichworte zu nennen:

Seit der ersten Hälfte der 70er Jahre zeigt der Kapitalismus auch in der BRD sein wahres Gesicht. Die außergewöhnlichen Umstände der Nachkriegsära – Wiederaufbau, neue Märkte im Innern wie im Ausland, neue Wirtschaftszweige – haben ihre Wirksamkeit verloren; und zwar unwiederbringlich. Damit ist zugleich die Erhardsche Illusion von einer im wesentlichen störungsfreien, stets wachsende Gewinne sichernden und dabei noch „sozialen" Marktwirtschaft zerstört. Die Möglichkeiten, privates Kapital gewinnträchtig anzulegen, sind eingeschränkt. Die Wachstumsraten sinken. Es herrscht Arbeitslosigkeit, selbst im Konjunkturaufschwung und bei steigenden Gewinnen. Umgekehrt schlagen konjunkturelle Einbrüche oder außenwirtschaftliche Störungen, wie etwa die Energieverteuerung, unmittelbar durch und verschärfen die Arbeitslosigkeit.

Wie zu früheren Zeiten auch nutzen die Unternehmer und ihre Verbände die Gunst der Stunde, um die Krisenfolgen abzuwälzen. In den Betrieben werden die Belegschaften ausgekämmt. Kernmannschaften, bestehend aus hochleistungsfähigen Arbeitern und Angestellten, fahren die Normal-Produktion; bei Auftragssteigerung wird Mehrarbeit verlangt oder die Unternehmen stellen Leih- oder Zeitarbeiter ein. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien, insbesondere unter Nutzung elektronischer Datenverarbeitung, lösen eine Rationalisierungswelle aus, die millionenfach Arbeitsplätze, Berufe und erworbene Qualifikationen infrage stellt und noch infrage stellen wird. Die fortschreitende Unternehmenskonzentration bringt zusätzliche Arbeitsplätze in Gefahr.

Dies alles wird begleitet von dem Versuch, in den Betrieben aktive Gewerkschafter und Betriebsräte einzuschüchtern. In der Tarifpolitik stehen die Gewerkschaften seit Jahren unter unvermindertem Druck, die Gewinne durch Lohnverzicht zu subventionieren; und zwar selbst in Zeiten extremer Gewinnsteigerung. Erinnert sei an die regierungsamtliche Ideologie von den Gewinnen, den Investitionen und den Arbeitsplätzen oder an die Zumutung unserer Tage: die von außen kommende Inflation dürfe bei den Tariffordernungen nicht berücksichtigt werden. Die Verteidigung des sozialen Besitzstandes, etwa durch Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die Rationalisierung, begegnet scharfem Widerstand.

Zugleich ist die politische Zentralisierung auf Unternehmerseite fortgeschritten, sichbar in Gestalt des „Tabukatalogs". Seine eigentliche Schärfe erhält dieser Katalog durch den Einsatz der Aussperrung und durch deren Androhung für künftige Fälle.

Die Aussperrungen des Jahres 1978 richteten sich im Grunde gegen gewerkschaftliche Forderungen, die sich darauf beschränkten, den sozialen Besitzstand zu verteidigen. Tarifvertragliche Besetzungsregeln in der Druckindustrie sollten Arbeitsplätze und berufliche Qualifikationen auch bei Einführung neuer Techniken der Satzherstellung erhalten; tariflicher Abgruppierungsschutz in der Metallindustrie Baden-Württembergs sollte die Arbeiter vor Einkommensverlust bei Rationalisierung schützen; der Einstieg in die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie sollte die Arbeitsplätze bei fortschreitender Rationalisierung sicherer machen. Doch schon diese gewerkschaftlichen Verteidigungspositionen stießen sich am unternehmerischen Tabukatalog und wurden mit Hilfe der Aussperrung bekämpft.

Damit zeigt sich eine Parallelität zur Entwicklung auf politischem Feld. Konzentrierten sich die Unternehmerverbände und ihre politischen Freunde am Anfang der 70er Jahre darauf, Reformvorhaben zu verhindern, so werden seit einiger Zeit Rezepte gehandelt, die darauf hinauslaufen, den einmal erreichten sozialen Besitzstand und demokratische Rechte wieder abzubauen.

Blicken wir zurück, so markiert bereits der Kanzlerwechsel Brandt–Schmidt einen ersten Wandel. Im Zeichen der Wirtschaftskrise wurden Reformen gestoppt, oder wie es zunächst hieß: zurückgestellt. Bereits verabschiedete Gesetze wurden nicht vollzogen, wie etwa das Schicksal der Berufsbildungsabgabe zeigt. Der Stopp erfaßte nicht nur ausgabewirksame, sondern auch andere gesellschaftspolitische Reformen. Neben der üblichen Diffamierung sozialer Reformen (z. B. „Marsch in den Gewerkschaftsstaat") setzten die Unternehmer vor allem verfassungsjuristische Strategien zur Zementierung des Status quo ein; herausragendes Beispiel war die Verfassungsbeschwerde gegen das Mitbestimmungsgesetz.

Gleichzeitig waren Mechanismen am Werk, die dafür sorgen sollten, das soziale Konfliktpotential unter Kontrolle zu halten. So wurde jahrelang die Hoffnung genährt, nach Überwindung der Krise werde sich Vollbeschäftigung gleichsam von selbst wieder herstellen. An die Adresse der Gewerkschaften richtete sich die Parole, Lohnverzicht schaffe neue Arbeitsplätze. Oder: die bestehende Arbeitslosigkeit wird als Sonderfall einiger „Problemgruppen" verharmlost. Die sich seit längerem abzeichnende Rationalisierungswelle fand jahrelang ihre öffentliche Rechtfertigung im unkritisch verbreiteten Axiom von der „Modernisierung der Wirtschaft" – derweil gewerkschaftliche Ziele, die Rationalisierungsfolgen aufzufangen, etwa durch Abgruppierungsschutz oder durch die 35-Stunden-Woche, ins Abseits des tarifpolitischen Abenteuers gedrängt wurden. Ideologien und Verzichtsparolen dieser Art fanden auch in der sozial-liberalen Koalition ihre Anhänger. Mit der Folge, daß der Entfaltung gewerkschaftlichen Widerstands auch ohne konzertierte Aktion vielfältige Gewichte angehängt wurden.

Dennoch – der politische und moralische Druck auf die Gewerkschaften vermochte Streiks, Warnstreiks und andere Protestaktionen nicht zu verhindern. Umgekehrt stehen die Gewerkschaften in zunehmendem Maße vor der Notwendigkeit, ihre ganze Kraft einzusetzen, um im Kampf um sichere Arbeits-

plätze, sichere Einkommen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen Erfolge zu erzielen. Das Jahr 1978 mit insgesamt fünf Arbeitskämpfen ist nicht nur das Ergebnis des unternehmerischen Konfrontationskurses, sondern signalisiert zugleich den wachsenden Widerstandswillen innerhalb der Gewerkschaften. Ja, Warnstreiks im Einzelhandel, bei Banken und Versicherungen deuten an, daß die Auflehnungsbereitschaft selbst in solchen Bereichen zunimmt, in denen die Arbeiter und Angestellten nicht über traditionelle Kampferfahrung verfügen. Schließlich: der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Aussperrung wird stärker.

Die Vermutung ist angebracht, daß die bisherige Politik den Interessen der Unternehmer auf mittlere Sicht nicht gerecht wird. Immerhin zeigt sich auch eine Regierung Schmidt trotz Reformverzichts nicht als Vollstreckerin unternehmerischer Renditeinteressen. Sollen sich die Gewinnaussichten für privatwirtschaftliches Kapital erhalten bzw. verbessern, so erscheint es notwendig, gesellschaftliche Reformen rückgängig zu machen.

Zugleich stehen die Unternehmer vor Rationalisierungen beachtlichen Ausmaßes. Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung, von der Steuerung der Produktion bis hin zur Substituierung einzelner Entscheidungsabläufe im Büro- und Dienstleistungssektor, steht unmittelbar bevor. Unruhe in den Betrieben, verschärfte Tarifauseinandersetzungen, selbstbewußteres Auftreten von Belegschaften – dies alles würde die Rationalisierungsstrategien der Unternehmer wenn nicht durchkreuzen, so doch empfindlich stören. Umgekehrt muß es den Unternehmern darum gehen, daß Ruhe im Lande herrscht.

Für beides, Abbau von Reformen und unverhohlene Disziplinierung der Gewerkschaften, bieten sich F. J. Strauß und der von ihm repräsentierte Flügel der CDU/CSU an. Damit soll keineswegs unterstellt werden, wir hätten es mit einem geschlossenen Block von Unternehmern, Verbandsfunktionären und Repräsentanten des rechten CDU-Flügels zu tun. Selbstverständlich verlaufen derartige Entwicklungen und „Tendenzwenden" nicht widerspruchsfrei. So ist bekannt, daß namhafte Unternehmer mit einer Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß durchaus nicht einverstanden waren; der Vorstandssprecher von Bosch, Hans Merkle, beispielsweise ist nach der Nominierung von F. J. Strauß aus der CDU ausgetreten. Natürlich gibt es auch heute noch maßgebende Sprecher der Unternehmerverbände und großer Unternehmen, die eine weitere Polarisierung zu vermeiden trachten und eher auf den integrativen Weg partnerschaftlicher Einbindung der Gewerkschaften setzen. Nur – die Tendenzen zu einem verschärften Konfrontationskurs sind unübersehbar.

Schauen wir uns daher einige wesentliche Aussagen und Programmpunkte des Kanzlerkandidaten und seiner Partei an. Wir konzentrieren uns dabei auf solche Themen, die für die gewerkschaftliche Arbeit im Vordergrund stehen.

Als Quellen sind vornehmlich zugrunde gelegt: das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union von 1976, die Schlußansprache von F. J. Strauß auf dem Zukunftskongreß der CSU am 16./17. November 1979 sowie die Rede von Franz Josef Strauß während der zurückliegenden Haushaltsdebatte am 13. Dezember 1979.

III

Strauß und die Interessen der Arbeitnehmer

1. Strauß weiß, was Arbeitnehmer wünschen. Mit diesem Anspruch tritt er jedenfalls auf, vor allem in letzter Zeit. In einer Selbstdarstellung seiner Person und seines Werdegangs rühmt er seine Herkunft aus einfachen Verhältnissen. *„Ich weiß noch, wie es unten aussieht. Ob ich mit Dienstwagen fahre oder nicht, das ändert nichts an meinem Verhältnis zur Bevölkerung, gerade zu den ärmeren Schichten der Bevölkerung"*, erklärte er vor dem Deutschen Bundestag (Haushaltsdebatte). An anderer Stelle fügte er hinzu: *„Wenn man in diesem Haus die Frage stellt, ‚Freund oder Feind der Arbeitnehmer?', so halte ich das für eine törichte Kampfparole der psychologischen Kriegsführung, für Agitation und Aufhetzung. Denn in wesentlichen Fragen, die die Lebensgrundlagen, die persönliche Freiheit, die Verfügungsgewalt über das erworbene Arbeitseinkommen, die Sicherung des Arbeitsplatzes . . . betreffen, haben die CDU und CSU – ich darf das für mich auch und sehr wohl nicht an letzter Stelle in Anspruch nehmen – eine Politik betrieben, die im Interesse der Arbeitnehmer, kurz-, mittel- und langfristig gesehen, jedenfalls besser fundiert war als die hektische, krampfartige und kurzatmige Politik, die die Regierungsparteien und die Bundesregierungen in dieser Zeit betrieben haben."* Und über die Erfolge der bisherigen Politik der CDU/CSU hören wir: *„Die Wirklichkeit der sozialen Sicherheit ist durch die von Ihnen bekämpfte Soziale Marktwirtschaft begründet worden. Da sind die Grundlagen gelegt worden, auf denen aus einem Proleten der moderne Arbeiter geworden ist."* . . . Es ist *„unsere Politik gewesen, aus dem Arbeiter, aus dem Proleten des 19. Jahrhunderts durch eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft den Bürger zu machen, der Partner in der Wirtschaft ist, volle Gleichberechtigung im Staat und seinen Anteil am Sozialprodukt hat"* (Haushaltsdebatte).

Bei alledem darf natürlich das Bekenntnis zu den Gewerkschaften nicht fehlen, auch zur Einheitsgewerkschaft. *„Wir stehen ohne Wenn und Aber zu der im Grundgesetz verbürgten Koalitionsfreiheit, zum Zusammenschluß der Bürger für legale Zwecke."* Man dürfe *„nicht davon reden, daß . . . die CSU und ihre Führungsorgane die Einheitsgewerkschaften unterminiert"* (Haushaltsdebatte).

Solche und ähnliche Bekenntnisse wird man stets hören und lesen können. Sie werden zur Anbiederung, wenn man etwas tiefer gräbt. Schon die Feststellung, daß der Arbeitnehmer „Partner in der Wirtschaft" geworden sei und „seinen Anteil am Sozialprodukt hat", verrät den Pferdefuß: Die Gleichstellung ist erreicht; jedes Mehr ist „Anspruchsinflation". Oder: *„Wir bejahen die Aufgabe der Gewerkschaften ohne Wenn und Aber, aber selbstverständlich mit der Maßgabe, daß das Gesetz des Gleichgewichts von der Macht der gesellschaftlichen Kräfte in einer Demokratie nicht umgestoßen werden darf"* (Haushaltsdebatte). Schon den Bekenntnissen („ohne Wenn und Aber") ist das „aber" gleich im nächsten Halbsatz beigefügt. Wenn von der Stellung der

abhängig Beschäftigten die Rede ist, kann offensichtlich die Grenze ihrer Ansprüche nicht fehlen.

2. Eindeutigere Aufschlüsse erhalten wir bei der Frage, von welchem *Menschenbild* F. J. Strauß sich leiten läßt. „Die Christlich-Soziale Union sieht die Grundlage ihrer politischen Arbeit in einem Menschenbild, das von christlichen Wertvorstellungen geprägt ist", heißt es in der Präambel des CSU-Grundsatzprogramms. Doch allein der Rückgriff auf „christliche Religiosität" reicht nicht aus.

Konkreter wird Strauß beispielsweise auf dem Sektor der Erziehung. Natürlich gilt es mit sozialistischen Heilslehren und leistungsfeindlicher Indoktrination aufzuräumen. *„So wird die Jugend systematisch seit Jahren einer kulturrevolutionären Umwertung aller Werte ausgesetzt, und es werden dann völlig normale, traditionell begründete, ethisch fundierte und wissenschaftlich erhärtete Werte zu Sekundärwerten degradiert; dies gilt für Wahrhaftigkeit, Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Partnerschaft, Leistung, Disziplin, von religiös und ethisch begründeten Werten ganz zu schweigen"* (Zukunftskongreß). Was hier dominiert, das sind die Tugenden, die die herrschende Klasse schon immer von den Arbeitern und Angestellten erwartet hat. Disziplin, Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit – dazu wurden Volksschüler und Lehrlinge erzogen. Pünktliche Pflichterfüllung und geduldige Unterordnung wurden und werden von den abhängig Beschäftigten erwartet. Das Verhältnis nach oben, etwa zum Chef, soll von Partnerschaft geprägt sein.

Was dagegen bezeichnenderweise fehlt, sind Werte wie Solidarität, Selbstbewußtsein, Eigenständigkeit, mutiges Aufbegehren gegen Ungerechtigkeit. Derlei Teufelswerk muß von der Schule verbannt werden. Bei dem Konflikt um die Gesamtschule *„geht es nicht nur um Schulorganisationsformen, hier geht es auch um Lehrpläne und Lehrinhalte. . . . Ich habe nie aus meiner Meinung einen Hehl gemacht, daß der Konflikt nicht die einzige geschichtliche Wahrheit ist. Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Erziehung der Kinder im Konfliktdenken . . . keine jungen, frohen, lebensaufgeschlossenen, der Zukunft gewachsenen Menschen . . . schafft"* (Haushaltsdebatte).

Disziplin und Unterordnung als Arbeitstugenden – das ist nur die eine Seite der Medaille. Die fürs arbeitende Volk. Die andere Seite sind Eigenverantwortung, Leistung, Einsatzbereitschaft. Dabei ist freilich nicht die Eigenverantwortung gemeint, in die wir alle entlassen werden sollen durch Abbau sozialer Leistungen und durch Überwindung „wohlfahrtsstaatlicher Lebenslügen". Nein, hier geht es um die Erhaltung und Weckung von Leistungsvermögen, das nur wenigen in die Wiege gelegt ist.

Es geht um den „Rohstoff Geist". *„Wir brauchen den Rohstoff Geist, und den Rohstoff Geist, d. h. die Begabungen, kann man doch nicht durch die Zahl der höheren Schulen vermehren, doch nicht durch die Ausdehnung der Ausbildungsplätze an den Universitäten. Begabungen kann man auch nicht durch die Vermehrung der Abiturienten vermehren"* (Zukunftskongreß). Denn: die Begabungen sind angeboren und sind demnach ungleich verteilt. So ist es

denn auch folgerichtig, daß die vorhandenen Begabungen *„nicht in einem gleichmacherischen pädagogischen Einheitsbrei nivelliert werden"* dürfen. Und damit auch nicht das geringste Mißverständnis bleibt: *„An einem ändert keine Gleichheitstheorie oder keine Gleichheitsutopie etwas: nämlich daran, daß die überwiegende Mehrheit unserer fleißigen, intelligenten, arbeitsbereiten Menschen eine Chance für weiteren Aufstieg nur hat, wenn die relativ kleine Schicht führender, produktiver, schöpferischer, genialer geistiger Kräfte entdeckt, gepflegt, gefördert und zur vollen Entfaltung gebracht wird"* (Zukunftskongreß). Damit stoßen wir auf die für Strauß' Weltbild typische Zweiteilung der Gesellschaft: Unseren Erfolg, *„was man im Ausland ‚das deutsche Wunder' nannte, haben . . . in den großen Pionier-Jahrzehnten der deutschen Vergangenheit und Gegenwart große Wissenschaftler, Techniker und Pioniere der Unternehmerschaft, gestützt auf eine fleißige leistungsfähige Arbeitnehmerschaft"* zustande gebracht . . . (Haushaltsdebatte).

Ist die Zuweisung von anpassungsfördernden Arbeitstugenden noch konservativ, so ist die unverhohlene Elitetheorie der Begabung und Bildung im Kern faschistoid. Auf derselben Ebene liegt denn auch die sozial-darwinistische Rechtfertigung der Marktwirtschaft. Es könne nicht darum gehen, daß der Gescheite neben dem Dummen die gleiche Erfolgsgarantie für sich beanspruchen kann. *„Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft liegt in ihrer unbarmherzigen Trennung von Weizen und Spreu, liegt darin, daß eben dort durch diese Leistungsauslese überhaupt erst die Chance einer Anhebung der Lebensverhältnisse der breiten Massen liegt. Diese Chance liegt nicht in der Nivellierung von oben nach unten, sondern die liegt in der kreativen Wirkung von Spitzenleistungen und ihren anhebenden Folgen für die breiten Massen von unten nach oben. Das wollen wir!"* (Zukunftskongreß).

3. Ein derartiges Menschenbild hat Folgen. In der *Bildungspolitik* zum Beispiel. *„Es geht . . . darum, daß die vorhandenen Begabungen durch unser Schulsystem am sichersten entdeckt, nicht in einem gleichmacherischen pädagogischen Einheitsbrei nivelliert werden . . ."* (Zukunftskongreß). Folgerichtig spricht auch das CSU-Grundsatzprogramm nicht von Chancen*gleichheit*, sondern von „Chancen*gerechtigkeit*". Dazu die Erläuterung von F. J. Strauß: *„Wer der Menschheit eine Schule mit dem verhängnisvollen Wort ‚Chancengleichheit statt Chancengerechtigkeit' aufzwingen will, wer in der Schule eine Nivellierung der Leistungen und wer eine Gleichheit der materiellen Ergebnisse herbeiführen will, der dient weder der Gerechtigkeit noch der Gleichheit, sondern der dient dem Rückschritt, der dient dem Rückfall und der dient der Verarmung und Verelendung des deutschen Volkes"* (Zukunftskongreß).

So versteht es sich fast schon von selbst, daß für Strauß zu den „wohlfahrtsstaatlichen Lebenslügen" auch der „Bildungsstaat" gehört. Es gelte, die *„Grenzen des Sozial- und Bildungsstaates zu sehen"* (Zukunftskongreß). Erste Opfer dieser Grenzziehung sind Gesamtschule und kooperative Schule. Dabei muß man sich vor Augen halten: als Mitte der 60er Jahre, nicht zuletzt unter dem Eindruck des Sputnik-Schocks, die Bildungspolitik neuen Auftrieb

bekam, ging es in gleicher Weise darum, soziale Chancen zu verbessern und Durchlässigkeit zu schaffen, wie darum, den technischen Fortschritt nicht zu verpassen. Gerade der letztgenannte Apsekt war seinerzeit auch für Bildungspolitiker der Unionsparteien Anlaß, Schul- und Hochschulformen zu entwickeln, die in der Lage sind, die vorhandenen Bildungsreserven zu erschließen. So fand die Gesamtschule, erst recht die Zwischenlösung der kooperativen Schule, die Zustimmung auch der Bildungspolitiker der CDU. Das überkommene dreigliedrige Schulsystem galt als überwunden.

Demgegenüber ist der neuerdings eingeschlagene Kurs der CSU und nunmehr auch der CDU eine Kehrtwendung um 180 Grad. Dabei zeigt sich in aller Deutlichkeit: die Frontstellung gegen die Gesamtschule, ja auch gegen die kooperative Schule, zielt darauf ab, den einmal erreichten reformpolitischen Besitzstand wieder abzubauen. Die Chance, innerhalb ein- und derselben Schule je nach Begabung und Interessenschwerpunkt zu wechseln, wird eingeschränkt. Arbeiterkinder, vom Elternhaus, von der sozialen Herkunft her ohnehin benachteiligt, sollen weiterhin an den Barrieren des dreigliedrigen Schulsystems scheitern. Die Chance einer ihrer Ausgangslage angepaßten, fördernden Bildung wird ihnen vorenthalten. Zur Rechtfertigung dient die Ideologie von der ungleichen Begabung. Damit der Rückschritt ins dreigliedrige Schulsystem auch nicht nur auf Bayern beschränkt bleibt, droht die bayrische Staatsregierung, die Gesamtschulabschlüsse in anderen Bundesländern für den Zugang zu bayrischen wissenschaftlichen Hochschulen nicht anzuerkennen.

Kam schon die Bildungspolitik der sozial-liberalen Koalition bei der beruflichen Bildung zum Stillstand, so suchen CSU und CDU auf dem Sektor der allgemeinen Bildung das Rad wieder zurückzudrehen. Daß F. J. Strauß und seine Partei dabei nicht allein stehen, zeigt der Spruch des früheren Präsidenten der Bundesbank vom Herbst 1979: „Export ist wichtiger als Bildung."

4. Das einleitend skizzierte Menschenbild kehrt auch in anderen Bereichen wieder, etwa bei Fragen der *Wirtschaftsordnung.* Daß die marktwirtschaftliche Leistungsauslese nicht angetastet werden dürfe, wurde schon erwähnt. *„Wir haben uns seinerzeit zu dieser Marktwirtschaft bekannt, weil sie nicht nur die Vertragsfreiheit garantiert, weil sie die Eigentumsgarantie gibt – und ich schließe hier auch das Eigentum an Produktionsmitteln ein –, weil sie Leistungswettbewerb und Marktzugang gewährleistet, weil sie die Investitionsentscheidung freigestellt, weil sie die Freiheit der Konsumwahl garantiert und die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes."* An anderer Stelle: *„Die Geschichte hat uns gelehrt: nur eine freiheitliche Ordnung – bestimmt durch die vier tragenden Elemente freiheitlicher Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, soziale Marktwirtschaft und bundesstaatliche Ordnung –, nur diese Architektur eines freiheitlichen Rechtsstaats . . . darf für unser Volk die . . . Ordnung der Zukunft sein"* (Zukunftskongreß). Daß die marktwirtschaftliche Steuerung zum allgemeinen besten führt, könne nicht zweifelhaft sein. Denn: *„. . . der, der mit der Existenz seines Unternehmens, mit der Existenz seiner Familie, mit der Existenz auch seines eigenen Vermögens für Richtigkeit oder Un-*

Neuerscheinungen

Pahl-Rugenstein Hochschulschriften

Gesellschafts- und Naturwissenschaften

Band 17 *Friedrich Bohlen,* Die XI. Olympischen Spiele in Berlin 1936. Instrument der innen- und außenpolitischen Propaganda und Systemsicherung des faschistischen Regimes
234 S. DM 28,–

Band 21 *Bernhard Keller,* Das Handwerk im faschistischen Deutschland. Zum Problem der Massenbasis. Mit einem Vorwort von Reinhard Kühnl
157 S. DM 21,–

Band 22 *Inge Pauls,* Hausfrauenlohn oder Recht auf Arbeit?
141 S. DM 18,–

Band 24 *Peter Koch/Hans Gerd Prodoehl,* Bildungsplanung und -politik 1969–1978. Zur Revision der Reformpolitik im Bildungswesen der Bundesrepublik
163 S. DM 18,–

Band 26 *Gerhard Dabrowski,* Der Ausbildungsberater – Berater oder Beanstander? Eine empirische Studie zur Situation der Ausbildungsberatung an den Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen
182 S. DM 27,–

Band 27 *Bernhard Koolen,* Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft
177 S. DM 27,–

Band 28 *Petra Müller-Guercke,* Gewerkschaftliche Betätigung in den Betrieben? Eine rechtsvergleichende Untersuchung im Rahmen der EG
496 S. DM 59,–

Band 29 *Hans Joachim Schwanitz,* Die Theorie der praktischen Medizin zu Beginn des 19. Jahrhunderts
134 S. DM18,–

Band 30 *Barbara Weißbach,* Lehrerbildung und Sozialwissenschaften. Zur Funktion der Sozialwissenschaften im Prozeß der Verwissenschaftlichung der Lehrerbildung
136 S. DM 18,–

Fordern Sie das Gesamtverzeichnis 1980 an!

richtigkeit halten, den Kopf hinhalten muß, (wird) im statistischen Durchschnitt die bessere und zweckmäßigere Entscheidung treffen, als der, der staatlich bezahlt oder als verbandlich ausgehaltener Funktionär bei einer Fehlentscheidung dann nur auf den nächsten Posten abgeschoben wird . . ." (Zukunftskongreß). Demzufolge darf auch die Entscheidungsbefugnis dessen, der Eigentum und Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzt, nicht angetastet werden. Etwa durch Mitbestimmung. Zwar bekennt sich das Grundsatzprogramm der CSU zur Mitbestimmung – aber: „*Ziel der Mitbestimmung darf es nicht sein, die Macht außerbetrieblicher Organisationen zu stärken*" (S. 49). Im Klartext: Die Gewerkschaften haben dabei nichts zu suchen. Auf die gewerkschaftliche Forderung nach Parität finden wir die verklausulierte Antwort: „*Die Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit als Folge der Partnerschaft muß im Gesamtgefüge und in der Gesamtauswirkung von Betriebs- und Unternehmensverfassung bewertet und gewährleistet sein . . .*" und muß „*die Funktionsfähigkeit der Unternehmen nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen*" sicherstellen (S. 50). Im Grunde verbirgt sich hinter diesen Formulierungen die Ablehnung der Parität. Strauß selbst spricht das deutlicher aus: „*Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich kein Anhänger der paritätischen Mitbestimmung bin*" (Haushaltsdebatte). Daß von dieser Warte aus weitergehende Forderungen, wie etwa Investitionskontrolle, der kompromißlosen Ablehnung verfallen müssen, dürfte sich von selbst verstehen.

5. Wer so die unternehmerische Freiheit verteidigt, für den sind in Fragen der aktuellen *Wirtschaftspolitik* die Antworten schon vorgegeben. Staat und Gewerkschaften sind schuld, wenn immer noch Arbeitslosigkeit herrscht. Es sei die „*Investitionsfeindliche Politik, die durch Überhitzung der Konjunktur, inflationäre Überbeschäftigungspolitik, überhöhte Ausgaben der öffentlichen Hand, steuerliche Belastungen der Investitionen, dauernde Erprobung der Belastbarkeit der Wirtschaft und unternehmerfeindliche Bearbeitung der Öffentlichkeit zu der größten Investitionslücke in der Nachkriegswirtschaft geführt und die technische Modernisierung . . . behindert hat*" (Haushaltsdebatte). Kein Wort über Rationalisierung, über Konzentration, über konzentrationsbedingtes Aussetzen der sogenannten marktwirtschaftlichen Selbstheilungskräfte. Folglich liegen auch die Lösungen auf der Hand. Nicht etwa Forderungen, die die Gewerkschaften seit Jahren vertreten, wie Arbeitszeitverkürzung: „*Also ich halte von diesen Manipulationen, die Arbeitslosigkeit dadurch wegzuretuschieren, daß man Urlaub verlängert, einen Bildungsurlaub einführt und die Arbeitszeit verkürzt und Altersgrenzen vorverlegt, überhaupt nichts*" (ZDF, 8. 2. 1978). Nein, die Lösungen sind vornehmlich in einer Stärkung der Ertragskraft zu suchen. „*Wir brauchen die Stärkung der Investitionsbereitschaft, der Investitions- und Innovationsfähigkeit der Unternehmungen durch eine ermutigende Ertragslage . . .*" (Zukunftskongreß).

Daß ein Anstieg der Gewinne und Investitionen keineswegs neue Arbeitsplätze schaffen muß, wie z. B. die letzten drei Jahre gezeigt haben, ist offensichtlich noch nicht bis zur CSU-Zentrale vorgedrungen. So liest man im CSU-Grundsatzprogramm: „*Der Überforderung der Wirtschaft durch die Ver-*

teilungskämpfe der gesellschaftlichen Gruppen und durch die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand ist entgegenzutreten . . . Die Lasten für die Bewahrung der Stabilität müssen von allen gesellschaftlichen Gruppen und den öffentlichen Haushalten gemeinsam getragen werden." (S. 40) Die Stoßrichtung solcher Rezepte ist klar: Gewerkschaften und Staat. Die Ziele: Lohnzurückhaltung und Abbau sozialer Leistungen. Was die Gewerkschaftsadresse angeht, so steht Strauß sicher nicht allein. Sachverständigenrat und freidemokratische Bundeswirtschaftsminister haben sich in dieser Hinsicht nicht prinzipiell von ihm unterschieden.

Eine Besonderheit der CSU-Politik sind dagegen die sich verstärkenden Angriffe auf Staatsverschuldung, Staatstätigkeit und Staatsausgaben. Konzentrierten sich diese Vorstöße bisher vornehmlich auf den sozialen Sektor (s. u.), so ist neuerdings auch die staatliche Wachstumsförderung im Visier der CSU- und CDU-Kritik. *„Wenn wir die gefährdeten Fundamente unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wieder absichern wollen, brauchen wir selbstverständlich wieder eine konsequent marktwirtschaftliche Konjunktur- und Währungspolitik, die gekennzeichnet ist durch ein nicht staatlich gefüttertes, sondern von der Marktwirtschaft erzieltes Wachstum"* (Zukunftskongreß). Professor Biedenkopf, einer der denkbaren Wirtschaftsminister in einem Kabinett Strauß, plädiert seit einiger Zeit unverhohlen und lautstark für den weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wachstumspolitik. Mit anderen Worten: Zurück noch hinter Schiller, hinter die große Koalition und hinter Keynes! Eine derartige Politik ist illusionär, denn sie unterstellt gegen alle nationalen und internationalen Erfahrungen das Fortwirken von Selbstheilungskräften, die die alten, unter besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit zustande gekommenen Wachstumsraten wieder ermöglichen sollen. Eine solche Politik ist ignorant, denn sie nimmt die strukturellen Verwerfungen, namentlich die Konzentration und die dadurch bewirkte Aushebelung marktwirtschaftlicher Gesetze nicht zur Kenntnis. Sie ist unehrlich, denn sie verschließt die Augen vor dem Anstieg der Rationalisierungsinvestitionen. Und sie ist abenteuerlich, denn ohne staatliche Nachfragebelebung, ohne staatliche Wachstumsförderung würden sich die Arbeitslosenzahlen binnen kurzer Frist verdoppeln.

In der Tat, die Keynes'sche Politik der Wachstumspflege ist reformbedürftig. Doch sie abzuschaffen zugunsten des Konzentrationschaos der eigenverantwortlichen „Leistungsauslese", wäre unverantwortlich. Das Beispiel zeigt: Auch hier droht Rückschritt für die Arbeiter und Angestellten, für ihre Einkommen und ihre Arbeitsplätze.

5. *„Es muß aufgeräumt werden mit den verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Lebenslügen, wenn das soziale Netz, das seinerzeit von der Union geschaffen worden ist, wieder stabil, leistungsfähig und belastungsfähig werden soll."* (Zukunftskongreß). Dabei ist vorauszuschicken, daß der Sozialstaat nach CSU-Verständnis ohnehin im Kern auf Fürsorgeleistungen zielt, die gesellschaftlichen Entscheidungsprivilegien und Machtzuweisungen dagegen unverändert läßt: *„Der Sozialstaat hat die Pflicht, die eigenständige und selbst-*

verantwortliche Lebensführung der Bürger zu unterstützen, die soziale Gerechtigkeit für alle zu verwirklichen und die besondere Fürsorge den Armen und Schwachen angedeihen zu lassen". (S. 21) Noch deutlicher hat sich Strauß auf dem CSU-Parteitag geäußert: „*. . .halte ich auch nichts davon, wenn in der Grundsatzdiskussion bei unserer großen Schwesterpartei als Grundwert das soziale Wohlbefinden erörtert wird. Das soziale ist kein Grundwert, sondern eine UNO-Phrase. . .*"
Auch hier, im Bereich der sozialstaatlichen Gewährleistungen, gilt es zurückzuschrauben. Zum einen bei den sozialen Leistungen, die Strauß als Folge der politisch gezüchteten Anspruchsinflation diffamiert: *Die gegenwärtige Krise „hat ihre Ursache nicht zuletzt in einer seit 1969 geführten visionären Staatsgläubigkeit. Im Aufheizen von Erwartungsinflation, im Wecken von Inflationsmentalität, in der bewußten Pflege der Subventionsmentalität, also im Heranzüchten einer Grundhaltung, die Eigenverantwortung ganz klein und die Verantwortung des Staates für die Befriedigung aller möglichen Bedürfnisse. . . ganz groß schreibt*" (Zukunftskongreß). Zum anderen sind z. B. Beschäftigungs- und ausbildungshemmende Vorschriften abzubauen. „*Die sozialistische Demokratie wird heute weniger von der marxistischen Ideologie, sondern vielmehr von der zunehmenden Bürokratisierung aller öffentlichen, privaten und auch privatwirtschaftliche Bereiche bedroht. Dabei sind besonders die beschäftigungsfeindlichen und ausbildungshemmenden Vorschriften hervorzuheben. Dazu gehören Teile der Ausbilder-Eignungsverordnung, Teile des Jugendarbeitsschutz-Gesetzes, Teile der Kündigungsschutzbestimmungen, Teile des Schwerbehindertengesetzes*" (im Deutschen Bundestag, 24. 1. 1978). Deutlicher kann – ungeachtet aller Anbiederungen an die „ärmeren Schichten der Bevölkerung" – nicht gesagt werden, wohin die Reise geht: Demontage des sozialen Besitzstandes.

6. Auf einer allgemeinen Ebene kehrt das ganze wieder als Schlachtruf von der *Entstaatlichung*. Dabei springt eine für alle Konservativen typischer Widerspruch ins Auge: Einerseits ruft man nach dem starken Staat, etwa wenn es um die Abwehr sozialer Bewegungen und Ansprüche geht. „*Zur Freiheit gehört die Entschlossenheit, sie zu verteidigen. Ein schwacher Staat ist das Gegenteil eines liberalen Staates,*" schreibt Strauß in der Einleitung zum CSU-Grundsatzprogramm. Da ist man auch beim Abbau demokratischer Rechte und Grundfreiheiten nicht zimperlich. Der starke (CSU-)Staat bewährt sich beispielsweise in der Praxis der Berufsverbote.
Umgekehrt wird der Staat immer dann, wenn er die finanziellen Ressourcen der privaten Wirtschaft, wenn er die Entscheidungsfreiheit der Unternehmer beeinträchtigen könnte, in seiner Zuständigkeit zurückgestutzt. Die *Staatsverschuldung*, ein sinnvolles und notwendiges Mittel zur Finanzierung langfristig angelegter Reformen und gesellschaftlicher Infrastruktur-Vorleistungen, steht seit Jahren im Zentrum der oppositionellen Kritik. Und dies, obwohl der Verschuldungsgrad von Staat und Gebietskörperschaften in der BRD im Vergleich zum Ausland noch gering ist. Und obwohl eine Senkung staatlicher Aufgaben zwangsläufig zu Lasten sozialer Leistungen gehen müßte. Denn die

Masse der Arbeiter und Angestellten kann sich einen armen Staat nicht leisten!

Auf derselben Ebene wie der Kampf gegen die Staatsverschuldung liegt die Forderung nach *Privatisierung*. Einzelne Bereiche der Staatstätigkeit sollen herausgebrochen und privaten Unternehmern überlassen werden. Daß sich dazu nur die profitablen Rosinen eignen, versteht sich von selbst. Hier liegt zugleich eine der Ursachen, weshalb die Privatisierungsdebatte in jüngster Zeit an Lautstärke zugenommen hat. Privates Kapital muß gewinnbringend angelegt werden. Im Bereich der privatwirtschaftlich nutzbaren Märkte im Inland sind die Grenzen enger geworden, nicht zuletzt durch Monopolisierung und Überkapazitäten. Was liegt also näher, als daß überschüssiges Kapital in solche Nischen der Staatstätigkeit drängt, in denen zur Zeit noch Gewinne zu erwarten sind? Musterbeispiel unserer Tage ist das Verlangen privater Zeitungsverleger, über die neuen Medien am Rundfunk und Fernsehen, genauer: am Werbegeschäft des Rundfunks und Fernsehens beteiligt zu werden. Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht, hat sich zum Vorkämpfer dieser Privatisierung gemacht. Die übrigen Medienpolitiker der CDU sind ihm gefolgt. Ja, die Wirtschaftsministerin von Niedersachsen, Birgit Breuel, hat gleich ein ganzes Programm zur Privatisierung staatlicher und kommunaler Betriebe vorgelegt. Das CSU-Grundsatzprogramm stellt dazu fest: *„Die Christlich-Soziale Union tritt dafür ein, den Umfang der staatlichen Aufgaben zu begrenzen. Im Bereich der Eingriffsverwaltung ist eine Beschränkung der Staatstätigkeit kaum möglich. Der Bereich der Dienstleistungen und der wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates dagegen bietet vielfältige Möglichkeiten, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren."* (S. 25).

Forderungen dieser Art werden oftmals mit dem Subsidiaritäts-Prinzip der katholischen Soziallehre in Verbindung gebracht. Zu Unrecht. Das Subsidiaritäts-Prinzip beschränkt sich auf den Grundsatz der dezentralen, problemnahen Aufgabenerfüllung. Über die Frage: staatlich gemeinwirtschaftlich oder privatwirtschaftlich trifft es keine Aussage. Die Privatisierungsideologen reden von Subsidiaritäts-Prinzip und meinen neue Profitquellen für privates Kapital.

Die Folge: Leistungen, von kommunalen Diensten bis zu Post und Rundfunk würden nicht nur demokratischer Kontrolle entzogen; es wäre zunehmend schwieriger, sie unter sozialen Gesichtspunkten bedarfsgerechter Verteilung und eines internen Kostenausgleiches anzubieten. Öffentliche Leistungen sollen ja stets gemeinwirtschaftlich erbracht werden. Dies wäre unter der Herrschaft privater Gewinnerzielung nicht mehr möglich. Fernsehsendungen verlören Vielfalt zugunsten der anzeigen- und werbungsfördernden Programme; postalische Leistungen würden dort abgebaut, wo sie nicht mehr rentabel sind etc. Auch hier drohte ein Abbau des sozialen Besitzstandes.

Die jüngste Privatisierungskampagne im Medienbereich macht zugleich ein zweites deutlich: in der Vergangenheit konzentrierten sich CDU und CSU darauf, die sogenannten neuen Medien, insbesondere Kabelfernsehen, für die privatwirtschaftliche Nutzung zu reklamieren; die bestehenden Rundfunk-

und Fernsehprogramme sollten davon unberührt in der Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Anstalten bleiben. Neuerdings unternimmt es Ministerpräsident Albrecht, bei der Zerschlagung des NDR bereits eines der bisherigen Programme privaten Veranstaltern zuzuschanzen. Nicht die Verteilung künftiger, die Zerschlagung bestehender Medien steht auf der Tagesordnung.

7. Die fortwirkende Arbeitslosigkeit fördert – wie zu früheren Zeiten auch – Rezepte zutage, die darauf hinauslaufen, die Opfer unter den Betroffenen „gerechter zu verteilen". Das bedeutet z. B.: den *Frauen und Mädchen* den Weg aus dem Berufsleben zu erleichtern. Begriffe wie „Doppelverdiener" laufen darauf hinaus, der Frau nur ein minderes Recht auf Arbeit zuzugestehen. So schrieb der „Bayernkurier" schon vor einiger Zeit: *„Angesichts der 4 Millionen Arbeitslosen im EG-Bereich ist es utopisch, das Recht auf Arbeit für Frauen generell zu fordern. Vielmehr muß der Haushalt als Arbeitsplatz anerkannt werden."* Strauß ergänzt: „Ich freue mich über jede gutausgebildete tüchtige Frau, die in der Wirtschaft oder im öffentlichen Leben ihre Kraft einsetzt, wenn sie dabei ihren weiblichen Charme nicht verliert. *In ihrem eigenen Interesse und der gesunden Entwicklung der Kinder möchte ich allerdings die Frauen davor bewahrt wissen, daß sie sich übernehmen."* Noch deutlicher werden dann die gesetzlichen Vorschläge zur Familienpolitik. Als die sozial-liberale Koalition den Mutterschaftsurlaub durchsetzte, hielt die CDU/CSU-Opposition ihr Konzept eines Familiengeldes dagegen. Der betreffende Elternteil (im Klartext: die Ehefrau) hätte jedoch nur dann Anspruch auf Familiengeld gehabt, wenn er die eigene Berufstätigkeit aufgegeben hätte; und zwar mit der Folge, daß der Arbeitsplatz verlorengegangen wäre. Eine derartige Familienpolitik läuft darauf hinaus, die Frau wieder an Heim und Herd zu binden.

Der Kreuzzug gegen jegliche Liberalisierung der Strafbestimmung über die Abtreibung (siehe den Vergleich der Schwangerschaftsabbrüche mit Auschwitz) setzt diese Art der Familienpolitik auf Kosten der Frauen auf einer anderen Ebene fort. Auch hier geht es darum, die einmal erreichten wirtschaftlichen, sozialen und gesetzlichen Grundlagen für mögliche Emanzipation wieder zurückzuziehen.

8. Es wurde schon hervorgehoben: CSU und Strauß bekennen sich stets zur *Koalitionsfreiheit und zu den Gewerkschaften,* „ohne Wenn und Aber"! Doch das „Aber" folgt dessen ungeachtet bereits im nächsten Halbsatz. Folgende Grundmuster kehren stets wieder:

– *Die Freiheit des einzelnen steht unter der Bedrohung durch die „Macht und den Machtanspruch gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen"* (Grundsatzprogramm, S. 14).

Folglich darf z. B. *die Mitbestimmung nicht dazu führen, „die Macht außerbetrieblicher Organisationen zu stärken"* (Grundsatzprogramm, S. 49).

– Die wirtschaftliche Entwicklung steht unter der Bedrohung durch *„Verteilungskämpfe der gesellschaftlichen Gruppen"* (Grundsatzprogramm, S. 40).

Demzufolge *„bejahen (wir) die Aufgaben der Gewerkschaften . . . aber selbstverständlich mit der Maßgabe, daß das Gesetz des Gleichgewichts von der Macht der gesellschaftlichen Kräfte in einer Demokratie nicht umgestoßen werden darf."* (Haushaltsdebatte).

– Die Tarifautonomie steht unter der Gefahr ihres Mißbrauchs durch gesellschaftliche Macht. *„Die CSU verteidigt die Tarifautonomie. . . Die Freiheit der Sozialpartner darf nicht angetastet werden. . .Aus ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Macht ergibt sich eine Sozialbindung ihres Handelns."* (Grundsatzprogramm, S. 50 f).

Mit anderen Worten: Immer wenn die grundrechtlich geschützte Freiheit zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß und zur gewerkschaftlichen Betätigung Erwähnung findet, fehlt es nicht an Hinweisen auf

– Mißbrauch
– Macht
– Anonymität
– Außerbetriebliche, fremde Organisationen.

Die naheliegende Antwort: Kontrolle dieser gesellschaftlichen Macht.

Ein Mittel der Kontrolle dieser Macht ist die Gewerkschafts-Pluralität. *„Die Christlich-Soziale Union verteidigt die Tarifautonomie und bekennt sich zur gewerkschaftlichen Pluralität als wesentlichen Bestandteil seiner freiheitlichen Wirtschaftsordnung."* (Grundsatzprogramm, S. 50).

Praktische Folge dieses Grundsatzes ist die gezielte Förderung von Splitterorganisationen und gelben Verbänden, etwa der Verbände des Beamtenbundes und der christlichen Gewerkschaften. Im vergangenen Sommer deckte „Metall" ein CSU-internes Papier auf, das an Deutlichkeit gegenüber der Einheitsgewerkschaft nichts zu wünschen übrig läßt: *„Dieses politische Bekenntnis zum Gewerkschaftspluralismus ist eine Besonderheit der CSU. Die CDU konnte sich in ihrem Grundsatzprogramm dazu nicht durchringen. . . Die Auffassung, die Konkurrenz mehrerer Gewerkschaften in der Bundesrepublik würde zu ‚englischen Verhältnissen' führen, ist unzutreffend. . . Eine aktive Unterstützung der christlichen Gewerkschaften durch die christlichen Parteien ist erheblich billiger und möglicherweise wohl auch effektiver als die Gründung einer neuen Konkurrenzgewerkschaft. . ."* Ein dann von Strauß nach der Unterredung mit Heinz Oskar Vetter kurzfristig abgesagter Gewerkschaftskongreß der CSU sollte erste praktische Schritte zur Schwächung des DGB einleiten.

Ein anderes Mittel zur Disziplinierung und Schwächung der Gewerkschaften ist ihre Verdächtigung als politisch und verfassungsrechtlich unzuverlässig. *„Wenn Gefahr besteht, daß eine ideologische Richtung, daß eine totalitäre Richtung versucht, die Einheitsgewerkschaften zu unterwandern, zu unterminieren, dann sind es die Kommunisten der verschiedenen Schattierungen."* . . .*„Wir haben drei Fragen an den Gewerkschaftsbund gestellt. . . Die dritte Frage war die nach dem Stand der kommunistischen Unterwanderung. Der Er-*

folg unserer Bemühungen war, daß die Gewerkschaften zugegeben haben, es gebe für sie ein Problem der kommunistischen Unterwanderung, besonders im Jugendbereich, daß sie aber nach den Erfahrungen der Vergangenheit einen geschärften Blick hätten. . ." (Haushaltsdebatte). Dabei steht heute schon fest: die Legende von der kommunistischen Unterwanderung wird auch künftig ein wichtiges Mittel zur Schwächung der Gewerkschaften und zur Verdächtigung ihrer politischen Ziele bleiben.

Eine alles in allem dankenswert deutliche Zusammenfassung des antigewerkschaftlichen Arsenals brachte kürzlich die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel in ihrem Buch „Den Amtsschimmel absatteln": *„Da zu bezweifeln ist, daß zumindest die jetzige Regierung den Mut aufbringen wird, den Gewerkschaften nachhaltig zu widersprechen, wird man über eine Institutionalisierung der Sozialpflichtigkeit der Tarifparteien nachdenken müssen. Hier reicht der Katalog der Maßnahmen vom verbalen Appell bis hin zu einer evtl. Beteiligung der Tarifpartner an den Kosten für die Arbeitslosigkeit. Abhilfe würde auch erreicht, wenn die innerbetriebliche Machtverteilung besser austariert wäre. Auch hier will ich dem Wettbewerb das Wort reden. Ich halte es beispielsweise für durchaus denkbar, daß in den Unternehmen, wo eine gewerkschaftliche Mehrheit den Betriebsrat stellt, dieselbe Gewerkschaft über kein Aufsichtsratsmandat mehr verfügen sollte."*

Das Ziel dieser Politik ist und bleibt: Lähmung der Gewerkschaften.

9. Der vorstehende Überblick beschränkt sich auf Themen, die im Vordergrund der gewerkschaftlichen Arbeit stehen. Bei alledem wäre es sträflich, die übrigen Politikfelder aus dem Blick zu verlieren. Auch Gewerkschafter sollen und können nicht übersehen, was Strauß etwa gegen die Entspannungspolitik und für weitere Rüstungsanstrengungen zu sagen hat; oder was er zur Verharmlosung und Rechtfertigung faschistischer Regime geäußert hat. An dieser Stelle soll es jedoch mit diesem Hinweis sein Bewenden haben.

IV

Die Methode: Emotionalisierung durch Angst und Feindbilder

„Dem deutschen Volk soll es nie so schlecht gehen, daß es auf mich als Kanzler angewiesen ist."

Die Art und Weise, in der Strauß seine Ziele umzusetzen sucht, sind vielfältig. Da findet sich „normale" Demagogie. Das Unbehagen an staatlichen Subventionen wird beispielsweise mobilisiert, um mit der „Subventionsmentalität" gleich die soziale Verantwortung des Staates anzugreifen. Das Mißtrauen gegenüber Bürokratien und komplizierten rechtlichen Regeln muß dazu herhalten, soziale Ansprüche einzuschränken.

Wesentlich tiefer geht die Emotionalisierung, die mit dunklen Feindbildern arbeitet. Als erfolgreiches Standardklischee der CDU seit dem Zweiten Welt-

krieg hat sich dabei die Gleichsetzung: sozial – sozialistisch – kommunistisch – moskauhörig – Unterwerfung unter fremde Despotien, erwiesen. Strauß beherrscht das Instrumentarium zur Mobilisierung antikommunistischer Ängste meisterhaft. Dazu nur wenige Beispiele: *„Sie sollten auch einmal daran denken, wo wir alle stehen würden, wenn die SPD die CDU/CSU an der Einführung der Marktwirtschaft und am Eintritt in das westliche Bündnis hätte hindern können, wenn planwirtschaftliche Programmatik und Deutschland-Plan der SPD, ein Konföderationsplan mit der SED, Wirklichkeit geworden wäre. Armut und Abhängigkeit von Moskau wären die unvermeidlichen Folgen gewesen. . ."*

Oder: *„In diesem Zusammenhang ist festzustellen . . .: Der Zugriff der Sowjetunion auf die afrikanischen Rohstoffreserven, die Umklammerung und Einschließung des wichtigsten afrikanischen Rohstofflandes Zaire mit Rohstoffreserven, die für Europa von lebenswichtiger Bedeutung sind, hätten die wirtschaftliche Abhängigkeit Westeuropas von Moskau zur Folge."* (Haushaltsdebatte). *„Es muß ein Ende werden mit der kulturrevolutionären Umwälzung in unserem Lande, wie sie durch sozialistische Bildungsreform und Bildungspolitiker und ihre Gefolgscharen seit Jahren betrieben wird."* (Zukunftskongreß). Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Strauß selbst hat das Rezept geliefert: *„Aber die vielen nüchternen harten Fragen der Landespolitik, also der Strukturpolitik, der Regionalpolitik usw., wo man viel Sachkunde braucht, viel Detailkunde braucht, und unendliches Maß an Fleiß aufwenden muß und trotzdem keine rauschenden Feste damit feiern kann, all das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art."* (Sonthofen, November 1974). Angst vor „den Russen", Angst vor Kommunisten, Angst vor Gewerkschaften und ihrer Macht, Angst vor Sozialdemokraten, Angst vor „Kulturrevolutionären", Angst vor Systemveränderern im Schuldienst, Angst vor Terroristen – das sind die Grundlagen, auf denen Strauß'sche Emotionalisierung gedeiht. Bezeichnend ist dabei, daß Strauß sich absichtlich mit konkreten Lösungsvorschlägen zurückhält. Statt sachlicher Lösungen werden Agressionen entwickelt: *„Was wir hier in diesem Land brauchen, ist der mutige Bürger, der die roten Ratten dorthin jagt, wo sie hingehören – in ihre Löcher."* (1974) *„Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen!"* (Sonthofen 1974).

Diese Aggressivität ist es denn auch, die die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" befriedigt feststellen läßt: Strauß sei „entschlossen, sich nicht opportunistisch den Wünschen aller Wähler oder vermeintlicher Wählergruppen anzupassen"; sein Ziel sei nicht „Integration aller Gruppen um jeden Preis". Da

soll man sich durch ab und zu moderate Töne nicht irritieren lassen, da mag immer wieder vor unnützer Polarisierung gewarnt werden – die Politik von Franz Josef Strauß besteht in Polarisierung, in einer Verschärfung der Konfrontation.

Wie weit die Bereitschaft zur Polarisierung geht, zeigt etwa die Reaktion auf das konsequente Eintreten der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Maria Weber für die Gesamtschule. Auf ihre Kritik an der Position von Franz Josef Strauß in dieser Frage veröffentlichte der „Bayernkurier" einen Antrag aus der CSU, sie aus der CDU auszuschließen. Also: die Drohung mit Parteiausschlüssen als Antwort auf die Verfechtung gewerkschaftlicher Forderungen!

V

Was tun?

Die gewerkschaftliche Antwort auf die Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß hat im wesentlichen von folgenden Bedingungen auszugehen.

1. Die Gewerkschaften sind eine Antwort schuldig. Ziel und Grundlage gewerkschaftlichen Handelns sind die Interessen der Mitglieder und der übrigen Arbeiter und Angestellten. Der politische Kurs von F. J. Strauß und des von ihm repräsentierten Flügels der Unionsparteien ist den Interessen der abhängig Beschäftigten in wesentlichen Fragen entgegengesetzt. Konkrete Aussagen über die Grundlagen und Ziele seiner Politik lassen sich mit Forderungen und Beschlüssen der Gewerkschaften schwerlich auf einen Nenner bringen. Hinzu kommen Angriffe auf die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit.

Aus diesem Grunde wäre eine Kanzlerschaft von F. J. Strauß aus gewerkschaftlicher Sicht mehr als eine normale parlamentarische Wachablösung. Die Gewerkschaften sind daher zum Widerstand aufgerufen. Auch die Einheitsgewerkschaft.

Einheitsgewerkschaft bedeutet nicht Neutralität, sondern parteipolitische Unabhängigkeit. Keineswegs kann dies darauf hinauslaufen, Gefahren für die Arbeitnehmer, Widersprüche zu gewerkschaftlichen Forderungen zu verschweigen. Da kann es auch keine Rücksicht auf christdemokratische Mitglieder geben. Die Gewerkschaften können ja ihren zentralen Forderungen nicht abschwören. Den antigewerkschaftliche Kurs von F. J. Strauß tolerieren, grenzte im Lichte des DGB-Grundsatzprogramms und der gewerkschaftlichen Beschlüsse und Forderungen zur Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik etc. an politische Selbstaufgabe.

2. Es kann nicht darum gehen, allein die Person F. J. Strauß in den Vordergrund zu schieben. Gefahr droht nicht durch den „unberechenbaren Charakter" dieses im übrigen „sehr befähigten" Politikers. Gefahr droht vom Programm.

Deshalb bringt es auch nichts, F. J. Strauß umgekehrt zu dämonisieren. Als sich Heinz Oskar Vetter im Herbst 1979 mit ihm traf, wurde innerhalb der Gewerkschaften Protest laut. Zu Unrecht, wie wir meinen. Der DGB-Vorsitzende braucht keine Berührungsängste zu entwickeln. Gefährlich wäre es lediglich, wenn bei solchen Gesprächen der Eindruck entstünde, als schuldeten die Gewerkschaften der CSU Rechenschaft für ihre Politik; oder als müßten sie Rede und Antwort stehen zur CSU-Parole von der kommunistischen Unterwanderung. Wenn jemand etwas klarzustellen und zurechtzurücken hat, so F. J. Strauß – nicht die Gewerkschaften.

Widerstand gegen die Politik, nicht die Person – das bedeutet zugleich die Erkenntnis, daß Strauß'sche Politik eine Entwicklung beschleunigt und zum Abschluß bringt, die schon in vollem Gange ist. Vom Tabukatalog, über die Aussperrung, die Preisgabe der Reformpolitik, Halbherzigkeiten in der Wirtschaftspolitik, bis zum Zurückweichen vor Angriffen von rechts – dies alles steht ja nicht erst am 5. Oktober dieses Jahres ins Haus. Hier zum Beispiel den eigenen Anteil und den Anteil der sozial-liberalen Koalition aufzuzeigen, auch dies gehört zu der Redlichkeit, die wir der Einheitsgewerkschaft schulden.

3. Es hat keinen Sinn, den Kopf einzuziehen und auf bessere Zeiten zu hoffen. Erst recht wäre es gefährlich, darauf zu vertrauen, daß F. J. Strauß sich von selbst erledige. Etwa daß er überziehe und sich in den Augen der Wähler unmöglich machen werde. Erstens wird uns der „befähigte Politiker" diesen Gefallen nicht tun. Zweitens trägt eigenes Stillhalten dazu bei, daß die inhaltlichen Ziele seiner Politik weiter hoffähig werden, Anerkennung finden, daß sich der Weg weiter nach rechts öffnet. Es ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß Stillstand, daß Zurückweichen nur dazu beiträgt, daß die politische Reaktion noch weiter vorrückt. Vorleistungen der Arbeiterbewegung sind von der herrschenden Klasse noch nie honoriert worden; sie wurden stets mit weiteren Angriffen, weiteren Einschnürungen bis hin zur offenen Unterdrückung und Verfolgung beantwortet. Die Entwicklung der Weimarer Republik sollte da in mancherlei Hinsicht Lehre sein.

4. Die Entscheidung fällt nicht nur und nicht erst am Wahltag. Natürlich sind z. B. Wahlprüfsteine wichtig, ja unverzichtbar. Sie geben Mitgliedern und Funktionären eine notwendige politische Orientierung. Aber sie allein vermögen nicht zu mobilisieren.

Dies gilt erst recht zu Zeiten politischer Unsicherheit. Enttäuschungen, halbherzige Orientierungen auf die politischen Ziele der Arbeiterbewegung – all dies schlägt sich allzuleicht in der Arbeiterschaft als Desinteresse und Wahlenthaltung nieder. Umgekehrt zeigen die Anfänge der sozial-liberalen Koalition, wie stark eine zukunftsweisende politische Orientierung, Einsatzbereitschaft ehrenamtlicher Funktionäre, Aufmerksamkeit, ja Reaktionen auf poli-

tische Vorgänge selbst in den Betrieben (z. B. beim Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt) und Wahlverhalten miteinander verzahnt sind. Mit anderen Worten: das politische Klima, in dem dann die Wahlen erst den letzten Akt setzen, wird in der Vorwahlzeit bestimmt.

5. Gewerkschaftlicher Widerstand kann nicht an die Stelle parteipolitischen Wahlkampfes treten. Dies verbietet im übrigen die Einheitsgewerkschaft. Aber die Gewerkschaften haben die Aufgabe, zur politischen Meinungsbildung ihrer Mitglieder und der übrigen Arbeiter, Angestellten und Beamten beizutragen. Das bedeutet z. B.:

– Es gilt das öffentliche Bewußtsein zu schärfen und den CSU-Rezepten die eigenen Forderungen begründet entgegen zu setzen. Die Ursachen der fortbestehenden Arbeitslosigkeit sind immer wieder deutlich zu machen. Eigene weiterführende Forderungen, etwa Arbeitszeitverkürzung, sind in Veranstaltungen, Kundgebungen und in sonstiger öffentlichkeitswirksamer Weise vorzutragen.

– Es gilt, den Angst- und Diffamierungskampagnen entgegenzutreten. Der Verteufelung von Reformanliegen als sozialistisch begegnet man am ehesten, indem man sich zu eben diesem Sozialismus bekennt. Dem Vorwurf von der kommunistischen Unterwanderung begegnet man am wirksamsten, indem man an die Grundlagen und an die Entstehungsgeschichte der Einheitsgewerkschaft erinnert. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der eigenen Geschichte und die Verbreitung der Erkenntnis, welche Kreise und welche politischen Kräfte im bürgerlichen und im politisch rechts stehenden Lager die Weimarer Demokratie zerstört haben.

– Es gilt, den Blick für die Gefährdung des sozialen Besitzstandes zu schärfen. Arbeitszeitverkürzungen, etwa die 35-Stunden-Woche, sind keineswegs revolutionäre Forderungen, sondern Forderungen zur Erhaltung des Status quo.

– Es gilt in gleicher Weise, Aufmerksamkeit zu schaffen für die Gefahren von rechts, einschließlich neofaschistischer Strömungen.

– Es gilt, der Bedrohung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit, etwa durch die Aussperrung, deutlich und hörbar entgegenzutreten. Dazu sind, neben laufenden Gerichtsverfahren, mobilisierende Veranstaltungen unerläßlich.

– Es gilt, die Interessen der Arbeiter und Angestellten in der täglichen Praxis offensiv zu vertreten. Daß die Bereitschaft zur Gegenwehr in den Betrieben und Gewerkschaften gewachsen ist, zeigen die Arbeitskämpfe und Warnstreiks der letzten Jahre. Auch hier gilt die Binsenweisheit: Jede aktive Interessendurchsetzung, jeder erfolgreich durchgestandene Konflikt, vermag die politischen Gewichte zugunsten der jeweiligen Belegschaft, zugunsten der Gewerkschaft zu verschieben.

Insgesamt gilt: allein papierene Warnungen reichen nicht. Um die Öffentlichkeit wach zu rütteln ist mehr nötig – und möglich.

Familienpolitik als Gegenreform

Strauß, die CDU/CSU und die Frauen

Von Thea Holleck

I. Klimawechsel oder gezielte Kampagne gegen die Gleichberechtigung?

Seit der Wirtschaftskrise von 1973/74 haben konservative Frauenleitbilder wieder Oberwasser in den Massenmedien. Die Soziologin Helge Pross spricht von einem Klimawechsel, dem ihrer Meinung nach allerdings keine organisierte, geplante Kampagne zugrunde liege: Keine der großen Organisationen und Parteien zeige Rückschrittsneigungen oder rufe zum Abbau der Gleichberechtigung auf[1]).

Weit gefehlt! Die treibende Kraft, die Frau Pross vermißt, hat sich in Gestalt der CSU und rechter CDU-Kreise längst formiert. Maßgebliche Schützenhilfe leisteten dabei konservative Strategen der katholischen Kirche und konservative Frauenorganisationen, die wie die CSU-Frauenunion, die CDU-Frauenvereinigung, die „Hausfrauengewerkschaft" und die Interessengemeinschaft „Mutter als Beruf", sich mehr oder weniger zu Verfechtern einer heilen Familienwelt machen und Berufstätigkeit und Mutterschaft gegeneinander ausspielen[2]). Die Kanzlerkandidatur F. J. Strauß' hebt die Bedrohlichkeit der CDU/CSU-Konzeptionen auf eine neue Stufe. Strauß ist der Kandidat des reaktionärsten Flügels des Großkapitals in der Bundesrepublik. Er steht für ein kompromißloses Programm der Aufrüstung und Expansion, des Abbaus sozialer Rechte und der autoritären Krisenlösung. Dieses Programm zwingt der Familien- und Frauenpolitik der CDU/CSU eine offen antidemokratische, wesentlich sozialreaktionäre und gewerkschaftsfeindliche Stoßrichtung auf.

Strauß ist Exponent der Kräfte, die eine gleichberechtigte Anteilnahme der Frauen in allen Lebensbereichen konsequent verhindern wollen. Das ist der Hintergrund der gegenwärtigen bundesweiten familien- und bevölkerungspolitischen Offensive der CDU/CSU. Sie zielt auf die Unterordnung der eigenständigen Rechte der Frauen unter einen vordemokratischen Grundwert „Familie". Die Frauenfrage wird sozusagen mit der Familienpolitik „abgetrieben"! Der familienpolitische Kongreß der CSU in München vom April 1979 gab den Auftakt, es folgten unter Mitwirkung des bayerischen Arbeits- und Sozialministers Pirkl ein familienpolitischer Kongreß der hessischen

1) Helge Pross, Gibt es eine Kampagne „Zurück ins Haus?", in: „Brigitte" 22/79, S. 155.
2) Für die Gründerin der Hausfrauengewerkschaft, Gerhild Heuer, sind die Familienfrauen allemal die Garantie dafür, daß „Kinder normal und ohne Neurosen groß werden", in: „Brigitte" 24/79, S. 194; „Katholiken für eine neue Familienpolitik", in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 12. 11. 1979; „Der arbeitsmarktpolitische Entlastungseffekt läßt den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Einführung des Erziehungsgeldes besonders günstig erscheinen", in: CDU-Frauenvereinigung (Hrsg.), Vorschläge zur Überwindung der Frauenarbeitslosigkeit, Bonn 1978, S. 6.

CDU in Marburg und zahlreiche familienpolitische Initiativen und Diskussionen in allen Bundesländern[3]). Sei es der Psychoterror, der Versuch, mit dem § 218 die Frauen zu diskriminieren, die perfide Gleichsetzung der Schwangerschaftsunterbrechung mit faschistischen Massenmorden durch den CSU-Politiker Holzgartner und Kardinal Höffner, die demagogische Vortäuschung von Scheinalternativen wie Erziehungsgeld, oder sei es die Wiederaufhebung des Ehescheidungs- und Familiengesetzes von 1977, die offene Konfrontation und das „Aufräumen" mit der demokratischen und gewerkschaftlichen Frauenbewegung gehören zur immanenten Logik des Straußschen Programms.

II. Zurück in die Ära Adenauer – Vorwärts in den autoritären Gesinnungsstaat?

Das Ausmaß des Rückwärtstrends läßt sich am klarsten ermessen, wenn wir uns die Positionen der CDU und der CSU zur Familien- und Frauenpolitik während der zurückliegenden Jahre der sozialliberalen Reformphase vergegenwärtigen. Das Leitbild der berufstätigen und in allen Lebensbereichen gleichberechtigten Frau hatte Aufwertung erhalten. Aus der dienenden Ehefrau der Adenauer-Ära war die mitverdienende Partnerin geworden. In der wirtschaftlichen Aufschwungphase der 60er und 70er Jahre waren Frauen als billige Arbeitskräfte willkommen. Industrie- und Wirtschaftsverbände machten sich für die Berufstätigkeit der Frau stark und sprachen von der positiven Auswirkung des „reduzierten Erziehungseinflußes der Mutter" für die selbständigere Entwicklung der Kinder. Dieser Akzentverschiebung, die von den sozialliberalen Regierungsparteien vorangetrieben wurde, konnte sich die CDU – weniger noch die CSU – schon allein aus wahltaktischen Gründen nicht ganz verschließen. Man half sich mit einem kombinierten Leitbild, das sich sowohl zur Berufstätigkeit der Frau bekannte, als auch an einer spezifischen, durch Mutterrolle und familiäre Aufgaben gekennzeichneten Lebensperspektive der Frau festhielt[4]).

Gleichberechtigung als CDU-Wahlspeck

Mehr noch, innerhalb der CDU wurde bis kurz nach Beginn der Wirtschaftskrise von 1973/74 die Erwerbstätigkeit der Frau sogar als eine zentrale Bedingung sowohl für die eigene Persönlichkeitsentwicklung als auch für die „psychische Gesundung der Familie" postuliert. Weit davon entfernt, sich zum Anwalt der Frauenemanzipation zu machen, vertrat der ehemalige Fach- und Studienseminarleiter der Politischen Akademie Eichholz, Professor W. Schwarz, auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung über Familienpolitik im Jahre 1974 die Auffassung, daß die Nur-Hausfrauenrolle zwangsläufig zum Persönlichkeitsverlust und zur psychischen Degeneration der Frau führe, wodurch die Lebensfähigkeit der Familie ganz entscheidend beeinträchtigt

3) „Familie – Fundament unserer Zukunft", Familienpolitischer Kongreß der CSU v. 28. 4. 1979 in München, Protokoll, S. 1; „Kinder – Freude und Verantwortung", VI. Landeskongreß der CDU Hessen v. 22.9.79 in Marburg.

4) Marianne Konze, Für die Befreiung der Frau, Frankfurt/M 1977, S. 127 ff.

werde: „Der neuralgische Punkt aber ist die Situation der Frau in der Familie, einer Familie, die strukturell verengt, nur noch Teilbereiche des Gesamts persönlicher und gesellschaftlicher Bedürfnisse abzudecken imstande ist. Die Hausfrau und Mutter lebt in einem amputierten Lebensraum. Daran krankt sie und die Familie mit ihr. Wer die Familie für wert hält zu überleben, der muß der Mutter die Lebenschancen zurückgeben, die die strukturelle Spaltung der Welt in familiale und außerfamiliale Lebensbezüge ihr genommen hat. . . Es geht nicht um Emanzipation – es geht um Humanität, um menschliche Würde, um menschliche Werte und nicht zuletzt geht es um die Lebensfähigkeit der Familie".[5])

Mehr Lebenschancen für die Familie verwirklichen, hieß also 1974 noch, die Berufstätigkeit der Frauen fördern. Mit dem Hinweis, daß die Teilzeitarbeit von vornherein nur den Zugang zu inferioren Arbeitsplätzen eröffne und daher lediglich als Übergangslösung in Betracht komme, optierte Schwarz für eine grundsätzliche Arbeitszeitverkürzung bis zur 30-Stundenwoche (!) mit gleitender Arbeitszeit. Zu realisieren war dies seiner Meinung nach schon allein durch den Produktivitätszuwachs der Wirtschaft bis zum Jahre 1980: „Nun hat die 'Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel' bereits Ende 1972 errechnet, daß der Produktivitätsfortschritt bis 1980, wenn er nur zu 1/3 der Freizeitverlängerung und zu 2/3 dem Wachstum der Realeinkommen zugute käme, zur 35 Stundenwoche führen könnte. Wird das Verhältnis umgekehrt, . . . , dann könnte die Arbeitswoche sogar unter die 30 Stundenmarke sinken. . . Eine solche Umorganisation, ernsthaft betrieben, könnte sehr vielen Müttern schulpflichtiger Kinder ohne Karriere-Benachteiligung den Zugang zum Berufsleben wieder eröffnen. Gleichzeitig wäre erstmals die Möglichkeit gegeben, die Väter wieder voll in das familiale Leben zu reintegrieren".[6])

Sicherlich repräsentierten die Äußerungen von Professor Schwarz nicht die Mehrheitsmeinung der CDU, programmatisch bestand jedoch Konsens darüber, daß die Verwirklichung der Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen laut Verfassung geboten, und daß es möglich ist, Berufstätigkeit und Familienpflichten unter einen Hut zu bringen. In Leitsatz 3 der familienpolitischen Grundsätze der CDU von 1976 hieß es: „Unsere Verfassung stellte Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates. Sie garantiert die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Nach unserem Rechts- und Familienverständnis ist damit der Weg zur partnerschaftlichen Ehe und Familie gewiesen".[7]) – Zugleich bekannte sich Leitsatz 9 dazu, auch staatliche Hilfen zum Abbau der Doppelbelastung bereitzustellen: „Bisher trägt weithin die Frau die Lasten der Mehrfachbeanspruchung durch Beruf und Familie. Ehemann, Familie, Gesellschaft und Staat müssen ihr jedoch dabei Hilfe leisten".[8])

---

5) Wilhelm Schwarz, Die verunsicherte Partnerin. Frauen zwischen Emanzipation und Familie, Material zu Problemen der Familienpolitik, Konrad Adenauer-Stiftung, Politische Akademie Eichholz, 28/1974, S. 29f.
6) Ebd., S. 27.
7) „Zum Thema: Familienpolitik", Broschüre der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1976, S. 4.
8) Ebd., S. 5.

Daß es mit der Umsetzung dieses Programms nicht sehr ernst gemeint war, hat das seitherige Verhalten der CDU gezeigt, denn an konkreten Initiativen wurde kaum etwas unternommen. Die Bekenntnisse zum Abbau der Doppelbelastung auch durch gesellschaftliche und staatliche Hilfen, zum Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit und zur Bereitstellung beruflicher Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten wurden durch das ablehnende Verhalten der CDU gegenüber Forderungen des DGB (Arbeitszeitverkürzung, Erhebung einer Berufsbildungsabgabe der Unternehmer, Einführung der Gesamtschule als Regelschule usw.) als demagogisches Tauschungsmanöver kenntlich.

Gleichberechtigungstabu und Weiblichkeitsideologie der CSU

Die CSU konnte sich mit der Gleichberechtigung der Frau nie recht anfreunden. In ihrem familienpolitischen Programm von 1974 blieb Artikel 3 des Grundgesetzes die große Unbekannte; die Zuständigkeit der Frau für die Kindererziehung galt als selbstverständlich. Mit dem Wunsch der Frauen nach Erwerbstätigkeit fand man sich allerdings noch eher ab als heute: „Unter den heute gegebenen Verhältnissen müssen oder wollen jedoch häufig beide Elternteile berufstätig sein. Dabei wird die Unterbringung der nicht durch Verwandte oder Bekannte betreuten Kinder zum Problem. Die Einführung der gleitenden Arbeitszeit und ein vermehrtes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen können Erleichterungen bringen. Bei Berufstätigkeit der Eltern und insbesondere für Alleinerziehende werden dennoch heute und in Zukunft Pflegestellen oder Kinderkrippen die Betreuung von Kindern bis zu drei Jahren übernehmen müssen".[9])

Schon damals zeigte sich die CSU besorgt über den Anstieg der Scheidungsrate, die sinkenden Geburtenzahlen und die abnehmende „Erziehungskraft der Familie durch die beiderseitige Berufstätigkeit der Eltern." Für den Rückgang der Bevölkerungsrate wurden neben dem fehlenden Erziehungsgeld der sinkende Lebensstandard bei der Geburt eines Kindes, die Stagnation des Familienlastenausgleichs, aber auch das allgemeine „Wohlstandsdenken bei erschlaffendem Leistungswillen" und nicht zuletzt die Bewußtseinsveränderung über „Würde und Unantastbarkeit des ungeborenen Lebens" verantwortlich gemacht[10]). So war man zwar der Meinung, daß die Familie Aufgaben erfüllt, die durch die Gesellschaft nicht ersetzt werden können, doch ohne Hilfe von außen, ohne eine „Anhebung der familienpolitischen Leistungen im Verhältnis zum Sozialprodukt wie in Relation zu den übrigen Sozialleistungen" hielt man die Realisierung dieser Aufgaben auf die Dauer nicht für möglich[11]).

Heute macht sich die CSU zum Vorreiter einer Familienpolitik, die eine „grundsätzliche Kurskorrektur", eine „Reform der Gesinnung und eine Reform der Zustände" beinhaltet. Laut Kultusminister Maier geht es darum, „die

9) Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, (Hrsg.), Bayerische Staatsregierung, Familienprogramm, München 1974. S. 29.
10) Ebd., S. 14 f.
11) Ebd., S. 18.

Familie als grundlegenden Wert dem gesellschaftlichen und politischen Handeln vorzugeben"[12]). Ein ominöser Grundwert[13]) „Familie", ein vordemokratisches Familienmodell wird konstruiert und mit dem Etikett vorstaatlich versehen, die CSU maßt sich an, die selbstbestimmte Gestaltung der persönlichen Beziehungen zwischen Mann und Frau zu unterbinden und die Bevölkerung selbst im privaten Bereich zu entmündigen. Für Strauß besitzt die Familie ein umwandelbares Wesen und „ihr Bestand und ihr Innenleben entziehen sich auch der demokratischen politischen Entscheidung"[14]). Mit Hilfe dieses vordemokratischen Grundwerts lassen sich sodann soziale und demokratische Grundrechte wie das Gleichberechtigungsgebot, das Recht auf Arbeit, die Weltanschauungsfreiheit und nicht zuletzt das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes außer Kraft setzen. Die Familie als unveränderbare Lebensgemeinschaft wird gegen die Rechte ihrer Mitglieder ausgespielt: „Die Grundrechte des Grundgesetzes bedingen sich gegenseitig; eine Verletzung des Art. 6 GG tangiert auch andere Grundrechte. Der Gesetzgeber darf nicht dazu beitragen, den Familienverband als Lebensgemeinschaft dadurch zu zerstören, daß er die Mitglieder der Familie nur als Personen mit ausschließlich individuellen Ansprüchen und Bedürfnissen, nicht aber als Teil der Lebensgemeinschaft Familie mit den sich daraus ergebenden Pflichten behandelt".[15]) Mobilisiert wird gegen „individualistische, liberalistische und neomarxistische Ideologien"[16]), aber vor allem gegen die demokratischen Grundrechte der Frau. Die Frauen werden zum Sündenbock gemacht für eine angebliche Auflösung der Familie. Geburtenrückgang und Erhöhung der Scheidungszahlen werden moralisch stigmatisiert, und auf die – angeblich illegitimen – Emanzipationsbestrebungen der Frauen zurückgeführt. Die „Emanzipation der Frau darf nicht auf Kosten der Mutter-Kind Beziehung gehen", heißt es apodiktisch. Ein wesentlicher Grund für den Geburtenrückgang ist nach Dregger die Tatsache, „daß der Platz in der Familie und die Sorge für die Kinder nicht mehr die selbstverständliche Rolle der Frau sind"[17]). Eine „fachwissenschaftliche" Tagung in München zum Thema „Wieviel Familie braucht das Kind?" stellte sich kürzlich in den Dienst der Reaktion und behauptete, daß aus dem „Anspruchsdenken" und der „Doppelberufstätigkeit" der Frauen Bindungslosigkeit, Kontaktarmut und Aggressivität der Kinder resultiere. Peinliches Fazit dieser frauenfeindlichen „Wissenschaft": „Man soll das Kind gleich nach der Geburt der Mutter auf den Leib legen".[18])
Nach Meinung der CSU setzt die wirksame und gute Persönlichkeitsentwicklung des Kindes in den ersten Lebensjahren „den vorübergehenden Verzicht eines Elternteils auf berufliche Tätigkeit und damit auf ein zusätzliches Einkommen voraus[19]). Daß die Frauen mit diesem einen Elternteil gemeint sind,

12) „Familie – Fundament unserer Zukunft, a.a.O., S. 17.
13) Vgl. K. Bayertz, Zur Funktion der gegenwärtigen Grundwerte-Diskussion, in: K. Bayertz/H. H. Holz (Hrsg.), Grundwerte-Diskussion. Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie, Köln 1978. S. 15, 18ff., 25.
14) Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Ministerpräsident F. J. Stauß an die Landesversammlung der Frauen-Union der CSU am 13./14. 10. 1979 in Ansbach, Protokoll, S. 2.
15) Familie – Fundament unserer Zukunft, a.a.O., S. 21f.
16) Ebd., S. 7.
17) Ebd., S. 29, Alfred Dregger, Redemanuskript „Kinder–Freude und Verantwortung", S. 3.
18) FAZ v. 11. 5. 1979.
19) „Familie – Fundament unserer Zukunft", a.a.O., S. 26.

versteht sich, denn die konkreten Maßnahmen, die man ins Auge faßt, werden damit begründet, daß „nur so eine wirkliche Wahlfreiheit der Frau (!) zwischen Beruf und Mutterrolle und die Vereinbarkeit beider gewährleistet werden"[20]). Für den bayerischen Kultusminister Maier ist es „in der Regel wohl die Mutter", die die Erziehung der Kinder leistet und auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet[21]). Die CSU-Frauenunion ist dafür, daß Männer „nur in Sonderfällen Erziehungsgeld erhaltene"[22]).
Gleichberechtigung und Mutterschaft werden als sich widersprechende Prinzipien von Neigung und Pflicht behandelt. Von Gleichberechtigung ist nicht mehr die Rede, sondern lediglich von falsch verstandener Emanzipation. Das Gleichberechtigungsgebot des Art. 3 GG wird schlicht ignoriert, die Rechte der Frauen werden zu „individuellen Ansprüchen und Bedürfnissen"[15]) heruntergespielt und unter den Grundwert Familie subsumiert. Das gute alte Leitbild der Ära Adenauer, wie es noch im ersten Familienbericht der Bundesregierung formuliert wurde, wird wieder aus der Mottenkiste gezogen. Danach übt die Frau „nur nach Maßgabe ihrer Verpflichtungen gegenüber Familie und Haushalt eine Erwerbstätigkeit aus und geht auch ein Engagement gegenüber der Gesellschaft nur ein, wenn die familiären Anforderungen es zulassen[23]). Bei der Aufwertung der Familie als vorstaatlichen Grundwert scheut sich die CSU nicht, ihre Nähe zur faschistischen Familienpolitik zu bekennen. So rühmte der Bayernkurier am deutschen Faschismus die Vorbildlichkeit der Familienpolitik[23a]). Die Unterordnung der Gleichberechtigung unter die Familienpflichten der Frau befindet sich im Widerspruch zur Verfassung der Bundesrepublik. Es steht außer Frage, daß Art. 3 GG und Art. 6 GG nicht in Konkurrenz zueinander stehen.
Art. 6 legt keineswegs fest, daß Ehe und Familie umwandelbare Grundwerte sind, und daß die Erziehung der Kinder vorrangig die Aufgabe der Frau ist. Die Reform des Ehe- und Familienrechts vom 1. Juli 1977 hat mit der Bestimmung in § 1356 die Konsequenz gezogen, daß beide Ehegatten berechtigt sind, erwerbstätig zu sein, und daß die Haushaltsführung im gegenseitigen Einvernehmen zu regeln ist.
Weiterhin könnte man aus der Fürsorge- und Schutzpflicht des Staates für die Familie ableiten, daß, um den Frauen die Vereinbarung ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Pflichten mit den Mutterpflichten zu ermöglichen, öffentliche Hilfen und staatliche Erziehungseinrichtungen bereitgestellt werden müssen. Einige Länderverfassungen schreiben dem Staat sogar explizit vor, dafür zu sorgen, daß die Frau „ihre Aufgabe im Beruf und als Bürgerin mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann"[24]). Ebenso könnten das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes (Art. 20 und 28 GG), die Sozialbindung des Eigentums (Art. 14 GG) und die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln (Art. 15 GG) nicht nur den Weg zu gelegentlichen und

20) Ebd., S. 29.
21) Ebd., S. 12.
22) „Landesversammlung der Frauen-Union der CSU", Protokoll, S. 28.
23) „Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft", Deutscher Bundestag v. 9. 12. 1964. Drucksache IV/2771, S. 94.
23a) „Bauernkurier" v. 28. 8. 1970.
24) Art. 54 der Bremer Landesverfassung und Art. 30 der Hessischen Verfassung.

subsidiären Eingriffen des Staates, sondern für eine grundsätzliche Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zugunsten der Gleichberechtigung, öffnen.
Über all dies setzt sich die CSU hinweg, ebenso über internationale Erklärungen und Konventionen, denen die Bundesrepublik verpflichtet ist, wie die UNO-Charta von 1948, die UNO-Erklärung zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau von 1967, die Internationale Konvention über wirtschaftliche soziale und kulturelle Rechte von 1966, die Konvention über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau von 1976, die alle das Recht auf Arbeit zum unantastbaren Menschenrecht erklären und in der Diskriminierung der Frau und der Einschränkung ihrer Gleichberechtigung eine Verletzung der Menschenwürde sehen.
Die mühsam errungenen und oft unbefriedigenden Ansätze sozialliberaler Reformen zur Gleichberechtigung wie der reformierte § 218, die Neuregelung des Ehe-, Familien- und Scheidungsrechts gelten CSU Generalsekretär Stoiber als bloße Modeerscheinungen, die rückgängig zu machen sind: „Heute stehen wir vor den Trümmern einer gesetzlichen Regelung, die einfach unserem Gesellschaftsbild nicht entspricht und nicht entsprechen darf".[26])

III. Das restaurierte Frauenbild nach Strauß'schem Zuschnitt

Für Strauß ist das Soziale kein Grundwert, sondern „eine UNO-Phrase". Strauß steht für ein sozialreaktionäres Programm. Er verspricht die Rückführung der Staatsquote von derzeit 47 % auf 40 %.[27]) Subventionen an die Unternehmer und Erhöhung des Rüstungsetats bei Kürzung der Sozialleistungen heißt die Devise.

Zugleich aber möchte Strauß „durch eine moralisch und materiell aktive Familienpolitik für eine ausreichende Bevölkerungsgrundlage"[28]) sorgen, nicht zuletzt auch, weil der Geburtenrückgang den Interessen der Militärs zuwiderläuft. So fordert die CSU zur Besserstellung der Familien den Ausbau von Familienbildungsstätten und familienstärkenden Einrichtungen sowie die Stärkung des Familienlastenausgleichs durch Familiendarlehen, Erhöhung des Kindergeldes und Wiedereinführung der Kinderfreibeträge. Empfohlen wird auch die Förderung familiärer Freizeitgestaltung, von familienfreundlichem Städte- und Wohnungsbau, die Anhebung und Dynamisierung des Wohngeldes, vor allem aber die Schaffung der „wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Bereitschaft eines Elternteils, zugunsten der Erziehung des Kleinkindes vorübergehend auf eine Berufstätigkeit zu verzichten"[29]). So wird vorgeschlagen, die Kapitalisierung des Erstkindergeldes anstelle eines Erziehungsgel-

25) In Anlehnung an Wolfgang Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied und Berlin (West) 1967, S. 121 ff.
Gerhard Stuby, Das Recht auf Arbeit als Grundrecht und als internationales Menschenrecht; Udo Achten u. a., (Hrsg.), Recht auf Arbeit - eine politische Herausforderung, Neuwied und Darmstadt 1978 S. 75 ff.
26) „Bayernkurier" v. 6. 10. 1979, S. 31
27) Leonhard Mahlein, Strauß – Krisenbewältigung durch Rückschritt, in: „Blätter", 10/79, S. 1191
28) „Bayernkurier" v. 6. 10. 1979, S. 28; Christine v. Soden, Weiblichkeitsideologie statt Gleicberechtigung? in: „Blätter„ 11/79, S. 1347.
29) Familie – Fundament der Zukunft, a.a.O., S. 25 ff.

des und die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes für zweite und weitere Kinder gesetzlich zu regeln, die Gleichbehandlung aller Mütter bei der Mutterschaftsurlaubsgeldregelung zu beantragen und die Anrechnung der Erziehungsjahre auf die Rente der Frauen durchzusetzen[30]).

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler kam nicht umhin, den Widerspruch zwischen der beabsichtigten Senkung der Staatsquote und der propagierten materiellen Förderung der Familien zuzugeben[31]). Erinnern wir uns an die bisherige Praxis der CDU/CSU-Familienpolitik. Sie brachte das „Babyjahr", die Anrechnung des Erziehungsjahres bei der Rentenbemessung der Frau, zu Fall. Es war auch die CDU/CSU, auf deren Konto die Schließung von zehn Frankfurter Kindertagesstätten zu verbuchen ist. Die Streichung und Kürzung der Gelder für Familienberatungsstellen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gehen zu Lasten der CDU/CSU. Die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge würde eine schwerwiegende Benachteiligung unterer Einkommensschichten bedeuten, gerade aus diesem Grunde wurden sie vor fünf Jahren abgeschafft. Dies sind eklatante Beispiele dafür, wie kinder- und familienfeindlich diese Parteien sich in Wahrheit stets verhalten haben. Sie drükken dem beabsichtigten Familienprogramm der CSU den Stempel der Unglaubwürdigkeit und Demagogie auf.

Daß unter einer Regierung Strauß tatsächlich eine grundlegende materielle Besserstellung der Familien erfolgen würde, ist höchst zweifelhaft. Kurzfristig könnte eine Umverteilung des Sozialetats durch Einsparungen an verschiedenen Stellen gewisse Zugeständnisse in der Familiepolitik ermöglichen. Das hätte für die CDU/CSU den Vorteil, daß sie nicht zu sehr an Glaubwürdigkeit verlöre. Die Spesen zahlt der Bürger jeodch selbst. Hierher paßt etwa die Vorstellung Hans Maiers, über eine Stärkung der Familie Gelder für die öffentliche Jugendhilfe einzusparen, „denn die Familie kann ihre erzieherische Aufgaben allemal zu geringeren Kosten wahrnehmen, als dies dem Staat möglich ist. Wer die Familie stärkt, der braucht später auch weniger Mittel für die öffentliche Jugendhilfe."[32]) In diese Richtung geht auch die Vorstellung, eine Anerkennung der Erziehungsjahre in der Rentenversicherung der Frau durch eine Kürzung der Renten für Ledige und Kinderlose zu finanzieren, indem bei der Rentenbemessung nicht mehr allein von der Individualbasis ausgegangen wird. Hans Maier „könnte sich denken, die Familie mit zwei oder drei Kindern gleich 100 % zu setzen, bei mehr Kindern ein Plus an Renten, bei weniger, bei Kinderlosigkeit oder bei Einzelpersonen ein Minus, obwohl hier natürlich für die Personengruppe die Möglichkeit bestehen muß, sich freiwillig höher zu versichern".[33]) Aus dem Kalkül heraus, an Glaubwürdigkeit zu gewinnen, geschah wohl auch die Zahlung eines einmaligen Familiengeldes durch die baden-württembergische Landesregierung in Höhe von 2000 DM an nichtberufstätige Mütter. Diese Regelung spielt nicht nur berufstätige und nichtberufstä-

30) Ebd., S. 29.
31) Heiner Geißler, „In die Zukunft sehen", „Frau und Politik", 9. 9. 1979, S. 4.
32) Familie – Fundament unserer Zukunft, a.a.O., S. 16.
33) Ebd., S. 19a.

tige Mütter gegeneinander aus, sie stellt letztlich eine Bestrafung der erwerbstätigen Mütter dar, weil sie für ihre Leistungen bei der Kindererziehung keinen roten Heller bekommen.

An die bundesweite Einführung eines dreijährigen Erziehungsgeldes ist keineswegs gedacht. Die CSU hat anders als die CDU den Kreis derjenigen, die in den Genuß des Erziehungsgeldes kämen, auf Mütter mit zwei und mehr Kindern reduziert. Strauß ließ bereits in der Sonthofener Rede[34]) keinen Zweifel daran, daß in seinem Konzept für die Einführung eines Erziehungsgeldes „jede finanzielle Verwirklichungsmöglichkeit auf unabsehbare Zeit" fehlt.

Mag Strauß gegenwärtig auch Kreide fressen, so sagte doch Stoiber offen auf dem CSU-Parteitag im November 1979, daß es der CSU nicht auf die materielle Besserstellung der Familien, sondern auf die ideologische Dienstbarmachung der Familienpolitik ankommt: „Mir wird niemand bestreiten, daß wir in einer Zeit leben, in der in einem großen Maße Zufriedenheit über die materiellen Bedingungen herrscht. Aber was bedeutet materielle Sicherheit letzten Endes für die innere Zufriedenheit der Menschen und für die Erwartungen in die Zukunft? . . . Auch das sinkende Wertbewußtsein, das Ablehnen oder Umgehen von Normen gehört mit zu dieser Entwicklung (einer tiefen Verunsicherung, d. Verf.) und hat in großem Umfang eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber verbindlichen Wertmaßstäben zur Folge. Nur wenn es uns gelingt, die Positionen wieder zurückzugewinnen, können die wachsenden Sorgen der Jugend und die wachsenden Sorgen mit der Jugend aufgefangen und beseitgt werden".[35])

Die Forderung nach Zahlung eines Erziehungsgeldes ist im Kern nichts anderes als der demagogische Versuch, Frauen zum Kindergebären und zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes zu animieren. Eine bequeme Methode, hohe Frauenarbeitslosigkeit wegzuretuschieren und soziale Rechte abzubauen!

In dieses Konzept paßt ebenso, daß Frauen heute besonders das Recht auf einen qualifizierten Vollzeitarbeitsplatz abgesprochen und auf Teilzeitarbeit hin orientiert wird. Das hat den Vorteil, daß das Problem der Doppelbelastung der Frau, – das nach Meinung der CSU grundsätzlich nicht[36]) gelöst werden kann –, individualisiert und so der Anspruch auf öffentliche Hilfen als unerfüllbar und ungerechtfertigt hingestellt werden kann.

Milderung des Problems verspricht die CSU durch die innerfamiliäre Umverteilung der Hausarbeit: „Den ersten Schritt haben jedoch die Ehepartner selbst zu tun, indem sie sich partnerschaftlich darüber einigen, wie sie die Hausarbeiten und die Aufgaben, die sie als Eltern zu erfüllen haben, untereinander teilen".[37]) Milderung der Doppelbelastung soll angeblich auch die

34) Sonthofener Rede, in: „Blätter", 8/1979. S. 1000f.
35) „Bayernkurier" v. 6. 10. 1979. S. 31.
36) Familie – Fundament unserer Zukunft, a.a.O., S. 29, Die CSU macht sich in diesem Punkt zum Vollstrecker einer Unternehmer-Tabus, das die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schon 1975 in ihrer Broschüre „Die Frau in Wirtschaft und Gesellschaft" verkündete: daß Hilfen, „die insbesondere der berufstätigen Mutter gewährt werden, das Problem der Doppelbelastung nicht generell zu lösen vermögen:
37) Familie – Fundament unserer Zukunft, a.a.O., S. 29.

Teilzeitarbeit bringen[38]), in der Regel aber bleibt der Frau die nur halbtags arbeitet, die Last des Haushalts. Die wahren Motive für die Favorisierung der Teilzeitarbeit liegen woanders. So empfiehlt die CSU den Tarifpartnern „endlich alte Vorurteile zu überwinden und die Vorteile der Arbeitsintensität von Teilzeitarbeit zu akzeptieren"[39]). Die hessische CDU macht sich stark für die Aufteilung von Vollzeitarbeitsplätzen an je zwei Mütter[40]). Auf diese Weise wird Frauenarbeit noch lukrativer und läßt sich zudem als Rationalisierungshebel einsetzen. Im Zuge der Einführung neuer Technologien im Büro und Verwaltungsbereich, aber auch in der Industrie, eignet sich die Teilzeitarbeit besonders als strategisches Mittel, die Folgen der Rationalisierung zu individualisieren und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung in Richtung auf die 35-Stundenwoche zu unterlaufen[41]).

Kein Wunder, daß sich auch die Unternehmer zunehmend damit anfreunden, die Teilzeitarbeit nicht nur als „Übergangslösung", sondern als „Alternative zur Vollzeitbeschäftigung" aufzuwerten. Sie fordern von den Frauen eine „weitaus flexiblere Einstellung, wie die Bereitschaft zur Halbwochen- und Halbmonatsarbeit bis zur abgestimmten Arbeitszeit nach Bedarf"[42]). Diesen Interessen kommt übrigens auch die SPD/FDP-Regierung entgegen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hatte bis März 1979 bereits 350 000 Broschüren an Unternehmer und Betriebsräte verschickt, mit der Bitte mehr Teilzeitplätze einzurichten. Rationalisierungsschutzmaßnahmen wurden nicht daran gebunden[43]).

Viele Frauen neigen dazu, sich mit der Teilzeitarbeit zufriedenzugeben, häufig, weil sie keine andere Wahl haben. Sie nehmen in Kauf, daß ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert und sie in die industrielle Reservearmee abgeschoben werden, ohne Möglichkeiten der beruflichen Weiterqualifikation und gewerkschaftlichen Organisierung. Zwei Drittel aller arbeitslosen Frauen suchen allerdings einen Vollzeitarbeitsplatz.

Strauß kann sich für die stärkere Beteiligung der Frauen am politischen Geschäft bekanntlich „nicht entschließen", es ist allerdings zu fragen, wer unter Strauß, abgesehen von den Unternehmern, überhaupt noch politisch mitzureden hätte. Für Strauß sind Frauen zuallererst Sexualobjekt; „Ich wäre sogar für Frauen an der obersten Spitze, nur sollten das Frauen sein, die man sich ebenso im Bett vorstellen kann"![44])

Autoritär vorgegebene Wertvorstellungen über das Zusammenleben zwischen Mann und Frau, Ehe und Familie, scheinbare Aufwertung der Mutter-

38) Ebd.
39) Ebd.
40) Anträge und Ergänzungen zum Thesenpapier: „Kinder- Freude und Verantwortung", a.a.O., S. 3.
41) Frauenarbeitslosigkeit – Teilzeitbeschäftigung – keine Lösung, in: „Mitteilungen für Frauen", 2/1979. S. 4; Erna Kronthaler, Frauen trifft es besonders! Rationalisierung, Arbeitsplätze, Tarifkämpfe, Materialien einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M. v. 10./11. 3. 1979, S. 47 f.
42) „Metall", 11/1979. S. 12.
43) „Mitteilungen für Frauen", 3/1979, S. 18.
44) Florence Herve, Herr Strauß und die Frauen, in: Rundbrief der Demokratischen Fraueninitiative, 11/1979, S. 6.

rolle im Zusammenhang mit der Wiederbelebung eines restaurativen Frauenbilds der Adenauer-Ära arbeiten einer autoritären Krisenlösung Strauß'schen Zuschnitts in die Hände. Das Programm Strauß würde für die Frauen bedeuten: Kürzung der öffentlichen Leistungen, Tabusierung der Gleichberechtigung, Verschärfung der Ausbeutung im Arbeitsleben, Erhöhung der Doppelbelastung, Degradierung zu Gebärmaschinen.

Demagogie und Repression – Mittel zur Herrschaftssicherung des autoritären Staates.

Charakteristisch für die Familien- und Frauenpolitik der CDU/CSU ist, daß ein gehöriges Maß an Demagogie aufgeboten wird. Die methodische Palette zur Durchsetzung der reaktionären Ziele reicht von der scheinbaren Aufwertung der Muterrolle, der Verfälschung und Ignorierung sozialer Grundrechte bis hin zum infamen Psychoterror gegen den reformierten § 218, der die Illegalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung ideologisch vorbereiten, und Frauen, die auf ihrem Selbstbestimmungsrecht bestehen, in die Ecke der Kriminalität rücken soll. Zum einen dient die Aufwertung der Hausfrauen- und Mutterrolle zur Mobilisierung des weiblichen Wählerpotentials, auf das Strauß bei den Bundestagswahlen 1980 unbedingt angewiesen ist. Zum anderen knüpft F. J. Strauß die Hoffnung auf den politischen Sieg an eine Situation der ökonomischen und politischen Ausweglosigkeit, aus der heraus der Ruf nach dem starken Staat zur Legitimation für die autoritäre Krisenlösung herhalten soll. Die ideologische Offensive von rechts dient dem Ziel, möglichst viel Verwirrung zu stiften und Ängste zu schüren, um daraus politisches Kapital zu schlagen[45]). Die Argumentation, daß die Frauenemanzipation familienfeindlich und die Sicherung der Altersrenten, auch das nationale Überleben der Bundesrepublik überhaupt gefährde, ist geeignet, Zukunftsängste und Schuldgefühle in der Bevölkerung und besonders bei den Frauen wachzurufen, die so einem autoritären Durchgreifen in die Hände spielen.

Indem den Frauen die Schuld an der Misere zugeschoben wird, ist ein Sündenbock gefunden, um von den wahren Ursachen für den sozialen Abstieg vieler Familien, nämlich Arbeitslosigkeit, Inflation, Wohnungsnot usw. abzulenken.

Zur Stimulierung einer Angsthysterie wird u. a. das „schäbigste und verkommenste"[46]) Mittel der Geschichtsfälschung nicht gescheut, nämlich die perfide Gleichsetzung des Sozialismus mit dem Nationalsozialismus, mit der Behauptung, daß die Schwangerschaftsunterbrechungen Machwerk der Sozialisten und mit faschistischen Massenmorden identisch seien.

45) Reinhard Kühnl, Auf dem Weg zum autoritären Staat?, in: „Demokratische Erziehung", 3/1978, S. 297.
46) Eugen Loderer nannte die CSU These „das Schäbigste und Verkommenste, was ich an politischen Äußerungen seit Jahren gehört habe." Interview in: „Bild" v. 16. 10. 1979 zit. nach Reinhard Kühnl, Waren die deutschen Faschisten Sozialisten? in: „Blätter", 11/1979, S. 1325.

Der Ersatz der Gleichberechtigung durch „Weiblichkeitsideologie" fungierte zudem als langfristiges Instrument des Krisenmanagements und als präventive Vorsorge gegen die Gefahr des fortschreitenden Vertrauensverlusts der Frauen in das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, er zielt auf eine reibungslose Anpassung an eine sozialreaktionäre, antidemokratische und expansionistische Politik, die unter sich verschärfenden Krisenbedingungen durchgesetzt werden soll.

Mit der Verklärung der Mutterrolle und der Vorgaukelung einer heilen Familienwelt wird ein ideologisches Surrogat geboten, das der Verhinderung der Gleichberechtigung die politische Sprengkraft nehmen soll und als ideologischer Steigbügel für den Galopp in den autoritären Staat zu Diensten ist. Denn der politische und ideologische Bedingungsrahmen zur Verwirklichung der reaktionären Ziele hat sich verschlechtert. Eine Reihe von Faktoren, wie der Zusammenbruch der Politik der Stärke, die Konsolidierung der sozialistischen Staaten seit der Mitte der 60er Jahre, die Veränderung der politischen und moralischen Wertvorstellungen im Zuge der Studentenbewegung, der ökologischen Bewegung und nicht zuletzt der Frauenbewegung hat dazu geführt, daß der Grundkonsens über die Leistungsfähigkeit der „Marktwirtschaft" im Schwinden begriffen ist. Vor allem hat das Wohlstandsimage der Bundesrepublik seit der Krise von 1973/74 tiefe Risse bekommen. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben besonders bei den Frauen das Bewußtsein für die gesellschaftlichen Ursachen der Diskriminierung geschärft, denn es sind Frauen, die am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen werden, und deren Interessen durch die Politik der Sparmaßnahmen ausgebootet werden.

So hat trotz und als Folge der Krise die demokratische Frauenbewegung einen quantitativen und qualitativen Aufschwung genommen. Mittlerweise haben sich über siebzig Gruppen der „Demokratischen Fraueninitiative" in der Bundesrepublik konstitutiert, deren Aktionen – gegen Frauenarbeitslosigkeit, für Frieden und Abrüstung, gegen die Wehrpflicht für Frauen, gegen die § 218-Kampagne der CDU/CSU[47]) – für die Erringung der Gleichberechtigung den Zusammenhang zwischen Frauenfrage und gesamtgesellschaftlichem Fortschritt in der Öffentlichkeit aufgezeigt haben.

Einen bedeutenden Aufschwung hat auch die gewerkschaftliche Frauenbewegung genommen. Es hat sich gezeigt, daß der Unmut und das Unbehagen der Kolleginnen gewachsen ist und zunehmend in Aktionsbereitschaft gegen Unternehmerwillkür umschlägt. Ausdruck dafür sind die Demonstration des DGB gegen die Frauenarbeitslosigkeit in Mainz vom September 1978, die wachsende Streikbereitschaft für gleichen Lohn und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Betrieben und Kaufhäusern, die größere Bereitschaft, vor die Arbeitsgerichte zu gehen und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit einzuklagen. Der Anteil der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ist kontinuierlich gewachsen, ebenso die Anzahl der weiblichen Betriebsräte und Vertrauensleute.

47) Hildegard Proft, Solidarische Frauen: Die Demokratische Fraueninitiative (DFI), in: Florence Herve, Brot und Rosen. Geschichte und Perspektive der demokratischen Frauenbewegung, Frankfurt/M. 1979, S. 205 ff.

Innergewerkschaftlich hat sich die Arbeit der Frauenausschüsse und Frauenarbeitskreise belebt, eine gewerkschaftliche Frauenbildungsarbeit ist in Gang gekommen. Vor allem aber läßt sich eine Tendenz beobachten, das Dogma des „marktwirtschaftlichen Systems" zu durchbrechen, und die Lösung der Frauenfrage von einer Veränderung des ökonomischen Systems und einer autonomen gewerkschaftlichen Interessenvertretung jenseits aller Partnerschaftsillusionen zwischen Kapitel und Arbeit abhängig machen[48]).

Die Stoßrichtung der familienpolitischen Offensive der CDU/CSU zielt daher auf die Schwächung der demokratischen und gewerkschaftlichen Frauenbewegung ebenso wie der Gewerkschaftsbewegung insgesamt.

Strauß auf Konfrontationskurs zur demokratischen und gewerkschaftlichen Frauenbewegung

Das konservative Frauenleitbild der Strauß'schen Partei, nach dem sich Frauen vorwiegend mit Erziehungsaufgaben beschäftigen und ihr Recht auf Vollzeitbeschäftigung abtreten, steht in diametralem Gegensatz zu elementaren Interessen der Arbeitnehmerinnen und zu gewerkschaftlichen Grundpositionen.

Der zentrale Grundsatz gewerkschaftlicher Frauenarbeit ist die Forderung: Recht auf Arbeit auch für Frauen. Das Programm für Arbeitnehmerinnen bezeichnet die Berufstätigkeit als „für die Frauen selbst von wesentlicher Bedeutung, für die Volkswirtschaft unentbehrlich, für die Gesellschaft notwendig". Neben dem existenzsicherenden Aspekt der Arbeit hat sie eine wesentlich persönlichkeitsbildende Funktion, die in der Stärkung und Entwicklung sowohl des Selbstgefühls als auch des politschen und gewerkschaftlichen Bewußtseins zu sehen ist[49]).

Ausdrücklich wird gegen die traditionelle Zuweisung der Familienaufgaben an die Frauen Stellung bezogen: „Mit der Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen und Männer ist es nicht zu vereinbaren, den Frauen vorrangig die Familienaufgaben und den Männern vorrangig die Erwerbsarbeit zuzuweisen"[50]). Hinter dieser Aussage steht die Einsicht, daß die einseitige Festlegung der Frau auf den familiären Bereich die Arbeitnehmerinnen zur Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt prädestiniert, die ungleiche Lohnbemessung bei Frauen und Männern rechtfertigt und als ideologischer Hebel mißbraucht wird, um die Arbeitnehmer „in privilegierte und weniger privilegierte Arbeitnehmer zu spalten[51]).

48) Gisela Kessler, Solidarität will gelernt sein. Ansätze, Aktionen und Perspektiven gewerkschaftlicher Frauenarbeit, in: Lottemie Doormann (Hrsg.), Keiner schiebt uns weg. Zwischenbilanz der Frauenbewegung in der Bundesrepublik, Weinheim und Basel 1979, S. 100 ff.

49) Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes für Arbeitnehmerinnen. Grundsätze und Forderungen, Düsseldorf 1972, S. 5.

50) Ebd., Antrag 208, S. 181.
Maria Weber, Frauen – gleichberechtigte Arbeitnehmer, keine industrielle Reservearmee, Protokoll der 9. Bundes-Frauenkonferenz des DGB am 2./3. 6. 1977 in Saarbrücken, S. 47 f.

51) Antrag 208 des 11. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB. Angenommene Anträge und Entschließungen, Hamburg 21.–27. 5. 1978, S. 177 f.

Aus dieser Einschätzung heraus erhalten die Forderungen nach Abbau der Doppelbelastung und Gewährleistung öffentlicher und gesellschaftlicher Hilfen zur Vereinbarung beruflicher, gesellschaftlicher und familiärer Aufgaben einen wichtigen Stellenwert. Zur Durchsetzung fordert der DGB die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie und familienergänzende und familienentlastende Maßnahmen und Einrichtungen, wie Kindertagesstätten, Ganztagsschulen, Service-Häuser und den 18monatigen Elternurlaub bei Geburt eines Kind[52]).

Strauß hält nichts von Arbeitszeitverkürzung[53]), vom Ausbau öffentlicher Hilfen oder 18monatigem Elternurlaub. Die CDU/CSU beabsichtigt vielmehr mit Hilfe der Teilzeitarbeit zum einen die Arbeitskraft der Frauen besonders auszubeuten und sie zum andern als Rationalisierungshebel zu nutzen. Um das Ausspielen der Teilzeitkräfte gegen vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer zu verhindern, ist es Aufgabe der Gewerkschaften, sich „mit Nachdruck auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zu konzentrieren"[54]), Teilzeitarbeit in den Rationalisierungsschutz einzuschließen und den Abschluß von Verträgen, die unter 20 Stunden liegen und damit aus der Sozialversicherungspflichtigkeit herausfallen, zu verhindern.

Die verschärfte Diskriminierung der Frauen im Zuge der Wirtschaftskrise nährt deren Zweifel an der heilen Welt der Marktwirtschaft und erschüttert den Glauben an die Verwirklichung der Gleichberechtigung in diesem Gesellschaftssystem. So stellt die 10. IG Metall-Frauenkonferenz unmißverständlich fest: „Die Frauenarbeitslosigkeit und Diskriminierung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen sind das Ergebnis unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die darauf abzielt, die weiblichen Arbeitskraft besonders auszunutzen und sie nur dann zu verwerten, wenn ein mögichst hoher Gewinn gewährleistet ist"[55]), und These 2 zur IG Metall-Frauenkonferenz lautet: „Bereits vor 100 Jahren stellte August Bebel in seinem Buch ‚Die Frau und der Sozialismus' fest: ‚Die Gleichstellung der Geschlechter und die Befreiung der Menschheit sind letzten Endes nicht zu verwirklichen ohne die Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit' ".[56])

Die ideologische Offensive der CDU/CSU in der Frauen- und Familienpolitik hat objektiv die Funktion, dem schwindenden Grundkonsens und der Tendenz zur offensiven Interessenvertretung in der gewerkschaftlichen Frauenbewegung mit Hilfe ideologischer Surrogate, wie der Scheinaufwertung der Mutterrolle zu begegnen.

52) Anträge und Entschließungen, Antrag 378, S. 340 f.
53) ZDF v. 8. 2. 1978.
54) Anträge und Entschließungen, Antrag 208, S. 188.
55) Protokoll der 10. IG Metall Bundesfrauenkonferenz, Antrag E 1, S. 239
56) „Mitteilungen der Frauen", 1/1979, S. 2.

Schon die CDU versuchte über die Konzeption der „Neuen sozialen Frage", über das Diktum, daß sich in der Frauenfrage „nicht in erster Linie das Kapital als Partner der Arbeit, sondern der Mann als Partner der Frau" zu bewähren habe, den Frauen einzureden, daß ihre Probleme „nicht mit einer Gesellschaftspolitik zu lösen sind, die vom Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ausgeht"[57]). Um vom Zusammenhang zwischen Frauenfrage und sozialer Frage abzulenken, verordnet der bayerische Kultusminister Maier Mütterlichkeit als Symbol für ein idyllisches Familienglück: „Meine Damen und Herren, wer die heile Welt als Kind im Elternhaus nicht kennengelernt hat, der wird die unheile wirkliche nicht bestehen".[58])

Der Versuch von Strauß, eine CSU-Staatsgewerkschaft auf die Beine zu stellen und den DGB durch diesen massiven Spaltungsversuch zur politischen Neutralität zu zwingen, trifft geradewegs ins Mark einer gewerkschaftlichen Frauenarbeit, die sich auf die aktive und autonome Interessenvertretung der Kolleginnen orientiert. Die Etablierung einer CSU-Staatsgewerkschaft würde eine fundamentale Behinderung und Bedrohung der gewerkschaftlichen Frauenbewegung und der Gewerkschaftsbewegung insgesamt bedeuten.

Stoppt Strauß!

Ob in Zukunft der Kampf um die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau Fortschritte machen wird, ist maßgeblich davon abhängig, daß Strauß und die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik gestoppt werden. Es liegt im ureigensten Interesse der Frauen, dem antidemokratischen, sozialreaktionären und expansionistischen Programm Strauß eine konsequente Absage zu erteilen. Strauß stoppen und die Gleichberechtigung der Frauen voranbringen, erfordert das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte für die konsequente Wiederaufnahme und Weitertreibung der Reform- und Entspannungspolitik, bedeutet das entschiedene Nein zum Abbau der Sozialleistungen und zur Erhöhung des Rüstungshaushalts.

57) „Offensive für die Frau", Broschüre der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn, S. 3f.
58) Familie – Fundament unserer Zukunft, a.a.O., S. 28.

Olympische Spiele 1980 in Moskau

Sportpolitik als Schauplatz der internationalen Auseinandersetzung

Von Sven Güldenpfennig

1. Olympische Spiele und allgemeine internationale Lage – einige Vorbemerkungen

1980 ist für den Sport vor allem das Jahr der XIII. Olympischen Winterspiele, die im Februar in Lake Placid (USA) ausgetragen werden, und der Spiele der XXII. Olympiade, die im Sommer in Moskau und in Tallinn (UdSSR) stattfinden werden. Besondere Bedeutung kommt dabei ohne Zweifel den Sommerspielen zu, weil sich im Umfeld dieses Ereignisses der Entwicklungsstand und die Hauptproblemfelder der internationalen Sportbewegung besonders prägnant abzeichnen. Erstmals in der Geschichte der Olympischen Bewegung wird dieses größte Ereignis des Weltsports von einem sozialistischen Land ausgerichtet. Bereits in dieser Tatsache selbst drücken sich – bei allen unbestreitbaren Problemen – wichtige Fortschritte in der internationalen politisch-gesellschaftlichen wie auch sportpolitischen Entwicklung aus. Sie ist aber zugleich auch Anlaß, die weiterbestehenden Widersprüche von interessierter Seite aus gezielt zu akuten Konfliktpotentialen zuzuspitzen, die die Einheit und die weitere fortschrittliche Entwicklung der weltweiten Olympischen Bewegung gefährden können. Einen vorläufigen Höhepunkt hat diese Bedrohung mit der Boykott-Kampagne erreicht, wie sie seit dem Beginn des Jahres 1980 durch die USA entfesselt worden ist.

Die allgemeine internationale Lage ist gegenwärtig entscheidend durch die Frage bestimmt, ob und inwieweit es gelingt, die Länder des kapitalistischen Lagers, die weltweit zunehmend in die Defensive geraten, zur Anerkennung eines friedlichen Weges der weiteren internationalen Entwicklung, zur militärisch und ökonomisch lebensnotwendigen Begrenzung und Reduzierung des weltweiten Rüstungspotentials und zur Respektierung an den nationalen, sozialen und demokratischen Interessen der Völker orientierter Entwicklungswege zu zwingen. Die allgemeine innenpolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig maßgeblich durch die analoge Frage bestimmt, ob und inweitweit es gelingt, die mit der Nominierung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten symbolisierte Herausforderung zurückzuweisen – die Herausforderung an alle Kräfte der Arbeiterbewegung, an alle an einer Politik des Friedens, der Völkerverständigung und Fortsetzung der Entspannung orientierten Kräfte, an alle Kräfte, die für demokratischen und sozialen Fortschritt eintreten. Mit diesen allgemeinen Tendenzen ist das Feld abgesteckt, in dessen Rahmen sich auch die Kräfteverhältnisse innerhalb der internationalen Sportbewegung herausbilden und von dem her die sportpoli-

tischen Entwicklungen zu beurteilen sind. Der vorliegende Beitrag wird den Zusammenhang der Hauptkonfliktfelder der internationalen Sportpolitik mit diesen allgemeinen Entwicklungen herausarbeiten.

Vorab eine kurze abgrenzende Bemerkung: Die Ausrichtung des Endrunden-Turniers der 11. Fußball-Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien hatte den Anlaß zu einer kritischen Kommentierung der aktuellen innenpolitischen Situation im Ausrichterland und des sportpolitischen Umfeldes der WM gegeben[1]). Bereits damals war von konservativen Gegenkritikern als Argentinien-Apologie und als Alibi für ihre Argentinien-bezogene Untätigkeit die These konstruiert worden, die Glaubwürdigkeit der Argentinien-Kritiker werde sich erst in ihrem Verhalten gegenüber den Olympischen Spielen in Moskau prüfen lassen. Auch das „Beispiel Berlin 1936"[2]) war ständig als angeblich *gemeinsame* Bezugsebene für Argentinien '78 wie für Moskau '80 ins Spiel gebracht worden. Die Scheinlogik und der demagogische Charakter dieser Konstruktion einer angeblich symmetrischen Situation zwischen Argentinien '78 (oder auch Berlin '36) und Moskau '80 wird hier entschieden zurückgewiesen. Sie findet in den realen gesellschaftlichen Gegebenheiten keine Basis.

2. *Entwicklungstendenzen und Probleme der internationalen Sportbewegung als ein Feld des weltweiten Ringens um Frieden, Entspannung und demokratisch-gesellschaftlichen Fortschritt*

Eine Betrachtung der Teilnahme des Sports an der Förderung fortschrittlicher gesellschaftlicher Entwicklungen hinge in der Luft unrealistischer Wunschvorstellungen, wenn nicht zunächst auf die Abhängigkeit innerer Entwicklungen des Sports von der Entwicklung und Festigung entsprechender allgemeiner Voraussetzungen hingewiesen würde. Dies wird an nichts greifbarer als an der Tatsache, daß in der Zählung der sogenannten „Olympiaden" der Neuzeit – in Moskau und Tallinn werden die Spiele der XXII. Olympiade stattfinden – Zeiträume enthalten sind, in denen gar keine Spiele ausgetragen wurden, weil aufgrund imperialistischer Weltkriege die Voraussetzungen für einen friedlichen weltweiten sportlichen Wettstreit nicht gegeben waren. Wenig bekannt dürfte sein, daß z. B. Berlin nicht etwa für 1936, sondern bereits für 1916 erstmals die Ausrichtung der Spiele übertragen bekommen hat – ein Auftrag, dem das Deutsche Reich als Hauptverantwortlicher für die Entfesselung des ersten Weltkrieges dann aus einleuchtenden Gründen nicht nachkommen konnte[3]). Jene Abhängigkeit – um ein weiteres Beispiel zu nen-

1) Sven Güldenpfennig, Argentinien und die Fußball-Weltmeisterschaft 1978. Anmerkungen zu einem denkwürdigen sportpolitischen Ereignis, in: „Hochschulsport", 5/1978; ders., Die Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien 1978. Beobachtungen über ihre Macher, ihre Betroffenen und ihre Beobachter, in: „Hochschulsport", 8/1978.

2) Gemeint sind die Olympischen Spiele 1936 in Berlin als Beispiel für den Versuch, mittels einer sportlichen Großveranstaltung die internationale Isolation eines faschistischen Staates zu durchbrechen. Vgl.: Arnd Krüger, Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung. Ihre außenpolitische Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung der USA, Berlin 1972.
Vgl. Güldenpfennig, Argentinien und die Fußball-WM, a.a.O., S. 7 f. („Politik *und* Sport? Nein: Politik *im* Sport, und zwar: welche!")

3) Vgl. Karl Lennartz, Die VI. Olympischen Spiele Berlin 1916, Köln 1978. Zum Nicht-Stattfinden der Spiele 1916, 1940 und 1944 vgl. auch: Klaus Ullrich, Olympische Spiele, Berlin (DDR) 1978.

nen – wurde deutlich auch an dem langjährigen Kampf der DDR um ihre volle und gleichberechtigte Anerkennung in der Olympischen Bewegung, die erst durch eine gegenüber der Zeit des Kalten Krieges nachhaltige Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Friedens und der Entspannung und durch wachsende allgemeine internationale Anerkennung der DDR, unterstützt zweifellos auch durch die international kaum mehr zu ignorierende sportliche Leistungsentwicklung der DDR selbst, möglich wurde.

Zunächst sind folglich, in äußerster Konzentration auf das Wesentliche, einige weltpolitische Determinanten der gegenwärtigen Sportpolitik anzudeuten. Jeder Blick in die bundesdeutschen Informations- und Meinungsbildungsmedien gibt täglich Aufschluß über mindestens drei Sachverhalte: darüber, daß die grundlegende, alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Bedeutung der Auseinandersetzung um die Entwicklung der künftigen Weltgesellschaft inzwischen allgemein anerkannt wird; zum anderen, daß sich diese Auseinandersetzung hauptsächlich zwischen Entwicklungswegen abspielt, die mit den Grundprinzipien der wesentlichen Gesellschaftsformationen Kapitalismus und Sozialismus verbunden sind; schließlich, daß diese Auseinandersetzung von seiten der markt- und meinungsbeherrschenden Medien in der BRD von einem antikommunistischen, im Kern antisowjetischen Standpunkt aus kommentiert und zum Teil selbst aktiv unterstützend geführt wird. Diese Sachverhalte bilden den Hintergrund auch für die Berichterstattung und Kommentierung des sportpolitischen Umfeldes der Olympischen Spiele 1980. Auf folgende Kristallisationspunkte der gegenwärtigen internationalen Politik ist besonders hinzuweisen:

Die vergangenen Jahre sind vor allem gekennzeichnet gewesen durch substantielle Fortschritte in der Entspannung der internationalen Beziehungen. Die ökonomische, innenpolitische und militärische Konsolidierung der sozialistischen Länder hatte zu einer allmählichen Abschwächung des gegen sie gerichteten Kalten Krieges geführt, die zunehmend krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft und die vor allem im Vietnamkrieg offensichtlich gewordenen Grenzen gewaltsam-militärischer Durchsetzung kapitalistischer Interessen hatten den am Abbau der Konfrontation, an Konfliktbegrenzung und an verstärkter Kooperation zwischen den politischen Lagern interessierten Kräften wachsenden Einfluß verschafft. „Ohne Entspannung gibt es keine Zukunft", diese Annahme – verbunden mit einer Interpretation von Entspannung, die eine „Milderung im Konfliktverhalten unter Beibehaltung des Konfliktgegenstandes"[4]) meint – gab dieser Entwicklung ihr Gepräge.

Die Entfaltungsmöglichkeiten für Frieden, Demokratie, sozialen und kulturellen Fortschritt sind unter den Bedingungen internationaler Entspannung außerordentlich vielfältig, wie sich gezeigt hat. Nur dies kann der Gehalt eines tragfähigen Begriffs von Entspannung sein: zum einen die Annahmen, daß die in den sozialistischen Ländern unter schwierigen Entwicklungsbe-

4) Wilfried v. Bredow, Die Zukunft der Entspannung, Köln 1979, S. 10 und 113. Vgl. auch S. 180 f.

Die Ratte, die Geschichte schrieb...

1967. Rudolf Augsteins Projekt einer liberalen Zeitung für Berlin, als Antwort auf die große Koalition, wird - kaum 1 Jahr alt - eingestellt. Der Spiegel toleriert niemanden links von sich. Die Leute des Projekts „Heute" gründen daraufhin das „berliner EXTRA-Blatt", das vier Monate später pleite ist. Grund: Boykott der Kioske, überhasteter Aufbau und zu schmale Finanzdecke. **Sie kommen wieder.** Der „berliner EXTRA-dienst" erscheint 2x wöchentlich und entwickelt sich in der Folge zu einem „Organ zur Verbreitung höheren Orts unerwünschter Nachrichten" (Tagespiegel). **Böll und Wallraf** äußern sich **positiv** und publizieren im ED. **Walser** bezeichnet den ED als **„einziges Blatt,** das er von der ersten bis zur letzten Zeile liest." Auch andere Prominenz meldet sich zu Wort. **F.J. Strauß** identifiziert sich in einem rotierenden Hakenkreuz des Karikaturisten Rainer Hachfeld und **klagt.** Die **Polizeiführung** befindet auf „Zersetzung der Polizei" und **klagt** ebenfalls. Die **Berliner SPD** findet Wortprotokolle ihrer Vorstandssitzungen und **ärgert sich. Schering** fühlt sich **brüskiert,** als der ED den Duogynon-Skandal aufdeckt und muß das Präparat vom Markt ziehen. Der Wanderpreis des ED, die „Unterwanderratte", alljährlich an besonders heftige „Unterwanderungsgläubige" verliehen, macht die Runde. Der Polizeipräsident, der SPD-Vorstand und der Intendant des SFB haben die zweifelhafte Ehre. Das **Auswärtige Amt** in Bonn fühlt sich **schmerzlich auf den Fuß getreten,** als der ED anhand von Telegrammen der Lissaboner Botschaft den Nachweis der Einmischung in die Portugiesische Revolution erbringt. Das von der **Bundesanwaltschaft** eingeleitete Verfahren wegen **„landesverräterischer Fälschung"** wird eingestellt. Die Telegramme sind echt. Einige Diplomaten, vom AA als Informanten des ED verdächtigt, müssen den Dienst quittieren.

Die Neue Jetzt täglich
TAGESZEITUNG

Nach mehr als 10 Jahren können die Leute vom ED ihre Supervision einer Tageszeitung realisieren. Als DIE NEUE im September 1978 erstmals als Nullnummer erscheint, **gratuliert auch die Justiz.** - Mit einem **Untersuchungsverfahren.** Grund: DIE NEUE zitiert aus den Akten im Fall des einem Lauschangriff ausgesetzten Kernphysikers Traube. Der beabsichtigte Prozeß fällt unter den Tisch. Seit Mai 1979 erscheint DIE NEUE täglich außer sonntags und montags. **Ihr entscheidender Vorteil: Brisante Themen, die andere scheuen.**

Das NEUE-Abonnement kostet im Vierteljahr DM 46,50. Nutzen Sie aber zunächst unser Angebot zum Kennenlernen: DIE NEUE eine Woche kostenlos ins Haus. Postkarte genügt. Name und Adresse nicht vergessen.

DIE NEUE
Abteilung/17
Oranienburger Str. 170-172
1000 Berlin 26

dingungen verwirklichten Fortschritte nicht wieder aufgegeben, sondern verteidigt und ausgebaut werden, daß zugleich die sozialen und politischen Transformationsprozesse in den kapitalistischen Hauptländern nicht zu kurzfristigen Umwälzungen führen werden, und daß daher von der längerfristigen Notwendigkeit einer Koexistenz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme und Entwicklungswege ausgegangen werden muß; zum anderen die Konsequenz und Forderung, angesichts des vorhandenen Arsenals existenzgefährdender Massenvernichtungswaffen diese Koexistenz *friedlich*, zugleich aber unter weltweiter *Offenhaltung fortschrittlicher Entwicklungschancen* zu gestalten. Bredow stellt fest: „Es gibt im internationalen System der Gegenwart kaum Institutionen, die Entwicklungen so lenken könnten, daß sie in friedlicher Weise vonstatten gehen. (. . .) Die Zukunft des internationalen Systems wird wesentlich davon abhängen, wie es gelingt, solche Institutionen, die an die Stelle des Krieges treten können, zu entwickeln."[5]) Zahlreiche der erwähnten Entwicklungen, die sich unter dem Schirm der Entspannungspolitik vollzogen haben, müssen folglich gemeinsam – so unterschiedlich ihr Charakter und ihre Struktur im einzelnen auch sein mögen – dazu beitragen, die Aufgaben solcher „Institutionen" zu übernehmen: allen voran die Politik, Konferenzen und Organe (und, nicht zuletzt, die Einstellungen und Aktivitäten breiter Schichten der Bevölkerung und politischer Organisationen!) für Rüstungskontrolle, -begrenzung und -abbau, die gegenwärtig vor allem mit der KSZE und dem SALT II-Vertrag symbolisiert werden[6]); Vertiefung und Ausweitung der internationalen Kooperation in Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technologie, der Umweltpolitik, der Kultur, und vieles andere mehr. Unverkennbar ist auch die weltweite Sportentwicklung einer jener Bereiche, der die Rolle solcher „Institutionen" mit übernehmen kann und in der jüngeren Vergangenheit bereits entsprechende Beiträge geleistet hat, wie die wachsende Dichte von Sportbegegnungen „zwischen" den Gesellschaftssystemen, die zunehmende Integration der Länder der Dritten Welt in den Sportverkehr, der Ausbau internationaler Sportorganisationen usw. zeigen.

Insbesondere die jüngsten NATO-Beschlüsse zur Nuklearrüstung haben jedoch erneut unmißverständlich deutlich gemacht, daß der Entspannungsprozeß und die mit ihm zusammenhängenden fortschrittlichen Entwicklungen nichts weniger als gradlinig und ungefährdet verlaufen. In der Auseinandersetzung innerhalb der kapitalistischen Hauptländer um Antworten auf ihren zunehmenden Verlust weltpolitischer Initiative und Handlungsspielräume gewinnen offensichtlich entspannungsfeindliche Kräfte wieder an Einfluß. Die Gefahren, die von diesen Tendenzen insgesamt ausgehen, haben sich ge-

5) Bredow, a.a.O., S. 24.

6) Bredow, a.a.O., S. 145, bezeichnet die bisherigen Erfolge auf diesem Sektor, so bedeutsam sie auch sind, in realistischer Einschätzung vorläufig „in der Tat nurmehr als ‚symbolische Politik' ", meint aber zugleich: „Genau hier liegt der entscheidende Punkt für das Gelingen der Entspannungspolitik in der – trotz der KSZE noch nicht endgültig abgeschlossenen – Übergangsphase. Vertrauensbildende Maßnahmen, Abkommen zur Rüstungskontrolle auf vergleichsweise marginalen Feldern, der sich insgesamt verstärkende Zwang zur Institutionalisierung, zum Ausbau der Entspannung – all das drängt, langsam genug, in einen politischen Zustand, aus dem heraus symbolische Politik mehr und mehr zu den ‚eigentlichen Sachen' kommen kann." (S. 146)

genwärtig – insbesondere anläßlich des Afghanistan-Konflikts – derart zugespitzt, daß von einem weltpolitischen Wendepunkt gesprochen werden kann. Die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Entspannungspolitik und weiter verstärkter Bemühungen aller realistischen und fortschrittlichen Kräfte, den Prozeß der Entspannung dennoch und tatsächlich unumkehrbar zu machen, stellt sich mit um so größerer Dringlichkeit.

Auf dieser Basis werden nun einige unmittelbar sportbezogene Problembereiche im Umfeld der Olympischen Spiele 1980 konkret aufgegriffen.

2.1. Allgemeine Einschätzung

Die Wirklichkeit der Olympischen Bewegung bis zum Beginn dieses Jahres war vor allem geprägt durch die ungebrochene Vitalität der Olympischen Idee und durch unverkennbare Entwicklungsfortschritte: Inzwischen sind 140 Nationale Olympische Komitees (NOK) Mitglied im Internationalen Olympischen Komitee (IOC)[7]). Die sportliche Leistungsentwicklung kennt weiterhin keinen Stillstand. Die internationale Sportbewegung ist zunehmend verknüpft und verflochten mit fortschrittlichen kulturellen, sozialen und politischen Bewegungen auf anderen gesellschaftlichen Feldern. Die Entfaltung der Massensportbewegung – wieweit auch immer sie im einzelnen durch die Olympische Bewegung mit inspiriert und gefördert sein mag – expandiert in stürmischem Tempo. Verschiedene wesentliche Entwicklungstendenzen verlaufen dabei nebeneinander bzw. in gegenseitiger Förderung. Es vollzieht sich eine „Globalisierung" des internationalen Sports – d. h. die Ausbreitung der Sportbewegung in allen Regionen der Welt und die zunehmende Interdependenz aller Aspekte des Weltsports (wenn z. B. irgendwo irgend jemand sportliche Begegnungen mit irgendeiner südafrikanischen Mannschaft pflegt, so ist dies keine Sache für sich mehr). Sie setzt sich in Verbindung mit einer „Regionalisierung" durch – d. h. einer Ausbreitung sportlicher Großereignisse auch in sportlich bisher weniger entwickelte Regionen (z. B. Panafrikanische Spiele). Ebenso ist eine „Vergesellschaftung" der Sportbewegung in dem Sinne zu beobachten, daß ihre Entfaltung sich zunehmend in Beziehung zu allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen wie wirtschaftlicher Entwicklung, Ausbau des Bildungswesens, Verwissenschaftlichung, Technologisierung und Institutionalisierung/Professionalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, Urbanisierung sowie Popularisierungstendenzen der Kultur vollzieht und hierdurch wesentlich mit geprägt wird[8]).

Die Entwicklungsfortschritte der Olympischen Bewegung sind also unverkennbar. „Eine Kritik an den Olympischen Spielen wird deshalb falsch, wenn sie problematische Aspekte unzulässig verallgemeinert."[9]) Dennoch vollzieht sich diese Entwicklung alles andere als widerspruchsfrei: Hier und in eine solche allgemeine Einschätzung eingeordnet ist demnach auch die Berechti-

7) „DSB-Information" v. 30. 10. 1979.
8) Vgl. Andrzej, Wohl, Soziologie des Sports, im Druck (Köln 1980).
9) Hans-Jürgen Schulke, Die verschiedenen Gesichter Olympias, in: Ders. (Hrsg.), Die Zukunft der Olympischen Spiele, Köln 1976, S. 20.

gung, ja die Notwendigkeit gegeben, sich genauer mit den Problem- und Konfliktfeldern zu befassen. Die wichtigsten *politischen* Probleme werden im folgenden aufgegriffen. Für diese wie für die hier nicht zu erörternden Fragen wird sich die Chance für eine grundlegende internationale Diskussion vor allem auf dem nächsten Olympischen Kongreß 1981 in Baden-Baden ergeben. Von den bundesdeutschen Veranstaltern dieses Kongresses wird es wesentlich mit abhängen, wieweit dieses Problemspektrum eine umfassende, realistische und konstruktive, zukunftsweisende Behandlung erfahren wird.

2.2. *Einfluß privatwirtschaftlicher Prinzipien in der Sportbewegung*

Einer der wichtigsten Problem-Komplexe sind ökonomische Aspekte der Olympischen Bewegung. Sie gruppieren sich vor allem um die materielle Stellung der Athleten („Amateurproblem"), um die ökonomische Abhängigkeit von Sportorganisationen und Sportveranstaltern („Kommerzialisierung") und um die Finanzierbarkeit internationaler Großveranstaltungen wie vor allem der Olympischen Spiele („Gigantismus"). Die aktuellen Probleme entstehen hier durch das wildwüchsige Hineinwirken von ökonomischen und sozialen Prinzipien kapitalistischen Wirtschaftens in die Sportstrukturen.

Beim sogenannten Amateur-Problem z. B. war es zunächst das Motiv der Aufrechterhaltung von Standesschranken im aristokratischen und bürgerlichen Sport, das diejenigen, die sich mit körperlicher bzw. sportlicher Tätigkeit Geld verdienen mußten, vom allgemeinen, später vom olympischen Sport ausschloß. Dieses Motiv wurde zunehmend verdrängt durch die Einsicht in die Unvereinbarkeit von Olympischer Idee und Funktionsprinzipien des kapitalistisch betriebenen Berufssports. Da die westlichen Sportsysteme bei Ausschluß ihrer leistungsfähigsten Sportbereiche wegen deren Berufssport-Struktur zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Sport der sozialistischen Länder verlieren, wird nun an einer Neufassung der Amateurregelungen gearbeitet, die sich dem seit langem in den sozialistischen Ländern praktizierten System der *gesellschaftlichen* Trägerschaft des Sports und der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit der Sportler annähert[10]).

Hiermit im Zusammenhang steht das Problem der wachsenden ökonomischen Abhängigkeit der Sportorganisationen von privatwirtschaftlichen „Mäzenen" usw. Diese Art der „Kommerzialisierung" belastet die Sportbewegung vor allem deshalb, weil der entsprechende Einfluß auf die Entwicklung der Sportorganisationen nicht öffentlich und demokratisch kontrollierbar ist, weil er zu von kurzfristigen Rentabilitätserwartungen verursachten Disproportionen und Diskontinuitäten der Sportentwicklung führt und somit einer allseitigen Sportentwicklung entgegensteht[11]).

Was die Frage der Finanzierbarkeit internationaler Großveranstaltungen anbetrifft, so ist zunächst das modisch gewordene Schlagwort vom „Gigantis-

10) Vgl. Interview mit NOK-Präsident Willi Daume in: „Süddeutsche Zeitung" v. 12. 4. 1979; „Deutsche Volkszeitung" v. 19. 4. 1979, S. 10.
11) Vgl. Sven Güldenpfennig, Texte zur Sporttheorie und Sportpolitik, Köln 1980, S. 133 f. und 174–176.

mus" der Olympischen Spiele zu relativieren. Aufwand und Nutzen für die Ausrichtung der Spiele geraten nur dann in Widerspruch, wenn sich mit den Spielen – als einem in kaum einem anderen Bereich mit vergleichbarer umfassender, weltöffentlicher und symbolischer Kraft zu verwirklichenden Weltfest – ökonomische Partialinteressen verknüpfen[12]). Daneben und vor allem aber haben generell die erforderlichen Kosten inzwischen eine solche Größenordnung erreicht, daß ohne neue Lösungen für die Ausrichtung der Spiele nur noch wenige Länder bzw. Städte übrig bleiben. Zwar stehen die Ausrichter der beiden Veranstaltungen 1984 mit Los Angeles (USA) und Sarajewo (Jugoslawien) bereits fest, und auch für die folgenden Olympiaden zeichnet sich schon eine Reihe von Bewerbungen ab[13]). Das Problem aber bleibt, zumal dann, wenn man mit der Ausrichtung von Olympischen Spielen auch das Ziel der weltweiten „Dezentralisierung" und der Einbeziehung der „Peripherien" verknüpft. Vorschläge zur Lösung dieser Frage liegen vor – z. B. die Schaffung eines internationalen Fonds, eine Beitragserhebung durch das IOC in Verbindung mit einem grundlegenden Strukturwandel des IOC, oder die Vergabe der Ausrichtung der Spiele an eine Region statt an eine Stadt.

2.3. Neue Organisationsstrukturen und „Politisierung" der internationalen Sportbewegung

Die internationale Sportbewegung ruht organisatorisch seit langem vor allem auf der Dreierstruktur der internationalen Sportfachverbände, der NOK's und des IOC. Sowohl innerhalb dieser drei Träger wie auch in der Arbeitsteilung zwischen ihnen sind seit einiger Zeit tiefgreifende Bewegungen und Veränderungen zu beobachten.

Die Fachverbände sind für die Gestaltung des sportartspezifischen internationalen Wettkampfbetriebes zuständig, sie bilden von daher den quasi technischen Basisbereich der internationalen Sportbewegung. Ihre Führungsstruktur ist nach wie vor ganz überwiegend durch die Dominanz der westlichen Industrieländer geprägt[14]) – eine Tatsache, die den historischen Werdegang dieser Verbände widerspiegelt, aber angesichts des überragenden sportlichen Gewichts der sozialistischen Länder und des zahlenmäßigen Gewichts der Mitgliedsländer aus der Dritten Welt einen Anachronismus darstellt. Diese Machtposition in den Fachverbänden wird immer wieder gegen das IOC oder auch zur Durchsetzung sportpolitisch und demokratisch fragwürdiger Ziele im eigenen Verbandsbereich angewendet. Sie führt auch zu ständigen Kollisionen mit dem Anti-Rassismus-Gebot der olympischen Statuten und zu weiteren Konfliktherden. So wie z. B. der Welt-Fußballverband (FIA) werden die Fachverbände insgesamt jedoch zunehmend von seiten der sozialistischen Länder sowie der Länder der Dritten Welt, zwischen denen sich eine wachsende Kooperation anbahnt, mit der Forderung nach Demokra-

12) Vgl. Kurt Castka/Klaus Ullrich, Olympisches Moskau, Berlin (DDR) 1979, S. 147–151 („Die gigantische Phrase").

13) U. a. haben für die folgenden Winterspiele auch bundesdeutsche Städte ihre Bewerbung angekündigt.

14) Fritz Mevert, Internationale Sportorganisationen, in: „Olympische Jugend", 10/1977 bis 12/1979; Deutscher Sportbund (Hrsg.), Jahrbuch des Sports 1979/80, Frankfurt/M. 1979.

tisierung der Verbandsstrukturen konfrontiert. Die entsprechende Politik vor allem der sozialistischen Länder ist im Sinne der von ihnen vertretenen Dominanz kooperativer Zielsetzungen in der internationalen Sportpolitik und unter realistischer Einschätzung der gegenwärtigen sportpolitischen Kräfteverhältnisse darauf ausgerichtet, zwar ihren Einfluß in den internationalen Sportorganisationen geltend zu machen und auszubauen, hierbei aber in geduldiger und langfristiger Orientierung in der Entscheidung aktueller sportpolitischer Fragen der Erhaltung der Einheit der Weltsportorganisationen und dementsprechend der konstruktiven Zusammenarbeit mit allen auch nur irgendwie kooperationsfähigen Kräften den Vorrang einzuräumen.

Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich auch für das IOC ab. Das IOC ist der ideelle und praktisch-verantwortliche internationale Hauptträger der Olympischen Bewegung. Es weist aufgrund des Kooptationsprinzips, das unter den Entstehungsbedingungen der Olympischen Bewegung der Neuzeit und unter den Zielsetzungen ihres Hauptinitiators Coubertin seine historische Berechtigung gehabt haben mag[15]), eine nationale und soziale Struktur auf, in der die veränderten Verhältnisse in der internationalen Sportbewegung nicht mehr repräsentiert sind. Zwar ist die Durchsetzung realistischer, auch partiell fortschrittlicher Positionen in der Olympischen Bewegung, wie sich in jüngerer Zeit immer wieder gezeigt hat, nicht allein eine Frage der unmittelbaren Repräsentanz der entsprechenden Kräfte im IOC selbst, da die allgemeine und die sportbezogene weltpolitische Lage auch indirekt Entscheidungen des IOC beeinflussen können, aber es ist doch *auch* eine Frage dieser Repräsentanz. Die Forderung nach Demokratisierung des IOC im Sinne einer Vertretung aller vom IOC anerkannten NOK's durch einen Repräsentanten nach dem UNO-Muster: „one land, one vote" – wird lauter[16]). Unterstützung finden solche Bestrebungen durch die stärker eigenständige Rolle, die die NOK's, die die Hauptträger und -förderer der Olympischen Idee und Bewegung auf der nationalen Ebene darstellen, selbst inzwischen in der internationalen Sportpolitik spielen. Sie haben sich eine eigene Organisationsform gegeben und beginnen sich zu einer Konkurrenzorganisation zum IOC zu profilieren[17]), falls diese Bestrebungen nicht durch entsprechende strukturelle Reformen im OC selbst aufgefangen und neutralisiert werden sollten.

Im Zuge der steigenden gesellschaftlichen Bedeutung und Verankerung des Sports läßt sich zudem weltweit eine „Politisierung" der Sportbewegung im Sinne einer notwendig stärkeren Verantwortung politischer und staatlicher Institutionen in den verschiedenen Bereichen des Sports beobachten. Dies gilt in besonderem Maße auf der nationalen Ebene, und zwar in den westlichen Ländern inzwischen in seiner Gesamtbedeutung für die Sportentwicklung

15) Ullrich, Olympische Spiele, a.a.O., S. 227–236.
16) Rudolf Volkert, Einige Aspekte der olympischen Bewegung, in: „Theorie und Praxis der Körperkultur", 6/1978.
17) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 2. 11. 1979; „Deutsche Volkszeitung" v. 29. 11. 1979.

kaum *weniger* (wenn auch in der Struktur der gegenseitigen Beziehungen *anders*) als in den sozialistischen Ländern. In wachsendem Maße gilt es inzwischen auch auf der internationalen Ebene. Die Schaffung bzw. Erwägung einer Reihe von staatlichen und halb-staatlichen Kommunikations-, Kooperations- und Koordinierungsgremien drückt diese Entwicklung aus. Auf westeuropäischer Ebene ist eine Sportministerkonferenz der Mitgliedsstaaten des Europarats ins Leben gerufen worden, die, ergänzt durch zwischenzeitliche Tagungen einer „informellen Arbeitsgruppe", alle drei Jahre zur Beratung internationaler Sportprobleme aller Art zusammentritt[18]). Seit 1973 finden, ebenfalls alle drei Jahre, europäische Sportkonferenzen statt, auf denen die nationalen Sport-Dachverbände fast sämtlicher ost- und westeuropäischer Länder zusammentreffen und die einem breiten Erfahrungsaustausch und der Verbesserung der zwischennationalen Kooperationsbeziehungen auf sportpraktischem, -technischem, -wissenschaftlichem und -organisatorischem Gebiet dienen sollen. Auf weltweiter Ebene ist auf erste Ansatzpunkte hinzuweisen, eine stärkere Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen für die allgemeine Sportförderung, besonders mit Blickrichtung auf die Entwicklungsländer, zu schaffen und entsprechende Aufgaben in der UNESCO zu verankern – gegen den hinhaltenden Widerstand westlicher Länder und besonders der BRD mit dem immer wiederkehrenden „Argument", in dem „Dualismus zwischen freien demokratischen Organisationen und staatlichen Institutionen" im Sport und gegenüber der drohenden „Machtverschiebung im Weltsport" gelte es die „Autonomie" des „freien Sports" gegen den Übergriff staatlicher Macht zu bewahren[19]). Eine Lösung der mit der weltweiten Entwicklung des Sports sprungartig zunehmenden Probleme ist jedoch nicht anders denkbar als durch eine systematisch und institutionell verankerte Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und Sportorganisationen, verbunden mit einer grundlegenden Demokratisierung der Sportorganisationen selbst.

2.4. Wachsende sportpolitische Bedeutung der Entwicklungsländer und der Kampf gegen den Rassismus im Sport

Im Zuge der innen- und außenpolitischen Fortschritte der nationalen Befreiungsbewegung in zahlreichen Ländern der Dritten Welt haben sich in Afrika, Asien und Lateinamerika bemerkenswerte Entwicklungen im Bereich des Sports vollzogen. Besonders spektakulär sind dabei der auf breiter Front vollzogene Anschluß der Volksrepublik China und Kubas sowie in bestimmten Bereichen auch afrikanischer Länder an das Weltniveau sportlicher Spitzenleistung[20]). Nicht weniger bemerkenswert sind die wachsende Einbeziehung

18) Vgl. z. B. „DSB-Information" v. 20. 3. 1979. Auch das westeuropäische Parlament in Straßburg befaßt sich inzwischen mit Sportfragen, wobei u. a. die Idee einer „Euro-Olympiade" geboren, wenn auch bisher nicht weiter konkretisiert wurde (Information der sozialdemokratischen Bundestags-Fraktion vom 8. 6. 1979 und 27. 8. 1979).

19) Karlheinz Gieseler, Der Sport und die Macht, in: „Olympische Jugend", 1/1979, S. 10. Vgl. dagegen „Deutsche Volkszeitung" v. 8. 12. 1977 („UNESCO kümmert sich um Körperkultur").

20) Rolf von der Laage, Sport in China, Berlin 1977; Raymond Pointu/Roger Fidani, Cuba – Sport en Révolution, Paris 1975; Ernst Naumann, Führer durch den afrikanischen Sport, Bonn 1972.

des Sports in das Bildungssystem sowie der Auf- und Ausbau übernationaler Organisationsformen des Sports (Oberster Afrikanischer Sportrat, Oberster Asiatischer Sportrat, Arabische Sportunion, usw.). Sie ermöglichten einen wachsenden internationalen Einfluß der jungen Nationalstaaten in der Sportpolitik und die Organisation großer übernationaler Sportereignisse wie die Asienspiele, die Allafrikanischen und die Panamerikanischen Spiele. Selbstverständlich stellen sich in diesem Bereich für die hochentwickelten Industrieländer auch sportbezogene Aufgaben der Entwicklungshilfe, in deren Konzeption und Realisierung sich ähnliche Probleme und Konflikte im Hinblick auf inhaltliche Gestaltung der Programm und Auswahl der zu fördernden Länder und Projekte wie bei der Entwicklungshilfe allgemein ergeben[21]).

Der Kampf gegen Überreste des Rassismus als zugespitztester und extremster Ausprägung des Kolonialismus auch im Sport stellt für die Länder der Dritten Welt, insbesondere für die afrikanischen Staaten, eine der Hauptaufgaben ihrer Sportpolitik dar. Nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung durch die sozialistischen Staaten sind in diesem Kampf wesentliche Fortschritte erzielt worden[22]): Seit 1964 wurde Südafrika wegen der fortwährenden Verletzung des IOC-Prinzips der Nicht-Diskriminierung im Sport von der Teilnahme an Olympischen Spielen suspendiert, 1970 erfolgte der Ausschluß aus der Olympischen Bewegung überhaupt, 1972 bzw. 1975 die entsprechenden Schritte gegenüber Rhodesien. In mehr als der Hälfte der internationalen Fachverbände mit olympischen Sportarten konnten seither Ausschluß bzw. Suspendierung Südafrikas durchgesetzt werden. Die entsprechenden Initiativen des Obersten Afrikanischen Sportrates werden inzwischen von fast allen in der Organisation für Afrikanische Einheit zusammengeschlossenen Staaten getragen und unterstützt. Die Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten und die UNO faßten zahlreiche Resolutionen gegen die Apartheid im Sport. Auch die Konferenz der Sportminister der Mitgliedsstaaten des Europarates hat sich scharf gegen die Rassendiskriminierung im Sport ausgesprochen.

Der Kampf wird sich künftig noch stärker auf Südafrika konzentrieren. Das dortige Rassistenregime hat zwar in jüngster Zeit kosmetische Korrekturen am organisatorischen Aufbau und an den Apartheid-Regeln seines Sportsystems vorgenommen, hat damit jedoch keine nachhaltigen „Fortschritte" auf der Suche nach internationaler Anerkennung erzielen können[23]). Es bleibt ein permanenter Störfaktor der internationalen Sportbeziehungen, der besonders wegen der provozierenden Unterstützung durch die kapitalistischen Hauptländer eine nicht zu unterschätzende Gefahr vor allem für die Olympische Bewegung darstellt. Trotz weltweiter Proteste unterhalten noch immer 26 Länder, darunter die USA und die BRD, Sportkontakte zu Südafrika. Auch das vergangene Jahr war wieder wesentlich geprägt durch Beeinträchtigungen internationaler Meisterschaften aufgrund der Teilnahme südafrikanischer

21) Vgl. Ernst J. Tetsch (Red.), Sport und Kulturwandel. Materialien zum Internationalen Kulturaustausch, Band 5, Stuttgart 1978.
22) Elke Forner, Der Kampf gegen die Apartheid im Sport, in: „Theorie und Praxis der Körperkultur", 6/1978.
23) „Deutsche Volkszeitung" v. 23. 2. 1978, „Süddeutsche Zeitung" v. 3. 3. 1979.

Mannschaften z. B. die Weltmeisterschaft der Bogenschützen in Westberlin[24]), durch die Weigerung wichtiger internationaler Fachverbände, Südafrika auszuschließen, und durch Wettkampfreisen südafrikanischer Rugby-Mannschaften in Westeuropa[25]), mit denen schwere Verwicklungen im Hinblick auf die Olympischen Spiele 1980 provoziert wurden.

2.5. *Rückkehr der Volksrepublik China in die Olympische Bewegung als Beitrag zur Universalität im Weltsport*

Universalität, d. h. das Bestreben der Olympischen Bewegung, alle Kräfte im Weltsport zu repräsentieren und für alle Nationen durchlässige und zugängliche weltweite sportliche Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, ist eines der wichtigsten Ziele der Olympischen Bewegung. Substantielle Realisierungsmöglichkeiten haben sich erst ergeben, seit mit dem gewachsenen internationalen Gewicht des sozialistischen Weltsystems nach 1945 die Voraussetzungen für die Durchsetzung einer internationalen Einheitssportbewegung geschaffen worden waren[26]). Unter den auch sportpolitischen Aus- und Nachwirkungen des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder wurde seitens der internationalen Sportorganisationen jedoch noch weiterhin Jahre hindurch vor allem die Abwesenheit der Volksrepublik China, des volksreichsten Landes und einer der sportlichen „Großmächte" der Welt, aus der Olympischen Bewegung in Kauf genommen. In den letzten Jahren sind intensive Bemühungen um die Rückkehr der Volksrepublik in die Olympische Bewegung entfaltet worden, für die sich nunmehr eine definitive Lösung abzeichnet. Dies ist als ein weiterer äußerst bemerkenswerter Ausdruck der Entwicklungsfortschritte der internationalen Sportbewegung anzusehen. Hier einige Hinweise zur Chronologie und zum gegenwärtigen Stand dieses Problemfeldes[27]):

Die Flucht der Mehrheit des Chinesischen NOK's von Nanking nach Taipeh 1949 als Folge der Entscheidung des Bürgerkrieges und der Gründung der Volksrepublik China, sowie das Überleben „Nationalchinas" in Taiwan infolge der nachhaltigen Unterstützung durch die USA legten den Grundstein für die folgenden sportpolitischen Verwicklungen. Das „China-Problem" ist im Grunde ein „Taiwan-Problem" bzw. im Kern ein „USA-Problem". Sportpolitisch sanktioniert wird dieses Ergebnis imperialistischer Machtpolitik,

24) FAZ v. 17. 7. 1979 („Notwehrakt der Sowjets"), „Deutsche Volkszeitung" v. 26. 7. 1979 („Mit Südafrika geht gar nichts mehr").

25) Diese Reisen erfolgten jeweils auf Einladung der entsprechenden Sportverbände westeuropäischer Länder und wurden nur teilweise durch Einreiseverweigerungen seitens der Regierungen, etwa in Irland und in Frankreich, verhindert.

26) Die soziale und politische Diskriminierung der Arbeiterbewegung in den Sportorganisationen der kapitalistischen Staaten hatte seit Ende des 19. Jahrhunderts zur notwendigen Herausbildung einer organisatorisch eigenständigen Arbeitersportbewegung geführt, die nach der Oktoberrevolution in Rußland, nach der Entstehung des sowjetischen Sports und der folgenden Behinderung des internationalen Arbeitersport-Verkehrs durch die nationalen und internationalen bürgerlich geführten Sportorganisationen sich seit den 20er Jahren auch international organisierte. Die grundlegend veränderten internationalen Kräfteverhältnisse nach 1945 und die damit auch grundlegend veränderten Voraussetzungen für eine fortschrittliche Entwicklung der internationalen Sportbewegung veranlaßten dann die UdSSR, sich in die entstehende internationale Einheitssportbewegung zu integrieren – durchaus nicht ohne einen gewissen hinhaltenden Widerstand in den entsprechenden Organisationen.

27) Zu den historischen Daten dieser Chronik vgl.: „Süddeutsche Zeitung" v. 27. 11. 1979.

durch das die nationalen Interessen Chinas auf fast drei Jahrzehnte empfindlich verletzt wurden, mit dem Beschluß des IOC 1951, nur *ein* China und als Sitz seines NOK *Taipeh* anzuerkennen. Die Volksrepublik erklärte nach zwischenzeitlicher Anerkennung beider NOK's 1958 ihren Austritt aus der Olympischen Bewegung, weil sich eine Durchsetzung ihres legitimen Alleinvertretungs-Anspruches nicht abzeichnete. Ein auch für sportpolitische Veränderungen entscheidender Umschwung des internationalen Kräfteverhältnisses ergab sich erst im Verlauf der 60er Jahre, der schließlich mit der Aufnahme der Volksrepublik in die UNO 1971 bei gleichzeitigem Ausschluß Taiwans symbolisiert wird. Eine weitere Dynamik erfuhren die seither laufenden Bemühungen der Volksrepublik um olympische Anerkennung durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch die USA zur Volksrepublik bei Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan. Diese Entwicklung zusammen mit den bevorstehenden Olympischen Spielen 1980 zwangen das IOC zu schnellen Entscheidungen. Nach zahlreichen verwirrenden Winkelzügen beschloß das IOC Ende 1979 mit großer Mehrheit: 1. die Anerkennung des Olympischen Komitees mit Sitz in Peking unter dem Namen „Chinesisches Olympisches Komitee" zu bestätigen; 2. die Anerkennung des Olympischen Komitees mit Sitz in Taipeh unter dem Namen „Chinesisches Olympisches Komitee Taipeh" unter der Bedingung aufrechtzuerhalten, daß es eine Hymne und eine Flagge annimmt, die von den bisherigen unterschiedlich sind[28]).

Zu dieser Entwicklung einige abschließende Anmerkungen. Zunächst: Mit der Volksrepublik China kehrt ein Land in die Olympische Bewegung zurück, dessen Errungenschaften sowohl im Bereich des Volks- und Massensports und seiner kulturellen Einbindung wie auch des Spitzensports eine wesentliche Bereicherung der internationalen Sportbewegung darstellen. Zugleich wird erneut deutlich, „wie das IOC als oberste Instanz im Weltsport mit der Lösung derartiger politischer Probleme überfordert ist" (NOK-Präsident Willi Daume[29])), prägnanter ausgedrückt: wie sehr fortschrittliche Entwicklungen im Sportbereich von entsprechend veränderten allgemeinen Voraussetzungen im politischen und kulturellen Bereich abhängig sind. Die maßgeblichen Verantwortlichen für den Anachronismus, der jetzt beseitigt wird, sind letztlich in Washington auszumachen[30]), während die UdSSR trotz harter anderweitiger internationaler Kontroversen mit der Volksrepublik China seit jeher beharrlich für die Rückkehr der Volksrepublik in die Olympische Bewegung gearbeitet hat[31]). In jener Schlüsselrolle der USA und ihrer verstärkten Kooperation mit der gegenwärtigen Führung der Volksrepublik aber liegt letztlich

28) „Süddeutsche Zeitung" v. 28. 11. 1979.
29) „Die Brücke" (Bonn) v. 20. 1. 1979.
30) „Der Vorwurf, der dem höchsten olympischen Gremium zu machen ist, besteht darin, daß es nicht längst historischen Realitäten Rechnung getragen hat und die Taiwanchinesen durch einen Beschluß aufforderte, sich nicht fremde Federn an den Hut zu stecken, sondern unter der wahren Bezeichnung ihres Herkunftslandes anzutreten. Daß es nicht geschah, hatte politische Gründe, nicht etwa sportliche, und daß sich westliche Politiker gar nicht scheuen, direkten Druck auf die IOC-Mitglieder ihres Landes auszuüben, läßt sich am Beispiel des US-Präsidenten Ford belegen, der NOK-Präsident Philip Krumm aufforderte, sich für den Start Taiwans unter dem Namen ‚Republic China' mit allen Mitteln einzusetzen." („Deutsche Volkszeitung" v. 22. 7. 1976)
31) „Süddeutsche Zeitung" v. 23. 10. 1978, FAZ v. 29. 11. 1979.

auch die Ambivalenz der jetzt erreichten Situation begründet – die Ambivalenz nämlich, daß mit dem begrüßenswerten Fortschritt auf dem Wege zur Universalität des Weltsports unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen zugleich die Gefahr entstanden ist, daß der in anderen Feldern der internationalen Politik seit langem praktizierte antisowjetische Kurs der Volksrepublik China auf den Sport übertragen werden und zu neuen Belastungen in der Olympischen Bewegung führen könnte.

3. *Die Spiele der XXII. Olympiade 1980 in Moskau als Feld des ideologischen und kulturellen – auch des friedlichen? – Wettstreits*

Die zuvor erörterten Problemfelder, die wegen ihrer *grundsätzlichen* Bedeutung die Entwicklung der Olympischen Bewegung auch weiterhin wesentlich bestimmen werden, sind aufgrund der jüngsten Ereignisse in den Hintergrund gedrängt worden. Die gegenwärtig und kurzfristig entscheidenden Fragen sind: Können die mit der Tatsache, daß 1980 erstmals ein sozialistisches Land Ausrichter der Spiele ist, verbundenen Ziele und Fortschritte der Olympischen Bewegung auch tatsächlich verwirklicht werden? Wird sich der Charakter solcher Spiele als Feld des ideologischen und kulturellen Wettstreits auch tatsächlich als ein *friedlicher* und konstruktiver Wettstreit ausprägen? Bereits vor 1980 sind die mit Moskau '80 zusammenhängenden Fragen von interessierter Seite in einer so demagogischen und nachhaltigen Weise mit der Menschenrechts-Phrase verschmolzen worden, daß sich daraus leicht die verschiedensten Instrumente für eine Beeinträchtigung bis hin zur Infragestellung der Spiele schmieden lassen konnten. Die zu Beginn dieses Jahres von der USA-Regierung entfesselte Boykott-Kampagne knüpft an diese Entwicklungen an und spitzt sie zu einer grundlegenden Bedrohung der Olympischen Bewegung überhaupt zu. Im folgenden werden das Vorfeld der aktuellen Situation und die gegenwärtige Lage selbst beschrieben.

Hierbei muß die Analyse sportspezifischer Aspekte der Haltung zu Moskau '80 in eine Analyse der allgemeinen ideologischen Voraussetzungen eingebettet werden. Andernfalls könnte die hier vertretene *Zurückweisung* der bereits vorliegenden zahlreichen „Menschenrechts"- und Boykottforderungen gegenüber Moskau '80 in dem hierzulande herrschenden politischen Klima leicht als zynischer Pragmatismus gestempelt werden, nachdem von unserer Seite gegenüber der Fußball-WM '78 in Argentinien eine explizite *Einbeziehung* der Menschenrechts-Problematik vertreten worden war. Die *gemeinsame* Basis beider Haltungen ist, politisch gesehen, die Orientierung am sozialen und humanen Fortschritt und, erkenntnismäßig gesehen, die Orientierung an der historischen Wahrheit. Eine weitere gemeinsame Begründungsbasis ist die Erwartung, daß internationale – sportliche wie andere – Großveranstaltungen im Zusammenhang mit ihrem eigentlichen Kern-Anlaß – hier olympische Sportwettkämpfe – wesentlich auch zum weltweiten Kennenlernen des Gastgeberlandes als einem jeweils konzentrierten, zugleich exemplarischen und besonderen, Beispiel für die Entwicklung der Weltgesellschaft beitragen. Soll diese Aufgabe der internationalen Repräsentation erfüllt werden, so ist dabei ebenso das Vorwärtsweisende zu würdigen wie das Proble-

matische zu kritisieren – beides aber unter der Forderung, hierbei die aktuell erkennbare *Haupt*-Tendenzen der gesellschaftlichen *Gesamt*-Entwicklung des Gastgeberlandes zu verdeutlichen, keineswegs aber selektiv-verfälschende und willkürlich interpretierte Einzelerscheinungen.

Hierzu sind von den (direkt als Akteure oder indirekt als Kommentatoren usw.) Beteiligten einige Bedingungen und Prinzipien einzuhalten, deren Verletzung den Charakter der Veranstaltung als Möglichkeit des friedlichen Wettstreits zwischen Menschen in Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsverfassung in Frage stellen kann. Solche Prinzipien sind vor allem: das Bemühen um *wahrheitsgetreue* gegenseitige Information über die jeweiligen Gegebenheiten; dies beinhaltet das aktive Aufsuchen *authentischer* Information aus dem Land selbst, aus der gerade auch die spezifischen internen Funktionsprinzipien der anderen Seite deutlich werden müssen; es beinhaltet ferner eine *historisch* betrachtende Methode, die nicht nur genau registriert, über welche *realen* Sachverhalte wirklich geredet wird, sondern auch deren historischen Hintergrund, aktuellen Entwicklungsstand und wahrscheinlichen weiteren Entwicklungsweg beschreibt; der Wille und aktive Maßnahmen zum Aufbau von gegenseitigem *Vertrauen;* der gegenseitige und gleichberechtigte *Dialog.* Alles dies muß gerichtet sein auf „das Wichtigste – das Problem des *gegenseitigen Verstehens*", und es muß bewußt und zielgerichtet erfolgen, denn „ohne öffentliche Einübung in die Koexistenz wird diese selbst gefährdet bleiben"[32]). Die hierzulande herrschende Berichterstattung z. B. über die UdSSR stellt in ihrem wesentlichen Kern eine permanente, systematische und bewußte Verletzung dieser Prinzipien dar. Dieser wesentliche Kern ist der Antikommunismus, verstanden nicht nur als „bloße Ablehnung der sozialistischen Ideologie und Politik oder sachliche Gegnerschaft: Er hat vielmehr das Ziel, den Sozialismus in Theorie und Praxis mit allen ihm erforderlich scheinenden und möglichen Mitteln zu bekämpfen, um ihn zu beseitigen"[33]). Die Verletzung, um nur auf *einen* Aspekt exemplarisch einzugehen, z. B. des Prinzips der wahrheitsgetreuen Informationsgebung drückt sich etwa in folgenden Merkmalen westlicher Darstellungen der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in sozialistischen Ländern aus – wobei von der ebenfalls verbreiteten und in besonderer Weise desorientiertenden Form offener und vorsätzlicher Fehlinformation hier noch ganz abgesehen wird:

a) falsche Selektivität, d. h. eine vorherrschende Auswahl von negativen Erscheinungsformen wie: Entwicklungsschwierigkeiten und -rückständen in bestimmten Bereichen, isolierte Behandlung politischer Machtfragen und einseitige Zuordnung ihrer häßlichen Seiten gerade zu sozialistischen Ländern;

32) Friedrich Hitzer (Hrsg.), Offenheit gegen Offenheit. Bundesrepublik Deutschland – Sowjetunion, Köln 1979, S. 39 bzw. 446. Das Buch insgesamt liefert eine Fülle von Beispielen für die erwähnten Prinzipien und ihre Notwendigkeit.

33) Georg Klaus/Manfred Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1974, S. 89. Zahlreiche sportbezogene Beispiele finden sich in: Klaus Ullrich, Kreuzritter im Stadion. Bemerkungen zum Antikommunismus im Sport, Berlin (DDR) 1978.

b) falsche Generalisierung von Einzelerscheinungen und Entwicklungsbesonderheiten in einzelnen Ländern auf die gesamte sozialistische Weltbewegung,

c) falsche Zuordnung systemübergreifender Erscheinungsformen von Entwicklungshemmnissen – wie z. B. der Resistenz des Alltagsbewußtseins und -verhaltens gegenüber gesellschaftlichen Umwälzungen[34]) – einseitig zu den sozialistischen Ländern;

d) falsche, weil nicht den Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigende Gewichtung und Akzentuierung bestimmter Einzelmerkmale in ihrer Bedeutung für die Gesamtentwicklung;

e) Verschärfung des hierdurch konstruierten Negativ-Bildes der sozialistischen Gesellschaften dadurch, daß bei der Beschreibung der westlichen Länder dieselben wahrheitswidrigen Beschreibungsmethoden, allerdings in ihrer entgegengesetzten, nur die jeweils positiven Seiten herausstellenden und damit jenes Negativ-Bild scharf kontrastierenden Weise angewendet werden.

Ihre Wirksamkeit entfalten antikommunistische Strategien u. a. in zahllosen gegen die UdSSR gerichteten Kampagnen, die wegen der in ihnen praktizierten Verletzung der Prinzipien eines Beitrags zum friedlichen Wettstreit der Ideen und Entwicklungswege tatsächlich nichts als Kampagnen und dabei nach dem Muster von Werbestrategien aufgebaut sind: In regelmäßigen Abständen werden vorhandene und verbreitete UdSSR-kritische Muster durch Produktion und Aufbereitung geeigneter „Fälle" und Konfliktfelder massen- und öffentlichkeitswirksam aufgefrischt und gefestigt.

Die Vorbereitungen der Mitgliedsländer der Olympischen Bewegung auf die Spiele der XXII. Olympiade werden in den westlichen Ländern bereits seit Jahren begleitet von Kommentierungen und Initiativen, deren gemeinsame Grundlage in den soeben skizzierten ideologischen Strategien liegt. Den Begründungs-Kern für die geforderten, aus Anlaß der Olympischen Spiele gegenüber dem Gastgeberland zu ergreifenden demonstrativen Maßnahmen liefern vor allem zwei Argumentationsmuster: bereits seit längerem der Vorwurf von Menschenrechts-Verletzungen in der UdSSR[35]); seit Beginn dieses Jahres die Rolle der UdSSR im Afghanistan-Konflikt. Zu beiden Entwicklungsetappen sollen hier die wesentlichen Stationen dokumentiert werden.

Zu den ersten Initiatoren der Boykott-Kampagne gehört der USA-Gewerkschaftsverband AFL-CIO im August 1978: Er lehnt Moskau als Austragungsort ab, „da in der Sowjetunion die Menschenrechte systematisch verletzt werden", fordert das US-amerikanische Olympische Komitee auf, „sich an die

34) Vgl. Jan Szepański, Reflexionen über das Alltägliche, in: Kurt Hammerich/Michael Klein (Hrsg.), Materialien zur Soziologie des Alltags, in: „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", Sonderheft 20/1978.

35) Für eine ernsthafte Erörterung der Menschenrechts-Frage vgl. u. a.: Robert Steigerwald, Menschenrechte in der Diskussion, Frankfurt/M. 1977; Bernd Greiner, Die „Menschenrechts-Kampagne" als Bestandteil der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, in: Peter Brokmeier/Rainer Rilling (Hrsg.), Beiträge zur Sozialismusanalyse II, Köln 1979; Hans Apel, Über Menschenrechte, in: „Blätter", 10/1979; Rolf Gössner, Die Vereinten Nationen und die Menschenrechte, in: „Blätter", 1/1978.

Spitze der Nationen zu stellen, die eine Verlegung der Spiele in ein anderes Land fordern, in dem die Menschenrechte und der Olympische Geist geachtet werden", und empfiehlt bei Aufrechterhaltung von Moskau als Austragungsort einen Boykott der Spiele[36]). Wenig später zieht auch der britische Außenminister Owen die Eignung der UdSSR als Ausrichter in Zweifel: Die Sowjetunion solle es nicht als gegeben erachten, daß die Spiele auch tatsächlich in Moskau stattfinden; Großbritannien könnte sich ggf. veranlaßt sehen, „in der Frage der Menschenrechte einen harten Standpunkt einzunehmen", und zwar müßte das dann der Fall sein, „wenn im britischen Volk und bei anderen Völkern der Welt das Gefühl zunehme, daß die Sowjetunion die Ethik und die Prinzipien, die der Olympischen Idee zugrunde lägen, weiter mißachte"[37]). Zur selben Zeit ruft der israelische Ministerpräsident Begin zu einem weltweiten Boykott der Spiele in Moskau auf; die Spiele dürften nicht stattfinden, „solange die UdSSR die Menschenrechte ignoriere und den sowjetischen Juden das Recht auf Auswanderung verweigere"[38]). Die bundesdeutsche CDU fordert bald danach „Solidarität aller westlichen Sportverbände bei der entschlossenen Abwehr der östlichen Attacken" gegen einen „freien, politisch unbeeinflußten Sportaustausch" und den Mut der bundesdeutschen Sportführung, Moskau '80 in Frage zu stellen; noch bis 1980 habe „die westliche Welt eine scharfe Waffe in der Hand. Sie besteht in dem Interesse Moskaus am ungestörten Ablauf seiner Spiele. Diese Waffe muß eingesetzt werden, wenn es erforderlich wird"[39]).

Eine erlesene internationale Gesellschaft hat sich da also bereits seit 1978 im selben Anliegen zusammengefunden. Durchweg werden diese Initiativen getragen von Kräften, die in ihrer politischen Programmatik und Praxis ihr zumindest zweifelhaftes Verhältnis zu Entspannung, sozialer, nationaler und politischer Gerechtigkeit und demokratisch-gesellschaftlichem Fortschritt bewiesen haben und sich dennoch zum Hüter der Olympischen Idee gegen deren vorgebliche Gefährdung im olympischen Gastgeberland Sowjetunion aufwerfen. All diese Initiativen stehen im offenen Widerspruch zu den genannten Prinzipien für internationale Großveranstaltungen als Feste friedlichen Wettstreits[40]). Sie hatten es jedoch nicht vermocht, sich zu einer einheit-

36) „Der Tagesspiel" v. 10. 8. 1978. Das NOK der USA ging allerdings hierauf nicht ein („Deutsche Volkszeitung" v. 25. 1. 1979).

37) „Der Tagesspiegel" v. 25. 8. 1978. Die theoretische Grundlage von Owens Argumentation ist in seinem gleichzeitig erschienenen Buch nachzulesen, das an Deutlichkeit in der „westlichen" Interpretation der weltweiten Menschenrechts-Lage nichts zu wünschen übrig läßt: David Owen, Menschenrechte – Das Gesicht der Freiheit, Wien/Hamburg 1979.

38) „Der Tagesspiegel" v. 29. 8. 1978.

39) „Sport Intern" (München) v. 14. 9. 1978.

40) Auszunehmen aus dieser Dokumentation kampagneartiger antikommunistischer und damit anti-olympischer Initiativen ist das Bemühen der Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International (A.I.), aus Anlaß der Olympischen Spiele die sowjetische Regierung um Klärung einer Reihe von Fällen möglicherweise rechtswidriger staatlicher Maßnahmen in der UdSSR zu ersuchen. Die Eingrenzung ihres Anspruchs auf die weltweit verdienstvolle Aufgabe des Gefangenenschutzes, das nicht-selektive und zugleich aufrichtige Bemühen um wirkliche Hilfe in begründeten Einzelfällen, das relativierende Urteil in der Benennung von gesellschaftlichen Ursachen und des entsprechenden Ausmaßes staatlich geduldeter oder veranlaßter Rechtsverletzungen sowie der Verzicht auf öffentliche Demagogie – diese Prinzipien, die die Arbeit von A.I. im wesentlichen bestimmen, geben dieser Organisation eine moralisch-humanitäre und damit legitime Basis für ihre Bemühungen auch im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 1980, die anerkannt werden sollte. Vgl. u. a.: Bredow, Die Zukunft der Entspannung, a.a.O., S. 185; „Der Tagesspiegel" v. 10. 10. 1979.

lichen und koordinierten Bewegung zusammenzuschließen und sich so zu einer unmittelbaren Bedrohung der Spiele, des „Olympischen Friedens", zu verdichten. Sie waren eher auf eine Taktik der permanenten Nadelstiche gegründet, allerdings durchaus mit der Perspektive eines Offenhaltens von weitergehenden „Optionen", die jederzeit entsprechend einer allgemein-politischen Opportunität gewählt und zur Zuspitzung auch von olympischen Krisen eingesetzt werden können.

Seit Beginn dieses Jahres ist ein solcher Fall eingetreten. Vor allem die Regierung der USA setzt offensichtlich gegenwärtig auf die „Option" Spannung und Krisenverschärfung. Unter Bezugnahme auf die Rolle der UdSSR in der Afghanistan-Krise beschloß die Carter-Administration einen Katalog von Sanktionen, in dem neben wirtschaftlichen, technologiepolitischen und anderen Maßnahmen auch die Möglichkeit eines Boykotts der Sommerspiele durch die USA enthalten war[41]). Die bald sichtbar werdende Kurzatmigkeit der anderen Sanktionsmaßnahmen sowie die weltweite Publizität und Symbolträchtigkeit der Olympischen Bewegung lieferten offenbar den Anlaß für die US-Regierung, ihre vordergründige Reaktion auf die Afghanistan-Krise vor allem auf ein Ultimatum zuzuspitzen: Wenn die Sowjetunion ihre Truppen nicht innerhalb Monatsfrist zurückgezogen habe, würden die USA nicht an den Sommerspielen teilnehmen[42]). Entsprechende Repressionen auf das zunächst zurückhaltend reagierende NOK der USA haben inzwischen zu dessen Zurückweichen vor dem politischen Druck geführt[43]). Dennoch zeichnet sich – so die Situation gegen Ende Januar – keineswegs ein „Erfolg" der Boykott-Kampagne ab: Bis dahin hatten vier sportpolitisch unbedeutende Länder ihre Teilnahme definitiv abgesagt; einige konservativ geführte Regierungen westlicher Länder wie Großbritannien, Holland und Kanada bekennen sich zur „Solidarität" mit den USA in dieser Frage. Die vorherrschende weltweite Tendenz zu diesem Zeitpunkt war jedoch eine grundlegend andere: Sie ist bestimmt durch zum Teil demonstrative Zurückweisung der Boykott-Forderung wie z. B. im Falle Frankreichs, durch die fast geschlossene Weigerung der nicht-paktgebundenen Länder, sich überhaupt mit der Boykott-Frage zu befassen, sowie durch das Bemühen der überwiegenden Mehrheit der für olympische Entscheidungen letztlich zuständigen NOKs, sich nach Möglichkeit nicht durch politischen Druck in eine Boykott-Entscheidung hineindrängen zu lassen.

Der hierin in besonders zugespitzter Weise erkennbare Kampf um die Erhaltung, Verwirklichung und Weiterentwicklung der kulturellen Idee und politisch-symbolischen Substanz der Olympischen Bewegung ist Ausdruck des allgemeinen Ringens um den künftigen weltpolitischen Kurs zwischen Entspannung bzw. Rückkehr zu Konfliktverschärfung und Kaltem Krieg. Ohne daß der aktuelle Anlaß, der Afghanistan-Konflikt, selbst hier analysiert werden könnte, sind einige Feststellungen zum Hintergrund der Boykott-Kampagne der USA zu treffen: Sie basiert auf Heuchelei, weil sie die eigene Ver-

41) „Der Tagesspiegel" v. 6. 1. 1980.
42) FAZ v. 22. 1. 1980.
43) FAZ v. 28. 1. 1980.

antwortung der USA für den Konflikt – direkt etwa durch die Unterstützung von gegen die Regierung in Kabul operierenden Guerillakräften, indirekt etwa durch die Blockierung des SALT II-Vertrages, die Beschlüsse zur Nuklearrüstung usw. – ausklammert. Die Kampagne stützt sich außerdem auf einen Vorwand, was unter anderem daran erkennbar ist, daß Interventionen westlicher Länder (Frankreichs in Afrika, Israels in Libanon, der USA in Vietnam, usw.) von seiten der Träger dieser Kampagne stets gebilligt, zumindest ohne Widerspruch in Kauf genommen werden. Die Verurteilung der UdSSR als Anlaß für die Boykott-Kampagne gründet zudem auf einer Projektion: Die vorwiegend machtpolitische Motivation der weltweiten USA-Politik, die sich gerade auch in den militärpolitischen Beschlüssen zu Beginn dieses Jahres ausdrückt[44]), wird einfach auf die Beweggründe für das internationale Verhalten der UdSSR projiziert. Nicht zuletzt schließlich ist die Kampagne Ausdruck einer doppelten Moral: Der Olympia-Boykott, der von seiten der westlichen Länder bei anderen Anlässen (z. B. wenn die afrikanischen Länder zur Durchsetzung ihrer Antirassismus-Politik zu diesem Mittel griffen) stets abgelehnt wurde, wird nun bei der Durchsetzung eigener Interessen rücksichtslos eingesetzt, obwohl gerade die Sowjetunion auf *olympischem* Feld stets konsequent und ausdrücklich auf entsprechende Maßnahmen – auch in Beantwortung der gegenwärtig gegen sie gerichteten Kampagne – verzichtet hat.

Für die Olympische Bewegung können sich aus dieser Boykott-Kampagne schwerwiegende Konsequenzen ergeben: Durch den anti-olympischen Boykott wird der Sport von seiten der USA-Regierung zum politisch beliebig nutzbaren Instrument degradiert, zur Fassade, hinter der allgemeinere politische Zielsetzungen durchgesetzt werden. Hiermit wird *allgemein*-politisch die Gefahr einer Wende gegen die Entspannungspolitik signalisiert, *sport*-politisch die Olympische Weltbewegung als eine jener eingangs dargestellten „Institutionen" internationaler Verständigung in abenteuerlicher Weise aufs Spiel gesetzt. Für die innenpolitische Situation in der BRD und für das Vorfeld der Bundestags-Wahl ist es aufschlußreich, daß sich die CDU ohne Zögern und ohne jeden Vorbehalt in die Boykott-Front eingereiht hat[45]) und damit zu erkennen gibt, daß sie von dieser „scharfen Waffe", von der bereits zuvor die Rede war, bedenkenlos Gebrauch zu machen bereit ist. An das NOK der Bundesrepublik – und entsprechende Voraussetzungen scheinen hierfür gegeben zu sein, was sich unter anderem in der besonnenen Haltung von NOK-Präsident Daume und DSB-Präsident Weyer ausdrückt – wie an die olympischen Organe insgesamt ist die Erwartung zu richten, daß sie sich weiterhin nicht beliebig politisch instrumentalisieren lassen werden: „Sie müssen kraft eigener Entscheidung für eine Stärkung der Kräfte und Tendenzen eintreten, die die Voraussetzung einer weiteren Entfaltung der Olympischen Bewegung und ihrer Ziele darstellen. Dies kann nach allen Erfahrungen der vergangenen Jahre nur eine Politik der Entspannung, der internationalen Verständigung, der Zusammenarbeit und des Willens zur Vertrauensbildung sein."[46])

44) „Deutsche Volkszeitung" v. 10. 1. 1980 („Carter will Entspannung am Hindukusch begraben").
45) FAZ v. 23. 1. 1980. Vgl. in dieser Richtung auch die verräterische Sprache der FAZ, die von Moskau '80 als einem weltpolitisch notwendigen „Opfer" spricht (22. 1. 1980).
46) Allgemeiner Hochschulsportverband, Erklärung zur aktuellen Bedrohung der Olympischen Bewegung, Darmstadt 24. 1. 1980.

Die weitere Entwicklung bezüglich der Spiele der XXII. Olympiade in Moskau und Tallinn wird als ein *Indiz* für die künftige weltpolitische Entwicklung gewertet werden können. Die Olympische Bewegung selbst wird, wenn die akute Bedrohung abgewendet werden kann, gefestigt und um so nachhaltiger ihre Möglichkeiten als Feld friedlichen internationalen Wettstreits entfalten können.

Krieg ist kein Spiel

Von Jochen August, Ulrich Kosub, Jörg Putz, Stephan Reuß, Uta Reuß und Ulrike Sattler*)

Am 1. Dezember 1979 trat in Schweden eine Übereinkunft über das Verbot des Verkaufs von Kriegsspielzeug in Kraft. An der Übereinkunft waren auf der einen Seite das schwedische Verbraucherschutzamt sowie das „Spielumweltschutzamt" und auf der anderen Seite die betroffenen Branchenorganisationen beteiligt. Die Übereinkunft regelt auf freiwilliger Basis das Verbot, „Erzeugnisse mit militärischer Verknüpfung, welche sich in der Hauptsache auf den Krieg ab 1914 beziehen", und zwar „Spielsachen, Spiele, Modellbausätze in Form von Soldatenfiguren und Kriegsumständen" (sogenannten Dioramen) zu verkaufen. Der Verkauf anderer Modellbausätze mit militärischer Thematik hat nach dieser Vereinbarung „zurückhaltend zu erfolgen"[1]).

Einige Angaben zur Vorgeschichte der schwedischen Vereinbarung: Im Herbst 1977 und im Frühjahr 1978 wurde dem schwedischen Reichstag durch mehrere Anträge die Vorlage gemacht, ein Verbot der Herstellung und der Einfuhr bzw. des Verkaufs von Kriegsspielzeug durchzusetzen. Diese Anträge wurden im Wirtschaftausschuß des Reichstags beraten. Ergebnis dieser Beratungen war der Antrag, das Angebot an Kriegsspielsachen zu „sanieren". Mit großer Mehrheit entschied sich der Reichstag im Frühjahr 1978 für eine Begrenzung des Verkaufs von Kriegsspielzeug, allerdings mit der Einschränkung, kein gesetzliches Verbot einzuführen, sondern eine freiwillige Übereinkunft zwischen den zuständigen Behörden und der Spielzeugbranche zu erreichen[2]).

*) Die Autoren gehören dem „Koordinationskreis Jugend gegen Rechtsextremismus" in Berlin (West) an; d. Red.

1) Die schwedische Vereinbarung gegen Kriegsspielzeug ist mit einem erläuternden Brief des schwedischen Verbraucherschutzamtes abgedruckt in: *Krieg ist kein Spiel*. Dokumentation zum Thema Kriegsspielzeug, zusammengestellt und herausgegeben vom Koordinationskreis Jugend gegen Rechtsextremismus, Berlin 1979, S. 27 ff. Die Broschüre kostet 2,00 DM und ist erhältlich bei: Jochen August, Tegeler Weg 7, 1000 Berlin 10, oder durch Überweisung auf das Konto Nr. 3441 69–600, Jochen August, beim Postscheckamt Frankfurt am Main.

2) Ebd.

Die dargestellte Vereinbarung fand auch im europäischen Ausland starke Beachtung, weil sie in ihrer Art bislang einmalig sein dürfte. Dies sollte aber nicht daran hindern, ihren Inhalt kritisch zu analysieren, nicht zuletzt unter dem Aspekt, ob sie Beispiel für eine entsprechende Regelung in der BRD sein kann.

Bei der schwedischen Vereinbarung handelt es sich „um eine Vereinbarung mit quasi gesetzlichem Charakter". Vereinbarungen dieser Art „in einer Art permanenter konzertierter Aktion zwischen Ministerialbürokratie und betroffenen Groß-Verbänden sind in Schweden häufig"[3]).

Der schwerste Mangel dieser Übereinkunft ist, daß sie sich auf einen Grundkonsens der Freiwilligkeit stützt. Bei einer nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Branche muß davon ausgegangen werden, daß sie sich den Anforderungen des Marktes anpaßt. Es sind aber Situationen und Umstände denkbar, die eine Nachfrage nach Kriegsspielzeug in hohem Maße fördern. Die bisherigen historischen Erfahrungen zeigen, daß sich eine kapitalistisch ausgerichtete Marktwirtschaft schnell, flexibel und skrupellos einer geänderten Nachfrage anpaßt. Es besteht also die Gefahr, daß eine freiwillige Übereinkunft zur Makulatur verkommen würde. Ein Gesetz hätte dagegen den Vorteil einer größeren Verbindlichkeit.

Anlaß zur Kritik der schwedischen Vereinbarung gibt auch die Analyse ihres Zustandekommens.

Das vergangene Jahrzehnt ist angesichts eines nuklearen Vernichtungspotentials von dem Willen gekennzeichnet, ein möglichst friedliches Zusammenleben der Völker zu gewährleisten. Die Angst jedes einzelnen Menschen vor physischer Vernichtung hat durchaus einen Umdenkungsprozeß in Bewegung gebracht, der bei vielen Eltern und Erziehern auch Vorbehalte gegenüber dem Kauf von Kriegsspielzeug erzeugt hat. Dieser Entwicklung hat sich das schwedische Parlament nicht verschlossen, sondern vielmehr das Verbot von Kriegsspielzeug gefordert. Nur: nachdem die Angelegenheit im Wirtschaftsausschuß des schwedischen Reichstags untersucht worden war, war von einem Verbot nicht mehr die Rede. Vorgeschlagen wurde nur noch eine „Sanierung des Angebots" und eine „Begrenzung des Verkaufs". Ein schlichtes und eindeutiges Verbot von Kriegsspielzeug wurde als unrealistisch und nicht durchsetzbar bezeichnet.

Dieser Meinungsbildungsprozeß läßt klar erkennen, wie hier gewichtet wurde. Ein zunächst ausschließlich humanitäres Problem wurde durch wirtschaftliche Aspekte pervertiert. Das schlägt sich auch in der Vereinbarung nieder: Modellbausätze für Kriegsschiffe, Panzer und Bombenflugzeuge usw. dürfen nach wie vor vertrieben werden, weil „deren hauptsächliche Zielsetzung darin besteht, Teile zusammenzusetzen und zu sammeln" (so das schwedische Verbraucherschutzamt)[4]). Im übrigen dürfen nur solche Produkte nicht

3) Hanne Birckenbach, Statt gesetzlichem Verbot: „Selbstbeschränkung"?, in: „anti-militarismus-information" (ami), 3/1979, S. 40 a.

4) Krieg ist kein Spiel, a.a.O., S. 28.

verkauft werden, die sich „in der Hauptsache auf den Krieg ab 1914 beziehen". Alles, was z. B. zum Cowboy-und-Indianer-Spiel erforderlich ist, darf also weiter vertrieben werden. Es drängt sich die Frage auf: ist das gespielte Töten eines Indianers etwas anderes als das gespielte Töten eines Soldaten? – oder anders gefragt: welchen Sinn, welchen Erfolg soll eine Vereinbarung zum Verbot von Kriegsspielzeug haben, wenn Gewaltspielzeug nach historischen Ereignissen differenziert wird? In einer Erläuterung zu der Vereinbarung erklärt das Schwedische Verbraucherschutzamt ausdrücklich: „Die Absicht der Übereinkunft besteht in erster Linie darin, eine Sanierung des Sortiments an Kriegsspielsachen zu erreichen, welche bei Spielen jüngerer Kinder zur Anwendung kommen."[5]) Gerade „jüngere Kinder" dürften nicht in der Lage sein, einen Sheriff-Colt von einer Walther-Pistole zu unterscheiden.

Die vorstehende Analyse der Vereinbarung in Schweden zeigt unseres Erachtens deutlich den Weg auf, der in der BRD beschritten werden sollte: Der Deutsche Bundestag sollte in Form eines deutlich und zweifelsfrei formulierten Gesetzes das Verbot der Herstellung und des Vertriebs jeder Art von Kriegsspielzeug aussprechen. Dabei sollte auch der Export von Kriegsspielzeug untersagt werden. Eine solche Regelung hätte auch im Ausland eine nachhaltige und richtungsweisende Wirkung angesichts dessen, daß die BRD eines der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt ist, und daß die Folgen der faschistischen Vergangenheit, die nicht zuletzt mit dem deutschen Militarismus verbunden ist, weiter wirksam sind.

Um diese Frage gesetzlich regeln zu können, ist es notwendig zu klären, was unter Kriegsspielzeug zu verstehen ist. Die Spanne der Versuche einer Begriffsbestimmung von Kriegsspielzeug reicht von einer bloßen Beschreibung oder Aufzählung über die Einbeziehung des Spielverhaltens von Kindern bis hin zu einer Verbindung beider Ansätze, z. B.: „Kriegsspielzeug ist dasjenige Spielzeug, das Krieg abbildet und mit dem Krieg gespielt wird."[6]) Bundesjustizminister Dr. Vogel rechnete z. B. in seiner Rede vor der Arbeitsgemeinschaft Spielzeug e.V. im Oktober 1978 zum Kriegsspielzeug „alle Nachbildungen von Waffen, Pistolen, Gewehren, Raketen, Granaten, militärischen Fahrzeugen, Panzern, Flugzeugen, Kriegsschiffen, alle Attribute für die Darstellung von Kampfsituationen oder Schlachtfeldern, Sandsackbarrikaden, Steinmauern, zerstörte Häuser, Ruinen, Bunker, Stacheldrahtzäune und was es in dieser Art noch alles mehr gibt". Dabei sei es „unwesentlich, ob es sich um sogenanntes Funktionsspielzeug, also fertige Nachbildungen, oder um Modellbausätze handelt, denn Thematik und Zweckbestimmung sind bei beiden die gleichen"[7]).

Unseres Erachtens am brauchbarsten ist der von Bernhard Kroner vorgelegte Versuch einer dreistufigen Definition von Kriegsspielzeug: „1. Kriegsspielzeug wird *eindeutig Kriegsspielzeug* genannt, wenn es den *aktuell*-mögli-

5. Ebd.
6) Dr. Bernhard Kroner, Definitionen von Kriegsspielzeug, in: Ist das noch Spielzeug? Katalog einer Ausstellung in der Galerie 70 Berlin, Berlin 1979, S. 16–43; hier S. 36.
7) Abgedruckt in: Krieg ist kein Spiel, a.a.O., S. 18–23; hier S. 19.

chen Krieg *direkt* abbildet und wenn es Kinder *vermutlich sehr stark subjektiv* dazu anregt, kriegerische Realitäten nachzuspielen. Beispiel: Panzer, B 52-Bomber, Flugzeugträger, aber auch militärische Uniformen samt Zubehör (wie MG, „Panzer-" oder „Luftschlacht").

2. In einer *zweiten Klasse von Kriegsspielzeug* werden diejenigen Spielzeuge zusammengefaßt, die

– den *aktuell*-möglichen Krieg *direkt* abbilden und Kindern *vermutlich nicht allzu deutlich* den *subjektiven* Eindruck vermitteln, daß es sich bei Spielzeug primär um Abbild von Krieg handelt; Beispiel: Kartenquartett „Unser Heer", Schiffe versenken (. . .), Comics über den Zweiten Weltkrieg.

– den *aktuell*-möglichen Krieg *indirekt* abbilden, unabhängig davon, wie stark sie zum Nachspielen des Kriegs anregen (z. B. Diplomacy);
– *utopische Waffen des künftigen* intergalaktischen Kriegs direkt abbilden (. . .),
– *historische* Kriege *direkt* abbilden, unabhängig davon, wie stark sie an Krieg erinnern; (. . .)

3. Alle anderen Spielzeuge, an denen das Thema Krieg abgebildet wird, bilden eine *dritte Klasse von Kriegsspielzeug*. Beispiele: Gewehre, Armbrüste, Zinnfiguren (zum Gießen) aus dem wilhelminischen Reich; Indianer, Ritter, römische Soldaten, Strategiespiel „Catadel", Seeschlacht mit Segelschiffen"[8]).

Macht Kriegsspielzeug aggressiv?

Zu den in bezug auf Kriegsspielzeug umstrittenen Fragen gehört auch, ob Kriegsspielzeug Kinder aggressiv macht. Kriegsspielzeug ist sicher nicht die Ursache aggressiven Verhaltens. Diese ist eher in den Lebensumständen der Kinder zu suchen und in den Einflüssen, denen Kinder ausgesetzt sind. Entscheidend dafür, wie aggressiv ein Kind ist oder nicht, ist eher, daß Gewalt und ihre Anwendung in unserem Land zum Alltag und damit auch zur Alltagserfahrung von Kindern gehört. Fälle von Kindesmißhandlung sind hier nur die offensichtlichsten Beispiele. Körperliche Züchtigung wird weitgehend als pädagogisches Mittel zur Kindererziehung anerkannt (zum Teil sogar noch von Gerichten[9])). Auch Fernsehen, Presse, Comics führen Gewaltdarstellungen vor. Gewalt wird in unserer Gesellschaft ständig „vorgelebt".

Zu diesen Gewalt eher fördernden Erscheinungen gehört auch Kriegs- und Gewaltspielzeug. Kriegsspielzeug und Kriegsspiel bieten aggressives Konfliktlösungsverhalten an und üben es ein und bestätigen vorhandene aggressive Verhaltensmuster. Beim Spielen mit Kriegsspielzeug werden bestehende Muster der Westerfahrung bestätigt. Kriegsspielzeug fördert Denken in Feindkategorien. Es verharmlost die Folgen von Krieg und Gewalt. Krieg wird

8) Kroner, a.a.O., S. 39 (Hervorhebungen von Kroner).
9) Vgl.: Johannes Esser (Hrsg.), Wohin geht die Jugend? Gegen die Zukunftslosigkeit unserer Kinder, Reinbek b. Hamburg 1979, S. 20 ff.; Materialien zum Thema der Gewalt, der Kinder ausgesetzt sind, enthält vor allem Teil 1.

als „einfach vorhanden" betrachtet. Kriegsspielzeug kann eine Haltung fördern, Gewalt und Krieg als übliche und akzeptable Mittel zur Lösung von Problemen anzusehen.

Festzustellen ist: Solange Kinder Gewalt erleiden und solange Kindern Krieg und Gewalt als bevorzugte Mittel zur Lösung von Problemen vorgelebt werden, wäre es verwunderlich, wenn Kinder dies nicht nachspielten.

Verwiesen sei noch darauf, daß einige Untersuchungen Material für die Annahme liefern, daß das Spielen mit Kriegsspielzeug Kinder eher aggressiver macht[10]).

Die grundlegende Frage beim Kriegsspielzeug ist deshalb eine politische. Dies darf uns aber nicht davon abhalten, wie damit umzugehen ist, daß Kriegsspielzeug existiert und daß Kinder auch welches haben möchten – sei es „nur", weil auch andere Kinder welches haben.

Ein Vater beschreibt das Problem. Er hatte seinen Kindern erklärt, warum er ihnen keine Pistole kaufe und sie hatten daraufhin auch gesagt, schießen sei „doof". Er berichtet weiter: „Einige Tage später beobachteten wir sie beim Spielen mit anderen Kindern. Stöcke und ausgestreckte Zeigefinger dienten als Pistolen und Gewehre; es ist absehbar, daß sie demnächst von erspartem Taschengeld sich das selbst kaufen werden, was wir Eltern ihnen vorenthalten. Krieg spielen scheint ‚selbstverständlich'. Wir erleben also, daß wir mit unserem Wunsch, Erziehung ohne Kriegsspielzeug und spielerische Mordwerkzeuge oder gar gegen das Kriegsspielzeug zu gestalten, Schiffbruch erleiden. Wir erleben, daß man innerhalb einer Familie nicht aufheben kann, was die gesamte Gesellschaft prägt. Die Umwelt vereitelt den Versuch der Eltern, den Kindern keine spielerischen Mordwerkzeuge zu geben. Man kann ‚im Kleinen' leider nicht waffenlos leben. Deshalb müssen Umwelt und wir uns ändern, wenn kindliches Kriegsspiel überflüssig werden soll. Einstweilen bleibt keine andere Möglichkeit als die, Konflikte in der Auseinandersetzung mit den Kindern um die Kriegsspielzeugfrage nicht zu scheuen, diese möglichst argumentativ und nicht gewalttätig auszutragen und an der Schaffung von politischen Voraussetzungen mitzuarbeiten, die das Militär mehr und mehr überflüssig machen. Das Kriegsspiel der Kinder ist ja nur die Widerspiegelung der Tatsache, daß wir selbst noch nicht ohne Krieg und alles, was zu seiner Vorbereitung für notwendig gehalten wird, leben können. Dies ist kein Freibrief für Kriegsspiel. Die Abrüstung im Kinderzimmer bleibt ein kleiner Schritt auf einem langen Weg."[11])

Die pädagogischen Betrachtungen zum Thema Kriegsspielzeug verdeutlichen, wie stark die Haltung dazu – bei Kindern wie bei Erwachsenen – von der Behandlung von Gewaltanwendung, Rüstung und Krieg in der Gesellschaft in

10) Zum Komplex Kriegsspielzeug und Aggressivität vgl.: Bernhard Kroner, Ist das noch Spielzeug? in: „Psychologie heute", 12/1977, S. 14–22; Alfred Walter, Aggressiv durch Spielzeug?, in: ami 3/1979, S. 26–28.

11) Volkmar Deile, Abrüstung im Kinderzimmer – oder: Wie man Kriegsspielzeug thematisiert, in: 1. September 1939 – 1. September 1979. 40 Jahre nach Beginn des 2. Weltkriegs. Eine Arbeitshilfe, hrsg. vom Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, Frankfurt am Main 1979, S. 80 f.

den in ihr zur Verfügung stehenden Medien abhängig ist. Die Einstellung dazu ist auch abhängig von der Verteilung und Kontrolle der politischen Macht sowie den ökonomischen Herrschaftsverhältnissen. Hinzu kommt, welche gesellschaftlichen Wertvorstellungen vorherrschend sind. Sie werden geprägt durch historische Erfahrungen und die sozialen Bedingungen in einer Gesellschaft.

Kriegsspielzeug im Dritten Reich

So begann die nationalsozialistische Propaganda schon 1933, Spielzeug und im besonderen Kriegsspielzeug für ihre Zwecke zu nutzen. Hein Retter berichtet, daß die Spielzeug-Fachpresse die Umsatzsteigerung des Spielzeughandels im Weihnachtsgeschäft 1935 bis zu 25% insbesonders auf die Neuentwicklungen im Bereich des Kriegsspielzeugs zurückführte. Die Kriegsvorbereitungen und waffentechnischen Neuerungen des NS-Staates hätten sich in den folgenden Jahren auch in der Verbreitung entsprechenden Spielzeugs niedergeschlagen[12]). So war z. B. im November 1935 folgender Werbetext zu lesen: „Das neue Deutschland im Abbild des Spielzeugs: Kampfflieger-Doppeldecker mit an- und abstellbarem MG-Geknatter, Bombenflieger mit Hoheitsabzeichen, Flak-Kanone mit Gummigranaten und Amorces, Scheinwerferauto mit beleuchtetem Scheinwerfer, Wagen des Führers in naturgetreuer Ausführung, neuer Mercedeswagen in Stromlinienform: Reichsautobahn – ein neues Aufbauspiel."

Nach 1933 wurden ferner Gesellschafts-, Lege- und Kartenspiele herausgebracht, die ebenfalls im Dienst der nazistischen Propaganda standen. 1933/34 wurde für solche Spiele mit Anzeigentexten wie den folgenden geworben: „Musikdose, das Horst-Wessel-Lied spielend – mit Genehmigung der Horst-Wessel-Erben und Gutachten der obersten Behörden." „Wie lege ich das Symbol des neuen Deutschland und viele andere Sinnworte der nationalen Erhebung? Adolf-Hitler-Legespiel. Durch seine Eigenart und Vielseitigkeit *der* Schlager." (Hervorhebung im Original) „Das schönste Geschenk bei jeder Gelegenheit ist das amtlich genehmigte und ges. gesch. Führerquartett-Spiel. 60 Bildkarten: Die führenden Männer des Dritten Reiches, (. . .) Packende naturgetreue Aufnahmen, beste Aufmachung!" „Durch Kampf zum Sieg! Lehr- und Unterhaltungsspiel für Jung und Alt. Der Schlager der Gegenwart."

Nach Kriegsbeginn galt es, „Wehrhaftigkeit" und Durchhaltevermögen in der Bevölkerung zu stärken. Nicht nur der „äußere" Feind, sondern auch der „innere" sollten auch mit dem Spielzeug gezielt bekämpft werden. Retter führt als typische Beispiele für Anzeigen bzw. Rezensionen in der Deutschen Spielwaren-Zeitung von 1940 und 1941 an: „Wir kämpfen gegen England. Geselligkeitsspiel für 3 Spieler. Feindliche Schiffe und Flugzeuge, die einen Angriff auf Deutschland planen, werden durch die drei Waffengattungen der drei Spieler vernichtet. (. . .) Wer die meisten feindlichen Fahrzeuge durch

12) Hein Retter, Spielzeug. Handbuch zur Geschichte und Pädagogik der Spielmittel, Weinheim und Basel 1979, S. 195 ff.; dort auch die folgenden Zitate.

Spielfiguren abdecken kann, hat gewonnen." „Achtung! Feind hört mit." Das Ziel des Spiels ist „das Einkreisen eines Spiones". „Wehrschach. Deutschlands führendes militärisches Kampf-Lehrspiel. Eingeführt durch Sondererlasse bei: Wehrmacht, Waffen-SS, Polizei, Reichs-, Gau- und Kreisschulen, HJ, RAD (. . .)."[13])

Die unter Partei- und Staatsaufsicht stehenden Medien wurden für die Durchsetzung der Macht- und Herrschaftsansprüche der Nationalsozialisten genutzt. Dem Bestreben der Nazis, die Förderung von Kriegsspielzeug für ihre Zwecke einzusetzen, haben sich viele Vertreter der Spielzeugindustrie willig und profitbewußt angeschlossen. Bei den Verbrauchern hatte diese Propaganda Erfolg, wie die Umsatzzahlen bestätigen.

Der Sieg über den deutschen Faschismus und das Ende des Krieges veränderte auch die Einstellung zum Kriegsspielzeug. „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus" war nicht nur eine politische Parole, sondern eine weit verbreitete Grundeinstellung der Bevölkerung. Die Schrecken des Krieges saßen den Erwachsenen noch zu tief in den Knochen, als daß sie ihren Kindern Kriegsspielzeug in die Hand gegeben hätten. Das Nachdenken über NS-Staat und Krieg wirkte sich auch auf die Auseinandersetzung um gutes und schlechtes Spielzeug aus: „Hätten wir schon damals Bleisoldaten, Säbel und Schießgewehre aus der Spielzeugkiste unserer Kinder verbannt, dann wäre unsere Jugend nicht so begeistert in den Krieg gezogen, dann hätte sich so mancher junge Mensch als Wachsoldat in den Konzentrationslagern nicht so bestialisch benommen."[14]) Die strikte Ablehnung von Kriegsspielzeug war daher nur folgerichtig. Anders betrachteten die Hersteller von Spielzeug die Situation. Die Nachfrage nach Kriegsspielzeug auf dem Weltmarkt war nach dem Sieg über den deutschen Faschismus sehr groß[15]). Produktion und Export von Kriegsspielzeug waren unter ökonomischen Gesichtspunkten wohl trotz der Kriegserfahrungen für Verantwortliche in der westdeutschen Spielwarenindustrie noch immer von großem Reiz.

Die Bundestagsentschließung gegen Kriegsspielzeug 1950

Diese Gegensätze wurden auch in der Bundestagsdebatte vom 13. Juni 1950 deutlich. Die Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken" hatte an den Petitionsausschuß des Bundestages eine Eingabe gemacht, mit der sich der Ausschuß für innere Verwaltung und der Ausschuß für Jugendfürsorge beschäftigten. Nach den Beratungen in den Ausschüssen wurde dem Plenum des Deutschen Bundestags folgender Antrag vorgelegt:

„Die Bundesregierung wird ersucht:

1. Herstellung und Vertrieb von Kriegsspielzeug jeglicher Art in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern;

13) Ebd., S. 200.
14) K. Dopf, Kinderspielzeug und Erziehung, in: „Unser Weg" 5, 10/1950 (1959; ?), S. 37; zitiert nach: Retter, a.a.O., S. 249. Als Erklärung des Faschismus wäre diese Meinung sicher fragwürdig. Sie ist jedoch charakteristisch für die damalige Zeit.
15) Vgl. Retter, a.a.O., S. 253.

2. bei der Alliierten Hohen Kommission darauf hinzuwirken, daß die Abgabe oder Überlassung von Kriegsspielzeug jeglicher Art durch Angehörige der Besatzungsmacht an deutsche Kinder in Zukunft unterbleibt."[16])

In der Debatte über den Antrag betätigten sich die Herren Dr. Decker von der Bayern-Partei und Dr. Horlacher von der CSU als Interessenvertreter der Spielwarenindustrie. Unter dem Vorwand, Arbeitsplätze in der Spielzeugproduktion erhalten zu wollen, setzten sie sich in zwei Änderungsanträgen für die weitere Produktion von Kriegsspielzeug bzw. für die Einschränkung des Vertriebsverbots nur „für deutsche Kinder" ein. Die Exportinteressen der Spielwarenindustrie sollten gewahrt bleiben. Dies stand im Gegensatz zu der von beiden Abgeordneten vorgetragenen moralischen Verurteilung von Kriegsspielzeug.

Alle anderen Redner in der Debatte sprachen sich für den Antrag in der vorgelegten Fassung aus und begründeten ihre Ablehnung von Kriegsspielzeug hauptsächlich mit moralischen und pädagogischen Gesichtspunkten. Auf den politischen Kern ging nur die Abgeordnete Grete Thiele von der KPD-Fraktion ein. Ihr genügte es nicht, nur Kriegsspielzeug zu verbieten und sonst keine Maßnahmen gegen den Krieg und die ihrer Ansicht nach drohende Kriegsgefahr zu unternehmen. Sie forderte dazu auf, „etwas mehr zu tun, als einen Antrag anzunehmen, der den Vertrieb von Kriegs-Kinderspielzeug verbietet" und den Stockholmer Appell zum Verbot der Atomwaffen zu unterzeichnen[17]). Der Antrag gegen Kriegsspielzeug wurde schließlich gegen wenige Gegenstimmen angenommen.

Ein hoffnungsvoller Beginn, sollte man meinen. Aber der Beschluß des Bundestags wartet bis heute auf seine Realisierung. Am 13. Dezember 1951 beantragte die KPD-Fraktion des Bundestags erneut: „Die Bundesregierung wird verpflichtet, dem Bundestag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Herstellung, der Verkauf, die Ein- und Ausfuhr von Kriegsspielzeug verboten und unter Strafe gestellt wird." Der Antrag wurde an den Innen- und an den Ausschuß für Jugendfürsorge überwiesen, „da die zuständigen Ausschüsse zweifellos Anlaß zu einer gründlichen Beratung haben werden"[18]).

„Wo blieb der Entwurf?" fragte der „Spiegel" im Dezember 1954. Über das weitere Schicksal der Bundestagsentschließung war bekannt, daß das Bundeswirtschaftsministerium beauftragt worden war, etwas gegen Kriegsspielzeug zu tun. Der „Spiegel" weiter: „Tatsächlich ist denn auch ein Referentenentwurf für ein entsprechendes Gesetz zustandegekommen. Der Entwurf wurde sogar dem Bundeskabinett zugeleitet. Aber dort verlieren sich seine Spuren. In den vier Jahren, die seither ins Land gegangen sind, tauchte er nicht wieder auf, und wer heute danach fragt, wo der Entwurf denn nun ge-

16) Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Drucksache Nr. 1036. Diese Bundestagsdrucksache, ebenso wie Auszüge aus der Bundestagsdebatte am 23. 6. 1950, Stenografischer Bericht, 72. Sitzung, S. I/1619 ff., sind abgedruckt in: Krieg ist kein Spiel, a.a.O., S. 9 ff.

17) Krieg ist kein Spiel, a.a.O., S. 12.

18) ami, 3/1979, S. 34 f.; ursprünglich in: Deutscher Bundestag. Stenographische Berichte I/181, Sitzung vom 13. 12. 1951, S. 7576–77.

blieben sei, erhält zur Antwort, daß sich dies so ohne weiteres, ohne Recherchen im Aktenkeller, nicht mehr feststellen lasse."[19]) Dabei blieb es erst einmal.

Bis heute gibt es weder auf Bundes- noch auf Länderebene dem Auftrag von 1950 entsprechende Gesetze, Verordnungen oder verbindliche Empfehlungen. Die gesellschaftliche Entwicklung ist über diese Initiative von 1950 hinweggegangen. Aufrüstung und Kalter Krieg, der Eintritt der BRD in die NATO, der Aufstieg zu einem der führenden Industriestaaten hat die moralischen Kategorien dieser Zeit verdrängt. „Wir sind wieder wer", und da paßt die Moral von einst höchstens noch in die politische Diskussion von Minderheiten oder in die Privatsphäre. Aber auch dort ist sie wohl nicht mehr weit verbreitet, sonst könnte die Spielzeugindustrie für Kriegsspielzeug wohl kaum in dieser Weise werben: „Tankattack. Das einzige Panzerspiel der Welt mit Elektronik-Computer. Ein Panzerspiel für Erwachsene und Kinder, bei dem jeder Spieler Oberbefehlshaber über ein Land und dessen Streitmacht ist. Jede Truppe hat eine Abteilung von 12 Panzern in unterschiedlicher Gefechtsstärke. Ziel ist, das feindliche Hauptquartier zu besetzen oder die feindlichen Truppen zu besiegen. Das für die Taktik-Programmierung des Computers erforderliche strategische Denken bei einer stets wechselnden Kampfsituation macht den Wert dieses fesselnden und realistischen Konflikts-Spieles aus."[20])

Seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre ist wieder eine Zunahme an Kriegsspielzeug festzustellen. Gleichzeitig gibt es im Bundestag verstärkt Anfragen zum Thema Kriegsspielzeug[21]). Von seiten der Spielzeugindustrie und des Handels stärker beachtet wurde eine Rede, die Bundesjustizminister Vogel auf der Festveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Spielzeug e.V. Bamberg am 1. Oktober 1978 hielt. In dieser Rede zog er zwar gegenwärtig „ein Eingreifen des Gesetzgebers, etwa in Gestalt eines Verbotes des Vertriebs von Kriegsspielzeug" nicht in Betracht, appellierte jedoch „an die Verantwortlichen in Industrie una Handel (. . .), ihrerseits das Mögliche zu tun". Vogel weiter: „Das Mögliche läge in einer Selbstkontrolle, in einer Selbstbeschränkung, wie sie schon seit längerem auf anderem Gebiet – bei der Werbungsbeschränkung der Zigarettenhersteller – und in jüngster Zeit hinsichtlich der Gewaltdarstellungen im Fernsehen Wirklichkeit geworden ist."[22])

Auf einer Mitgliederversammlung in Hannover verabschiedete der Spielzeug-Einzelhandelsverband daraufhin eine Empfehlung an die Händler, „kein Kriegsspielzeug mehr zu kaufen und zu vertreiben. Außerdem sollten die Händler aggressive Werbung und Verpackung im Bereich des Modellbaus ablehnen"[23]). Auch der Präsident des Verbandes der deutschen Spiel-

19) „Der Spiegel" 51/1954 v. 15. 12. 1954, S. 5 f.
20) Aus einer Beilage der Fachzeitschrift „Das Spielzeug" im Jahre 1977; abgedruckt in: Krieg ist kein Spiel, a.a.O., S. 34.
21) Vgl. ami, 3/1979, S. 35 ff.
22) Krieg ist kein Spiel, a.a.O., S. 18 ff.; Auszüge auch in: ami, 3/1979, S. 41 f.
23) ami, 3/1979, S. 38.

warenindustrie, Georg Meidenbauer, empfahl Zurückhaltung und Selbstbeschränkung. Anknüpfend an die Rede von Vogel rief er im Dezember 1978 dazu auf, „keine Neuheiten mehr in mechanischen Kriegsspielzeugen zu bringen und das vorhandene Angebot zu *minimieren* (. . .), kein mechanisches Kriegsspielzeug mehr einzukaufen und die Selbstbeschränkung zu üben und fortzusetzen, die einige Häuser schon seit Jahren praktizieren. (. . .), bei den ausländischen Herstellern kein Kriegsspielzeug zu kaufen, und bei Modellbausätzen auf den Verpackungen keine Kriegsszenen zu dulden und Ware, die solches immer noch zeigt, abzulehnen." Weiter sprach er „von unserer guten deutschen Spielwarenlandschaft, auf die wir stolz sind" und davon, daß „Kriegsspielzeug der eindeutigen Art (. . .) als eine Form der Umweltverschmutzung unserer Spielzeuglandschaft bezeichnet werden" könnte[24]).

Die Spielzeugfirma Cleve z. B. warb für ihr Spielzeug AXON mit dem „Slogan „Kriegsspielzeug? Wir haben schon lange abgerüstet" und zeigte einen Trümmerhaufen von Kriegsspielzeug[25]). Die Rede Vogels bekam von seiten der Spielwarenindustrie keine ungeteilte Zustimmung. In der Zeitschrift „Modellbau-Magazin" war zu lesen: „Wir Modellbauer sollten uns durch diese (teilweise gesteuerten) Aktionen nicht ins Bockshorn jagen lassen."[26]) Die Firma Edison Giocattoli Sp.A. schreibt in der Werbung für ihr Produkt „Flippy-Munition": „(. . .) Die Produktion von für Flippy-Munition geeigneten Spielzeugwaffen wächst unaufhaltsam, und das hat sicher seinen Hauptgrund in der Tatsache, daß die alljährlichen ‚Hexenjagden' auf Spielzeugwaffen und -munition uns nicht schrecken, da wir ihren Veranstaltern überzeugende Argumente entgegenzusetzen haben. Denn Flippy ist eine sichere, zuverlässige Munition. . . . Die ‚Hexenjagden' gehen ‚Flippy' nichts an. Die meisten Spielwaffenhersteller in Europa wissen das, haben das klar erkannt . . ."[27])

Kürzlich hat sich auch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (HdE) gegen ein Verkaufsverbot für Kriegsspielzeug gewandt und verwies auf die „Selbstbeschränkung" der Wirtschaft sowie ihren Appell, den Verkauf von Kriegsspielzeug nicht zu *forcieren*[28]).

Industrie und Handel reagieren also auf Kritik. Hanne Birckenbach ist zuzustimmen, wenn sie schreibt, es „drängt sich der Eindruck auf, daß es der Spielzeugindustrie insgesamt sowohl darum geht, eine staatliche Beschränkung wie ein Verbot von Kriegsspielzeug auf alle Fälle zu verhindern, als auch – von ersterem Ziel nicht unabhängig – darum, das Thema Kriegsspielzeug aus der öffentlichen Diskussion und insbesondere den Massenmedien herauszuziehen. Aktionen gegen Kriegsspielzeug werden in erstaunlichem Maße von der Industrie registriert."[29])

24) Abgedruckt ebd. S. 42; Hervorhebung d. Verf.
25) Ebd., S. 39.
26) Ebd.
27) Ebd.
28) Vgl. „Die Neue", v. 19. 1. 1980.
29) In: ami, 3/1979, S. 39.

Ein Sonderfall ist Kriegsspielzeug mit NS-Symbolen. Mit Beginn der Hitler-Welle Mitte der siebziger Jahre verstärkte sich das Angebot an Modellbausätzen und anderem Spielzeug mit NS-Symbolen. Zwar ist der Gebrauch von NS-Symbolen in der Öffentlichkeit nach Grundgesetz und Strafgesetzbuch (§ 86 a) strafbar, es dauerte jedoch bis zum April 1979, bis der Bundesgerichtshof dies auch für die Verwendung auf Spielzeug, in diesem Fall auf Flugzeugmodellen, durch ein Urteil bestätigte[30]). Auf Grund dieses Urteils verurteilte das Landgericht Kleve inzwischen den Geschäftsführer einer Spielzeugvertriebsfirma zu einer Geldstrafe von 12 000 DM, „weil er Bastelpackungen von Flugzeugen und Panzern mit Nazi-Emblemen ausgeliefert hatte"[31]).

Die öffentliche Einflußnahme auf die Herstellung und den Vertrieb von Kriegsspielzeug ist heute noch möglich. Es stellt sich die Frage, in welcher Form dies geschehen kann. Gegen ein gesetzliches Verbot von Kriegsspielzeug wehrt sich die Spielwarenindustrie, ihrem ökonomischen Interesse entsprechend und die Mehrzahl der Politiker folgt dieser Linie. Warum führen sie die öffentliche Diskussion so zaghaft? Fürchten sie etwa, daß aus der Diskussion um Kriegsspielzeug die Auseinandersetzung um die Rüstung, sei es nun Atom-, Neutronen- oder „Nach"rüstung nicht herausgehalten werden kann?

Verfassungsrechtliche Aspekte

Das Grundgesetz der BRD und die Länderverfassungen enthalten kein Verbot von Kriegsspielzeug. Einige Verfassungsbestimmungen und Normen des internationalen Rechts reichen jedoch aus, um die Herstellung und den Vertrieb von Kriegsspielzeug verfassungsrechtlich mindestens als fragwürdig erscheinen zu lassen. So ist nach der Charta der Vereinten Nationen (Art. 51) der Angriffskrieg international geächtet und nach dem Grundgesetz (Art. 26) eindeutig verboten: „1. Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. 2. Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden." Ist nun die Herstellung von Spielmitteln, die eindeutig dazu anregen, „(. . .) das feindliche Hauptquartier zu besetzen oder die feindlichen Truppen zu besiegen" (vgl. Werbung für „Tankattack" s. o.) eine Handlung, die geeignet ist, den Wunsch nach Angriffskriegen zu fördern? Damit sind Spielmittel angesprochen, die „Kriegsmaterial darstellen und Kriegssituationen nachbilden. Hier ist die Verwendung auf einen bestimmten, zerstörerischen Zweck eingeschränkt, nämlich darauf, daß die lebensvernichtende Handlung durch Gebrauch dieser Gegenstände oder durch Betrachtung und Arrangement nachvollzogen werden soll." Bundesjustizminister Vogel in seiner Rede am 1. Oktober 1978[32]). Noch deutlicher äußert sich

30) BGH, Urteil v. 25. 4. 1979 – 3 StR 89/79 – LG Kleve.
31) „Süddeutsche Zeitung" v. 31. 10./1. 11. 1979.
32) Krieg ist kein Spiel, a.a.O., S. 19.

der Bundesjustizminister an einer anderen Stelle seiner Rede: „Ich meine darüber hinaus, daß das Kriegsspielzeug klaren und für uns alle verbindlichen Wertentscheidungen der Verfassung zuwider läuft. Das gilt einmal für die Menschenwürde, die das Spiel mit Leben und Tod, den spielerischen Umgang mit Massenvernichtungsmitteln nicht duldet. Und es gilt für den ausschließlichen Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, das Verbot des Angriffskrieges und die daraus fließende wertgebundene verfassungsmäßige Beurteilung der Waffenanwendung. Eine wertfreie, eben spielerische Betrachtung des Krieges und des Waffeneinsatzes, wie sie das Kriegsspielen geradezu provoziert, entspricht nicht dem Geist dieser Verfassungsbestimmungen."[33])

Auch in diesem Winter gab es wieder Aktivitäten gegen Kriegsspielzeug. Antikriegsspielzeugaktionen in den Einkaufsstraßen der großen Städte gehören fast zum gewohnten Bild der Vorweihnachtszeit. In Oldenburg, Bielefeld, Osnabrück und Berlin-Charlottenburg wurde der Verkauf von Kriegsspielzeug auf öffentlichen Märkten, Wochenmärkten, Weihnachtsmärkten u. ä. untersagt[34]). In Frankfurt am Main hat die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung dies Ende November 1979 beantragt. Über diesen Antrag ist jedoch noch nicht entschieden[35]). Wie schon seit langem unternahmen Organisationen, wie „Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner" (DFG/VK), „Terre des Hommes", Gewerkschaftsgruppen, kirchliche Gruppen u. a. Aktionen gegen Kriegsspielzeug. Nach unseren Erfahrungen sind viele Menschen bereit, wenn sie angesprochen werden, einen Aufruf gegen Kriegsspielzeug zu unterstützen. Wir haben für einen solchen Aufruf in diesem Winter ca. 8000 Unterschriften gesammelt.

Ein erfolgreiches Beispiel von Aktivitäten gegen Kriegsspielzeug ist die Aktion „Kriegszeug ist kein Spielzeug", die in der Vorweihnachtszeit 1979 in Bielefeld gemeinsam von Stadtjugendring und vom Jugendamt der Stadt Bielefeld durchgeführt wurde. Der Rat der Stadt Bielefeld nahm am 22. November 1979 einstimmig folgenden Beschluß an: „Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, den Verkauf von Kriegsspielzeug auf den städtischen Jahrmärkten, Flohmärkten, Weihnachtsmärkten und ggf. auch Wochenmärkten zu unterbinden."[36]) Außerdem unterstützte er ausdrücklich einen Beschluß des Jugendwohlfahrtsausschusses von Bielefeld vom 14. November 1979, in dem dieser Aktivitäten gegen Kriegsspielzeug beschlossen hatte. Zur Unterstützung wurden Plakate, Aufklärungsbroschüren, Aufkleber zum Teil über die Schulen an die Eltern verteilt.

In einem Brief des Jugendamts Bielefeld über die Aktion „Kriegszeug ist kein Spielzeug" heißt es: „Die Resonanz in der Bevölkerung, bei Eltern, Lehrern und Kindern war durchweg positiv. Einige Geschäfte haben sofort mit Anlau-

33) Ebd., S. 22.
34) „Frankfurter Rundschau" v. 3. 12. 1979; „Der Tagesspiegel" v. 24. 11. 1979; „Die Neue" v. 29. 11. 1979.
35) Brief der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main v. 11. 1. 1980.
36) Rat der Stadt Bielefeld, Auszug aus der Niederschrift, Sitzung v. 22. 11. 1979.

fen der Aktion Kriegsspielzeug aus ihren Auslagen herausgenommen. Die Händler, die von der Empfehlung des Rates der Stadt Bielefeld angesprochen waren, haben sich dementsprechend verhalten und kein Kriegsspielzeug verkauft. Die Umtauschaktionen – Kinder konnten hier Kriegszeug gegen pädagogisch sinnvolles Spielzeug umtauschen – wurden an vier verkaufsoffenen Samstagen im Dezember in der Innenstadt und am 13. 12. 1979 in allen Bielefelder Jugendheimen durchgeführt und waren sehr erfolgreich." Die Aktion wird auch 1980 unter dem Thema „Gewaltfreie Erziehung und Friedenspädagogik" fortgesetzt werden[37]).

Was kann weiter gegen Kriegsspielzeug getan werden?

Sicherlich ist es nicht damit getan, wenn Kriegsspielzeug vom Markt verschwindet. Auch dann wird es notwendig sein, sich mit Kindern, die mit Kriegsspielzeug spielen wollen und Erwachsenen, die für Kinder Kriegsspielzeug kaufen wollen, auseinanderzusetzen. Ganz abgesehen davon, daß der Kampf gegen Kriegs*spiel*zeug untrennbar ist vom Eintreten für eine Gesellschaft, die keine Kriege mehr kennt und in der es weder Kriegsspielzeug noch Kriegszeug gibt, daß der Kampf gegen Kriegsspielzeug also seine notwendige Ergänzung im Eintreten für Abrüstung findet. Wir meinen aber, daß wir Erwachsenen den Kindern kein Kriegsspielzeug zur Verfügung stellen dürfen.

Deshalb schlagen wir vor, den dreißigsten Jahrestag der bis heute unerledigten Bundestagsentschließung vom 23. Juni 1950 zum Anlaß zu nehmen, erneut ein Verbot von Kriegsspielzeug zu fordern. Dies kann unterstützt werden durch:

– die Zusammenarbeit aller daran interessierten Gruppen, Organisationen, Einzelpersonen,

– das Sammeln von Unterschriften gegen Kriegsspielzeug,

– Briefe an die örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten bzw. Mitglieder des Abgeordnetenhauses, an die Petitionsausschüsse, die zuständigen Ministerien,

– Diskussion des Themas im Freundes-, Bekannten-, Kollegenkreis, auf Elternversammlungen,

– die Anregung, daß die zuständigen Gremien wie in Oldenburg, Osnabrück und Bielefeld ein Verkaufsverbot für Kriegsspielzeug auf öffentlichen Märkten beschließen.

37) Brief des Jugendamts Bielefeld v. 18. 1. 1980.

stant bei 44 Pf je Liter Benzin. Selbst bei einer sehr großzügigen Rechnung bleibt also die Tatsache, daß weniger als die Hälfte der Preisanhebungen überhaupt in einen Zusammenhang mit den OPEC-Preisen gebracht werden können – wobei die Dauergewinne, die die Ölkonzerne durch den Verkauf von billig eingekauftem Rohöl zu Tagespreisen machen, noch überhaupt nicht berücksichtigt ist. Denn das im Januar an den Zapfsäulen verkaufte Benzin wurde natürlich nicht zu 24 Dollar sondern noch zu den alten Preisen, teilweise sicher noch zu 14,5 Dollar, dem Preis zur Jahresmitte 1979, eingekauft. Aber nicht nur deshalb sind die letzten Preiserhöhungen für Benzin und Heizöl von keinem Standpunkt aus zu rechtfertigen: zwischen 1974 und Oktober 1979 waren die Rohölpreise – gerechnet in DM – nahezu konstant geblieben. Im gleichen Zeitraum aber stiegen die Heizölpreise um 29 und die Benzinpreise um 20 Pf – eine vom Standpunkt der Rohölpreise aus also völlig ungerechtfertigte Anhebung. Vor allem der Preissprung im Jahre 1979 kann keineswegs mit den erhöhten Rohölpreisen des Jahres 1979 begründet werden, er hat vielmehr die Anhebungen von Dezember/Januar mehr als vorweggenommen. Dies hindert die Ölkonzerne aber nicht daran, diese Anhebungen nun ein zweites Mal als Begründung heranzuziehen.

Aus diesem Grund aber besteht auch keinerlei Anlaß, die gestiegenen Rohölpreise bei den Lohnverhandlungen auszuklammern: ebensowenig wie die Mineralölkonzerne auf Preisanhebungen verzichten, wenn diese ihnen durchsetzbar erscheinen, kann von den Gewerkschaften erwartet werden, auf durchsetzbare Lohnerhöhungen zu verzichten. Entsprechende Appelle der Bundesregierung erhielten erst dann einen realen Hintergrund, wenn die Preispolitik der Ölkonzerne in die Kontrolle genommen würde. Da aber die Bundesregierung eine solche Lösung ausdrücklich ausschließt, besteht auch nicht der geringste Grund, auf mögliche Lohnerhöhungen zu verzichten.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

„Warum ich die Nachrüstung ablehne" Schreiben von Generalmajor Gert Bastian an Bundesverteidigungsminister Hans Apel vom 16. Januar 1980

Am 16. Januar 1980 begründete Gert Bastian in einem 8seitigen Schreiben an den Verteidigungsminister, warum er den NATO-„Nachrüstungsbeschluß" nicht mittragen könne. Den inzwischen bekanntgewordenen Text dokumentieren wir nachstehend im Wortlaut. D. Red.

Die Modernisierung des sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotentials in der westlichen UdSSR beunruhigt die NATO. Doch reagieren die Mitgliedstaaten verschieden auf ein und denselben Sachverhalt.

Während die USA und Großbritannien, die Nuklearmächte der militärischen Allianz, verständlicherweise von Anfang an für eine Erweiterung der nuklearen Fähigkeiten des Bündnisses in Europa eintreten, plädiert die Mehrzahl der kontinentaleuropäischen Verbündeten zunächst für Zurückhaltung. Lediglich in der Bundesrepublik setzten sich die Befürworter einer „Nachrüstung" rasch durch. Ihre Haltung trägt entscheidend dazu bei, dem Vorhaben schließlich den Weg zu ebnen.

Trotzdem spiegelt der nach monatelangen Debatten am 12. 12. 1979 in Brüssel verabschiedete NATO-Beschluß zur Stationierung eines amerikanischen nuklearen Mittelstreckenpotentials in Europa im Zögern der Skandinavier und in den Vorbehalten der Belgier und Niederländer fortbestehende Unterschiede in den Bedrohungsanalysen wider.

Tatsächlich gibt es Gründe, das sowjetische Modernisierungsprogramm nicht als grundsätzlich neue Bedrohung mit einem daraus resultierenden Zwang zu eigenen Aktivitäten anzusehen. Um so mehr muß daher erstaunen, wie nahezu widerspruchslos die dem NATO-Beschluß vorausgegangene sicherheitspolitische Debatte in der Bundesrepublik Deutschland von den Wortführern auf die glatte, scheinbar einleuchtende Formel „Vorrüstung–Nachrüstung" hat verengt werden können und wie vordergründig sie – von besorgten Stimmen Einzelner abgesehen – zumeist mit Argumenten geführt worden ist, die nicht mehr erkennen ließen, welch entscheidende Weichenstellung tatsächlich vollzogen werden soll. Eine Weichenstellung nämlich, die mit dem Schließen einer befürchteten Abschreckungslücke, über deren Vorhandensein selbst Experten unterschiedlicher Meinung sind, auch eine viel bedeutsamere Neuverteilung der Fähigkeiten und Risiken im nuklearen Spektrum sowohl innerhalb des Bündnisses als auch zwischen den Supermächten zur Folge haben würde. Da muß die Frage schon erlaubt sein, ob diese Entwicklung wirklich im Interesse der Europäer, vor allem aber im Interesse der Deutschen liegen kann.

Schließlich wird Europa ja nicht erst heute von den sowjetischen Mittelstreckenraketen mit nuklearen Gefechtsköpfen bedroht. Seit fast zwanzig Jahren schon liegt es bis zu den Pyrenäen im Wirkungsbereich sowjetischer SS 5-Raketen, die nach Anzahl und nuklearer Bestückung immer schon geeignet waren, Ziele im bestrichenen Raum vernichtend zu treffen. Trotzdem wurde die Stationierung eines gleichartigen amerikanischen Mittelstreckenpotentials in Europa nicht für erforderlich gehalten, weil niemand die Entschlossenheit der USA bezweifelte, auch der SS 5-Drohung ihr strategisches nukleares Potential entgegenzusetzen und jede Zerstörung in Europa mit einer gleichwertigen Schädigung der UdSSR zu vergelten.

Die Glaubwürdigkeit der Abschreckung setzt eben stets nur die Gleichwertigkeit der erzielbaren Wirkungen, nicht aber eine Gleichartigkeit der verfügbaren Kriegsmittel, voraus.

Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb die Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials hinsichtlich Reichweite, Zielgenauigkeit, Mehrfachwirkung und Mobilität der Systeme hieran etwas ändern sollte. Weshalb die neu hinzugekommene Fähigkeit der UdSSR, nun auch noch Spanien und Portugal zu treffen und die Zielgebiete mit gesteigerter Präzision zu verwüsten, als eine Drohung enpfunden werden müßte, die durch das technisch gleichfalls perfektionierte strategische Potential der USA nicht mehr wie bisher in Schach zu halten wäre.

Alle nuklearen Potentiale der Sowjetunion, ganz gleich wie beschaffen, wo stationiert und gegen wen gerichtet, können auch in Zukunft vom land-, luft- und seegeschützten strategischen Nuklearpotential der USA neutralisiert werden, ohne daß damit eine gewiß nicht wünschenswerte Rückkehr zur Strategie der massiven Vergeltung verbunden wäre. Weder die Doktrin der NATO, noch die technische Auslegung der Systeme dieses Potentials stehen ja einer flexiblen, in Zielauswahl und Wirkungsbegrenzung der jeweiligen Drohung angepaßten Verwendung entgegen.

Auch die für den Weltfrieden derzeit noch unerläßliche Gleichwertigkeit der beiderseitigen Zerstörungsgewalt ist nicht bezweifelbar, sofern man die Addition unterm Strich der gesamten Potentiale beider Seiten betrachtet und nicht lediglich Einzelposten gegeneinanderhält, was zwar alle gewünschten Schlußfolgerungen ermöglicht, aber kein zutreffendes Gesamtbild ergeben kann.

Zu solcher Gleichwertigkeit leisten die jeweiligen Verbündeten nur im Bereich der konventionellen Rüstung wichtige Beiträge. Auf nuklearem Feld hingegen spielen weder ihre auf Briten und Franzosen beschränkten Fähigkeiten noch die Risiken, denen sie sich ausgesetzt sehen, eine auch nur halbwegs entscheidende Rolle. Hier zählt einzig und allein die Chancengleichheit der Supermächte im Verhältnis zueinander und sonst nichts!

Mit dieser inzwischen durch SALT I und II zusätzlich befestigten Chancengleichheit sind die Supermächte deshalb stets vorsichtig umgegangen. Wie gut sie daran taten, bewies eindringlich die Entschlossenheit, mit der Präsident Kennedy 1962 auf die bisher einzige Ausnahme reagiert hat, nämlich auf die Absicht der Sowjets, auf Cuba die USA bedrohende Mittelstreckenraketen zu stationieren.

Durch das Aufgeben dieser Absicht, die von den USA verständlicherweise als nicht akzeptable Provokation empfunden worden war, hat die Sowjetunion der Welt damals vermutlich den Schritt vom kalten zum heißen Krieg erspart.

Heute nun soll dieselbe Sowjetunion die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen der USA gegenüber ihren lebenswichtigen Zentren nicht ebenfalls als Herausforderung empfinden? Soll vielmehr mit Gelassenheit auf eine sich abzeichnende Fähigkeit der USA reagieren, mit diesem nuklearen Potential – bei Reduzierung der Vorwarnzeit auf etwa ein Fünftel – in der westlichen UdSSR Zerstörungen von strategischer Bedeutung herbeizuführen? Soll den Stationierungsbeschluß der NATO gar als Ansporn zur Reduzierung der eigenen Rüstung verstehen?

Genau dieser Unlogik wird mit der unzutreffenden, weil Fähigkeiten und Drohungen unterschiedlicher Qualität gegeneinander aufrechnenden Formel „Vorrüstung – Nachrüstung" das Wort geredet. Wird auch mit der irreführenden Behauptung Vorschub geleistet, ein Verzicht auf amerikanische Raketen in Europa käme einem Schritt zur Kapitulation gleich, wie sie unlängst vom ehedem ranghöchsten Soldaten der Bundeswehr zu vernehmen war.

Schlimmer hätte die Wahrheit kaum verfälscht werden können. Denn es liegt doch im Gegenteil auf der Hand, daß ein so beachtliches Nuklearpotential auf niederländischem, belgischem oder gar deutschem Boden in der Sowjetunion ungleich nachdrücklicher als jede andere Bedrohung die Frage aufwerfen muß, ob man im Fall einer friedensgefährdenden Lageentwicklung nicht geradezu gezwungen ist, sich dieses neuen Risikos durch einen nuklearen Präventivschlag zu entledigen, was bei der Enge seines Stationierungsraumes kaum unmöglich sein dürfte. Eine Überlegung, die von einer Mutmaßung, das strategische Potential der USA würde nicht mehr mit der bisherigen Selbstverständlichkeit für den Schutz außeramerikanischer Interessen zur Verfügung stehen, noch gefördert werden müßte.

Die Wirksamkeit der Abschreckung darf sich daher auch in Zukunft nicht auf eine erweiterte nukleare Rolle der Europäer stützen. Sie muß vielmehr weiterhin durch die glaubwürdige Entschlossenheit der USA gewährleistet werden, ihr vorhandenes strategisches Arsenal wann und wie immer erforderlich auch zum Schutz der Verbündeten einzusetzen. Damit wird den Vereinigten Staaten keineswegs Unbilliges zugemutet. Ihre Entschlossenheit ist ja kein die Europäer beschämendes Geschenk! Sie ist die für den Zusammenhalt der Allianz unerläßliche Kompensation einer naturgemäß größeren Gefährdung jener Völker Europas, auf deren Boden sich seit Jahrzehnten, die größten jemals im Frieden erlebten Truppenkonzentrationen gegenüberstehen.

Bei allem Respekt vor den gewaltigen Leistungen der USA für das Bündnis muß auch hierauf hingewiesen werden und von den Amerikanern Verständnis dafür erwartet werden, daß ihre mitteleuropäischen Freunde – weil bei jeder Art von großem Krieg in der mißlicheren Lage – auf eine für unnötig gehaltene Risikoerhöhung äußerst sensibel reagieren.

Solches Verständnis zu beweisen, würde dem amerikanischen Volk sicher leichter fallen, wenn es sich ansonsten wirkungsvoller von seinen Verbündeten unterstützt fühlen könnte, als es nach aller Regel der Fall zu sein pflegt. So hätte z. B. schon ein Bruchteil der mancherorts in der Nachrüstungsfrage gezeigten Risikofreude in der Teheran-Krise Besseres und Dauerhafteres für den Zusammenhalt des Bündnisses bewirken können. Amerikanischem Verständnis für die besondere Gefährdung der Europäer abträglich muß es hingegen sein, wenn ausgerechnet vom Außenminister der exponierten Bundesrepublik Deutschland mit der Feststellung „die USA sind keine Wach- und Schließgesellschaft, deren Leistungen die Europäer kaufen können", die falsche Vorstellung genährt wird, es bestünde hierzulande eine Art Risiko-Defizit, dessen alsbaldiger Ausgleich durch Stationierung eines amerikanischen Mittelstreckenpotentials – vorwiegend auf deutschem Boden – nicht mehr als recht und billig wäre.

Dabei ist das Gegenteil richtig. Denn bei einem Versagen der Abschreckung würden zunächst einmal die Deutschen vom ersten Schuß an den Krieg im eigenen Land erleiden. Selbst ohne Einsatz von Nuklearwaffen müßten die Auswirkungen verheerend sein. Auch ein nicht auszuschließender Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen würde in erster Linie Mitteleuropa verwüsten. Und erst wenn dieser Krieg auf einer höheren Stufe der Eskalation auf das Territorium der Supermächte übergriffe, müßten dort vergleichbare Schäden befürchtet werden. Schon bei der gegenwärtigen Verteilung der Kriegsmittel würde Mitteleuropa deshalb freilich nicht von weiteren nuklearen Schlägen verschont bleiben.

Bei einer Neuverteilung der nuklearen Kapazitäten, wie sie am 12. 12. 1979 in Brüssel beschlossen worden ist, wären die Überlebenschancen der Mitteleuropäer bei einem Versagen der Abschreckung noch geringer, nämlich gleich Null! Es ist darum weder egoistisch noch kurzsichtig,

wenn europäische Verbündete eine Änderung der Aufgabenverteilung innerhalb der NATO, die den USA von Anfang an die Rolle der westlichen Nuklearmacht zugewiesen hat, für unnötig , ja gefährlich halten und die nukleare Abschreckung weiterhin vor allem durch das strategische Potential der Vereinigten Staaten gewährleistet sehen wollen.

Die Einseitigkeit, mit der die Nachrüstung hierzulande propagiert und die NATO-Entschließung für sie als unerläßliche Voraussetzung für den Fortbestand des Kräftegleichgewichts begrüßt worden ist, erscheint daher schwer verständlich.

Es mag zwar sein, daß sich die Sowjets – entgegen ihrer Ankündigung – auch jetzt noch zu Abrüstungsverhandlungen im Mittelstreckenbereich bereitfinden und damit scheinbar diejenigen bestätigen, die für eine Demonstration westlicher Entschlossenheit eingetreten sind. Aber eben nur scheinbar, denn der Preis für solche Verhandlungen wird hoch sein. Vor allem für die Deutschen hüben und drüben, deren langfristigen Zielen die unvermeidbar höheren Barrieren aus Mißtrauen uund Groll am meisten im Wege stehen werden.

Aber auch eine fortdauernde Verhärtung der Positionen, Provokationen einer für überwunden gehaltenen Art, und zusätzliche Anstrengungen im Rüstungswettlauf können Folgen des Nachrüstungsbeschlusses sein. Dann würde nicht der Friede sicherer werden, sondern die Kurzschlußgefahr steigen und die Verständigung zwischen West und Ost weiter erschweren.

Im einen wie – erst recht – im anderen Fall ist deshalb zu bedauern, daß die Bundesrepublik Deutschland sich nicht veranlaßt gesehen hat, in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der europäischen Verbündeten, die zu solcher Gemeinsamkeit offensichtlich bereit gewesen sind, einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa zu widersprechen. Von keinem anderen Land hätte die Welt solchen Widerspruch mit mehr Berechtigung erwarten, ja verlangen können.

Die sowjetische Intervention in Afghanistan ändert daran nichts. Stößt sie doch in ein Land an der Grenze zur UdSSR, das schon ein Vierteljahrhundert lang sowjetisches Einflußgebiet gewesen und allgemein als solches respektiert worden ist. Auch von den USA, die der schrittweisen Umwandlung dieser Region vom Königreich zur kommunistischen Volksrepublik auch dann noch widerspruchslos zugesehen haben, als ihre Entschlossenheit nicht mehr durch die Verstrickung in den Vietnam-Krieg gelähmt war. Selbstverständlich darf den Sowjets ein Vorstoß über Afghanistan hinaus nicht erlaubt werden, sollte er jemals unternommen werden. Doch weder mit dieser Befürchtung, noch mit sowjetischen Panzern in Afghanistan lassen sich die Brüsseler Beschlüsse nachträglich rechtfertigen. Eher noch wäre zu vermuten, daß die NATO am 12. 12. 1979 unnötig hoch gereizt und damit dem Kreml den letzten Entschluß erleichtert hat, angesichts einer als Herausforderung empfundenen Absichtserklärung des Westens die eigene Macht hemmungsloser einzusetzen, als es sonst vielleicht für zweckmäßig gehalten worden wäre.

Der beinahe triumphierenden Feststellung des Bundesaußenministers, „wer bei der Nachrüstung zögert, muß seine Auffassung ändern", fehlt deshalb die Berechtigung.

Nicht die Gegner der Nachrüstung müssen umdenken, sondern allein die Verfechter der realitätsfernen Vorstellung, Entspannung sei nur weltweit oder gar nicht möglich. Mit dem Viermächteabkommen über Berlin und dem Grundlagenvertrag zur Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen haben die zähen Bemühungen, den Ost-West-Konflikt an seiner gefährlichsten Schnittstelle zu entschärfen, noch während des militärischen Engagements der USA in Vietnam unbestreitbar Früchte getragen. Allein das widerlegt die These vom „alles oder nichts" in der Friedenspolitik.

Auch heute gibt es keinen Grund, einen für Europa, vor allem für die Deutschen lebenserhaltenden Normalisierungsprozeß, der trotz Vietnam seinen Anfang nehmen konnte, wegen Afghanistan für tot zu erklären. Geradezu aberwitzig ist es jedoch, mit der Forderung, Auftrag und Zuständigkeit der NATO zu erweitern, neuen Zündstoff zu liefern und die Bundesrepublik Deutschland dem Verdacht auszusetzen, auf dem Weg über das Bündnis in eine Weltmachtrolle zurückkehren zu wollen, die der zweite Weltkrieg beendet hat.

Die Realisierung der Nachrüstung könnte solche Befürchtungen verstärken. Der Entschluß für sie sollte überdacht werden.

Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Lage in Afghanistan und ihre Auswirkung auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit vom 14. Januar 1980*)

(Wortlaut)

Die Generalversammlung,

– in Kenntnisnahme der Resolution 462 (1980) des Sicherheitsrats vom 9. Januar 1980, die eine Notstandssondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der in Dokument S/Agenda/2185 genannten Frage fordert,

– zutiefst besorgt über die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan und ihre Auswirkung auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit,

– in Bekräftigung des unveräußerlichen Rechts aller Völker, ihre Zukunft und ihre Regierungsform selbständig und ohne Einmischung von außen zu bestimmen,

– eingedenk der Verpflichtung aller Staaten, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen,

– im Hinblick darauf, daß es dringend erforderlich ist, daß die ausländische bewaffnete Intervention in Afghanistan unverzüglich beendet wird, damit das Volk Afghanistans in die Lage versetzt wird, sein eigenes Schicksal ohne Einmischung oder Zwang von außen zu bestimmen,

– mit tiefer Besorgnis Kenntnis nehmend von der großen Zahl der aus Afghanistan kommenden Flüchtlinge,

– unter Hinweis auf ihre Resolutionen über die Festigung der internationalen Sicherheit, über die Unzulässigkeit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und über den Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität sowie über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen,

– mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis über die gefährliche Eskalation der Spannung, die Zunahme der Rivalität sowie die häufigere Zuflucht zur militärischen Intervention und Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten – Erscheinungen, die den Interessen aller Nationen, insbesondere der nichtgebundenen Länder, zuwiderlaufen,

– eingedenk der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie der Verantwortung der Generalversammlung gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Charta und der Resolution 377A(V) der Generalversammlung vom 3. November 1950,

1. erklärt erneut, daß die Achtung der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates ein grundlegendes Prinzip der Charta der Vereinten Nationen ist und jedwede Verletzung desselben – unter welchem Vorwand auch immer – den Zielen und Absichten der Charta widerspricht;

2. beklagt zutiefst die jüngste bewaffnete Intervention in Afghanistan, die mit dem genannten Grundsatz unvereinbar ist;

3. appeliert an alle Staaten, die Souveränität, territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit und Nichtgebundenheit Afghanistans zu achten und jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans zu unterlassen;

*) Laut „Vereinte Nationen", 1/1980, S. 31f.

4. fordert den unverzüglichen, bedingungslosen und vollständigen Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan, damit das Volk Afghanistans in die Lage versetzt wird, seine Regierungsform selber zu bestimmen sowie sein wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches System ohne jede Intervention, Subversion, Nötigung oder Beschränkung von außen zu wählen;

5. bitte alle beteiligten Parteien eindringlich um ihre Mithilfe dabei, daß rasch und im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta die erforderlichen Voraussetzungen für die freiwillige Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge in ihre Heimat geschaffen werden;

6. ruft alle Staaten sowie nationalen und internationalen Organisationen auf, humanitäre Soforthilfe zu gewähren, um in Absprache mit dem Hohen Kommisar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge die Leiden der afghanischen Flüchtlinge zu lindern;

7. ersucht den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten und den Sicherheitsrat umgehend und gleichzeitig über den Stand der Verwirklichung dieser Resolution auf dem laufenden zu halten;

8. fordert den Sicherheitsrat auf, Mittel und Wege zu untersuchen, die zur Verwirklichung dieser Resolution beitragen könnten.

Abstimmungsergebnis: +104; −18: Äthiopien, Afghanistan, Angola, Bjelorußland, Bulgarien, Deutsche Demokratische Republik, Grenada, Jemen (Demokratischer), Kuba, Laos, Mongolei, Moçambique, Polen, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Vietnam; =18: Äquatorial-Guinea, Algerien, Benin, Burundi, Finnland, Guinea, Guinea-Bissau, Indien, Jemen (Arabische Republik), Kongo, Madagaskar, Mali, Nicaragua, Sambia, Sao Tomé und Principe, Syrien, Uganda, Zypern. Folgende 12 Länder waren entweder nicht anwesend oder nahmen an der Abstimmung nicht teil: Bhutan, Dominica, Kap Verde, Komoren, Libyen, Rumänien, Salomonen, Seschellen, Sudan, Südafrika, Tschad, Zentralafrikanische Republik.

Interview des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR für die „Prawda" vom 14. Januar 1980

(Wortlaut)

Frage: Leonid Iljitsch, wie schätzen Sie die jetzige internationale Lage ein, besonders angesichts der jüngsten Schritte der amerikanischen Regierung?

Antwort: Der konsequente und schöpferische Kurs auf Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie auf die Verwirklichung des vom XXIV. und vom XXV. Parteitag der KPdSU aufgestellten Friedensprogramms durch unsere Partei hat es ermöglicht, viel zu erreichen. Wenn man es im weiten Sinne betrachtet, dann ist das Wichtigste, was getan werden konnte, die Durchbrechung des tragischen Zyklus Weltkrieg – kurze Friedenspause – wieder Weltkrieg. Auf dieses historische Ergebnis können wir, die sowjetischen Menschen, unsere Freunde – die Völker der sozialistischen Bruderländer, sowie alle, die für Frieden, Entspannung und friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gekämpft haben und weiterhin kämpfen, mit Recht stolz sein.

Doch an der Wende zu den achtziger Jahren ist die internationale Lage leider merklich komplizierter geworden. Und die Völker müssen die Wahrheit kennen, müssen wissen, wer dafür verantwortlich ist. Ich antworte ohne Umschweife – die Schuld trifft die imperialistischen Kräfte und vor allem gewisse Kreise in den USA. Sie liegt bei jenen, die in der Entspannung ein Hindernis für ihre aggressiven Pläne, für das Entfachen einer militaristischen Psychose und für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker sehen. Sie liegt bei jenen, die sich angewöhnt haben, mit anderen Staaten skrupellos umzugehen und auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens so agieren, als sei ihnen alles erlaubt.

Schon geraume Zeit ist deutlich erkennbar, daß die führenden Kreise der USA und einiger anderer NATO-Länder einen entspannungsfeindlichen Kurs eingeschlagen haben, einen Kurs auf Anheizen des Wettrüstens, der die Kriegsgefahr vergrößert. Der Anfang dazu wurde bereits 1978 auf der Mai-Tagung des NATO-Rates in Washington gemacht, auf der die automatische Erhöhung der Militärbudgets der NATO-Mitgliedsländer bis Ende des 20. Jahrhunderts bekräftigt wurde. Die militaristischen Tendenzen in der USA-Politik kommen in letzter Zeit auch in der Forcierung neuer langfristiger Rüstungsprogramme, in der Errichtung neuer Militärstützpunkte weit außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten, unter anderem im Nahen Osten und im Raum des Indischen Ozeans, sowie in der Bildung der sogenannten „schnellen Eingreiftruppe" – dieses Werkzeugs einer Politik der militärischen Einmischung – zum Ausdruck.

Nehmen Sie ein solch wichtiges Dokument, wie den Vertrag über SALT II. Seine Verwirklichung würde den Weg zu großen Schritten auf dem Gebiet der Abrüstung bahnen. Dieser Vertrag wurde bekanntlich in der ganzen Welt unterstützt, unter anderem von den NATO-Bündnispartnern der USA und in breiten Kreisen der internationalen Öffentlichkeit. Wie ist die Regierung von J. Carter damit verfahren? Kaum war der Vertrag unterzeichnet, da begann man in den USA ihn zu diskreditieren, und der Prozeß der Ratifizierung wurde von den Gegnern des Vertrages – nicht ohne Duldung der Regierungskreise der USA – im Grunde genommen dazu ausgenutzt, seine Ratifizierung bis zum äußersten zu erschweren. Mit seinem in diesen Tagen gefaßten Beschluß, die Beratung des SALT II-Vertrages im Senat auf unbestimmte Zeit einzufrieren, fügte Präsident Carter diesem verwerflichen Vorgang einen weiteren charakteristischen Zug hinzu.

Gerade die Vereinigten Staaten haben im Dezember 1979 ihren NATO-Bündnispartnern den Beschluß aufgezwungen, neue Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen Ländern zu stationieren, was zu einer neuen Spirale des Wettrüstens führt. Dabei verbot Washington jenen Verbündeten buchstäblich den Mund, die zu einem positiven Echo auf die konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion zu Verhandlungen über diese Frage neigten.

Heute versuchen die Gegner des Friedens und der Entspannung auf die Ereignisse in Afghanistan zu spekulieren. Um diese Ereignisse herum türmt man Berge von Lügen, wird eine unverschämte antisowjetische Kampagne entfaltet. Was ist in Afghanistan tatsächlich vor sich gegangen?

Im April 1978 vollzog sich dort eine Revolution. Das afghanische Volk nahm das Schicksal in die eigenen Hände und beschritt den Weg der Unabhängigkeit und der Freiheit. Wie stets in der Geschichte, zogen die Kräfte der Vergangenheit gegen die Revolution zu Felde. Natürlich wäre das Volk von Afghanistan selbst mit ihnen fertiggeworden. Doch von den ersten Tagen der Revolution an wurde es mit einer äußeren Aggression, mit einer groben Einmischung von außen in seine inneren Angelegenheiten konfrontiert.

Tausende und Abertausende Aufrührer, die im Ausland bewaffnet und ausgebildet wurden, ganze bewaffnete Formationen wurden auf das Territorium Afghanistans geworfen. Der Imperialismus begann gemeinsam mit seinen Komplizen im Grunde genommen einen nicht erklärten Krieg gegen das revolutionäre Afghanistan.

Afghanistan forderte nachdrücklich, die Aggression einzustellen und es in Ruhe ein neues Leben aufbauen zu lassen. Bei der Abwehr der äußeren Aggression hat sich die afghanische Führung noch unter Präsident Taraki und dann auch später wiederholt an die Sowjetunion um Hilfe gewandt. Wir unsererseits warnten diejenigen, die es betraf, daß wir, wenn die Aggression nicht eingestellt wird, das afghanische Volk nicht im Stich lassen werden. Und bei uns stimmen bekanntlich die Worte mit den Taten überein.

Den Aktionen der Aggressoren gegen Afghanistan hat Amin Vorschub geleistet, der nach seiner Machtergreifung grausame Repressalien gegen breite Schichten der afghanischen Gesellschaft ergriff, gegen Partei- und Militärkader, gegen Vertreter der Intelligenz und der muselmanischen Geistlichkeit, also gerade gegen jene Schichten, auf die sich die Aprilrevolution stützte.

So erhob sich das Volk unter der Führung der Demokratischen Volkspartei mit Babrak Karmal an der Spitze gegen diese Amin-Tyrannei und setzte ihr ein Ende. Heute weint man in Washington und einigen anderen Hauptstädten Amin nach. Dies entlarvt besonders eindrucksvoll ihre Heuchelei. Wo waren denn die Wehklagenden, als Amin Massenrepressalien vornahm, als er Taraki, den Begründer des neuen afghanischen Staates, gewaltsam beseitigte und ihn gegen Recht und Gesetz physisch vernichtete?

Die anhaltende bewaffnete Intervention und die weitgediehene Verschwörung äußerer Kräfte der Reaktion haben die reale Gefahr geschaffen, daß Afghanistan seine Unabhängigkeit verliert und in einen imperialistischen militärischen Brückenkopf an der südlichen Grenze unseres Landes umgewandelt wird. Mit anderen Worten, es kam der Augenblick, da wir nicht mehr umhin konnten, der Bitte der uns befreundeten Regierung Afghanistans nachzukommen.

Hätten wir anders gehandelt, so hieße das, Afghanistan vom Imperialismus in Stücke reißen zu lassen und den aggressiven Kräften zu gestatten, dort das zu wiederholen, was ihnen zum Beispiel in Chile gelang, wo die Freiheit des Volkes im Blut ertränkt worden ist. Hätten wir anders gehandelt, so hieße das, passiv zuzuschauen, wie an unserer südlichen Grenze der Herd einer ernsten Bedrohung der Sicherheit des sowjetischen Staates entsteht.

Als sich Afghanistan an uns wandte, stützte es sich auf die eindeutigen Grundsätze des Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit, der zwischen Afghanistan und der UdSSR im Dezember 1978 abgeschlossen wurde. Es stützte sich auf das in Übereinstimmung mit der UNO-Charta stehende Recht eines jeden Staates auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung, ein Recht, das mehrmals andere Staaten für sich in Anspruch genommen haben.

Uns fiel der Beschluß zur Entsendung sowjetischer militärischer Kontingente nach Afghanistan nicht leicht. Aber das ZK der Partei und die sowjetische Regierung handelten im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, sie berücksichtigten dabei alle Umstände. Die einzige Aufgabe, die vor den sowjetischen Kontingenten steht, ist die Unterstützung der Afghanen bei der Abwehr der von außen kommenden Aggression. Diese Kontingente werden aus Afghanistan vollständig abgezogen, sobald die Gründe entfallen, die die afghanische Führung dazu bewogen haben, um ihr Eingreifen zu bitten.

Die imperialistische sowie auch die Pekinger Propaganda verfälschten bewußt und schamlos die Rolle der Sowjetunion in den afghanischen Angelegenheiten.

Selbstverständlich hat es keinerlei sowjetische „Intervention" oder „Aggression" gegeben und gibt es auch keine. Es gibt etwas anderes: Wir helfen dem neuen Afghanistan auf Bitten seiner Regierung, die nationale Unabhängigkeit, die Freiheit und die Ehre seines Landes gegen bewaffnete aggressive Handlungen von außen zu verteidigen.

Ferner werden die nationalen Interessen oder die Sicherheit der Vereinigten Staaten durch die Ereignisse in Afghanistan in keiner Weise berührt. Alle Versuche, die Sache anders darzustellen, sind absurd. Sie werden in böser Absicht unternommen mit dem Ziel, die Verwirklichung der eigenen imperialistischen Pläne zu erleichtern.

Absolut verlogen sind auch Behauptungen, daß die Sowjetunion gegenüber Pakistan, Iran oder anderen Ländern dieses Raums irgendwelche expansionistischen Pläne hege. Uns ist die Politik und die Psychologie der Kolonialherren fremd. Wir blicken nicht gierig auf andere Länder und sind nicht versessen auf fremden Reichtum. Es ist der Geruch des Erdöls, der die Kolonialherren anzieht.

Geradezu pharisäerhaft wirken die Versuche, von einer „sowjetischen Bedrohung des Friedens" zu schwätzen und als Wächter der internationalen Moral aufzutreten, und das von seiten derer, auf deren Konto der „schmutzige Krieg" gegen Vietnam steht, die nicht einmal mit dem Finger zuckten, als die chinesischen Aggressoren mit Waffengewalt in das sozialistische Vietnam einfielen, die seit Jahrzehnten auf dem Boden Kubas gegen den Willen seines Volkes und seiner Regierung einen Militärstützpunkt unterhalten, die mit den Waffen klirren, mit Blockade drohen und offenen militärischen Druck auf das revolutionäre iranische Volk ausüben, indem sie zu den Küsten Irans eine Flotte entsenden, die mit Atomwaffen ausgerüstet ist und zu der ein bedeutender Teil der Flugzeugträger der USA gehört.

Und das Letzte, was man in diesem Zusammenhang sagen muß: Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans gibt es tatsächlich, wobei auch eine so hohe und geachtete Institution wie die Organisation der Vereinten Nationen benutzt wird. In der Tat, die Erörterung der sogenannten afghanischen Frage in der UNO entgegen den Einwänden der Regierung Afghanistans war doch nichts anderes als eine grobe Verletzung der souveränen Rechte des afghanischen Staates.

Die afghanische Regierung und ihr verantwortlicher Vertreter in der UNO erklären doch vor aller Welt: Laßt uns in Ruhe, die sowjetischen Militärkontingente sind auf unsere Bitte hin, in Übereinstimmung mit dem sowjetisch-afghanischen Vertrag und dem Artikel 51 der UN-Charta entsandt worden.

Übrigens wird unter dem Deckmantel des Propagandalärms die Hilfe für jene Elemente verstärkt, die in Afghanistan eindringen und aggressive Akte gegen die legitime Macht verüben. Das Weiße Haus hat vor kurzem offen den Beschluß verkündet, die Belieferung dieser Elemente mit militärischen Ausrüstungen und mit allem für ihre feindselige Tätigkeit Erforderlichen zu verstärken. Die westliche Presse berichtet, daß der USA-Verteidigungsminister während der Verhandlungen in Peking mit der chinesischen Führung Absprachen über die Koordinierung dieser Aktionen getroffen hat.

Abschließend muß man zum afghanischen Thema sagen, daß die feindselige Reaktion der imperialistischen Kräfte auf die Ereignisse in Afghanistan nicht überraschend kommt. Es geht darum, daß hier die Karte gestochen worden ist, auf die die Imperialisten und deren Helfershelfer gesetzt hatten.

Kurz gesagt, die Ereignisse in Afghanistan sind nicht die wahre Ursache für die gegenwärtige Komplizierung der internationalen Situation. Gäbe es nicht Afghanistan, so hätten gewisse Kreise in den USA und der NATO sicherlich einen anderen Vorwand gefunden, um die Situation in der Welt zuzuspitzen.

Schließlich, die Summe der Schritte der amerikanischen Regierung im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan – das Einfrieren des SALT II-Vertrages, die Ablehnung der Lieferung einer ganzen Reihe von Waren, darunter von Getreide, in die UdSSR, über die bereits Verträge abgeschlossen worden sind, die Einstellung der Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Reihe von Fragen der bilateralen Beziehungen und so weiter – zeugt davon, daß Washington erneut wie vor Jahrzehnten versucht, mit uns in der Sprache des „kalten Krieges" zu reden. Dabei demonstriert die Carter-Regierung die Mißachtung zwischenstaatlicher Dokumente, verletzt sie die bestehenden Beziehungen auf den Gebieten von Wissenschaft, Kultur und menschlicher Kommunikation.

Es fällt schwer, auch nur aufzuzählen, wieviel Verträge, zwischenstaatliche Abkommen, Vereinbarungen und Akte der gegenseitigen Verständigung, die zwischen unseren beiden Ländern in Fragen der gegenseitigen Beziehungen auf verschiedenen Gebieten erzielt wurden, in jüngster Zeit von der Regierung des Präsidenten Carter willkürlich und einseitig verletzt worden sind. Wir werden natürlich auch ohne diese oder jene Verbindungen zu den Vereinigten Staaten auskommen – und überhaupt haben wir uns niemals mit diesen Verbindungen aufgedrängt, da wir sie als für beide Seiten vorteilhaft und im beiderseitigen Interesse der Völker unserer Länder liegend betrachten – vor allem im Sinne der Festigung des Friedens.

Die selbstherrliche Anmaßung Washingtons, sich das „Recht" vorzubehalten, unabhängige souveräne Staaten zu „belohnen" oder zu „bestrafen", wirft eine prinzipielle Frage auf. Mit derartigen Handlungen versetzt die USA-Regierung faktisch dem ganzen geregelten völkerrechtlichen System der zwischenstaatlichen Beziehungen einen Schlag.

Als Folge dieser Handlungsweise der Carter-Regierung greift in der Welt immer deutlicher die Auffassung um sich, daß die Vereinigten Staaten ein völlig unzuverlässiger Partner in den zwischenstaatlichen Beziehungen sind, daß sie ein Staat sind, dessen Führung sich von Launen und Grillen oder Gefühlsausbrüchen wie auch von Überlegungen eines eng aufgefaßten momentanen Vorteils leiten läßt, und die jederzeit imstande ist, ihre internationalen Verpflichtungen zu brechen sowie die von ihr unterzeichneten Verträge und Abkommen für null und nichtig zu erklären. Bedarf es denn einer Erklärung, welch gefährliche destabilisierende Wirkung dies auf die gesamte internationale Lage ausübt, um so mehr, als sich so die Führung einer starken und einflußreichen Großmacht verhält, von der die Völker zu Recht eine ausgewogene und verantwortungsvolle Politik erwarten.

Diese Handlungen der USA-Regierung werden uns selbstverständlich keineswegs den Schaden zufügen, auf den die Initiatoren offenkundig gerechnet haben. Die zynischen Kalkulationen über eine „Verschlechterung" der Nahrungsmittelversorgung in der Sowjetunion als Folge der Weige-

rung der Vereinigten Staaten, uns Getreide zu verkaufen, gründen sich auf unsinnige Vorstellungen von unserem Wirtschaftspotential. Das sowjetische Volk verfügt über ausreichende Möglichkeiten, um in Ruhe leben und arbeiten zu können, um die aufgestellten Pläne zu erfüllen und seinen Wohlstand zu heben. Ich möchte insbesondere bekräftigen, daß die Pläne zur Versorgung der sowjetischen Bevölkerung mit Brot und Getreideprodukten um kein einziges Kilogramm gekürzt werden.

Wir können die Handlungsweise der amerikanischen Regierung nicht anders als einen schlecht überlegten Versuch betrachten, die Ereignisse in Afghanistan auszunutzen, um die internationalen Anstrengungen zur Verringerung der Kriegsgefahr, zur Festigung des Friedens und zur Begrenzung des Wettrüstens zu blockieren – mit anderen Worten, das zu blockieren, woran die gesamte Menschheit zutiefst interessiert ist.

Die einseitigen Maßnahmen der USA kommen ernsten politischen Fehleinschätzungen gleich. Wie ein Bumerang werden sie – wenn nicht heute, dann morgen – diejenigen treffen, die sie ausheckten.

Wenn man uns jedoch mit all diesen plötzlichen Angriffen auf unsere Politik auf Festigkeit prüfen will, dann heißt das die Erfahrungen der Geschichte völlig zu ignorieren. Als 1917 der erste sozialistische Staat der Welt entstand, hat unser Volk niemand danach um Erlaubnis gefragt. Es entscheidet auch jetzt selbst, nach welchen Gesetzen es leben will. Der Imperialismus hatte bereits in der Morgenröte der Sowjetmacht versucht, uns zu prüfen, und alle erinnern sich, womit das endete. Im blutigsten Krieg, den die Menschheit durchgemacht hat, versuchten die faschistischen Aggressoren, uns zu brechen. Doch sie erlitten eine Niederlage. Wir wurden in den Jahren des „kalten Krieges", der die Welt an den Rand des Abgrunds brachte und eine internationale Krise nach der anderen entfachte, Prüfungen unterworfen. Aber auch damals konnte uns niemand schwankend machen. Es ist nützlich, sich heute all dessen zu erinnern.

Frage: Wie sind nach Ihrer Meinung die Perspektiven für die Entwicklung der Situation in Europa?

Antwort: Die Situation in Europa ist heute um vieles besser, als sie es, sagen wir, zu Beginn der 70er Jahre war. Jedoch wirken sich die letzten verantwortungslosen Aktionen Washingtons selbstverständlich auch hier aus. Die Vereinigten Staaten begnügen sich nicht damit, fast alles zu tun, um die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu vergiften. Sie möchten auch die Beziehungen der westeuropäischen Länder zur Sowjetunion verderben, in denen bekanntlich im letzten Jahrzehnt nicht wenig Nützliches erreicht wurde. Die USA versuchen, Geist und Wesen der Schlußakte von Helsinki zu untergraben, die zu einem anerkannten Markstein bei der Festigung der Sicherheit und für die Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit auf dem Kontinent geworden ist. Und schließlich verfolgt Washington mit seinen Schritten zur Zuspitzung der internationalen Situation das Ziel, die europäischen Staaten, in erster Linie die eigenen Verbündeten, niederzuhalten.

Jedoch sind die ureigensten Interessen der europäischen Völker untrennbar mit der Entspannung verbunden. Die Europäer haben ihre wohltuenden Auswirkungen bereits aus eigener Anschauung kennengelernt. Sie als Bewohner eines Kontinents, der schon mehrfach durch zerstörerische Kriege in Flammen stand, sind keineswegs bereit – und davon sind wir überzeugt –, nach dem Willen transozeanischer Politiker den Weg des Abenteuers zu beschreiten. Es ist nicht anzunehmen, daß es in Europa Staaten gibt, die gewillt wären, die Früchte der Entspannung denjenigen vor die Füße zu werfen, die bereit sind, sie zu zertreten. Die Staaten des Westens, ja auch die Vereinigten Staaten, brauchen die Entspannung in Europa in nicht geringerem Maße als die sozialistischen Länder, als die Sowjetunion.

In Europa kann in nächster Zeit viel Konstruktives zugunsten des Friedens getan werden, insbesondere im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen in Madrid und dem Vorschlag der Länder des Warschauer Vertrages über eine Konferenz zur militärischen Entspannung und zur Abrüstung. Wir sind entschieden dafür, alles Positive, was lange Jahre hindurch auf dem europäischen Kontinent durch die kollektiven Anstrengungen der Staaten, der kleinen und der großen, geschaffen worden ist, zu festigen und zu vermehren. Wir werden auch künftig eine Politik des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern betreiben.

Im Gegensatz zu dem gegenwärtigen extremistischen Standpunkt Washingtons besteht unsere Position darin, die Verhandlungen fortzusetzen, die in den letzten Jahren in verschiedenen Richtungen mit dem Ziel begonnen worden sind, das Wettrüsten einzustellen. Das betrifft selbstverständlich auch die Probleme der Verringerung der militärischen Konfrontation in Europa.

Ich wiederhole: Wir sind für Verhandlungen, doch für ehrliche und gleichberechtigte Verhandlungen unter Einhaltung des Prinzips der gleichen Sicherheit. Gerade solche Verhandlungen haben wir kürzlich zur Frage der Kernwaffen mittlerer Reichweite vorgeschlagen. Niemand kann erwarten, daß die Sowjetunion die NATO-Bedingungen annimmt, die darauf gerichtet sind, Verhandlungen von der Position der Stärke aus zu führen. Der gegenwärtige Standpunkt der NATO-Länder macht Verhandlungen zu diesem Problem unmöglich. Über all das haben wir vor einigen Tagen offiziell die USA-Regierung informiert.

Wir blicken mit Optimismus in die Zukunft, und das ist ein begründeter Optimismus. Wir verstehen, daß sich in der vom amerikanischen Imperialismus hervorgerufenen absichtlichen Zuspitzung der internationalen Situation sein Mißmut äußert, über die Festigung der Positionen des Sozialismus, über den Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und die Stärkung jener Kräfte, die für Entspannung und Frieden eintreten.

Wir wissen, daß der Wille der Völker jener positiven Richtung in den Angelegenheiten der Welt, die umfassend in dem Wort „Entspannung" zum Ausdruck kommt, über alle Hindernisse hinweg den Weg gebahnt hat. Diese Politik hat tiefreichende Wurzeln. Sie wird von mächtigen Kräften unterstützt, und diese Politik hat alle Chancen, die herrschende Tendenz in den Beziehungen zwischen den Staaten zu bleiben.

Unser Volk und unser Land schreiten mit festem Tritt auf dem Wege des kommunistischen Aufbaus voran, sie erfüllen die Aufgaben des zehnten Planjahrfünfts, die in die Zukunft reichenden Weisungen der Partei. Die sowjetischen Menschen und unsere Freunde im Ausland können davon überzeugt sein, daß der Leninsche außenpolitische Kurs unerschütterlich ist. Er ist durch die Beschlüsse der Parteitage der KPdSU festgelegt und wird in unserer gesamten außenpolitischen Tätigkeit verwirklicht. Dieser Kurs vereinigt in sich konsequente Friedensliebe mit entschlossener Abfuhr für Aggression. Er hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt, ihm werden wir auch künftig folgen. Von diesem Kurs wird uns niemand abbringen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS420,–; hfl 63,–; bfrs925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416

Autoren dieses Heftes

Lew SEMEJKO, führender sowjetischer Militärexperte, Institut für die USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. • • • *Wolfgang SCHMITZ,* geb. 1943, Journalist, Pressesprecher der Universität Bremen; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der Hochschul- und Bildungspolitik. • • • *Peter MAIWALD,* geb. 1946 in Göttingen, lebt als freiberuflicher Autor in Neuss. • • • *Dr. Harold RASCH,* geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt/M. und einer der führenden Kartellrechtsexperten; Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, ^{2}1965; Bonn und Moskau, 1969; Politik mit dem Osten, 1970. • • • *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg; Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Detlef HENSCHE,* geb. 1938 in Wuppertal-Elberfeld, Studium der Rechtswissenschaften, 1969–1971 wissenschaftlicher Referent am WSI des DGB, 1971–1975 Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, seit 1975 Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Druck und Papier und Redakteur des Zentralorgans „druck und papier". • • • *Thea HOLLECK,* geb. 1951 in Oldenrode, Studium der Anglistik, Geschichte und Politik, z.Z. Doktorandin; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Sven GÜLDENPFENNIG,* geb. 1943 in Potsdam, Studium der Leibeserziehung und der Germanistik, z.Z. wissenschaftlicher Angestellter an der FU Berlin, Mitherausgeber der Reihe „Sport, Arbeit und Gesellschaft" im Pahl Rugenstein-Verlag; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Jochen AUGUST,* geb. 1954, studiert Politische Wissenschaften und Russisch in Berlin (West). • • • *Ulrich KOSUB,* geb. 1942, Diplompolitologe und Dozent. • • • *Jörg PUTZ,* geb. 1953, Beamter. • • • *Stephan REUSS,* geb. 1956, Krankenpfleger. • • • *Uta REUSS,* geb. 1946, Erzieherin. • • • *Ulrike SATTLER,* geb. 1954, Sozialarbeiterin.

Bemerkungen

Der Artikel „Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer in Heft 1/1980 der „Blätter" enthält zwei sinnentstellende Druckfehler, die wir zu entschuldigen bitten. Auf S. 90, 2. Absatz, heißt es richtig: „. . .und Jakob Walcher (der . . ." und auf S. 95 vor Fußnotenziffer 28:„. . . gesellschaftlichen Kräfte . . .". D. Red.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (2/80)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

KOERTING
CLAUS 0536
73518
PRINZ-ALBRECHT-STR 4
4100 DUISBURG 1

Analysen und Materialien zu F. J. Strauß und zur Rechtsentwicklung in den letzten Heften der „Blätter":

JUNI 1979
Reinhard Kühnl, Carstens, Strauß und die Offensive der Rechten
Renate Schäfer, Umfang und Struktur der neonazistischen Propaganda in der Bundesrepublik

JULI 1979
Ulrich Albrecht, Die dreimal nach rechts gegründete Republik. Zur Entwicklung des Militärpotentials der Bundesrepublik

AUGUST 1979
Karl D. Bredthauer, Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet
Dokumente und Stellungnahmen zur Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU (u.a. Wortlaut der „Sonthofener Rede" und der CSU-„Rohmaterialien zur DGB-Diskussion")

SEPTEMBER 1979
Frank Deppe und Heinz Jung, Zwischen Integration und Repression. Herschaftssicherung in der Bundesrepublik 1945–1979
Karlheinz Deschner, F. J. Strauß, der Architekt Europas
Renate Schäfer, F.J. Strauß und die CSU in der neofaschistischen Presse

OKTOBER 1979
Gerhard Kade, Die deutsche Herausforderung. Zum ökonomisch-politischen Potential der Bundesrepublik an der Schwelle der 80er Jahre

Bleicher / Fabian / Götz / Mahlein / Preiss/ Schirrmacher/Spoo/Steinkühler, Gewerkschafter zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU
Helmut Wolfgang Kahn, F. J. Strauß und der Griff nach der Atommacht

NOVEMBER 1979
Kristine v. Soden, Weiblichkeitsideologie statt Gleichberechtigung. Die neue § 218-Kampagne der CDU/CSU

DEZEMBER 1979
Reinhard Kühnl und Norman Paech, Zum Aufruf „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!"
„Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!" Aufruf zu demokratischer Aktion (Wortlaut)
Helga Bufe und Jürgen Grumbach, Der Griff nach der Atommacht. Zur Rolle des F. J. Strauß bei der Schaffung eines atomaren Potentials der BRD

JANUAR 1980
Kurt Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht? Gefahren und Grenzen bundesdeutscher Machtpolitik
Georg Herde, F. J. Strauß, die Vertriebenenverbände und die Paneuropa-Union des Otto v. Habsburg

FEBRUAR 1980
Detlef Hensche, F. J. Strauß und die Gewerkschaften
Thea Holleck, Frauenpolitik als Gegenreform. F. J. Strauß, die CDU/CSU und die Frauen

Autoren dieses Heftes

Lew SEMEJKO, führender sowjetischer Militärexperte, Institut für die USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. • • • *Wolfgang SCHMITZ,* geb. 1943, Journalist, Pressesprecher der Universität Bremen; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der Hochschul- und Bildungspolitik. • • • *Peter MAIWALD,* geb. 1946 in Göttingen, lebt als freiberuflicher Autor in Neuss. • • • *Dr. Harold RASCH,* geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt/M. und einer der führenden Kartellrechtsexperten; Veröffentlichungen zur Ostpolitik: Die Bundesrepublik und Osteuropa, ^{2}1965; Bonn und Moskau, 1969; Politik mit dem Osten, 1970. • • • *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg; Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Detlef HENSCHE,* geb. 1938 in Wuppertal-Elberfeld, Studium der Rechtswissenschaften, 1969–1971 wissenschaftlicher Referent am WSI des DGB, 1971–1975 Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, seit 1975 Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Druck und Papier und Redakteur des Zentralorgans „druck und papier". • • • *Thea HOLLECK,* geb. 1951 in Oldenrode, Studium der Anglistik, Geschichte und Politik, z.Z. Doktorandin; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Sven GÜLDENPFENNIG,* geb. 1943 in Potsdam, Studium der Leibeserziehung und der Germanistik, z.Z. wissenschaftlicher Angestellter an der FU Berlin, Mitherausgeber der Reihe „Sport, Arbeit und Gesellschaft" im Pahl Rugenstein-Verlag; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Jochen AUGUST,* geb. 1954, studiert Politische Wissenschaften und Russisch in Berlin (West). • • • *Ulrich KOSUB,* geb. 1942, Diplompolitologe und Dozent. • • • *Jörg PUTZ,* geb. 1953, Beamter. • • • *Stephan REUSS,* geb. 1956, Krankenpfleger. • • • *Uta REUSS,* geb. 1946, Erzieherin. • • • *Ulrike SATTLER,* geb. 1954, Sozialarbeiterin.

Bemerkungen

Der Artikel „Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung" von Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer in Heft 1/1980 der „Blätter" enthält zwei sinnentstellende Druckfehler, die wir zu entschuldigen bitten. Auf S. 90, 2. Absatz, heißt es richtig: „. . .und Jakob Walcher (der . . ." und auf S. 95 vor Fußnotenziffer 28:„. . . gesellschaftlichen Kräfte . . .". D. Red.